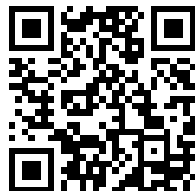

This is a reproduction of a library book that was digitized by Google as part of an ongoing effort to preserve the information in books and make it universally accessible.

GoogleTM books

<https://books.google.com>





Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

7
2
4

Aus der Bibliothek
des
Histor. Vereins der V Orte
Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug
an den Staat Luzern abgetreten zwecks
Einverleibung in dessen
Kantons-Bibliothek
durch Schenkungsvertrag vom 13. September 1915.

H 257la
4

Zentral- & Hochschulbibliothek Luzern



ILU M 03 336 181

Das
Intestat-Erbrecht

der
argauischen Rechtsquellen.

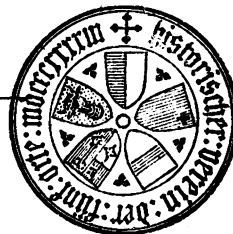
Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der hohen juridischen Fakultät der Universität Bern

vorgelegt von

Walther Merz.



Brugg,
Buchdruckerei „EFFINGERHOF“
1891.

Meinem Großvater
gewidmet.

Lango, liobo druhtin min, laz imo thie daga fin.

*Otfrid von Weißenburg, Evangelienbuch,
Widmung an König Ludwig v. 35.*

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit will den Versuch machen, einen kleinen Beitrag zur Geschichte unseres einheimischen Rechtes zu liefern. Sie beschränkt sich auf das Intestaterbrecht; um einer Darstellung des sehr interessanten ehelichen Güterrechts nicht vorzugreifen, wurden alle hierauf bezüglichen Ausführungen unterlassen, so namentlich auch eine Darstellung des Erbrechts der Ehegatten und der Rechtsverhältnisse zwischen dem überlebenden Elternteil und den Kindern, obwol die Quellen hier meist von Erbrecht sprechen. Als Inauguraldissertation haften ihr naturgemäß die Mängel und Fehler an, die mit solchen Arbeiten verbunden zu sein pflegen. Indes darf vielleicht auf die Schwierigkeit der Beschaffung des großen Teils nur handschriftlich vorhandenen, in Archiven und Bibliotheken zerstreuten Materials, sowie auch der gedruckten Litteratur — der Zustand der beiden berner Bibliotheken ist bekannt (womit jedoch den Bibliothekaren kein Vorwurf gemacht sein soll, gegenteils bin ich Herrn Dr. Blösch für die gef. Beschaffung der notwendigsten Werke von der Universitätsbibliothek Basel sehr zu Dank verpflichtet) — entschuldigend hingewiesen werden. Bezüglich der Herbeiziehung der argauischen Statutarrechte wurde möglichste Vollständigkeit

erstrebt; leider aber blieben eine Anzahl handschriftlicher Rechtsquellen aus der Bibliothek der argauischen geschichtsforschenden Gesellschaft (s. Katalog der Bibliothek S. 147 bis 149) trotz öftern brieflichen Ansuchens und persönlicher Vorstellungen unerhältlich, wiewol ich Mitglied der Gesellschaft bin. Um so größere Anerkennung verdient die zuvorkommende Art und Weise, mit der die Obergerichtsbibliothek in Arau ihre Manuskripte zur Verfügung stellte. Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich auch Herrn Prof. Dr. Zeerleder für die gef. Mitteilung von Litteratur und Herrn Archivar Türler in Bern für die lebenswürdige Weise, mit der er die Benützung des berner Staatsarchives erleichterte.

Menziken, im Wintermonat 1891.

Walther Merz.

Erläuterung der Abkürzungen.

- ABG** = allgemeines bürgerliches Gesetzbuch für den Kanton Argau, speziell dessen vierter Teil, das Erbrecht, §§ 862—994; erlassen am 14. Wintermonat 1855, in Kraft seit 1. Hornung 1856; kommentirte Ausgabe von Dr. A. Hirzel, Arau 1869.
- AER Arbg.** = Amtserbrecht von Arburg oder, wie es sich selbst betitelt: „Confirmation Benützung Vnnd Erlütherung der sechs gemeinden | sampt dem twing Brittnouw Ireß alten Erbrechtenß“, vom 4. Heumonat 1605; Staatsarchiv Bern: Spruchbuch des obern Gewölbs JJJ 404—407.
- AER Schenkb.** = Amtserbrecht von Schenkenberg, vom 25. Wolfmonat (Christmonat) 1539; gedruckt in Z f fch R XVIII, 2, 61—65.
- AGS** = Der Statt Arouw Nüwe ordnung vnd satzungen, vom 19. April 1572; Ms. fol. auf Pergament von 1633 Nr. 282 der Obergerichtsbibliothek in Arau; Ms. fol. auf Papier Nr. 282 eodem enthält eine neuere Abschrift. Ein Teil davon steht in schlechtem Abdruck in Z f fch R XVIII, 2, 66—100. Vgl. § 7, Anm. 4.
- AR Bettw.** = Amtsrecht von Bettwil, gegeben durch Rudolf Schmid, des Rats zu Glarus, Landvogt der freien Ämter, 1604. Ms. in 4^o Nr. 293 der Obergerichtsbibliothek in Arau. Es ist fast wörtlich gleichlautend mit AR n fr A.
- AR Meibg.** = Amtsrecht von Meienberg, vom 31. Heumonat 1526 (vff Sandt Germanß Tag den letzten July), bestätigt und verbrieft zu Luzern am 5. Brachmonat (vff Mittwuchen vor dem heiligen Pffingtag) 1527. Ms. in 4^o Nr. 289 der Obergerichtsbibliothek in Arau, pag. 237—313; gedruckt in Z f fch R XVIII, 2, 21 ff und besser in Argovia IX, 86 ff.
- AR Merfchw.** = Amtsrecht von Merenfchwand, erneuert und verbessert am 29. Wintermonat 1622. Ms. in 4^o Nr. 294 der Obergerichtsbibliothek in Arau.
- AR n fr A** = Amtsrecht des niedern freien Amtes zu Vilmergen, Sarmensdorf, Wolen, Niederwil, Häglingen, Dottikon, Wolenswil und Bublikon vom 8. Mai (vff den achtendenn Tag des Monat Meyens) 1595. Das Original befindet sich in der Obergerichtsbibliothek zu Arau, Ms. fol. Nr. 288 und stammt aus dem oberfreiamter Archiv Kisten Nr. 3, Drucken Nr. 1. Es ist deutlich und schön geschrieben und weicht in Orthographie und oft auch im Text bedeutend ab von Ms. in 4^o Nr. 287 daselbst, welches eine späte Abschrift

- ist, vorn mit dem falschen Datum des 18. Mai 1595, welches auch Ott, der darnach publicirte, aufnahm in Z f fch R XVII, 2, 54 Nr. 273 und XVIII, 2, 40 ff. Ich zitiere nach dem Original.
- Arg. = Argovia, Jahresschrift der argauischen geschichtsforschenden Gesellschaft, bis jetzt 21 Bände.
- ATO Boswil = Öffnung des Twings und Amts Boswil (Kelnhof von Muri) vom 16. Wintermonat (Zinfstag nechst nach S. Martinstag) 1568. Ms. in 4^o Nr. 297 der Obergerichtsbibliothek in Arau. Wesentlich gleichlautend mit ATO Muri.
- ATO Muri = Amts- und Twingsöffnung von Muri vom 15. Wintermonat (Montagnacht nach S. Martin) 1568. Ms. in 4^o Nr. 298 der Obergerichtsbibliothek in Arau.
- BGS = Berner Gerichtssatzung; über die drei hier in Betracht kommenden vgl. § 7.
- Blumer, RG = Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweiz. Demokratie, 1850—1859.
- Bluntschli, RG = Bluntschli, Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich, 1838—1839.
- Brunner, DRG I = Brunner, deutsche Rechtsgeschichte I, 1887.
- BrS = Gerichtssatzung von Brugg von 1620/1621. Ms. fol. Nr. 283 der Obergerichtsbibliothek in Arau. Näheres in § 7b.
- ER Bad. 1620 = Der Statt Baden Erbrecht, So Von den Acht Alten Orthen Löbl. Eydgnosschafft auf der Jahrs Rechnung Anno 1620 (10. Heumonats) Confirmirt und bestätiget worden. Ms. fol. Nr. 303 der Obergerichtsbibliothek in Arau.
- ER Bad. 1637 = Erbrecht der Grafschaft Baden vom 12. Mai 1637; gedruckt im „Archiv des Gotteshaufes Wettingen“ 1694 fol. pag. 187; im sog. „Landsfried“ (vgl. Z f fch R XVII, 2, 19 Nr. 83) und in Pestalutz, Stat. II, 301. Vgl. andere Drucke in Z f fch R XVII, 2, 14, Nr. 57.
- ER Lenzbg. = Erbrecht der Stadt Lenzburg, ausgezogen aus der Stadt Lenzburg neuen Sazung, die den 12. May 1612 erneueret und benütiget worden ist. Ms. in 4^o Nr. 285 der Obergerichtsbibliothek in Arau.
- Gefchfrd. = Geschichtsfreund der V Orte, bis jetzt 45 Bände.
- Grimm, RA = Grimm, Rechtsaltertümer.
- Grimm, WT = Grimm, Weistümer, 6 Bände und Register.
- GrR Lenzbg. = Lenzburgisches Graffschafft-Recht. Ms. fol. Nr. 286 der Obergerichtsbibliothek in Arau. Vgl. Z f fch R XVII, 2, 87 Nr. 447.

- Heusler, Inst. = Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts, I 1885, II 1886.
- Hft. Holdbk. = Hofrotel von Holderbank von 1424; gedruckt in Arg. IV, 308 ff.
- Hofr. Lunkh. = Hofrecht von Lunkhofen, ohne Datum, gedruckt in Arg. II, 131 ff.
- Huber, SPrR = Huber, System und Geschichte des schweizerischen Privatrechts, I 1886, II 1888, III 1889.
- KAR = Kelleramtsrecht vom 27. Wintermonat (Montag nach Katharina Virginis) 1525, erneuert am 4. Weinmonat (Donnerstag nach S. Michael) 1577; Ms. in 4^o Nr. 291 der Obergerichtsbibliothek in Arau.
- Kommentar zu BGS 1615. Ms. fol. der Universitätsbibliothek Bern.
- Kopp, Bünde = Kopp, Geschichte der eidgenössischen Bünde, 1845—1882.
- Kopp, Urkk. = Kopp, Urkunden zur Geschichte der eidg. Bünde, zwei Bändchen.
- kr. VJ = kritische Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft.
- KW Beitr. = Kurz & Weissenbach, Beiträge zur Geschichte und Litteratur aus den Archiven und Bibliotheken des Aargaus.
- L. Al. = Lex Alamannorum ed. Merkel in den Monumenta Germaniae historica L L III.
- L. Burg. = Lex Burgundionum ed. Binding in den Fontes Rerum Bernensium I.
- L R Bib. = Der Herschafftflütenn Biberstein Künigstein, Kuttingen vnnd Ernlispachperg | Ordnungen Satzungen lannd vnnd Erbrecht, vom 31. Christmonat 1551 (vff ann ein letzten tag Decembris 1552, Nataltyl); St.-A. Bern: Spruchbuch des obern Gewölbs Q Q 587 ff.
- L R Lenzbg. = Daß Gantze Land-Recht Der Graffschafft Lentzburg. Anno 1697. Ms. fol. Nr. 286 der Obergerichtsbibliothek in Arau, aus verschiedenen Erlassen von 1471, 1519, 1537, 1541, 1608, 1645 und 1653 zusammengestellt. Vgl. Z f fch R XVII, 2, 87 Nr. 446. Ich habe statt der sehr fehlerhaften arauer Handschrift die Originale der berner Spruchbücher benützt.
- L R Mölinb. = Landrecht von Mölinbach von 1594 in Arg. IV, 349 ff.
- Miroir = Miroir de Souabe, d'après le manuscrit français de la bibliothèque de la ville de Berne publié par G. A. Matile, 1843.
- Monatschronik = Monatschronik der zürcherischen Rechtspflege.
- Mon. Germ. hist. = Pertz, Monumenta Germaniae historica, LL = Leges, SS = Scriptores.

- Ofn. Bünzen = Öffnung von Bünzen von 1568 in Arg. IV, 330 ff.
- Ofn. Hermetswil vor 1415 = Öffnung von Hermetswil, noch aus der Zeit der österreichischen Herrschaft stammend, in Arg. IV, 239 ff.
- fn. Hermetswil 1691 = Öffnung des Gotteshauses Hermetswil in dessen Twing zu Hermetswil, Rotenswil und Eggenwil, vom 22. Brachmonat 1691. Ms. fol. Nr. 301 der Obergerichtsbibliothek in Arau, sehr umfangreich, aber schön geschrieben.
- Ofn. Köllikon = Öffnung von Köllikon von 1400 in Arg. IV, 301 ff.
- Ofn. Muri = Öffnung von Muri von 1413 in Arg. IV, 292 ff.
- Ofn. Wett. = Öffnung von Wettingen, sine dato, in Arg. IV.
- Pestalutz, Stat. = Pestalutz, Samlung der Statute des Kantons Zürich, 2 Bändchen, 1830—1839.
- R G = Rechtsgeschichte.
- Richtg. fr A Aff. = Richtung des Freiamts zu Affoltern in Arg. II, 126 ff. •
- R. R. = römisches Recht.
- S. = Seite oder Satzung.
- Schanz, a. O. = Schanz, das Erbfolgeprinzip des Sachsenspiegels und des magdeburg. Rechts, 1883.
- Schauberg, Z f noch ungedr. R Q = Zeitschrift für noch ungedruckte Rechtsquellen, herausg. von Schauberg.
- Schröder, DRG = Schröder, deutsche Rechtsgeschichte.
- Schwsp L = Der Schwabenspiegel ed. v. Lassberg-Reyscher, 1840.
- Schwsp Lehn. = Des Schwabenspiegels Lehnrecht nach der Ausgabe von Lassberg.
- Schwsp W = Das Landrecht des Schwabenspiegels, ed. Wackernagel 1840.
- Seelig, a. O. = Seelig, die Erbfolgeordnung des Schwabenspiegels. Kieler Inauguraldissertation, 1890.
- Segesser, RG = Segesser, Staats- und Rechtsgeschichte von Luzern.
- Siegel, ER = Siegel, das deutsche Erbrecht nach den Rechtsquellen des Mittelalters in seinem innern Zusammenhange dargestellt, 1853.
- S Idiot. = Schweizerisches Idiotikon.
- S M fr A = Satzungen, Mandaten, Gebott vndt Verbott, Von den Siben Ohrten — — den Vnderthanen in freyen Embteren — Verordnet. Kurtz Substantzlichen auß der Lands Ordnung, Alten Urbar, Reformation etc. zusamen gezogen durch Johann Melchior Letiw Ritter, Landfchreiber zu Underwalden nid dem Kernwald, Landvogt der freien Ämter, vom 2. Wintermonat 1641. Ms. in 4^o von 575 beschriebenen Seiten Nr. 289 der Obergerichtsbibliothek in Arau. Vgl. Z f fch R XVII, 2, 58 Nr. 281.

- Ssp = des Sachsenspiegels erster Teil oder das sächsische Landrecht, herausg. von Homeyer, 3. Aufl. 1861.
- Ssp Lehnrr. = das sächsische Lehnrecht in Homeyers Sachsenspiegel II. Teil Band 1.
- St.-A. = Staatsarchiv.
- Stdtbch. Bad. = Stadtbuch von Baden von 1384 in Arg. I, 38 ff.
- Stdtr. Bremg. = Stadtrecht von Bremgarten vom 24. Brachmonat 1612, bestätigt von den VIII alten Orten am 3. Heumonat (Zinsstag nach Peter und Paul) 1612; Ms. in 4^o Nr. 299 der Obergerichtsbibliothek in Arau; teilweise gedruckt in Z f fch R XVIII, 2, 130 ff. Wo im Text jeweilen auf das ältere österreichische Stadtrecht verwiesen wird, ist es besonders bemerkt.
- Stdtr. Kaiffl. = Stadtrecht von Kaiserstuhl von 1680 in Pestalutz, Stat. II.
- Stdtr. Mell. = Stadtrecht von Mellingen von 1624, Ms. in 4^o Nr. 302 der Obergerichtsbibliothek in Arau. Bei Anführung der ältern Stadtrechte ist im Text jeweilen das Nötige bemerkt.
- Stobbe, Hdbch. = Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts, vornehmlich Band V.
- Stutz, a. O. = Stutz, das Verwandtschaftsbild des Sachsenspiegels. 1890.
- Sydow, ER Ssp = v. Sydow, Darstellung des Erbrechts nach den Grundsätzen des Sachsenspiegels mit Rücksicht auf die verwandten Quellen, 1828.
- TwR Rütli = Twingrotel von Rütli vom 26. Mai 1728, erneuert durch Paul Müller, Stadtschreiber in Zug. Ms. in 4^o Nr. 296 der Obergerichtsbibliothek in Arau.
- Tw A G Vilm. = Twings- und Amtsgerechtsame von Vilmergen und den niedern freien Ämtern von 1495, erneuert 1527, in Arg. IX, 70 ff.
- UB = Urkundenbuch.
- Urb. Bad. = Urbar der Grafschaft Baden in Arg. III, 160 ff.
- V A de beneficiis = vetus auctor de beneficiis.
- Verm. Ssp = Vermehrter Sachsenspiegel, auch Rechtsbuch nach Distinktionen genannt.
- Wasserschleben, SO = Prinzip der Sukzessionsordnung, 1860.
- Wasserschleben, EF = Prinzip der Erbenfolge nach den ältern deutschen und verwandten Rechten, 1870.
- Z f gesch. RW = Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft.
- Z f fch R = Zeitschrift für schweizerisches Recht.
- Z GS = Gerichtssatzung von Zofingen von 1623, teilweise gedruckt in Z f fch R XVIII, 2, 101—130.

Die von Ott in Z f fch R XVII, 2, 54 Nr. 273 und sonst angeführte Sammlung: Bercher, Statutarerbrechte der Bezirke Zurzach und Baden, Zurzach 1847, ist weder auf der Obergerichtsbibliothek, noch auf der Kantonsbibliothek in Arau oder der Bibliothek des Regierungsrates vorhanden, ebenso wenig auf einer der berner Bibliotheken.



Einleitung.

§ 1. I. Die Aufgabe.

« Der Kanton Argau hat nicht, wie seine Nachbarn Zürich oder Bern, eine eigene politische Landesgeschichte. Was er seit Jahrhunderten an Gut und Blut geopfert hat, ist blos zur Verherrlichung und zum Nutzen seiner Regenten geschehen, steht nicht auf seinen Namen, sondern auf ihren in die Geschichtsbücher eingetragen. — Nicht einmal die Woltat innerer Entwicklung ist ihm zu Teil geworden, diese in der Länge der Zeit sonst doch überall von selbst reifende Frucht. Mochte seine eine Landeshälfte von den Amtleuten der Klosterstifte oder der Urkantone, mochte seine andere von den berner Landvögten verwaltet und regiert sein, er blieb stehen, wo er schon gestanden hatte, in einer persönlichkeitslosen niedrigen Sphäre. Nach derselben kahlen Formel, wie sie in dem abgegriffenen Handbuche des Amtsweibels artikulirt stand, sah man hier den einen Landvogt sein Amt übernehmen, es an den Nachfolger abtreten, es von diesem weiter führen und ebenso mandarinenhaft wieder an den folgenden vererben. » So lauten nicht ohne Grund die wehmütigen Worte, mit denen E. L. Rochholz und K. Schröter den ersten Band der Argovia einleiteten. Und heute noch machen sich die Folgen der unseligen Schicksale geltend; denn indem der verhängnisvolle Krieg von 1415 das schöne, bisher zusammen gehörige Land zerstückelte, gab er jedem einzelnen Teile eine andere Regierung und damit eine andere Entwicklung. Gerade diese vielgestaltige Vergangenheit aber verwischte den Gedanken der einstigen Einheit und ermöglicht bis heute kein inniges Zusammengehen der einzelnen Teile.

Eine gute Seite aber brachten diese Verhältnisse mit sich: das innere Leben des Volkes konnte sich um so treuer erhalten, als es ohne äußere Beeinflussung blieb. So nahm denn auch die

Rechtsentwicklung in kleinern Kreisen einen selbständigen Gang, und alte Gewohnheit und Sitte vererbten sich von Geschlecht zu Geschlecht. Am größten war die staatliche Vernachlässigung da, wo mehrere zu befehlen hatten, in den gemeinen Herrschaften; diese weisen um deswillen auch die meisten Weistümer auf; wo Bern allein Meister war, wurde nach und nach die berner Gerichtssatzung Gesetz und blieb es zum Teil bis zum Erlass des gegenwärtigen bürgerlichen Gesetzbuches.

Die alten Weistümer gehen in ihren Rechtssätzen oft weit auseinander; bei aller Verschiedenheit aber lassen sich doch einheitliche Grundgedanken herauschälen. Sie hatten ihre Quelle in der gemeinsamen Rechtsüberzeugung des Volkes. Von gemeinsamem Ursprung ausgehend, fielen die Rechtsgedanken wie Samenkörner hier auf felsigen Boden, da in gutes Erdreich; je nach diesen Verhältnissen fand eine verschiedenartige Entwicklung statt. In der Manigfaltigkeit der Statute die einheitliche Rechtsüberzeugung zu finden, ist die eine Aufgabe dieser Arbeit.

Die andere hat zum Ziele die Entwicklung des Erbrechts, das Werden der einzelnen Institute darzulegen bis zur gegenwärtigen Kodifikation.

Vorerst aber ist mangels einschlägiger Vorarbeiten ein Wort nötig über die Rechtsbildung im Argau überhaupt.

§ 2. II. Die Rechtskreise.

Das alamannische Volksrecht, unsere älteste Rechtsquelle, war eine einheitliche Rechtsaufzeichnung für alle Stammesgenossen, selbst wenn sie außerhalb ihrer Stammesheimat sich befanden¹⁾. Das Volksrecht lief dann direkt in das Landrecht aus, indem das Stammesrecht mit der festen Niederlassung territorialisiert wurde. Das Landrecht aber galt nicht mehr für alle Bewohner des Landes, neben ihm haben gewisse größere oder kleinere Rechtsgebiete ihre besondern Rechtsquellen. Das Landrecht ist das Recht der Freien

¹⁾ Über das Personalitätsprinzip vgl. Brunner, deutsche Rechtsgeschichte I, 259 ff; Schröder, DRG 251 f.

und unterscheidet sich formell wesentlich vom Rechte der Unfreien, dem Hofrecht²⁾). Letzteres ist genauer das für den Kreis der Hofhörigen in einer Grundherrschaft für den gesamten Rechtsverkehr innerhalb des Hofes geltende Recht. Eine andere Abzweigung vom Landrecht bildete sich durch die besondern wirtschaftlichen Verhältnisse der Städte: Stadt- oder Weichbildrecht. Endlich trat neben das Landrecht noch das Lehenrecht als besonderes Gebiet. Diese verschiedenen Rechtskreise sind aber durchaus keine Standesrechte³⁾: der Ritter unterliegt für sein Allod dem Landrecht, für sein Lehen dem Lehenrecht, ein Freier kann einem grundherrlichen Hof zustehende Güter erwerben und für dieselben um deswillen dem Hofrecht unterliegen. Das Verhältnis dieser Rechtskreise zu einander lässt sich dahin bestimmen, dass man dem Landrecht unterworfen ist, so weit nicht in Folge besonderer Verhältnisse die andern Rechtskreise dasselbe ausschließen.

In der Landgrafschaft Argau gab es hier und da noch freie Leute in größerer Zahl⁴⁾, die Mehrheit der Bewohner aber stand unter dem Hofrecht. Auf privatrechtlichem und speziell erbrechtlichem Gebiete besteht ein Hauptunterschied zwischen Freien und Hofhörigen darin, dass den Leibeserben und nächsten Verwandten des verstorbenen Freien der Nachlass in Liegendem und Fahrendem ungeschmälert anfällt, während den Hofgenossen gegenüber der Grundherr, wenn auch meist nicht mehr ein Heimfallsrecht, so doch das Fallrecht hat⁵⁾. Meist aber ist im übrigen das Hofrecht das Abbild des Landrechts⁶⁾.

²⁾ Über die Entwicklung vgl. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts I, 26 ff.

³⁾ Den Nachweis bei Heusler, Inst. I, 37 ff.

⁴⁾ Vgl. F. v. Wyß, die freien Bauern, Freiämter, Freigerichte und die Vogteien der Ostschweiz im spätem Mittelalter, in Z f fch R XVIII, 1, 19—184; Arg. II, 138, 142 ff. Alter Rotel des Stadtarchivs Luzern bei Pfeiffer, habsburgisch-österreichischer Urbar (Bibliothek des litterarischen Vereins in Stuttgart XIX) 318^{5.10}, 320¹⁹, 321^{11.21.23.28.31}, und habsb.-östr. Pfandrotel eodem 333³³; Kopp, Urkk. II, 16; vgl. auch: H. Escher, die Verhältnisse der freien Gotteshausleute, im Archiv für schweiz. Geschichte VI, 3 ff.

⁵⁾ Vgl. z. B. die interessanten Bestimmungen der Öffnung von Wettingen in Arg. IV, 251; auch das als Öffnung von Ennetbaden eodem IV, 299 aufgeführte Urteil.

⁶⁾ Vgl. z. B. die Öffnung des freien Amts zu Affoltern mit dem Hofrecht von Lunckhofen, Arg. II, 126 ff, 131 ff, 142 ff.

Die Gegensätzlichkeit dieser beiden Rechtskreise ging unter mit dem Aufkommen der Amtsrechte, denn diese sind, wie im Folgenden darzulegen ist, für alle Amtsgenossen verbindlich. Das Lehenrecht dagegen bewahrte besondere Bestimmungen bis zur gegenwärtigen Kodifikation.

III. Die Rechtsquellen.

1. Einheimische Rechtsquellen.

§ 3. a) Rechte der Landschaft.

Unter einheimischen Rechtsquellen verstehe ich diejenigen, die auf einheimischem Boden entstanden und für diesen berechnet sind. Eine ziemlich vollständige Übersicht bietet Fr. Ott in Z f sch R XVII, 2, 1—100.

Die ältesten Rechtsquellen sind die Hofrechte und Offnungen. Ihre Aufzeichnung erfolgte oft erst spät; aus dem XII. Jahrhundert ist keine bekannt¹⁾. Der Inhalt dagegen ist häufig, sogar in Weistümern des XVI. Jahrhunderts, uralt. Denn sie verfolgten nicht den Zweck, neues Recht zu schaffen; die ältesten Männer sagten aus, was bei ihnen, so lange ihre Erinnerung reichte, Brauch und Übung gewesen, und das so geöffnete Recht wurde dann aufgezeichnet²⁾. In diesen Weistümern erschöpfte sich gleichsam die ganze Autonomie des betreffenden Kreises, in Streitfällen über nicht normirte Verhältnisse kamen daneben meist nur ungeschriebenes Recht und hergebrachte Gewohnheit zur Anwendung. Auch bei Erneuerungen der Offnungen wurde wenig geändert: einige Zusätze, oft als solche bezeichnet, waren alles, was beliebte³⁾. Dem Inhalte nach finden sich meist Bestimmungen über die Rechts-

¹⁾ Vgl. Anzeiger f. schweiz. Gesch. 1890 Nr. 6, S. 112¹; dazu aber Göttingische gelehrte Anzeigen 1891 Nr. 9, S. 337¹.

²⁾ Vgl. z. B. den Eingang der Offnung von Berkon v. 6. Christmonat 1348; Arg. IX, 19.

³⁾ Vgl. z. B. Offnung v. Boswil, Arg. IV, 315; L R Mölinb. 22, 23.

verhältnisse der unfreien Leute, den abgeleiteten Besitz, über Genosssame und Zugrecht, Vorschriften über die Gerichtsverfassung, die Dingpflicht, etwa eine Bußordnung, eingehender ist normirt die Feld- und Flurpolizei (Übererren, Überschneiden, Überzäunen, über die Landmarchen, die Lachen [das lächen = eingehauenes Grenzzeichen]) und die Benutzung der Almenden. Damit verbinden sich Bemerkungen über Erbrecht und eheliches Güterrecht. Die Sprache der Aufzeichnungen ist sehr verschieden; aus den ältern weht uns oft ein poetischer Hauch entgegen, und einzelne Ausdrücke führen in die Rechtssprache der alten Germanen zurück⁴⁾.

Mit dem Ende des XV. Jahrhunderts aber verloren durch die Veränderung der staatsrechtlichen und grundherrlichen Verhältnisse die Offnungen an Bedeutung; es beginnt die Zeit der Dorfbriefe und Twingrechte und der Amts- und Grafschaftsrechte. Die erstern nahmen einen großen Teil des Inhaltes der alten Weistümer auf, waren aber nicht mehr die einzigen schriftlichen Rechtsaufzeichnungen für ihr Gebiet; sie wurden zu singulären Rechtsquellen für einen besondern durch den Twingsverband bestimmten Rechtskreis. Neben ihnen jedoch galten für alle Amtsgenossen verbindlich die Amts- oder Grafschaftsrechte, ja die letztern vermochten teilweise die Dorfrechte zu verdrängen, so in der Grafschaft Lenzburg, die überhaupt deren fast keine aufzuweisen hat. Die Art, wie diese Rechtsaufzeichnungen entstanden, weicht insofern von der Entstehungsweise der alten Offnungen ab, als die Findung des Rechtes nicht mehr ausschließlich vom Volke ausging, sondern die Regierungen oft die Initiative zur Aufzeichnung, ja sogar in einzelnen Fällen zu einer eigentlichen Gesetzgebung ergriffen⁵⁾. Die Twings- oder Amtsgenossen selbst, die geschwornen Sechser und Fürsprecher oder sonst von den Dörfern Abgesandte wiesen dann vor offenem Ding das Recht, meist aus den vorhan-

⁴⁾ Z. B. die Anwünschung im Erbrecht v. Kaiserstuhl statt Adoption; dazu Grimm, Geschichte der deutschen Sprache 129; Arg. I, S. VIII f und 90.

⁵⁾ Vgl. z. B. für das erste Verfahren: den Eingang des Twingrotels von Rüßegg, Arg. IX, 61; A R n fr A 1595, Z f sch R XVIII, 2, 40; für das zweite Verfahren: A R Meienbg. 1526/27, Arg. IX, 86, Z f sch R XVIII, 2, 21; Offnung von Hermetswil 1691; für das dritte Verfahren: Erbrecht der Grafschaft Baden v. 1541, Arg. IV, 203, Z f sch R XVIII, 2, 14; Eingang des LR Lenzbg. 1697.

denen Aufzeichnungen und alten Röteln, teilten überhaupt ihre Kenntnis vom geltenden Rechte mit und vereinbarten so eine neue Aufzeichnung, um sie der Regierung zur Genehmigung vorzulegen. Im Laufe der Zeit wurde manchem hievon durch Gewohnheitsrecht derogiert, gewohnheitsrechtliche Rechtssätze liefen überhaupt immer neben dem geschriebenen Rechte her⁶⁾. Dieser Rechtsbestand blieb im wesentlichen in Geltung bis zum Erlass der gegenwärtigen Kodifikation⁷⁾.

Nur für das ehemals bernische Gebiet kommt, wie im Folgenden zu zeigen (§ 7), noch eine andere Rechtsquelle in Betracht. Für das Fricktal, das bis zum Frieden von Lunéville (9. Hornung 1801) österreichisch blieb, dann vorübergehend französisch, nachher helvetisch und endlich argauisch ward, werden hier nur die einheimischen Weistümer berücksichtigt, die österreichische Gesetzgebung bleibt ausgeschlossen.

§ 4. b) Die Stadtrechte.

Von den ältern argauischen Stadtrechten geht die Mehrzahl auf die gemeinschaftliche Quelle des Stadtrechts von Freiburg i/B. zurück: zäringische Rechte. Den Kern dieses Stadtrechts bildet ein um 1140 erteiltes Privileg Herzog Kunrads von Züringen¹⁾, die Art. 1—15 und den Schlusssatz des nur in einer fehlerhaften Abschrift von 1341 erhaltenen Stadtbriefes^{1a)} umfassend, in welches

⁶⁾ Beispiel: Der Statt Baden Erbrecht von 1620, Ms fol. Nr. 303 der Obergerichtsbibliothek in Arau, wurde, wie ein vorn eingeheftetes Schreiben besagt, am 8. Hornung 1804 dem Bezirksamtman zu Händen der Gesetzesentwurfskommission übermacht mit der Bemerkung, « dass zwar durch keine gesetzlichen Verordnungen bestimmt, jedoch durch unerdenkliche Übung hergeleitet, immer geübt worden, dass der jüngste Sohn, in Ermangelung der Söhnen aber die ältere Tochter die väterliche Liegenschaften, um den Kaufschilling, wie sie der Vater besessen, übernehmen. »

⁷⁾ Vgl. Hämmerlin, Rechtsfreund (1842).

¹⁾ Gewöhnlich gab man 1120 als Jahr der Erteilung an; vgl. aber Heinrich Maurer, kritische Untersuchung der ältesten Verfassungsurkunden der Stadt Freiburg i/B. in Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins n. F. I, 170 ff.

^{1a)} Gedruckt bei Schreiber, die älteste Verfassungsurkunde der Stadt Freiburg i/B., Programm, 1833; derselbe, Geschichte der Stadt und Universität Freiburg i/B. I im Anhang; Düngé, Regesta Badensia 122—125; Gengler, deutsche Stadtrechte 124 ff; Gaupp, deutsche Stadtrechte II, 19 ff; namentlich aber bei Maurer a. O., nach dem hier zitiert wird; die in Klammer stehenden Artikelzahlen sind diejenigen Gaupps.

in der zweiten Hälfte des XII. Jahrhunderts eine Anzahl neuer Bestimmungen, sowie Erläuterungen und Erweiterungen der bisherigen eingeschaltet wurden, Art. 16—49. Wahrscheinlich unter Herzog Berchtold V. anlässlich der Übertragung des freiburger Rechtes an Bern wurde auf Grund des erweiterten Stadtrechtsbriefes der Stadttrotel aufgezeichnet und nachher dem ursprünglichen Privileg noch einige weitere Bestimmungen, Art. 50—55, beigelegt. Die Ansicht, welche im freiburger Stadtbrief kölnisches Recht sehen wollte, weil darin auf das *ius omnium mercatorum precipue autem Coloniensium* verwiesen wird²⁾, ist gänzlich aufgegeben^{2*)}; vielmehr hat Heusler^{2b)} den Nachweis erbracht, dass das Recht, womit die Städte bewidmet wurden, Kaufleuterecht ist, das namentlich ein bestimmtes eheliches Güterrecht: Gütergemeinschaft zu gesamter Hand der Eheleute und Verfangenschaftsrecht der Kinder in sich begreift.

Das freiburger Recht wurde auch an Kolmar verliehen^{2*)}; umgekehrt erbaten und erhielten am 10. Wintermonat 1282 die Bürger von Freiburg i/B. das Recht von Kolmar^{2d)}, wol blos, um die Anerkennung der Lehensfähigkeit zu erlangen^{2*)}. Unsere argauischen Rechte berufen sich nun entweder auf freiburger oder auf kolmarer Recht. Im ersten Stadtrecht von Arau, erteilt von König Rudolf zu Luzern am 4. März 1283, wird verwiesen an das Recht, das « zû Rinvelden zû Kolmer alder in anderen vrien steten

²⁾ Art. 5 (7).

^{2a)} Vgl. Gaupp, über deutsche Städtegründung 385; Schreiber, Gesch. v. Freibg. I, 75 ff; Beseler, Volksrecht und Juristenrecht 229; Osenbrüggen, alamannisches Strafrecht 11—14, Beiträge zur schweiz. und deutschen Rechtsgeschichte im Abschnitt über die Gastgerichte; Huber, das kölnische Recht in den züringischen Städten in Z f fch R XXII, 1, 3—37, historische Grdlage des ehel. Güterrechts d. bern. Hdv. 61 f; Stobbe, Handbuch IV, 104^{2b)}; Heusler, Inst. II, 337 und in kr VJ n. F. XIV, 181 ff; Schröder, DRG 645; Maurer, a. O. 193; Schulte, das Stadtrecht von Neuenburg i/B. von 1292 in Z. f. Gesch. d. Ob.-Rheins n. F. I, 110².

^{2b)} kr VJ a. O.

^{2c)} Das Stadtrecht vom 29. Christmonat 1278 ist zum ersten Mal nach dem Original gedruckt im Programm der Realschule zu Rappoltswiler 1886 von Franz Gfrörer, der auch dessen Quellen untersucht; das Stadtrecht von 1293 bei Gaupp, Stdt. I, 114 ff.

^{2d)} Schreiber, Urkundenbuch von Freiburg i/B. I, 97; Gaupp, a. O. II, 17; Arg. I, 29; Kopp, Bünde I, 646.

^{2e)} Schulte, a. O.

stat »³⁾). Es ist durchaus freiburger Recht, und zwar wurde speziell die Erweiterung des ursprünglichen Privilegs benützt⁴⁾. Es galt, bis 1572 die Gerichtssatzung eingeführt ward, doch berief sich noch im siebenten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, als Bern die argauischen Gerichtsverhältnisse revidiren und den Instanzenzug nach Bern einführen wollte^{4a)}, Arau darauf, dass ihm kolmarer Recht verliehen sei, und schrieb an Kolmar um Auskunft über dessen Rechte und Privilegien^{4b)}. — In der Aufzeichnung derjenigen Städte, die « irü recht nement hie zuo Friburg », wird auch Rheinfelden genannt⁵⁾. Brugg erhielt von König Rudolf 1284 das Stadtrecht von Arau⁶⁾; durch eine Handveste vom 20. August 1306, von Herzog Friedrich erteilt, wurde Lenzburg in allen Rechten Brugg gleichgestellt⁷⁾. Bremgartens Stadtbrief, bereits in einer Ausfertigung von 1287 vorliegend, erhielt die Bestätigung der Herzoge Friedrich und Leupold von Österreich im Jahre 1309⁸⁾; er benützte ebenfalls wie Arau die Erweiterung des freiburger Privilegs⁹⁾.

Mit diesen züringischen Rechten stimmen die habsburgisch-österreichischen Stadtrechte größtenteils überein, so die Freiheitsbriefe von Wintertur von 1264 und 1275 in derjenigen Übersetzung, wie sie im Weistum für Mellingen enthalten ist¹⁰⁾. Mellingen erhielt nämlich im Jahre 1296 von Herzog Albrecht von Österreich die Rechte der Stadt Wintertur¹¹⁾; wandte sich darauf

³⁾ Arg. XI, 12; Geschichtsfreund I, 62 f; Kopp, a. O. II, 1, 578 f.

⁴⁾ Gedruckt in Arg. XI, 324 ff; vgl. Huber, köln. R. 32²; Maurer, a. O. 192; das Stadtrecht von 1363 (Arg. XI, 98) bestimmt: darzû geben wir inen ouch ze fryheit und ze rehte, daz man kein urteile von dem gerichte ze Arow ziehen sol gen Rinvelden, die bi zehen phunden ist oder dar under — —.

^{4a)} Tillier, Geschichte des Freistaates Bern V, 368.

^{4b)} Kolmars Antwort liegt im Stadtarchiv Arau.

⁵⁾ Schreiber, Urkboh. II, 1, 182; Gaupp, a. O. I, S. XXVI; Arg. IV, 228.

⁶⁾ Arg. I, 29.

⁷⁾ Dr. H. v. Liebenau, Lebensgeschichte der Königin Agnes 409 f; Müller, Stadt Lenzburg 7; auf Brugg und Lenzburg verweist das Stadtrecht von Rotenburg, Segesser, Rechtsgeschichte von Luzern I, 427.

⁸⁾ Z f sch R XVII, 2, 44; Arg. X, 62; gedruckt bei K W Beitr. I, 239 bis 246.

⁹⁾ Vgl. Huber, köln. R. 32²; Maurer, a. O. 192; Arg. X, 23 f, 33 ff.

¹⁰⁾ Z f sch R XVII, 2, 74 f.

¹¹⁾ Urk. Linz, 29. Wintermonat (in vigilia beati Andree Apostoli) 1296; Kopp, Urkunden zur Geschichte der eidg. Bünde II, 158; Bünde II, 1, 631⁵, 661¹.

an den Rat dieser Stadt und bat um Mitteilung derselben. Sie erfolgte am 14. Jänner (S. Hilarius) 1297. Die Urkunde besteht aus dem Stadtrechtsbrief des Grafen Rudolf von Habsburg vom 22. Brachmonat 1264, einem Privilegium von König Rudolf vom 26. Hornung 1275 und aus einer vom Rate zu Wintertur veranlassten Aufzeichnung der dortigen ungeschriebenen Gesetze und Gewohnheiten¹²⁾. Diese drei Teile finden sich mit wenigen Ausnahmen im Stadtbuch von Baden wieder; die Verleihung an Baden wird durch keinen Brief mehr bezeugt, es ist aber höchst wahrscheinlich, dass sie vor derjenigen an Mellingen oder doch mindestens gleichzeitig erfolgte¹³⁾.

Zofingen erhielt seine Handveste im Jahre 1363 von Herzog Rudolf¹⁴⁾; sie wurde erneuert 1396 von Herzog Leupold. In der Hauptsache eignen ihr dieselben Grundsätze wie den übrigen Stadtrechten.

Der innere Zusammenhang der argauischen Stadtrechte ist somit unverkennbar; aber erbrechtliche Bestimmungen enthalten sie fast keine. Die Frage, wie weit sie mit dem Landrechte übereinstimmen, lässt sich deshalb für das Erbrecht, abgesehen von einem später zu besprechenden Punkte, wo keine Übereinstimmung besteht¹⁵⁾, nicht beantworten¹⁶⁾.

Die spätern Stadtrechte sind meist der Gerichtssatzung der Stadt Bern nachgebildet¹⁷⁾.

¹²⁾ Bluntschli, Rechtsgeschichte von Zürich I, 237 f; Z f sch R XVII, 2, 43 f; Arg. I, 69; das Weistum selbst ist gedruckt bei Bluntschli, a. O. I, 478—485; Gaupp, a. O. I, 138—147; im Auszug bei Gengler, deutsche Stadtrechte 548.

¹³⁾ Arg. I, 69 f; Z f sch R XVII, 2, 22 ff.

¹⁴⁾ Urk. v. 13. Christmonat (S. Ottilientag) 1363; Chronik der Stadt Zofingen I, 113—126 in fehlerhaftem Abdruck.

¹⁵⁾ Vgl. Z f sch R IV, 1, 135 und unten § 14 I, i. f.

¹⁶⁾ Vgl. bezüglich des ehelichen Güterrechts E. Welti (Bundesrat) in der Einleitung zu seinen „Argauer Öffnungen“ in Arg. IV, 229 u. sonst; anders Huber a. O.

¹⁷⁾ S. § 7.

2. Fremde Rechtsquellen.

§ 5. a) Lex Alamannorum und schwäbisches Landrecht.

Unter den fremden Rechtsquellen fasse ich diejenigen zusammen, die nicht ausschließlich dem Argau angehören.

I. Die älteste ist die *lex Alamannorum*¹⁾. Sie enthält über das Erbrecht nur wenige, fast beiläufige Andeutungen. Denn die Volksrechte wollten nicht den ganzen Rechtsbestand in erschöpfender Weise zur Darstellung bringen, sondern nur bestimmte Rechtssätze, zu deren Aufzeichnung eine besondere Veranlassung vorlag; deshalb tritt das Privatrecht sehr zurück hinter dem Strafrecht. Im IX. und den folgenden Jahrhunderten ist noch öfter in Urkunden von der *lex Alamannorum* die Rede²⁾; vom XI. Jahr-

¹⁾ Vgl. darüber Brunner, DRG I, 308—312. Benützt ist im Folgenden die Ausgabe von Merkel in den *Monumenta Germaniae historica* LL III.

²⁾ Beispiele: Urk. Fifcinga (Fischingen), 11. Brachmonat 830: *conponat, quas in lege Alamannorum continentur*; Neugart, Codex diplomat. I, 205 Nr. 246. Urk. in monasterio Sti. Galli, 29. August 837: *conponat, sicut in lege Alamannorum continetur*; Neugart l. c. I, 227 Nr. 276. Urk. Morinshufen, 23. Mai 884: *reddat hoc quod in lege Alamannorum continetur*; Neugart l. c. I, 447 Nr. 547. Urk. in Constantia, 25. Heumonat 921: Warfind hat ein Eigenweib des Klosters S. Gallen geheuratet und vier Söhne und eine Tochter erzeugt. *Convenit autem Hartmanno abbati et mihi Warfindo, ut liberos meos iuxta legem Alamannorum partiiri haberemus, quod et feci. Tradidi ad monasterium duos filios, sicut lex iubet, die Tochter wird freigekauft*; Neugart l. c. I, 576 Nr. 709. Diese vier Beispiele stammen aus dem Codex traditionum monasterii S. Galli.

König Heinrich IV. urteilt 1077 nach alamannischem Recht, wie Berchtold von Konstanz in seinen Annalen berichtet: a^o 1077. Rex autem Heinricus habito Ulmae cum quibus poterat colloquio, regem Roudolfum cum ducibus suis Bertholdo et Welfo et ceteris Alemannorum ipsi contentaneorum majoribus, secundum legem Alemannicam, quasi dignos iugulari, fecit sententialiter adjudicatos damnari et pariter dignitatibus et beneficiis suis privari cet. Mon. Germ. hist. SS V, 295, cf. auch 278, 281, 457; dazu Stälin, württembergische Geschichte I, 507, vgl. 357, 539, II, 672; ferner Monumenta Boica XXVIII, 1, 312.

Urk. Basel, 10. März 1114; Herrgott, Genealogia diplomatica Habsburg. II, 314 f; Tschudi, chron. helv. I, 54; Kopp, Bünde II, 1, 314 f, Geschfrd. XLIII, 326; Öchsli, Anfänge der Eidgenossenschaft 8* Nr. 20, erwähnt auch des alamannischen Rechtes, ebenso Urk. Straßburg, 8. Heumonat 1143: *Sveuorum, qui et Alemanni dicuntur, lege ac iudicio*. Herrgott l. c. II, 170; Tschudi l. c. I, 68^b; Kopp a. O. II, 1, 317 f; Geschfrd. XLIII, 328; Öchsli, a. O. 9* Nr. 23. Diese beiden Briefe beziehen sich auf den Streit zwischen Schwyz und Einsiedeln und sind ausgestellt von Heinrich V. und Kunrad III.

hundert an³⁾) aber ist darunter blos das ungeschriebene Gewohnheitsrecht zu verstehen⁴⁾.

II. Das schwäbische Recht war gemeines Landrecht in unsern Gegenden, wie folgende Tatsachen beweisen:

a) Johannes Zwickler, Schultheiß zu Baden, urkundet: « daz er mit verbannen gericht ze baden in der statt an einer fryen strazze offentlich ze gericht faz » und dort Bernhard Zoller seiner Frau Hemma um 150 Mark Silbers sein liegendes Vermögen verpfändete « nach swabischem rehte mit aller der sicherheit vnd kraft, als man ze baden ein sömlich pfand durch recht vertget nach schwabenrechte ». Urk. Baden, 31. Jänner (vor U. L. Fr. Tag zu der Lichtmess) 1368; Arg. I, 74 f; Archiv f. schweiz. Gesch. II, 48 Nr. 84.

b) Wir hain och ze rehte, ist daz en man vnd ain vrowa elich ze enanderen koment, swaz ir ietweders aigens ze dem andern bringz, belibent fü ane lip erben, machent fü daz aigen nit enanderen nach swaben reht, das wirt ledig iro ietweders erben nach iro tode; machent aber fü es einen andern nach swaben reht, so het ir ietweders daz aigen, daz ime gemachet ist ze lip-tinge vnz an sinen tot, vnd vallet denne wider an die rehten erben. Winterturer Stadtrecht im Weistum für Mellingen § 20. Bluntschli, RG I, 484; Gaupp, a. O. I, 146.

c) Dieselbe Stelle findet sich wieder im Stadtrecht von Mellingen aus dem XV. Jahrhundert; Arg. XIV, 202.

d) Das Vorhandensein einer Reihe alter Handschriften des Schwabenspiegels in den benachbarten Gebieten deutet ebenfalls darauf hin, dass dieses Rechtsbuch vor den Gerichten angerufen ward. Nach Wackernagel, Schwsp Vorrede S. VII f finden sich

³⁾ und wol auch schon früher; vgl. die Urk. v. 921 in Anm. 2.

⁴⁾ Vgl. Bluntschli, RG I, 232 gegenüber Walther, Geschichte des bernischen Stadtrechts I, III. Hauptstück § 14 Anmerk. c, der die Gültigkeit des Volksrechtes bis ins XII. Jahrhundert reichen lässt. Ferner: Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen I, 267; Schröder, deutsche Rechtsgeschichte 610⁵¹. f. Huber, historische Grundlage des ehelichen Güterrechts der berner Handveste 60 behauptet, von unrichtigen Voraussetzungen ausgehend, wenigstens teilweise Geltung bis ins XI. Jahrhundert.

HSS. in Einsiedeln, Basel (4), Zürich (2), S. Gallen, nach Bluntschli, RG I, 233²⁰⁵ auch noch in Rheinau⁵⁾.

§ 6. b) Lex Burgundionum.

Die Grenzen des ersten burgundischen Reiches sind noch keineswegs mit Sicherheit festgestellt; es ist um deswillen immer noch eine offene Frage, ob und inwieweit das burgundische Recht auf das argauische eingewirkt habe.

I. Binding¹⁾ nimmt die ungefähre heutige deutsch-französische Sprachgrenze als ursprünglichste Ostgrenze an, also eine gerade Linie vom Neuenburgersee nach Martinach. Später fand eine Erweiterung des Gebietes statt, indem die Einwanderung ins Aretal flussaufwärts und flussabwärts sich ergoss. Jahn²⁾ gibt als Ostgrenze an die Are, deren rechtes Ufer von Thun weg alamannisch, das linke bis zur Sigger burgundisch war; das Oberland zu beiden Seiten der Are gehörte zu Burgund, Basel und sein Gebiet, ebenso das Fricktal, zählten zu Alamannien. In seiner größten Ausdehnung erstreckte sich das burgundische Reich im Osten des Jura bis an die Reuß, wie die Akten der Kirchenversammlung zu Epaona besagen: Bischof Avitus von Vienne berief ein Nationalkonzil nach Epaona, welches für das ganze burgundische Reich die kirchliche Organisation und Disziplin kanonisch feststellte; die Beschlüsse wurden auch unterzeichnet von Bubulcus in Christi nomine episcopus civitatis Vindonissae am 15. Herbstmonat (XVII. Kal. Oct.) 517³⁾.

II. Das burgundische Reich dehnte sich somit über die Sitze acht burgundischer Bevölkerung hinaus ziemlich tief in die Alamannen hinein aus. Denn dass letztere von den vom östlichen

⁵⁾ Vgl. auch G. v. Wyß, Rüdger Maness der ältere, ein Rechtskundiger im Anzeiger f. schweiz. Gesch. 1870, 21 ff, 49 ff; Sitzungsberichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften, hist. Klasse, 1867 II, 408 ff.

¹⁾ Das burgundisch-romanische Königreich 7 u. 308.

²⁾ Geschichte der Burgundionen und Burgundians II, 390 ff.

³⁾ Font. rer. Bern. I, 153 ff. Tschudi, Gallia com. lässt auch Luzern ins burgundische Land fallen, ebenso Melchior Russ in seiner Chronik S. 45 (Ausg. von Schneller). In Urkk. Straßburg, 28. Christmonat 1124 und Hagenau, 2. Jänner 1213 wird auch Engelberg als in Burgund gelegen bezeichnet; der erstere Brief fügt aber bei « im Zürichgau », was deutlich besagt, dass nicht Zugehörigkeit zum burgundischen Stammesgebiet gemeint ist. Vgl. Öchsli, Anfänge der Eidgenossenschaft 104¹⁾.

Gallien her die Rhone aufwärts und über das Jura Gebirge einwandernden Burgundern schon im westlichen Jura angetroffen wurden, beweisen heute noch die Ortsnamen⁴⁾. Die unterworfenen Alamannen im Sprengel von Vindonissa behielten wahrscheinlich ihre hergebrachten Sitten, Rechte, Ländereien, bei voller Nationalität, vielleicht auch einen gewissen Grad von Selbständigkeit, da sich die alamannische Eigentümlichkeit sowol des Landes als des Volkes bis heute in diesem Landstrich erhalten hat⁵⁾. Die vorgeschobenen Burgunder vermischten sich rasch mit den Alamannen, wodurch ihre Romanisirung verhindert wurde; die Vermischung wurde begünstigt durch den Umstand, dass seit 532 auch die Burgunder unter die fränkische Herrschaft kamen, nachdem die Alamannen bereits 496 unterworfen worden⁶⁾.

III. Was die Sprache betrifft, so herrscht gegenwärtig noch die Ansicht, dass alle schweizerischen Dialekte rein alamannisch seien. Dagegen spricht Grimm⁷⁾ von deutsch-burgundischer Mundart, aber ohne die Billigung W. Wackernagels⁸⁾ zu finden. Die Ansicht Grimms wird vertreten und verteidigt von H. Blattner⁹⁾. Er glaubt, dass das zweite burgundische Reich (888—1097) der burgundischen Eigenart dauernden Bestand gesichert und ihr bestimmte Grenzen für alle Zukunft gezogen habe. « Die Ostgrenze von Hochburgund ist die heutige Sprachgrenze zwischen rein alamannischer und alamannisch-burgundischer Mundart. » Zur letztern würden vom Argau gehören die Bezirke Zofingen und Kulm nebst einem Teile des Bezirks Lenzburg (Seon, Egliswil, Seengen und dem Westabhang des Lindenberges¹⁰⁾).

⁴⁾ Wurstemberger, Geschichte der alten Landschaft Bern I, 206 ff; Ed. v. Wattenwyl v. Diesbach, Geschichte der Stadt und Landschaft Bern I, 1 gibt als Grenze zwischen alamannischen und burgundischen Niederlassungen an: vom Neuenburgersee der Broye entlang an den Murtensee, von diesem dem Chandonbach entlang an die Saane, bis da, wo der Egeribach einmündet, dann diesem Bergwasser nach ins Gebirg.

⁵⁾ Wurstemberger, a. O. I, 208.

⁶⁾ Blattner, über die Mundarten des Kantons Argau. Inauguraldissertation. Brugg 1890. S. 13.

⁷⁾ GD Spr 488, Anm., 491.

⁸⁾ Sprache und Sprachdenkmäler der Burgunden bei Binding, a. O. 334.

⁹⁾ Blattner, a. O. 11 ff.

¹⁰⁾ Blattner, a. O. 14 u. Karte.

IV. Die Forschungen auf dem Gebiete des Häuserbaues haben zu dem Resultat geführt, dass das dreisäßige Haus, gemischt aus kelto-romanischem Typus, wie er heute noch im schweizerischen Jura existirt, und deutschen Elementen, also kein rein alamannisches Haus, einen Verbreitungsbezirk hat, der so ziemlich die ganze deutsche Nordwestschweiz, nebst einem Teile des jetzt romanischen Freiburg und selbst einigen Einsprengungen im Kanton Waat umfasst¹¹⁾. Ein Schluss für unsere Frage lässt sich daraus nicht ziehen. Zu beachten ist auch die Eigentümlichkeit der burgundischen Gegenden, in geschlossenen Ortschaften zu bauen, was für den Argau nicht behauptet werden kann.

V. Von besonderer Wichtigkeit ist das Prinzip der personalen Geltung des Rechtes; denn dadurch verliert die Frage nach dem Herrschaftsgebiet der Burgunder, der territorialen Ausdehnung des Reiches, an Bedeutung gegenüber der andern Frage, wie weit sich die Sitze der beiden Volksstämme erstreckt haben. Aus dem Angeführten ergibt sich die Tatsache, dass Burgunder in alamannisches Gebiet vorgeschoben wurden, während umgekehrt Alamannen in burgundischem Gebiete saßen. Wenn es ferner gerechtfertigt ist, von alamannisch-burgundischer Mundart zu sprechen, so wäre die Schlussfolgerung nicht so abliegend, dass der Burgunder, der wie seine Sprache auch sein Recht mitnahm, nicht nur durch erstere, sondern auch mit letzterem einen Einfluss geübt habe. Eine Vergleichung der alamannischen und burgundischen Rechtsätze auf dem Gebiete des Erbrechts ist aber unmöglich wegen der dürftigen Bestimmungen der *lex Alamannorum*. Wir können höchstens nachweisen, dass das spätere alamannische Recht mit dem burgundischen übereinstimmt; damit ist aber keineswegs bewiesen oder nur wahrscheinlich gemacht, dass dies dem Einfluss des burgundischen Rechts zuzuschreiben sei, da die Möglichkeit denn doch viel mehr für sich hat, dass schon dem altalamannischen Recht die Sätze des spätern Rechts eigneten. Dazu kommt, dass gerade diejenigen Gebiete, wo burgundischer Einfluss denkbar wäre, keine alten Rechtsquellen aufzuweisen haben.

¹¹⁾ J. Hunziker im Anzeiger f. schweiz. Altertumskunde 1889, S. 158 ff u. in Öchsli, Anfänge, Exkurs I, S. 361 ff.

Ich komme so zu dem Resultat, dass ein Einfluss der lex Burgundionum auf das alamannische Recht weder wahrscheinlich, noch irgendwie nachweisbar ist, dass also die lex Burgundionum neben dem alamannischen Recht nur zur Vergleichung beigezogen werden kann.

§ 7. c) Berner Gerichtssatzungen.

Es sind zu unterscheiden:

a) Die Stadtsatzung vom Ostermontag (7. April) 1539 (BGS 1539), in amtlichem Auftrag verfasst von Hans von Rütte, Gerichtsschreiber zu Bern¹⁾. Sie war nur handschriftlich vorhanden, erst in den Rechtsquellen von Bern (Z f sch R XX) wurde ein Abdruck veranstaltet. Ihrem Inhalt nach ist sie mehr eine Kompilation aus « ordnungen, potten, verpotten, Satzungen, Rechten, vnnd straffen, zum theill nützlich angesehen, vnd verordnet, zum theill vss vnser handveste, vnnd alttenn gsaz bücheren vnd Rödttlen, vnd zum theill von Alt hargebrachten gewonheyttten Aber vngeschrybnen gutten brüchenn »²⁾, als eine selbständige Kodifikation. An der Spitze steht die verdeutschte Handveste von Bern, dann folgen eine Anzahl Eidesformeln und auf sie die eigentliche Satzung, das Privatrecht und Lehenrecht, wie das Strafrecht und den Prozess beschlagend. Die Satzung hatte nach der Vorrede Geltung für die « Statt Bernn vnnd alle ynwonerenn derselbigenn, Ouch alle in der Statt Bernn gricht gesessenn, vnd alle die so der Statt Bernn Recht hand »³⁾. Im bernischen Argau fand sie als solche in ihrem ganzen Umfang nirgends Anwendung; dagegen wurde sie mit mehr oder weniger wesentlichen Änderungen, meist in Einzelheiten, nachgebildet von der Gerichtssatzung der Stadt Arau von 1572⁴⁾, wäh-

¹⁾ Vgl. Z f sch R VIII, 2, 129 ff; Leuenberger, Studien zur bern. Rechtsgeschichte 40 f; Manuel, Studien über die Verjährung im bern. Stadtrecht, Bern 1876, S. 5.

²⁾ Vorrede fol. 3^b u. 4^a Ms. m.

³⁾ Fol. 3^a Ms. m.

⁴⁾ Der Statt Arouw Nüwe ordnung vnd satzungen vom 19. April 1572; Pergament-Ms. fol. Nr. 282 der Obergerichtsbibliothek in Arau, prachtvoll geschrieben von Stadtschreiber Hieronymus Schmutziger 1633. Papier Hs. fol. Nr. 282 daselbst enthält eine neuere Abschrift. Ein Teil der Gerichtssatzung ist gedruckt nach einer späten Abschrift in Z f sch R XVIII, 2, 66—100. Im übrigen vgl. Z f sch R XVII, 2, 75 f, wo jedoch die aus Hämmerlin, Rechts-

rend im übrigen bernischen Argau namentlich ihre erbrechtlichen Grundsätze Eingang fanden⁵⁾).

b) Der Stadt Bern erneuerte Gerichtssatzung, genehmigt am Ostermontag 1614, gedruckt « by Abraham Weerlj bestellten Buchtrucker » 1615 (B G S 1615), zusammengestellt von David Fellenberg⁶⁾. Auch diese Satzung war noch blos Stadtsatzung, ihr wenn auch nur mittelbares Geltungsgebiet im Argau aber schon bedeutend größer. Denn die Gerichtssatzung von Brugg von 1621⁷⁾ ist großen Theils wörtlich aus ihr entnommen⁸⁾, ebenso schließt sich die Gerichtssatzung von Zofingen, revidirt, erläutert und erneuert am 12. Herbstmonat 1623, teilweise an sie an, wenn gleich in viel

freund entnommene Jahrzahl 1733 in 1633 zu berichtigen ist. Die arauer Satzung enthält bereits das Eintrittsrecht der Enkel, das in B G S 1539 noch fehlt. Eine gleichzeitige Pergamenthandschrift liegt im Stadtarchiv Arau; Arg. XI, 323 f.

⁵⁾ Im Erbrecht von Arau wird auf Ansuchen der Stadt das Erbrecht der Frauen geändert und nach der Stadt Bern Erbrecht gestellt; Spruch des Rates von Bern v. 15. August 1579; Z f fch R XVII, 2, 76. Auf Begehren der Grafschaft Lenzburg werden die Bestimmungen des Landrechts der Grafschaft über Testirfreiheit ersetzt durch diejenigen der B G S 1539; Ratsschluss von Bern v. 3. Weinmonat 1608; Z f fch R XVII, 2, 86; L R Lenzbg. V. Satz.

⁶⁾ Vgl. Z f fch R VIII, 2, 137 f; Leuenberger, a. O. 43; Manuel, a. O. 6.

⁷⁾ Am 25. Hornung 1620 namens des Rates von Brugg von Johan Jakob Füsli, alt Schultheiß, und Johan Vöcklj, Stadtschreiber, von Artikel zu Artikel «ersehen und verbesseret», vom Rat genehmigt Auffahrt 1621. Ms fol. Nr. 283 der Obergerichtsbibliothek in Arau.

⁸⁾ Zur Vergleichung folge das System der beiden Satzungen:

B G S 1615:

I. Teil so da handelt:

Erstlich von dem alter der Personen:
vnderscheid der Burgeren: Ehelüten:
Vogtyen | oder Vormundtschafften: Vnd
geschwornen Schriberen.

Zvm anderen | von Contracten | oder
verkommussen.

Vnd zvm dritten | von straff der fräfflen.

II. Teil, so da handelt:

Dess ersten von Büwen | Züne | vnd
Veriärung | oder Gewärde.

Zvm anderen von Testamenten | Codi-
cillen | vnd Vergaabungen: Item von
Erbschafften ohne Gemächt.

Vnd zum dritten von Theylung der
Erbgüteren.

III. Teil, so da handelt:

Von dem Grichtlichen Prozess.

Item von Gältstagen | vnd Schulden |
darumb man kein Gricht | Pfandung |
etc. gestatten soll.

Br S 1621:

I. Teil. So da Handlet:

Erstlichen von Thodschlegen vnd an-
deren Recht vnd Grichtlichen Pro-
cessen.

II. Teil. So da Handlet:

Von Testamenten Codicillen Verga-
bungen, Item von Erbschafften one
Gemächt.

zum Anderen: Von Theylung der Erb-
güetteren.

III. Teil, So da Handlet:

Von dem Grichtlichen Prozess.

Item von Geltstagen Vnd Schulden
darum: man kein Gricht Pfandung
gestatten soll.

geringerem Maße als diejenige von Brugg. Dagegen ward im Erb-
recht des Amtes Arburg das Eintrittsrecht der Neffen und Nichten
des Erblassers ganz nach Teil II, Titel IX, Satzung 3 der BGS
1615 eingeführt⁹⁾, und die Grafschaft Lenzburg nahm mit Aus-
nahme einiger, ihr 1608 verbrieft Artikel die Stadtsatzung an¹⁰⁾.

c) Die Erneuerte Gerichts-Satzung vor die Stadt Bern, Und
Derselben Teutsche Städte und Landschafften vom 9. Christmonat
1761, gedruckt in Hoch-Obrigkeitlicher Druckerey 1762, in Kraft
auf Martini 1762 (BGS 1762), ausgearbeitet von Sigmund Lud-
wig von Lerber¹¹⁾, weist schon durch ihren Titel auf das bedeutend
größere Geltungsgebiet hin, das ihr im Gegensatz zu ihren Vor-
gängerinnen zukam. Laut Publikationsdekret sollte die Satzung von
1615 « mit denjenigen Erläuterungen, Verbesserungen und Vermeh-
rungen, so die seither über verschiedene Punkte Unsers Bürgerlichen
Rechts ausgegangenen besonderen Verordnungen mit sich bringen,
und sonst etwann gegenwärtige Nothdurft erfordern mag, von neuem
ausgehen ». Aber auch diese Satzung behielt noch die Statutar-
rechte vor: « durch gegenwärtige Erneuerung soll niemanden, weder
Burger noch Unterthan, an seinen wolhergebrachten und von Uns
bestätigten Rechten nichts benommen seyn: Sondern es soll eine
jede Stadt, Landtschafft und Gerichts-Stelle Unserer Bottmäßigkeit,
bey allen den Freyheiten, Satzungen und Gebräuchen, deren sich
dieselbe durch Unsere ausdrückliche Begünstigung von Alters her
zu erfreuen gehabt, noch ferner geschützt und geschirmt bleiben ». Um
deswillen konnte sie im Argau nur zur Geltung kommen, wo
bereits die BGS 1615 angenommen worden war, also vornehmlich
in der Grafschaft Lenzburg. Aber auch die Gemeinden des Amtes
Schenkenberg, sowie Schinznach, Vlnachern und Oberflachs im Amt
Kastelen erbaten sich und erhielten statt des schenkenberger Erb-
rechts von 1539 die neue Satzung¹²⁾.

⁹⁾ Beschluss des Rates von Bern vom 7. Hornung 1668; Z f fch R XVII, 2, 78 (mit falschem Datum).

¹⁰⁾ Spruch des Rates von Bern vom 20. Hornung 1645; Z f fch R XVII, 2, 86; L R Lenzbg. 1697 fol. 18 ff; 71 ff (an ersterer Stelle mit falschem Datum des 10. Hornung).

¹¹⁾ Vgl. Z f fch R VIII, 2, 147 f; Leuenberger, a. O. 45 ff; Manuel, a. O. 7.

¹²⁾ am 12. Christmonat 1769; Z f fch R XVII, 2, 81, 91.

§ 8. d) Römisches Recht.

Das R. R. ist als positive Rechtsquelle in unserm Gebiete nie rezipiert worden¹⁾, ebenso wenig das kanonische Recht²⁾. Denn zu der Zeit, als im deutschen Reiche die Rezeption erfolgte, lockerten sich die Beziehungen der Schweiz zum Reiche mehr und mehr, und als im Jahre 1495 das Reichskammergericht angewiesen ward, « nach des Reychs und gemainen Rechten » zu urteilen, unterwarfen sich die Eidgenossen diesem Gerichte nicht³⁾. Trotzdem aber erlangten die fremden Rechte einen gewissen mittelbaren Einfluss: sie galten als *ratio scripta*. Schon frühe begegnen uns einzelne Spuren des R. Rs. im Kreise der freiwilligen Rechtspflege in Verzichtleistungen und Vertragsklauseln; namentlich ist der kiburger Kanzleistyl im siebenten Jahrzehnt des XIII. Jahrhunderts reich daran. Beispiele:

Renuntiamus omni actioni exceptioni et omni beneficio iuris tam canonici quam civilis, confuetudinibus, constitutionibus generalibus seu specialibus. Urk. Ebikon, 28. Heumonat 1259; Neugart, Cod. dipl. II, 231.

Renuncians pro me (Graf Hugo von Werdenberg, rechter Vormund von Elisabeth von Kiburg und ihrer Tochter Anna) et dicta domicella ac heredibus nostris et successoribus Velliano senatusconsulto, in integrum restitutioni, confuetudini, edicto edito vel edendo, privilegio impetrato vel impetrando. Urk. Greifensee, Jänner 1263; Font. rer. Bern. II, 570 ff.

¹⁾ Vgl. Huber, System des schweiz. Privatrechts I, 34, 36, 37 i. f.; Bluntschli, RG I, 7; Leuenberger, a. O. 25 f.; Walther, Versuch zur Erläuterung der Geschichten des vaterländischen Rechts 1765, S. 39, 129; Derselbe, Gesch. d. bern. Stadtrechts I, S. VIII, XXI, XXIV, XXXVII, III. Hauptstück S. 52 ff. (ein erbitterter Feind des R. R.); Stettler, Rechtsgeschichte von Bern 67; v. Lerber, Praelectio de fontibus iuris patrii 62; Joh. Gotl. Wyß im literarischen Archiv der Akademie zu Bern 1807, S. 20 ff.

²⁾ d. h. das weltlich allein anerkannte *corpus iuris canonici clausum*. Die geistlichen Gerichte kommen hier nicht in Betracht.

³⁾ RKGÖ 1495 § 3; Kraut, Grundriss zu Vorlesungen über deutsches Privatrecht (5. Aufl.) § 13 Nr. 17; Schröder, DRG 727. Unter den « gemeinen Rechten » der ältern Reichsgesetze ist nur das R. R. zu verstehen, Datt, de pace imperii publica IV, 1, Nr. 133–138. In der RKGÖ 1508 tit I § 8 heisst das R. R. das « alte Gesetz », das C. R. das « neue Gesetz »; der RHR wird durch die RHRO 1654 tit VII, § 24 ausdrücklich auf das *corpus iuris canonici* hingewiesen.

Elisabeth von Kiburg verzichtet auf die ops Velleiani et Macedoniani. Urk. v. 7. Hornung 1265; Font. rer. Bern. II, 623.

Verzicht per iuramentum in hoc facto ex certa scientia auf die actio und exceptio doli metus und in factum und auf omne auxilium et beneficium tam iuris canonici quam civilis. Urk. v. 8. Herbstmonat 1267; Font. rer. Bern. II, 689⁴⁾.

Damals war Fridericus notarius de Kiburg canonicus Constantiensis auf der kiburgischen Kanzlei^{4a)}; das weist deutlich auf die Quelle dieser Redewendungen hin; sie berechtigen nicht im mindesten zum Schluss auf Anwendung des R. Rs., wie man hat behaupten wollen^{4b)}. Sie sind nichts anderes als eine Wiedergabe deutschrechtlicher Begriffe in der lateinischen Rechtssprache; dass die Übersetzer selbst oft das Gefühl hatten, wie wenig Original und Übersetzung sich deckten, bezeugen Wendungen wie: donatio propter nuptias quod alii dotalicium vocant minus proprie, apud nos autem lipgedinge vulgariter appellatur^{4c)}. Das römischrechtliche Mäntelchen, welches das deutsche Recht verhüllt, schlottert bedenklich. Die deutschen Briefe kennen ganz ähnliche Wendungen, wie die angeführten lateinischen; Beispiel:

Öch verzihe vnd begibe ich mich mit rechter wissent vnd alle min lehen erben | aller vziehung | geverde vnd akuft | alles rechtz vnd helfe geistlichs vnd weltlichs aller vriheit genaden vnd briefen | von bēbften von kungen von keyfern | erworben | oder die noch erworben werden möchtint | aller satzungen vnd gewanheiten herren stetten vnd der londern | vnd | dz wir nit sprechen füllen | dz wir betrogen sien vber den halbeteile eis rechten köffes | oder dz es anders geschriben sie denne beredt | oder dz wir harzū betwungen oder mit geverde hinderkomen sien | oder dz wir — — nit gantzlich bezalt sien

⁴⁾ Vgl. ferner Urk. Burgdorf, 28. Christmonat 1262, Font. rer. Bern. II, 566; Urk. v. 18. Hornung 1267, eodem II, 676; Urk. v. 1267, eodem II, 688; Urk. Zürich, 20. Herbstmonat 1280, v. Wyß, Geschichte der Abtei Zürich 236 f Nr. 264.

^{4a)} Kopp, Bünde II, 1, 499, 501, 502.

^{4b)} Archives héraldiques suisses 1889 Nr. 26/27, p. 245 u. 247.

^{4c)} Urk. v. 1248; Font. rer. Bern. II, 292 f; Kopp, Urkk. II, 90, Bünde II, 2, 266.

| Vnd dez rechten dz ein gemeine verzihunge verwirft | vnd
aller ander funden vnd vziehung | da mit | oder mit dero hilfe
dirre verköffe dirre briebe — — bekrenkt oder widerruft
werden möchte in deheinen wege⁵⁾.

Von unsern Rechtsquellen zeigt insbesondere BGS 1615 etwelchen Einfluss des R. Rs.; das System derselben⁶⁾ hat große Ähnlichkeit mit der Einteilung des Stoffes, wie sie schon Gaius⁷⁾ gegeben hat; im Titel über Verjährung und Besitz ist der Begriff der Gewere römischen Anschauungen gewichen⁸⁾, während BGS 1762 dieselben wieder beseitigte. Auch in den Bestimmungen über Testamente und Kodizille, sowie im Repräsentationsrecht der Geschwisterkinder (vgl. nov. 118 c. 3) wird römischer Einfluss erblickt⁹⁾. Das « kaiserliche Recht » ist mir auch in einigen Verfügungen des Rates von Bern und in einer Öffnung begegnet:

- a) Spruch des Rates von Bern für Erlinsbach, Sampstags an ein lesten tags des manods Mertzens 1539: « dann es vnnfers bedunckens, nüt allein den keyserlichen Rächten (die zwuschet kinden vnd kindskinden gegent Großvatter vnd Großmüttern keinen grad noch linien machend) — zewider », dass kein Eintrittsrecht der Enkel besteht. Spruchbuch des obern Gewölbs JJ 410; Staatsarchiv Bern.
- b) Die Öffnung von Hermetswil 1691 verweist bezüglich der Enterbungsgründe auf die « gemeinen kaiferlichen, geschriebenen Rechten ».
- c) LR Lenzbg. I 35, fol. 12 von 1471 verweist für die Strafe des Meineids auf die Satzung kaiserlichen Rechten.

⁵⁾ Urk. v. 20. März 1391 im Staatsarchiv Bern: Fach Simmental und Freiheitenbuch 129^b—131^a.

⁶⁾ S. § 7 Anm. 8.

⁷⁾ Inst. I, 8 übergegangen in § 12 J. de iure nat. I, 2 u. l. 1 D. de statu hom. I, 5: omne ius quo utimur vel ad personas pertinet, vel ad res, vel ad actiones.

⁸⁾ Manuel a. O. 6, 49 ff.

⁹⁾ Leuenberger, a. O. 43.

d) 1729 verordnet Bern, es solle bei Landtagen in der Grafschaft Lenzburg der Ausdruck, dass nach Inhalt kaiserlichen Rechts über die vorgefallene Missetat gesprochen worden, wegfallen und dafür gesetzt werden «nach der Stadt Bern Recht». Müller, die Stadt Lenzburg 21.

e) Zusatz zum Stadtrecht von Bremgarten von 1734, s. § 14 III.

Das Intestaterbrecht dagegen ist wesentlich deutschen Rechtes geblieben, bis die moderne Kodifikation seine Originalität trübte¹⁰⁾.

¹⁰⁾ Vgl. auch Huber, schweiz. Erbrechte 58. Wir werden im Verlauf der Darstellung noch auf einzelne Spuren fremder Elemente in Form und Ausdrucksweise zu sprechen kommen, namentlich finden sich solche im Stadtrecht von Kaiserstuhl und im Erbrecht von Kadelburg.



I. Hauptstück.

Voraussetzungen der Erbfolge.

§ 9. A. Die Objekte des Erbganges.

I. Die Nachfolge in die Erbschaft, das von einer Person hinterlassene Vermögen, ist im R. R. eine Universalsukzession (1 24, 1 208 D. de V. S. 50, 16); dem deutschen Recht ward dieser Begriff lange Zeit ganz abgesprochen¹⁾: der Erbe habe suzcedirt in die einzelnen Vermögensbestandteile, konnten ja doch verschiedene Personen in ganz verschiedene Sachen zu Erbe gehen: ins Erbe, in die Lehen, in Heergewäte und Gerade. Durch die lichtvollen Untersuchungen Heuslers²⁾ ist diese Ansicht gründlich widerlegt. Heusler definirt die Universalsukzession dahin, dass eine Mehrheit von Vermögensrechtsverhältnissen kraft eines einheitlichen Rechtstitels übergeht, im Hauptfall, der Erbfolge, also kraft erbrechtlichen Titels. Sie braucht keine *fucceffio in univcrsum ius defuncti* zu sein, wie im R. R., sondern ist auch als Spezialerbfolge zu denken, und so haben wir denn wirklich neben der Generalsukzession in das Erbe Spezialsukzessionen in Lehen, Heergewäte und Gerade.

II. Vier Vermögenskomplexe und ebenso viele Universalsukzessionen sind also zu unterscheiden. Neben das Erbe treten als besondere wirtschaftliche Gesamtheiten, die nicht blos in Aktiven bestehen, sondern auch mit Schulden belastet sein können³⁾, Lehen,

¹⁾ So von Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts V, 5, vgl. aber 8, Anmerk. 11 i. f., 9; Pernice in der kritischen Vierteljahrsschrift IX, 82 ff gegenüber Lewis, die Sukzession des Erben in die Obligationen des Erblassers nach deutschem Recht S. VI u. 205, der die Universalsukzession vertritt.

²⁾ Institutionen des deutschen Privatrechts II, 532 ff.

³⁾ Das gibt auch Stobbe zu a. O.

Heergewäte und Gerade. Namentlich scharf werden Erbe und Lehen als ökonomische Einheiten sich gegenübergestellt; Heergewäte und Gerade dagegen machen sich in den argauischen Rechten nur in einem letzten Ausläufer bemerkbar. Erbe ist der umfassendste Ausdruck für den Nachlass; es gehört alles dazu, was nicht Gegenstand einer Spezialsukzession ist⁴⁾. Für die Lehen musste sich, abgesehen von andern Umständen, schon deshalb eine besondere Erbfolge bilden, weil der Lehendienst Waffendienst war, Frauen somit davon ausgeschlossen waren.

III. Was den Umfang des Nachlasses betrifft, so reproduziert der Schwsp W 8 Z 12 L 5^b zum Teil den Satz des Ssp I 6 § 2:

swer erbe nimt, der sol ouch ze rehte die schulde gelden
die der tôte man dâ gelten sol. Diupheit noch roup noch spil
noch wuocher, des ift nieman schuldic für den andern ze gelten,
noh ob er wider dehein gerihte iht getân hât.

Deliktsschulden als rein persönlicher Natur gingen also unter mit dem Tode des Schuldners. Dasselbe gilt von Spielschulden, soweit überhaupt dafür eine Klage gegeben wurde, und von Verpflichtungen aus Wuchergeschäften (etwa Zinsversprechen). Dagegen anerkennt Schwsp W 9 die Erblichkeit von Bürgschaften. Während aber nach dem Ssp einmal nur diejenigen Schulden bezahlt werden müssen, für die wederstadinge (Gegenwert) empfangen wurde, und auch diese nur bis zum Betrag der Fahrnis, so sagt

Schwsp W 20 Z 12 L 20: unde ift er tût, die erben fullenz
tuon von dem guote daz si geerbet hânt, unde von der vro-
wen guote niht, ob guot dâ ift daz dâ eigen si oder varende
guot, âne lêhen. unde ift niht guotes dâ, sô sint die erben ledic.

Ferner Schwsp W 10 L 8: Unde ift daz ein man stirbet der

⁴⁾ « Erbe » in den Hofrechten ist dem wirklichen Eigentum nach Landrecht entgegengesetzt; es ist der Besitz nach Hofrecht, auch abgeleiteter Besitz genannt. Meist findet sich der Ausdruck Eigen und Erbe (eigen vnd erb anprechen, Arg. II, 128; vmb des gotshufes Muri eigen, erb oder lehen, Arg. IV, 331; es syge sin eigen oder sin erbe, Arg. IX, 3), der die beiden Seiten des Rechtsverhältnisses bezeichnet, wie es denn auch geradezu heißt: « des Gotteshaufes Eigen und der Leuthen Ehrb », Ofng. v. Hermetswil 1691, Teil I, Satz. 3; des gotzhufes eigen vnd des mannes erb oder lechen, Ofng. v. Hermetswil vor 1415, Arg. IV, 241. Vgl. Urk. v. 1267, 18. Brachmonat: sub iure hereditario five emphiteotico im Basler Urkundenbuch I, 348 Nr. 487 und die bei Bluntschli, RG I, 265 angeführte Stelle.

gelten fol, unde er lât nit guotes hinder im dâ mit sine erben oder sin wip vergelten mûgen: die fullen des geltes ledic sin vor gote unde vor den luten.

Der Ssp betrachtet die Liegenschaften noch als Familiengut, das dem Hause nicht entfremdet werden darf, das deshalb auch nicht ohne Erbenlaub belastet werden kann; der Schwsp dagegen hat das Anwartschafts- und Einspruchsrecht der Erben gegenüber der Behaftung des Gutes mit Schulden dadurch verdrängt, dass er den Erben für die Schulden des Erblassers mit dem ganzen Nachlass, Liegendem und Fahrendem, haften lässt. So viel aber ist sicher, dass der Erbe mit seinem eigenen Vermögen nicht haftete. Die ältern und oft auch die neuern argauischen Rechtsquellen ermangeln besonderer Bestimmungen darüber; sie regeln blos die aus dem ehelichen Güterrecht entspringende Verhaftung der Frau⁵⁾. Indes darf man gerade aus ihrem Schweigen und den Bestimmungen, die bezüglich des « Auffalls » getroffen sind⁶⁾, schließen, dass während des ganzen Mittelalters die Erben nicht mit eigenem Gute hafteten. Eine beschränkte Haftung der Kinder kennen die Twings- und Amtsgerechtsame von Vilmergen und den niedern freien Ämtern von 1495, erneuert 1527, Art. 22 u. 23:

Ein wirt mag zêrgêlt beziechen wie Lidlon, und ob ein frow und ein man mit einanderen wirteten, bachten, metzgeten, und ein biderman jnen wîn oder brot ze koufen gît und si das mit einandern effen und trinken, und des mannß gut das nit bezalen môcht, so foll die frow und die kind das helfen bezalen, so wît jr gut g'langen mag.

Ob einer eim ze müli lîchet korn umb korn, und jm des hungers not tut und er denn stirbt und nit bezalen mag, so foll die frow und die kind das helfen bezalen.

⁵⁾ Vgl. z. B. Stdtbch. Baden 11, von neuern: Amtsrecht v. Hermetswil in Z f fch R XVIII, 2, 18; AR n fr A Art. 1 (Z f fch R XVIII, 2, 40); Zusatz zu AR Meienbg. in Ms. Nr. 289 der Obergerichtsbibl. in Arau p. 397 ff; Ofn. Bünzen Art. 15 u. s. w.

⁶⁾ indem hier höchstens die Frau in Mitleidenschaft gezogen wird bezüglich ihres Anspruches auf die Fahrnis. Vgl. AR n fr A Art. 2. Bemerkenswert ist folgende Bestimmung des AR Meienbg. 1527 Art. 78: Wann einer koufti und abgienge, da Mangel an Guot were und das nit bezalt hätte, und das Pfennwert noch da wâri, das einer kouft hetti, so mag er's nemen. Vgl. auch LR Lenzbg. andere Satzg. fol. 28.

Erst BGS 1539 ließ die Kinder für die Erbschaftsschulden unbedingt aufkommen⁷⁾, und die Öffnung von Bünzen von 1568 bestimmte:

Art. 29. Welicher also ein schilling erbt, der soll auch ein pfund vnd mer (wie sich dann die schulden verloufen) bezalen vnd vsrichten⁸⁾.

IV. Für den Zeitpunkt des Erbgangs gilt im allgemeinen derselbe Grundsatz wie im R. R.: *hereditas viventis non datur*, die Erbfolge wird nur in das Vermögen einer verstorbenen Person eröffnet. Ausnahmen (sog. *successio anticipata*) treten ein:

1) wenn eine Person friedlos erklärt wird (vgl. § 10, 2), denn ein Friedloser kann keine Rechte, folglich auch keine vermögensrechtliche Persönlichkeit haben. Sein Vermögen aber war meist nicht Gegenstand des Erbanges; nach Ssp I 38 § 2 fiel das Lehen dem Herrn ledig, das Eigen an den König, die Erben konnten es aber binnen Jahresfrist lösen. Nach luzernischem Recht wurde ursprünglich des Betreffenden Haus niedergerissen, später fiel sein Hab und Gut an Richter und Gericht⁹⁾. Unter Umständen aber konnte der Friedlose in die Friedens- und Rechtssphäre restituirt werden; so nach der Öffnung von Beromünster¹⁰⁾.

2) Mönche und Nonnen, überhaupt Klostergeistliche, welche nach erreichter Mündigkeit in diesen Stand treten, verlieren ihre bürgerliche Rechtsfähigkeit: sie erledigen sich von « lantrechte unde lēhenrechte unde von erbeteile. finiu lēhen sint dem herren ledic unde sinem naechsten erben wirt daz erbe¹¹⁾. » Es ist dies eine Art *mort civile*. In der neuern Zeit und namentlich den BGSS ist dies verschwunden.

⁷⁾ « Wer erbt, der bezahlt », S. 83, fol. 96 Ms. m.; ebenso AGS 49; BGS 1615 II, XI, 1; BrS fol. 62^b u. 63^a; ZGS 95; BGS 1762 I, XXX, 1. Vgl. Ofn. v. Wettingen sine dato Arg. IV, 251, wonach das Gotteshaus, dem das Erbe eines Eigenmanns heimfällt, die « gültten » bezahlen soll. Vgl. überhaupt Stobbe in Bekkers & Muthers Jahrbüchern V, 293—349.

⁸⁾ Arg. IV, 337; Grimm, WT V, 76; Stobbe, Handbch. V, 52¹³.

⁹⁾ Segesser, RG II, 670¹.

¹⁰⁾ eodem I, 732 f.

¹¹⁾ Schwsp W 27, cf. Ssp I, 25 §§ 2 u. 3.

3) Oft waren auch die Sondersiechen vom Erbrecht ausgeschlossen: Es ist von alter harkomen, das die funderfiechen lütte In dem hus zuo fant Jakob vnd an der Spanweid ouch nit erben föllent. des gleichen sol man fy ouch nit erben. 1448¹²⁾.

§ 10. B. Die Subjekte des Erbanges.

I. Der Erblasser. Der Satz, dass derjenige, der von einer Person behauptet, sie sei Erblasser, deren natürlichen Tod beweisen muss, findet sich nirgends ausdrücklich ausgesprochen, ebenso wenig ist der Fall der Verschollenheit vorgesehen¹⁾. Es ist dies übrigens begreiflich, da in den hofrechtlichen Verhältnissen große Gebundenheit herrschte; wenn die Leute auch nicht gerade glebae adscripti waren, gab es doch zahlreiche nachjagende Ämter, welche der Freizügigkeit wehrten.²⁾ Man konnte deshalb für die weitaus größte Mehrzahl der Fälle von der Voraussetzung ausgehen, dass der Erblasser in seiner Were sterbe. — Von den persönlichen Eigenschaften des Erblassers ist besonders wichtig seine Nationalität. Die ursprüngliche Rechtlosigkeit des Fremden verschwand zwar mit dem Aufkommen des fränkischen Reiches, indem die Angehörigen der alten Stämme dadurch Reichsgenossen wurden; allein die Zersplitterung der Reichseinheit und die Bildung der Territorien brachte wieder eine schlimme Wendung mit sich, indem die einzelnen Herr-

¹²⁾ Bluntschli, RG I, 470; vgl. Lütolf in Geschfrd. XVI, 203. Anders dagegen ein Spruch des Rates von Bern vom 17. Wintermonat (Sampftag nach Martini) 1520: welicher hinfür In das Siechenhuß Zofingen genomen wirdt | das deßfälsen gütt | ouch was Er erbt | Im dienenn vnd nachfolgenn | vnd So Er mit tod abgangenn ist Alldann Solichs alles dem huß als deßselben Eigen güt beliben vnd züstan solle von andernn fründenn vnd Erbenn ane Intrag, falls die Person nicht beim Eintritt in das Siechenhaus dasselbe mit einer bestimmten Summe abgefunden hat. St.-A. Bern: Spruchbuch d. ob. Gew. Z 263.

¹⁾ In den gemeinen Herrschaften ward laut Abschied der X Orte vom Heumonats 1718 das Gut eines unbekannt Abwesenden nach 25 Jahren von der letzten Nachricht an gegen zehnjährige Kautions unter die Erben verteilt und von Fallpflichtigen der Fall bezogen. Zffch R XVII, 2, 19; Eidg. Abfch. VII, 1, 698 f.

²⁾ Vgl. Urb. Bad. Art. 86 ff; Rechtsame der sog. Grafschaft Farwangen in Z f fch R XVIII, 2, 4; St.-A. Bern: Unnütze Papiere VII Nr. 142: Schreiben von Untervogt und Landschreiber der Grafschaft Lenzburg an den Rat zu Bern vom 7. Heumonats 1554: — — die wyl bis har | die vnßern So vß der Graffschafft Lenzburg zogen In wilifouwer ampt | zü glych wie ouch die Iren So vß wilifouwer ampt alhar In die Graffschafft zogen nie fryzügig weder In erbfällen noch Im verrucken mit ir hab gegen einandren gfyen noch gehalten sind worden — —.

schaften sich gegenseitig oft sehr abschlossen. Friedrich II. musste in der Authentica omnes peregrini gebieten, dass, si intestati decefferint, ad hospitem nihil perveniat, sed bona ipsorum per manus episcopi loci tradantur si fieri potest heredibus. Der Nachlass der Fremden war also eingezogen worden. Im Laufe der Zeit schwächte sich das ab zu dem oft noch ganz bedeutenden „Abzuge“ (gabella hereditatis, detractus hereditarius, Abschoss)³⁾, und es blieb erst der neuesten Zeit überlassen, diese Abzugsrechte ganz zu beseitigen.⁴⁾ — Im übrigen konnten die Personen, die selbst nicht Erben sein konnten, auch nicht beerbt werden.

II. Der Erbe. Zur Erbenqualität ist nötig, dass der betreffende im Augenblicke des Todes des Erblassers erbfähig ist.

1. Über den nasciturus bestimmt Schwsp W 35 L 38:

Nu merket umbe ein wip diu kint treit nâch irs mannes tôde, unde si berhaft ist, unde geniset si dar nâch des Kindes, unde hât si des geziuge zwêne man oder zwô frowen, die ir arbeit gefehen hânt unde daz kint lebendic gefehen hânt: daz kint behabet des vater erbe.

Hinsichtlich des Erfordernisses der Lebensfähigkeit⁵⁾ genügt nach alamannischem Recht, dass infans vivus remanserit tantum spatium, ut vel unius horae possit aperire oculos et videre culmen domus et quatuor parietes⁶⁾.

³⁾ Vgl. z. B. Urb. Bad. Art. 155; Stdtbch. Baden (Arg. I, 65); Erkenntnis des Rats von Zürich v. 26. März 1599 für das Kelleramt (Z f sch R XVII, 2, 47); für die freien Ämter den Abschied vom 20. Weinmonat 1653, wonach Erbgut in's Ausland 10%, in die zugewandten Orte 6%, in die XIII Orte und deren Untertanenländer 5% Abzug bezahlt. Z f sch R XVII, 2, 61. Verkommnis zwischen Bern und Luzern des Abzugs halb, « so man nempt den zwentzgeften oder zechenden pfennig », dass die Angehörigen beider Stände gegenseitig in Erbfällen keinen Abzug geben sollen. Urk. v. 25. Jänner (Mittwoch S. Pauli Bekehrung) 1492; St.-A. Bern: Unnütze Papiere XXXVIII Nr. 7. Viel einschlägiges Material enthalten die eidg. Abschiede (z. B. III, 2, 250g, 251b; IV 1a, 1287; V 2 II, 1668 f, 1709 f; VI 1 II, 1308 ff, 1350 ff; VI 2 II, 1963 ff, 2025 f; VII 2, 809 f, 824 f, 839 f).

⁴⁾ Mediationsakte v. 19. Hornung 1803 Art. 5: Les anciens droits de traite intérieure et de traite foraine sont abolis; Bundesvertrag von 1815, Art. 11: Die Abzugsrechte von Kanton zu Kanton sind abgeschafft; Bundesverfassung 1848 Art. 51; BV 1874 Art. 62. Vgl. Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der Schweiz. Demokratien II, 1, 287, II, 2, 121—131. Schröder, DRG 512 f.

⁵⁾ Vgl. L. Wisig. IV, 2 c. 17 u. 18: das Kind muss 10 Tage gelebt haben; dazu Ssp I 33, 36 § 1. Vgl. Schröder, DRG 252³.

⁶⁾ L. Al. Hloth. XCV = Lantfr. LXXXVIII, dazu Schwsp W 271.

2. Unausgesteuerte Kinder schlossen die ausgesteuerten (d. h. abgetheilten) vom Erbe aus; ausgesteuert sind diejenigen, die nicht mehr ein Salz und Brot mit einander essen⁷⁾. Sterben die unausgesteuerten Kinder, so gehen die abgetheilten zu Erbe « als geschwisterten vnd als die nechsten Erben »; sind dagegen blos ausgesteuerte Kinder vorhanden, so erbt im Hofrecht der Grundherr.⁸⁾

3. Bezüglich der Weltgeistlichen (Pfaffen) bestimmt Schwsp W 8, dass ein Pfaffe, der « kirchen oder phründe hât dâ er sich von begên mac », neben seinen Geschwistern in der Fahrnis nicht erbt, wol aber in die « gûlde ». Mönche und Klosterfrauen jedoch, die nach erreichter Mündigkeit (14. resp. 12. Jahr) « sich münchen » (Profess leisten), erledigen sich von Landrechte, von Lehenrechte und von Erbeteile, verlieren also die Erbfähigkeit⁹⁾.

4. Friedlose Personen¹⁰⁾, die elos (exlex) vnd rehtlos waren, konnten deswegen nicht Erben sein, weil sie iuris ac legis priuati solatio waren.¹¹⁾

5. Ein wichtiges Erfordernis der Erbenqualität ist die Ebenbürtigkeit mit dem Erblasser. Denn nur durch Geburt aus ebenbürtiger Ehe eines Freien wurde der Stand freier Leute erworben gemäß seinem Charakter als Geburtsstand. Darum legt L. Al. Hloth. LVII¹²⁾ besonderes Gewicht darauf, dass die Tochter einen coaequalem sibi liberum heurate und nicht einen colonum regis aut

⁷⁾ Ofng. v. Wettingen ohne Datum Arg. IV, 251; Ofng. v. Wettingen v. 1488, Arg. IV, 238 f.

⁸⁾ Die letztangezogenen Offnungen. Im neuern Rechte ist die Gemeinderschaft selten (vgl. etwa Amts- und Twingsofng. von Muri v. 1568 Art. 9; A T O Boswil Art. 9. Acta Consistorii Rinachensis d. d. 13. Aug. 1596: Barbili Bär, Dienstmagd in Menziken, sagt vor Chorgericht Reinach aus: es heige Fridli Gerber sins brüders Sun by im ghan, vnd sigend fy beid alls sine meister gfin, diewil fy in vnvertheiltem gût sitzind); die BGSS (1539 fol. 92^a Ms. m., S 77; 1615 II, XIII, 5; 1762 I, XLVI, 10), die AGS (Art. 43), ZGS (Art. 89) u. BrS (fol. 69^b) sehen blos den Fall vor, dass namentlich als Ehesteuer einzelne Kinder etwas vorempfangen haben, und stellen hiefür Einwerfungspflicht auf.

⁹⁾ Schwsp W 27 übereinstimmend mit Ssp I, 25 §§ 1—3. Vgl. § 9, IV, 2; Nov. V c. 5; c. 2. 6 X de statu monach. III, 35; Conc. Trid. Sess. XXV de regul. c. 2; Hellmann, das gemeine Erbrecht der Religiösen, München 1874; ferner das Urteil des luzern. Obergerichts v. 26. III. 1881 betr. Erbfähigkeit der Mitglieder eines religiösen Ordens im Archiv für katholisches Kirchenrecht XLIII Nr. 3 (von Dr. K. Attenhofer).

¹⁰⁾ Vgl. Osenbrüggen, alamannisches Strafrecht S. 60 ff.

¹¹⁾ Geschwornen Brief v. Luzern, Kopp, Bünde II, 1, 155², 275¹. Vgl. § 9, IV, 1.

¹²⁾ = L. Al. Lantfr. LIV = L. Al. Karol. LVII; dazu Schwsp W 272.

ecclesiae, ansonst sie non intret in porcionem de terra [patris], quare sibi coaequalem non nupfit. Und die translatio S. Alexandri verlangt, dass nobilis nobilem ducat uxorem, et liber liberam, libertus coniungatur libertae et servus ancillae¹³⁾, quod partus conditionem semper sequi debeat viliores¹⁴⁾. Das hatte zur Folge, dass der Stand der Freien sehr zusammenschmolz. Um deswillen kommen im spätern Mittelalter häufig Verträge über Genosssame vor, wodurch Ehen der Freien mit der ihnen nahe stehenden Klasse der freien Gotteshausleute, die, ursprünglich von freier Geburt, in Schutz und Gerichtsbarkeit einer Abtei sich begeben, ohne Nachteil für den Stand der Kinder ermöglicht wurden. Eine solche Übereinkunft bestand beispielsweise zwischen den Freien der Grafschaft Baden und den S. Fridolinsleuten¹⁵⁾, zwischen dem Fryampt ze Afholtren vnd den in der Richenow vnd fant gallen vnd einsiden, von blëfion¹⁶⁾, und die Stadtrechte bestimmen etwa, dz alle die da in vnserm fridkreiff seiffhaft sind, man vnd wib, Sün vnd tochter, ze der Ee komen mügent mit allen lüten, an dien Sy gevallent in ander Stette vnd von andern Stetten, welcher kunne sy sind, vnd fol Inen die genosame an der Herschafft kein schad sin.^{17 17a)}

6. Während des ganzen Mittelalters und noch lange nachher war nur die eheliche Deszendenz erbfähig.¹⁸⁾

7. Schwsp W 16 zählt vierzehn Erbnunwürdigkeitsgründe auf. Sie stammen aber alle aus Nov. 115 c. 3¹⁹⁾.

¹³⁾ Mon. Germ. hist. SS II, 673. Vgl. Heusler, Inst. I, 161¹, 169 f.

¹⁴⁾ Urteil des Reichsgerichts unter König Rudolf 1282; Mon. Germ. hist. LL II, 439. Vgl. auch den alten Rotel des Stadtarchivs Luzern bei Pfeiffer, habsb.-östr. Urbar 320¹⁹⁾: libera servo dominii (der Herrschaft Kiburg) copulata.

¹⁵⁾ d. h. den Leuten des Gotteshauses Säkingen; Urb. Bad. Art. 89, vgl. dazu Art. 87² für den Fall, wo kein Vertrag besteht; eine Entscheidung der Eidgenossen von 1487 enthält Art. 24.

¹⁶⁾ Richtung des Freiamts Art. 10, Arg. II, 128, 145.

¹⁷⁾ Stdt. Mell. aus dem XV. Jahrhundert, Arg. XIV, 201; damit stimmt fast wörtlich überein Art. 2 des Stdtbch. Baden 1384, vgl. ferner Art. 9 und die Arg. I, 71 angezogenen Stellen über die Folgen der Ungenosssame, ferner Stdt. v. Wintertur-Mellingen III, c. 12, Bluntschli, RG I, 483; eidg. Absch. III, 2, 266 c.

^{17a)} Vgl. auch Heusler in kr. VJ n. F. XIV, 184 ff.

¹⁸⁾ Über das Erbrecht der Unehelichen ist später ausführlich zu handeln; s. §§ 24—26.

¹⁹⁾ Vgl. BGS 1539 fol. 94^b u. 95^a Ms. m.; BGS 1762 I, XXXV, 1; Erbr. Lenzbg. 1612; Satzg. IX: « das Erb verschütten ». Vgl. Stobbe, Handbuch V, 16; Windscheid, Pand. III, 432 f.

8. Im Jahre 1690 verfügte der Rat von Bern, dass Täuferkinder, welche von ihren Eltern nach deren Übertritt zur Sekte gezeugt sind, nicht mit den andern Kindern erben können.²⁰⁾

²⁰⁾ Müller, Stadt Lenzburg 118. Über den Grund dieser Bestimmung vgl. § 24 Anm. 1. Einen Fall im Kanton Luzern berichten die Annalen der Stift Beromünster II, 295 (Anzeiger f. schweiz. Gesch. 1870 S. 90): da Kaspar Weber, genannt Sichlenhauer, von Adiswil kinderlos starb, sollte seine Erbschaft an seine Schwestern fallen. Diese aber hatten sich den Wiedertäufern angeschlossen und hielten sich damals in Mähren auf. Deswegen erkannte die Regierung von Luzern am 26. Weinmonat (Donstag vor Simon und Judä) 1617, dass von dem 1000 Gl. betragenden Nachlass 400 Gl. ihr selbst, 400 Gl. der Stift Münster und 200 Gl. einigen weitem Verwandten des Verstorbenen zu fallen sollten. Vgl. auch Geschfrd. XXI, 232. Die Täufermandate des Rates von Bern, soweit sie die erbrechtlichen Verhältnisse betreffen, sind folgende:

St.-A. Bern: Mandatenbuch IX, 941 f.

An alle T[eutsche]: Amptleüth 4 Stätt, Freyweibell
Vnd Amman.

Schulltheiß Vnd Raht etc.

Obfchon wir darfür gehalten, es wurden wegen Vnfers Vor etwas || Zeits außgeschriebenen Mandats in Vnfere Landen sich niemands || mehr geluften laßen, der widertäuferischen Sect anzehangen || und fellbige zubekennen, so gibts dennoch deren hier Vnd || Dort etwelche, und tragt sich zu, daß wider-täufer zweyerley || Kinder hinderlaßen, die einten in Rechtmäßiger zuge-läseuer, || und die anderen in unzuläßlicher Vnd Teüfferischer Ehe || Erzeit- get, zwüfchen welchen deß Erachtens halb streit || entstanden, darwider in angezognem Vnfere Mandat nichts || Verfehen ist, damit nun inskünftig, wann sich dergleichen fühl || begeben, mann aller ohrten Vnfere Landen wüße, wie Kinder || Deren Elltern auf widertäuferische weis und nicht nach gewohnter || Christlicher Ordnung eingefegnet worden, bey theilung der Ell- teren || Verlaßenschaft zehalten, als habend wir angefehen Vnd geordnet, || Daß dergleichen Kinder zeErben unfähig erklet, und das Erb Vnß || Der Oberkeit heimbegefallen sein solle, dir hiemit befellende || solliche Vnfere Ord- nung zu Jedermeniglichs nachricht, Von Cantzlen || Verkünden zelaßen, und darob zehalten, maßen zethun wüßen || wirst. Dat. 6. Martý 1690.

St.-A. Bern: Mandatenbuch IX, 990 f.

Thun, Oberhoffen, Brandis, Signauw || Burgdorf
und Arburg.

Schulltheiß Vnd Raht etc

Dieweilen die unzuläßliche Versamlung der Vngehorhammen || Teüfferen zunimbt, wollend wir dir über das was bereits || befehen, befohlen haben, der außgeträttenen Teüfferen || guth an denen ohrten, wo es noch nicht Ver- richtet, mit || zuthun deß Landtschreibers und zweyer Ehrlichen Männeren || (Vnd soltten es die nechsten Verwandten deß Teüffers sein) || ordenlicher

maßen zu inventorifiren (!), die schulden abzu- || zeihen, mit den Ihrigen so zu
hauf bleiben und dieser || Sect nit anhangen, eine theilung anzutretten, und
lauth || getrukten Mandats einen Kindstheil zuhanden der oberkeit || Dar Von
zunehmen, und damit die Teuffer nit allerley betrug || mit Ihrem guth brau-
chen, Sollt du fleißige nachforschung || halten, Vnß deßen berichten, auch
alle der Teuffer || Creditores die Realitet Ihrer schulddforderung mit einer ||
glüpt an Eydtstatt zubestättigen anhalten.

Wan aber bey dergleichen theillungen der Mann ein Teuffer ist, || soll
seiner unteufferischen frauwe gut lauth glatzes Ihro || zukommen, ist aber
das weib ein Teufferin und der Mann nicht, || soll Ihme auch sein guth ohne
theilung gefolgen.

— — — — —
Dat. d. 28. Sept. 1691.

St.-A. Bern: Mandatenbuch XIII, 1013 ff.

An alle T[eutche] Ambtleüth. || 4. Stätt. Frey-
weibel || und Ammann.

Schultheiß Rät und Burger etc.

Auß gehabtem Anlaß ist vor Vnß die frag || entstanden, wohin der Täu-
feren guht ver- || wendt werden solle, nachdehme Wir nun || Vnseren hievori-
gen deßwegen ergangenen || ordnungen nachschlagen laßen, habend || Wir
gefunden, und Zufolg derselben || hiemit Erkent, daß wan in Einem Amt ||
Täuffer entdekt, selbige alsobald Vnser || Verordneten Täuffer Cammer an-
gezeigt || werden, welche dan nach beschaffenheit || der sachen Vnserem
Amtsmann, in || deßen Verwaltung Ein solcher entdek- || ter Täuffer an-
heimlich, zuschreiben solle, || in beysein deß Amtsmanns zwischen den || Erben
oder wen es ansehen möchte, ei- || ne Rechnung, so wohl der activ als ||
passiv schulden Zuziehen, selbige Ihra || Zur approbation einfinden, nach-
werts || und nach abzug aller deßhalb aufgangnen || und von Vnser Täuffer
Cammer reglierten || Cösten die überbleibende noch fruchtbahre || mittel seiner
Kilchöre (!) zu äufnung deren || Kirchen und Schulen unter folgenden || be-
dingnußen heimdienen und zur ver- || waltung anvertraut werden.

1^o Wan Einer Kilchori oder gemeind dergleichen || Täuffer guht Zukom-
met, Sie alsobald einen || besonderen Verwalter setzen, und mit dero || Haben-
den Kirchen oder Schulguht nit vermischen, || solche auch in Einen besonderen
Urbar einschrei- || ben, so auch von Vnserer bestelten Täuffer || Cammer ur-
basiert (!) werden solle, damit allezeit || gesehen werden möge, wie man dar-
mit um- || gangen.

2^o Soll Ein Verwalter, welcher ein Jehweiliger || Sekel Meister oder
Kirchmeyer deß ohrts seyn, und davon || kein mehrere befoldung haben solle,
über || dergleichen güeter von Zwey zu Zwey Jahren || seinem Amtsmann Eine
Specificierliche || Rechnung übergeben, welcher dan selbige || Vnserer Täuffer
Cammer überfenden soll. ||

3^o Daß keine Kilchöre oder gemeind eigen- || gwältig und ohne befra-
gung Eines Ober- || Amtmans der Abnutz von dergleichen || güeteren, welcher (!)
Zu Ihren Kilchen, Schulen || noch anderem gebrauch verwenden, auch || keine
derselben beziehen solle, ohne vor- || wüßen und Einwilligung Vnser Täuffer
|| Cammer; deßen du hiemit verständiget, zu- || gleich aber befelchnet wirft,
von den gemein- || den deiner Verwaltung, hinter welchen || Täuffer güeter
ligen, Eine Specificier- || liche Rechnung abzefordern, Selbige für- || derlichst
Vnser Täuffer Cammeren Zu über- || fenden, damit solches auch in den Von

|| Ihra führenden Vrbar könne eingeschriben || werden, wie Ze thun, und gegenwehrtigen || Vnseren willen Zu künfftiger Nachricht || seines Ohrts einschreiben Zu laßen bestens || wüßen, anbey befehlenet wirft, diesem || Vnserem willen bey deinem geschwornen || Eyd treülichen, und also fürderlichen || nachzekommen, daß Innert Vier wochen Zeit || dieselere sachen Vnser Cammer alhero || senden thüyeß etc. Dat. d. 23. febr. || und Erleütheret den 17. Martÿ 1729.

St.-A. Bern: Mandatenbuch XV, 25 ff.

An || Alle T.[eutsche] Ambt Leüth. 4. Städt || Frey-
weibel und Ammann.

Schultheiß Rächt und Burger etc.

Obgleich Wir d. 17. Martÿ A° 1729. auß- || schreiben laßen, wo die von den Täußeren || hinterlassende Mittel hinfallen sollind, || wann namblichen Noht Erben vorhanden, || So hat Sich dennoch begeben, daß Eint- und andere fähl Sich zugetragen, daß bey || absterbung der Täußeren die Verwandten || von der beyseits- und Nebend-Linien, || auch zu Erben verlangen; Wann nun || Selbige Unß rechtens wegen zugefallen || wären, so habend Wir dennoch selbiges || nit brauchen, sonderen sothane güeter || zu guetem der Kirchen und Schulen || Widmen, und den abnutz darvon || so lang Wir es gut finden werden, zu- || kommen laßen wollen; In maßen Wir || Unß, auß Landts vätterlicher Liebe gegen Unßere getreüwe Unterthanen, hierdurch || Unßers Rechtens dahin begeben wollen, || daß wan ein Täußer ohne hinterlassende || Kinder absterben, und also allein erben || von der beyseits-Linien vorhanden seyn || wurden, Eines solchen abgestorbenen || Täußers hinterlassene Mittel, wann || Selbige schon zuvor hinter Seine ge- || meind wäre gelegt worden, in zwey || gleiche Theil sollen vertheilt werden, — || da dann der Einte halbige Theil den || nächsten Erben auff der seithen-Linien, || wan Sie namblich nach dem Gesätz || Erbens vehig, verabfolget und über- || laßen: der andere halbige Theil dann, || hinter der Gemeind verbleiben, und || Nach Unßerer verordnung vom 17. Martÿ || 1729. hinter Selbige gelegt, von derselbigen || dann, nach erst bemelter ordnung ver- || waltet, und der abnutz darvon an- || gewendt werden soll; Deßen du, gleich || übrige Ambt Leüth Unßers Teütfchen || Landts, berichtet, anbey befehlenet wirft, || in vorfallenden begebenheiten nach dießer, || wie auch der verordnung von A° 1729. || dich zu verhalten, und zu verschaffen, daß || denen selben nach gelebt werde [alles aber geschehe unter der Inspection Unßerer verordneten Täußer Cammer]; Wie zethun || wüßen wirft. Gott mit dir. Dat. d. 15. X^{bris} 1734.

Das Eingeklammerte steht am Rande.

2. Hauptstück.

Die Erbberechtigung.

I. Die legitimen Blutsverwandten.

A. Nachfolge in das Erbe.

1. Erbgang innerhalb des Hauses.

§ 11. a) Zur Einleitung.

Die Twings- und Amtsgerechtsame von Vilmergen und den niedern freien Ämtern normiren in wenigen knappen Sätzen den Erbgang im Hause und fahren dann fort: nun so vahet an die magschaft. Weniger scharf, aber immerhin durchsichtig genug, betont denselben Gedanken das Stadtbuch von Baden von 1384 Art. 15. Diese Rechtsquellen stellen also Familie und Magschaft einander gegenüber, sie sind sich noch einer Gegensätzlichkeit derselben bewusst als zweier besonderer Erbenkreise, deren einer den andern ausschließt. Schon äußerlich ist der Unterschied darin sichtbar, dass die Rechtsquellen für den ersten Kreis, das Haus, einfache und ursprüngliche Verwandtschaftsbezeichnungen kennen, während für die Magschaft meist nur zusammengesetzte Namen vorkommen¹⁾. Vom zweiten Erbenkreis an beginnt²⁾ die Magen-zählung, um die einzelnen Magen durch die Zahl unterscheiden zu können. Ihre Bedeutung ist nur terminologisch, erklärt sich aber allein aus dem alten Gegensatz von Haus und Magschaft. Mit letzterer begann

¹⁾ Vgl. Seelig, Erbrecht des Schwsp 38 f.

²⁾ wenigstens im Ssp, vgl. § 15.

ursprünglich das wirkliche Erbrecht nach dem Prinzip der Nähe des Blutes; im Hause handelte es sich wesentlich um gemeinschaftliche Verhältnisse. In der Magschaft galt für die Erbfolge die Parentelenordnung, im Hause war ein anderes Prinzip und eine andere Einteilung maßgebend, die Glieder verschiedener Parentelen zusammenfasste³⁾. Die Hausgemeinschaft verwirklichte das Agnationsprinzip, die Magschaft beruhte auf der Kognition. Im Laufe der Zeit trug letztere schließlich den Sieg davon und drang auch in die Familie ein; umgekehrt aber weist das alamannische Recht noch lange auch in der Magschaft Spuren des Agnationsprinzipes auf im Vorzug der Vätermagen vor den Muttermagen⁴⁾. So ist es denn gerechtfertigt, den Anfall innerhalb des Hauses und denjenigen an die Magschaft zu trennen.

§ 12. b) Die Kinder.

I. Unser freiamter Weistum nennt die Kinder die « rächten natürlichen Lyberben »¹⁾; denselben Gedanken spricht auch L. Al. Hloth. II 2 aus: wenn der Mann, welcher der Kirche eine Schenkung machte, einen Sohn hinterlässt, da will dieser vielleicht geltend machen, quod hereditas paterna sua sibi sit legitima ad possidendum — —²⁾, sagte doch schon Paulus ad Rom. VIII, 17: *εἰ δὲ τέκνα, καὶ κληρονόμοι*, sind wir denn Kinder, so sind wir auch Erben. Die Kinder sind demnach besonders qualifizierte, naturnotwendige Erben. Damit ist aber keineswegs gesagt, dass ihre Erbansprüche gleich gewesen seien. Vielmehr schlossen in der ältern Zeit die Söhne die Töchter vom Grundeigentum aus.

L. Alam. Hloth. LVII = Lantfr. LIV = Karol. LVII 1.

Si autem duas sorores absque fratre relictas post mortem patris fuerint, et ad ipsas hereditas paternica contingat, et una nupferit sibi coaequalem liberum, alia autem nupferit aut colonium

³⁾ Vorgreifend will ich bemerken, dass hieraus kein Argument gegen die Parentelenordnung hergeleitet werden kann, zumal das im Hause herrschende andere Prinzip schließlich der Parentelenordnung weichen musste.

⁴⁾ Vgl. Heusler, Inst. II, 271 ff, 521 ff.

¹⁾ Art. 2; Arg. IX, 70.

²⁾ Vgl. auch L. Al. Hloth. LV, 1 = Lantfr. LIII = Karol. LV; dazu L. Sal. LIX.

regis aut colonum ecclesiae: illa qui illum liberum nupsit sibi coaequalem, illa teneat terram patris earum; res enim alias aequaliter dividant.³⁾

2. Illa enim, qui illum colonum nupsit, non intret in portionem de terra, quare sibi coaequalem non nupsit.

Über das Erbrecht der Töchter in die Fahrnis entscheidet die angeführte Stelle nicht, und so sind denn zwei Möglichkeiten denkbar: einmal dass die Söhne allein auch in die Fahrnis erben, also überhaupt die Töchter vom Erbe ausschlossen, oder dass die Fahrnis unter Söhne und Töchter geteilt wurde. Für die erste Alternative, für völlige Erblosigkeit der Töchter, entscheidet sich Huber⁴⁾. Nach ihm hätten die Töchter blos Anspruch auf Mitgenuss am Hausvermögen, eventuell bei der Verehelichung auf Aussteuer in Fahrnisgegenständen gehabt, « wie weiblichem Schmuck, Hausgeräten und überhaupt vorzugsweise dem Gebrauch und dem Wirkungskreis der Frau dienenden Sachen ». Zum Beweise werden eine Reihe s. galler Urkunden angeführt. Außerdem wird etwa noch geltend gemacht, dass dem alamannischen Rechte eine verschiedene Sukzession in Liegenschaften und Fahrnis fremd sei⁵⁾.

Die zweite Möglichkeit scheint mir indes mehr für sich zu haben. Für's erste ist es unwahrscheinlich, dass die Unterscheidung zwischen Grundbesitz und Fahrnis in L. Alam. LVII nur für den Fall der Ungenossenehe einer Tochter gemacht wurde. Denn das spätere Recht hält an dieser Scheidung fest, und wenn wir sehen, wie die Töchter nach und nach bezüglich der Liegenschaften größere Rechte erhalten, bis schließlich prinzipielle Gleichstellung mit den Söhnen erfolgt, so ergibt sich ganz naturgemäß der Schluss, dass es sich von Anfang an nur um die Berechtigung zu den Liegenschaften handelte, während das Anrecht auf die Fahrnis als selbstverständlich galt. Sodann spricht L. Al. Hloth. XCV (Lantfr. LXXXVIII) von mulier qui hereditatem suam paternicam habet,

³⁾ Dieselbe Bestimmung hat auch Schwsp W 272 L 325, s. u.

⁴⁾ Huber, die historische Grundlage des ehelichen Güterrechts der berner Handveste 21 f, 39 f.

⁵⁾ Vgl. F. v. Wyß, das Erbrecht der väterlichen und mütterlichen Seite der Verwandtschaft in den Intestaterbrechten der östlichen Schweiz in Z f sch R IV, 1, 111—158, V, 1, 3—38, bes. IV, 1, 116.

wobei m. E. nicht an den speziellen Fall der Erbtöchter zu denken ist, wie Huber⁶⁾ will, die hereditas paternica vielmehr den Fahrnisanteil bedeutet. Was ferner die Urkunden von S. Gallen anlangt, so kommen etwa folgende in Betracht:

a) Urk. v. 804 (Wartmann, Urkdbch. I, 169 f. No. 179):
Et qualis de nobis (Schenker und Gemahlin) alium supervixerit, ipsum censum solvat et illas (res) possedeat, et Plidrudra filia nostra ipsum censum solvat, si nobis supervixerit; similiter filii eius faciant, qui ex ea nati fuerint, usque dum ad feminas pervenerit, tunc . . . Anfall ans Kloster.

b) Urk. v. 834 (Wartmann I, 323, No. 348): Si autem Otperto progenitus heres non fuerit nec easdem res ipse redemerit, tunc soror eius Oadalbiric post eius obitum vel conjugis sue easdem res habeat — — — Et si ipsa filium habuerit, similiter faciat ejusque tota agnitio, quamdiu virilis sexus illas res hereditaverit; si autem ad feminas contigerit hereditari, tunc ad ipsum monasterium redeant in evum possidende.

c) Urk. v. 854 (Wartmann II, 57 No. 438): Ego Waldram trado ad mon. S. Galli — — — quicquid in ipsa marcha contra fratrem meum in portionem accepi, hoc est quod Adalpret avus meus seu pater meus vel ego ipse in eodem monte et in ipsa marcha acquirimus — — si autem non redemero, filius meus, si fuerit, vel ejus legitima procreatio in eundem censum habeat, et si redimere voluerint, cum XXX solidis redimant, ita dumtaxat, ut masculinum id agat fexus.

d) Urk. v. 860 (Wartmann II, 90 No. 474): Ego Hupold presbyter trado ad mon. S. Galli quicquid visus sum habere in pago Nibilgouve — — ea ratione — — ut easdem res soror mea ad se recipiat — — post obitum sororis mee filii fratris mei.

e) Urk. v. 869 (Wartmann II, 161 No. 547): heres quoque illius legitimus, id est masculus, sub eodem censu possideat.

⁶⁾ a. O. 27.

f) Urk. v. 786 (Wartmann I, 99 No. 106): *complacuit mihi, ut aliquid de rebus meis filia mea dare deberem, quod ita et feci.*

Es sind dies alles Prekarieurkunden, sie enthalten also mehr oder weniger willkürliche Anordnungen. Was beweisen sie? Höchstens die Richtigkeit von L. Al. LVII, wonach Söhne die Töchter vom Grundbesitz ausschlossen. Denn alle beziehen sich auf ein bestimmtes Grundstück oder auf das Besitztum an einem bestimmten Orte; von der Fahrnis ist nirgends die Rede. Der Schluss auf völlige Erblosigkeit der Töchter ist nicht gerechtfertigt. Die unter *f* aufgeführte Stelle enthält eine Zuwendung an die Tochter, einen Akt reiner Liberalität: der Schenker hält für gut, seiner Tochter etwas zu geben, offenbar weil er findet, dass ihr Fahrnisanteil auch gar zu gering sei. Nach *d* bedingt der Tradent, ein Priester, sogar seiner Schwester die Losung aus, wie seinen Bruderssöhnen. Andere Urkunden begnügen sich damit, den Rückkauf durch die Töchter zu erschweren⁷⁾, oder sie im Vergleich zu den den Söhnen eingeräumten Vorteilen quantitativ zurückzusetzen, indem ihnen nur das halbe Erbrecht gewährt wird⁸⁾. Dazu kommt der Umstand, dass nach zahlreichen Urkunden Frauen Grundbesitz haben und ihn vererben⁹⁾, dass Männer und Weiber zugleich mit einander Grundeigentum erben¹⁰⁾, alles Tatsachen, welche Erblosigkeit der Töchter ausschließen. Mag man immerhin die Tatsache, dass Frauen Grundbesitz haben, einerseits aus L. Alam. LVII, andererseits daraus erklären, « dass sich eben die Sitte, die Töchter mit beträchtlichem Vermögen auszustatten, mehr und mehr verallgemeinert hatte¹¹⁾ », so spricht auch dies nicht gegen ihr Erbrecht in die Fahrnis. Die Tatsache dagegen, dass auch Töchter zur Konsenserteilung bei Veräußerungen neben den Söhnen zugezogen werden¹²⁾, scheint mir nicht lediglich aus der Vorsicht für den

⁷⁾ Wartmann Nr. 316 vom Jahre 828.

⁸⁾ *Et si femina mihi nata fuerit, ipsas res medias possideat.* Wartmann Nr. 19 vom Jahre 754.

⁹⁾ Wartmann Nr. 39 von 763; Nr. 150 von 797; Nr. 195 von 807, Nr. 415 von 815 u. s. f.

¹⁰⁾ Cod. trad. Nr. 175 in Z f fch R IV, 119.

¹¹⁾ Huber, a. O. 41.

¹²⁾ Vgl. Wartmann Nr. 148 von 797.

Fall des Vorabsterbens der Söhne erklärt werden zu können, es spricht dies eher schon für eine Erbberechtigung auch in Liegenschaften, eine Annäherung an Schwsp W 128 L 148^a und Stadtrecht von Frauenfeld von 1294: *hanc gratiam civibus nostris duximus faciendam, quod filiae eorum sicut filii in bonis paternis ipsis possint succedere*¹³⁾.

Hinterließ der Erblasser blos Töchter, fiel diesen die Erbschaft zu¹⁴⁾.

II. Der Schwsp W 272 L 325 wiederholt zwar noch die Bestimmung der L. Alam. Hloth. LVII, 1, steht damit aber in Widerspruch mit Schwsp W 128 L 148^a, einer Stelle, die offenbar das geltende Recht enthält:

— — — unde ist ouch daz er einen ansedel dâ er üfe faz hinder im lât, unde lât sîn unde tohter diu niht ûz gestiuret sint: der ansedel ist der sîne vor den tohtern; unde stêt an der bruoder genâden waz si den swestern geben, ob anders dâ niht enist.

Darnach haben die Töchter im wesentlichen neben den Söhnen gleiches Recht erlangt^{14*)}, der Vorzug der Brüder ist auf den ansedel beschränkt. Praktisch mochte sich zwar die Sache in vielen Fällen so gestalten, dass die Töchter gleichwol nichts bekamen, nämlich dann, wenn der Ansedel die ganze Verlassenschaft bildete; die Vertröstung auf der bruoder genâden ist nur zweifelhaften Wertes.

Der Ansedel kehrt in den argauischen Weistümern wieder als Wilstein oder Hausären. Wilstein bezeichnet ursprünglich den Hausherd, dann das Erb- und Sässhaus des Geschlechtes: Wohnhaus mit Scheune, Speicher, Hausgarten und Hausbunte¹⁵⁾ im Ge-

¹³⁾ Gengler, Stadtr. 121.

¹⁴⁾ Ebenso L. Burg, XIV, 1. *De successione inter Burgundiones id volumus custodiri, ut si quis filium non reliquerit, in loco filii filia et patris et matris hereditate succedat.*

^{14*)} Das zeigt auch die Lesart des Schwsp bei L 148^a (W 128 Anm. 5): stirbet ein man der lat sîne unde tohter hinder im unde eigen — — diu kind suln daz eigen samt teilen. Über das Verhältnis dieser Stelle des Schwsp, namentlich des Vorzugs der Söhne auf den ansedel, zur L. Al. LVII vgl. § 18 I, ferner Seelig, Erbr. des Schwsp 10 f, 15 ff, 41.

¹⁵⁾ Vgl. namentlich LR Mölinb. Art. 20—24 (Arg. IV, 353 f); dazu Rochholz, der Wilstein in den frick- und sissgauer Grenzaltertümern in Arg. XVI, 154—174. Hunziker bei Öchsli, Anfänge, Exkurs I, S. 362.

gensatz zum übrigen Vermögen an Hofstätten, Äckern und Matten, Hausrat und Fahrhabe. Hausären ist ein Synonymum dazu.¹⁶⁾ Im Erbrecht des Amtes Schenkenberg vom 25. Wolfmonat (Christmonat) 1539 Art. 12 sind die beiden Ausdrücke umschrieben durch « das Sässhaus und Feuerstatt »¹⁷⁾, ebenso im Land- und Erbrecht von Biberstein, Küttigen, Königstein und Erlinsbach von 1552.

Das Vorzugsrecht der Söhne auf den Ansedel äußert sich im neuern Rechte nach drei Richtungen:

a) im Vorrecht des jüngsten Sohnes auf den Wilstein,

LR Mölinb. Art. 20: der jüngst sön foll die hausfär besitzen.

A ER Schenkbg. Art. 12: Darby foll auch verstanden werden, wenn es zu Fahl kombt, daß der jüngst ehlich Sohn nach seinem Vater das Sässhaus und Feuerstatt erben folle.

jedoch gegen billige Verrechnung mit den andern Erben.

LR Mölinb. Art. 21: was die hausfär vnd wilstein be-
langen tuot, foll das geschwifterte, welches dieselben besitzt,
den andren geschwifterten, es fyen buoben oder meitlin nach
bidermanns lüt erkantnusz hinusgeben, was fy denn erkennen
mögen.¹⁸⁾

Es galt als Vorrecht auf das väterliche Sässhaus im ganzen
Argau bis zur gegenwärtigen Kodifikation.¹⁹⁾

¹⁶⁾ Ären, ahd. arin, erin, mhd. eren, ern, verwandt lat. area, frz. aire, kommt heute noch in der Mundart vor und bezeichnet

1. die offene Hausflur, den Vletz, mit festgestampftem Boden, den durch das vorspringende Dach geschützten Raum vor der Scheune,

2. den Raum innerhalb der Haupthaustüre, den Haupteingang des Hauses, der direkt zur Küche führt (zum Feuerherd),

3. den ganzen Umfang des Wohnhauses mit der nächsten Umgebung (vgl. in LR Mölinb. die Wendungen: hausfär des wilsteins, hausfär und wilstein, an der hausfär besitzung oder wilstein). Schweiz. Idiotikon I, Sp. 461 f; Anz. f. schweiz. Altertumskd. 1889, S. 158, 162. Vgl. den Namen des Weilers Arni im Freiamt, Arg. II, 28; Geschfrd. XX, 254, und den Geschlechtsnamen: IV. non Oct. Mechthildis de Arne ob. foror nostri conventus. VI. kal. Jan. Elizabet de Arne, s. n. c.; Necrol. monast. Hermetisvillani. V. non. Oct. Mechthilt von Arne, closterfrouw in Hermetswil. anniv. mon. Hermet. in Mon. Germ. hist., Necrolog. Germ. I, 433, 436, 439. Rudolf von Arnren im Zürcher Urkbbh. II, 177 Nr. 689.

¹⁷⁾ Z f sch R XVIII, 2, 65.

¹⁸⁾ Das schenkenberger Recht spricht nicht ausdrücklich von Ersatz, kennt auch den Satz, dass gleich geteilt werden müsse, nicht, setzt aber in Art. 1 die Einwerfungspflicht voraus.

¹⁹⁾ Es wird normirt in BGS 1539 S 46 u. 78, fol. 72^b u. 93^a Ms. m.; BGS 1615 II, XIII, 6¹; der Kommentar bemerkt dazu: « Es wird sowol zu

b) im Vorrecht der Söhne auf alle Liegenschaften nach billigem Anschlag (gegen ziemliche Ersatzung)²⁰⁾; es ist dies heute noch geltendes Recht.²¹⁾

c) in einem Voraus der Söhne, in der Grafschaft Lenzburg bis zur gegenwärtigen Kodifikation im dritten Teil der Liegenschaften, im Kelleramt im dritten Teil des ganzen Gutes^{21a)} bestehend²²⁾, nach dem Erbrecht von Kaiserstuhl von 1680 (Art. 1)

Statt als land also gehalten, daß dem jüngsten Sohn über das Säßhaus nicht allein der Vorzug, sonder auch ein leidenliches privilegium im preiß vergönnet wirdt». Ferner in BGS 1762 I, XLVI, 11; LR Biberstein etc. 1552 im Staatsarchiv Bern, Spruchbuch des obern Gewölbs QQ 613; AGS 44; BrS fol. 74^a; ZGS 91 mit noch weiter gehender Bevorzugung: Es soll dem jüngsten Sohn — — seines abgestorbenen Vatters besitzung oder verlassenen Säßhuß vnd Hof, so er oder syne Vögt des begerend, in zimlich billicher schatzung gefolgen vnd blyben, vnd synen Theilsgenossen billiche Eratzung dargegen beschehen, auch die Mutter, so lang sy unverenderet blybt, iren Sitz vnd Wohnung, wo sy des begeret, darinnen haben. Wyter soll dem jüngsten Sohn zustahn und werden des Vaters beste Überwehr, es sye Harnischt oder Musqueten one Eratzung. Ferner ER Lenzbg. 1612, Satz. VI; über das Erbrecht v. Baden vgl. oben § 3 Anm. 6; AER Arbg. 1605 lässt ebenso wie Baden mangels Söhnen der ältesten Tochter dieses Vorrecht werden, das LR Biberstein dagegen der jüngsten; vgl. endlich Urk. v. 22. Heumonats 1619: Ehevertrag zwischen Hans Ulrich Ryßer von Bremgarten unter Mitwirkung seiner Mutter Anna Ryßerin und Eva Gerwerin, Meister Bernhard Gerwers Tochter. Neben andern Bestimmungen wird erklärt, nach dem Tode der Mutter falle dem Ryßer als dem jüngsten Sohne nach bestehendem Recht die elterliche Herberge zum Hirschen mit der Scheune und Fahrhabe zu um den Anschlagspreis von 2000 Gl. Arg. VIII, 114 f.

²⁰⁾ AR n fr A 1595 Art. 18; ATO Muri 1568 Art. 8; ATO Boswil Art. 8; AR Bettw. p. 14; Ofng. Hermetswil 1691 Satz. XVI; SM Fr A p. 100; LR Lenzbg. II 3, fol. 18 f: Vom Außkauffen. Ob aber ligende güter erfunden wurden, söllent die durch biderblüt, so des verstand haben, gewürtiget vnd den töchtern ir teil an gält gäben vnd vßgericht, vnd aber die ligende güter den knaben zü vffenthalt des namens vnd Stammens geuollgen vnd zügelassen wärd. Vgl. auch GrR Lenzbg. fol. 70 f; AER Arbg. 1605 (die Güter sollen dem Mannstamm verbleiben, die überlebende Mutter hat Anspruch auf «schatten vnd schermen»).

²¹⁾ ABG § 879.

^{21a)} Erläuterungen zum KAR von 1770 u. 1775.

²²⁾ GrR Lenzbg. fol. 70 f: Obwol — sowol Mutter als die Töchteren, bey vorgehender Veränderung, von dem gefallenen Erb sich Auskauffen lassen müßen; So ist doch in der Graffschafft Lenzburg eine Uralte Übung, so hiemit durch die länge der Zeit in ein ungeschriebenes Recht erwachsen. daß die Söhn von denen Väterlichen ligenden Güeteren, nach Abzug der Paßiv-Schulden und vorgegangener rechtlicher Schazung, den Dritten Theil, als ein Breerogativ oder Vorthail, voraus nemmen, und dann übrighens mit der Mutter und Töchteren in Gleichem zum Theil Gehen, Auch ist in Vorgefallenen stritigkeiten und Rechtshändlen, diese Uralte Übung, so wohl von Mnhh. Land-Vögten auf Lenzburg, als Zu Bern vor Hohen Tribunalien am Rechten Gut geheißsen und be-

im achten Pfénning, in Liegenschaften und Häusern anzuweisen²³⁾, nach den übrigen Rechten den Söhnen meist beim Auskauf der Töchter « geschöpft »²⁴⁾. In den einen Statuten — sie bilden die Mehrzahl — ist er obligatorisch, nach andern fakultativ, bildete aber doch die Regel; die BGSS und ihre Nachahmungen²⁵⁾ lassen ihn durch letztwillige Verfügung zu.

Die verschiedenen Arten kommen auch kombinirt vor, und zwar sowol a und b²⁶⁾ als b und c²⁷⁾.

Alle diese spätern Rechte scheiden also zwischen Liegenschaften und Fahrnis.²⁸⁾ Oft wird noch genau bestimmt, was zum einen oder andern gehört. Das Stadtbuch von Baden von 1384 setzt fest:

Art. 14. wie vil zwey eliche menschen, es fynd hüfer, ligende güter, guldin pfénning, kernengült oder ander gült zu einander bringend, mit einander erbedend oder mit einander erkoufend, es sy ewig oder ablösig, sol alles ligend guot heißen vnd sin, vnd geerbt werden als von dem ligenden guot vor vnd navch geschriben stavyt.

Bezüglich der Häuser wird unterschieden:

Tw AG Vilm. Art. 4: Wenn ein hús stât uff einer eigerner hofftat, so ist es varende hab, vßgenommen Steinine Hüfer.²⁹⁾

stättiget worden. — Nach einem Zusatz im Register des AR n fr A (Ms. Nr. 287 zu Arau) erbte der Sohn $\frac{5}{8}$, die Tochter $\frac{3}{8}$.

²³⁾ Pestalutz, Stat. II, 8.

²⁴⁾ ATO Muri 1568, Art. 5; ATO Boswil Art. 5; AR Bettw. p. 13; Ofn. Bünzen Art. 21 (Arg. IV, 335); AR Meienbg. Art. 72; AR n fr A 1595 Art. 17; SMFr A p. 99, vgl. p. 103 bei der Abtheilung; Tw AG Vilm. 1495 Art. 2; Ofn. Hermetswil 1691 Satz. X; ER Bad. 1637 Art. 1 (Pestalutz II, 304).

²⁵⁾ Vgl. BGSS 1539 S. 77, fol. 92^{a, b}. Ms. m.; 1615 II, XIII, 5; 1762 I, XLVI, 10; AGS 43; ZGS 89; Br S fol. 69^b.

²⁶⁾ AER Arb.

²⁷⁾ AR n fr A; ATO Muri u. Boswil; AR Bettw.; Ofn. Hermetswil.

²⁸⁾ Vgl. auch Schwab W 142 ff L 161, besonders W 145 i. f.: waz varende guot heizet, daz sul wir sagen. Golt unde silber unde edel gesteine, unde vie unde ros, unde allez daz man getriben unde getragen mac, unde pfanttschaft swie diu geschafen ist, verworhtez golt unde silber, unde allez harnasch unde vederwät unde geschütze. daz wellent diu liute, ez fülle erbeguot sin, nâch gewanheit.

²⁹⁾ Dazu eodem Art. 15 (Arg. IX, 72): Ob einer in difem ampt buwete hüfer, schüren oder spicher on eines Lechenherren hilf und stür, so mag er ouch die wider dannen ziehen on eins Lechenherren intrag und allermengkluchs entgältmus. Twingbuch von Dietwil v. 1530 Art. 18 (Arg. IX, 111): Welicher ein gezimber, hús, schtüwer oder spicher vß dem zwing verkouft, der soll den dritten

Über die Gülten weisen namentlich die Weistümer des Frei-
amts Bestimmungen auf: ewige, unablösige Grund- und Bodenzinse,
darum Brief und Siegel sind oder nicht, Korn-, Kern- und Getreide-
gülten sind liegende Güter; wiederkäufige Gült- oder Zinsverschrei-
bungen und Schuldbriefe, ablösige Grund- und Bodenzinse und
Geldgülten, Versicherungen, Handschriften, Obligationen und Aktiv-
schulden, sie seien verschrieben oder nicht, Hausrat, Schiff und
Geschirr, Bargeld, Kleider, Früchte in Speicher und Scheune ge-
hören zur Fahrnis.⁸⁰⁾

III. Es ergibt sich somit als Resultat: das ursprünglich sehr
beschränkte Erbrecht der Töchter in Konkurrenz mit Söhnen ge-
wann im Laufe der Zeit mehr und mehr an Ausdehnung, bis im
Prinzip Gleichberechtigung anerkannt wurde. Die einzige Beschrän-
kung, die sich bis heute erhalten, ist die des § 879 des argauischen
bürgerlichen Gesetzbuches:

Die Verlassenschaft fällt den Kindern zu gleichen Teilen
an; jedoch sind die Liegenschaften (Gebäulichkeiten inbe-
griffen) den Söhnen auf ihr Verlangen um den Marktpreis zu
überlassen.⁸¹⁾

IV. Eine Modifikation des Erbrechtes brachte die Gemeinder-
schaft mit sich. Von dieser unter den Hausgenossen bestehenden
Vermögensgemeinschaft nahm überhaupt das Erbrecht seinen Aus-
gang. Das Wesen der Gemeinderschaft besteht darin, dass die

pfennig zů abzug gën. Diese Bestimmungen erinnern ganz an tünete unde timber
Ssp I 20 §§ 1 u. 2, I 24 § 1. Anders LR Biberstein 1552: Item die hüfer fy
fyend glich woll hültzin oder Steinin, mitt strouw oder ziegell bedecktt für
Ligennde, vnnd nitt farennde hab geachtet werdenn. St.-A. Bern: Spruchbuch
d. ob. Gew. Q Q 610.

⁸⁰⁾ AR n fr A 1595 Art. 4; AR Bettw. p. 8; Copia Abscheids beylag
Frauenfeldischen Jahrrechnung a^o 1733, Litt. w, für die obern freien Ämter,
Meienberg, Muri, Hitzkirch und Bettwil, in Ms. Nr. 289 der Obergerichtsbibliothek
in Arau pag. 535, vgl. eidg. Absch. VII, 1, 957 Art. 126; Erläuterung v. 1733
zu ATO Muri Ms. Nr. 298 eodem pag. 72 f; LR Biberstein weist die Renten-,
Boden- und ablösigen Zinse dem liegenden Gute zu; Fahrnis ist dagegen: aller
Blum vff dem vâlde, vnnd In der Schürenn, Ouch von allerley fruchtenn,
samtß Roß Rind, vnnd allerley vieh, ouch schiff, gschirr vnnd allerley hußratt,
bargältt, so nit angelegtt. Spruchbch. d. ob. Gew. Q Q 610 f.

⁸¹⁾ Anders ist das Verhältnis z. B. nach § 391 des luzernischen Civil-
gesetzbuches, wonach ein Sohn fünf, eine Tochter vier Teile erhält, vgl. Huber,
SPrR II, 53, ferner die ältere Redaktion (§ 1902) des zürcher Gesetzbuches
im Gegensatz zum heutigen § 857.

einzelnen Gemeinder auf gemeinsamen Gedeih und Verderb in ungeteiltem Gute leben und nur zusammen (mit gesamter Hand) über das Ganze oder einen Teil verfügen können.³²⁾ Die Gemeinderschaft war in den bauerlichen Verhältnissen im Argau sehr verbreitet und erhielt sich namentlich im Freiamt noch lange über das Mittelalter hinaus; die Quellen gebrauchen hiefür oft den Ausdruck «in einem Mus und Brot leben».³³⁾ Wenn der Vater in Gemeinderschaft mit seinen Söhnen lebte, so erwarben diese bei seinem Tode nicht ein neues Vermögen, das bisher dem Erblasser gehört hätte, sondern es fand ein Nachrücken im Gesamtgute statt, eventuell Akkreszenz.³⁴⁾ Solange Gemeinder da waren, bekamen sie allein Anteil am Gute, andere waren ausgeschlossen:

ER Baden 1637, Art. 7: So Eheliche Geschwüfterte, die in unvertheiltem Gut bey und mit einanderen haufendt, und mehr Eheliche Geschwüfterte hätten, die aber von ihnen vertheilt und außgeführt, oder ihres gebührendten Erb-Theils außgericht wärend, und danne Eins under denen, die also in unvertheiltem Gut bey einanderen feynd, ledig, und ohne Leibs-Erben abfturbe, so sollend die anderen unvertheilte Geschwüfterte, dessen ligendt und fahrendt Haab und Gut gantzlichen erben; Jedoch sollend solche Zusammentheilungen, oder Gemeinschafften formbklich, und vor der ordentlichen Oberkeit, mit Vorwürffen der vertheilten Geschwüfterten auffgericht und bestättiget werden.

Denn es war möglich, dass einzelne Kinder bei Lebzeiten des Vaters abgefunden wurden; nach Schwsp W 159 konnte der Sohn, wenn er 25 Jahre alt war, den Vater sogar zur Teilung nötigen; unde hât der vater niwan ein kind, dem git er mit rehte wan daz fümfteil siner guotes, unde hât er mër kinde, sô teilet er mit rehte daz den kinden diu zwei teil werdent, unde dem vater diu driu teil.³⁵⁾

³²⁾ Vgl. Heusler, Inst. I, 223 ff.

³³⁾ Vgl. ATO Muri 1568 Art. 9; ATO Boswil Art. 9; Ofn. Hermetswil Satz. XVII; Ofn. Bünzen Art. 25. S. auch § 10 Anm. 8.

³⁴⁾ Heusler, a. O. II, 528; Schröder, DRG 317.

³⁵⁾ Vgl. über die Teilung auch L. Burg I, 2; das Verfahren dabei beschreiben SMFrA p. 101 f. Die Abteilung wird in Wartmann, a. O. Nr. 360 fwasfara genannt, woraus Wafschar wurde. Grimm, Rechtsaltertümer S. 491. Vgl. aber P. Odilo Ringholz im Geschfrd. XLIII, 279⁴⁶³.

Wenn die Gemeinderschaft ausstarb, trat wieder ein Erbfall ein an den nächsten Erbberechtigten, eventuell einen abgetheilten Bruder³⁶⁾, nur im Hofrecht wirkte die Todtheilung fort zu Gunsten des Grundherrn.^{37) 38)}

§ 13. c) Die weitere Deszendenz.

I. Eine Reihe der spätern Statute spricht davon, dass künftig die Kinder nicht mehr wie bisher ihrer Eltern Tod entgelten müssen, sonder an ihrer Eltern Statt in die großelterliche Verlassenschaft zu Erbe gehen können, führt also diese Bestimmung durchaus als Neuerung ein. Viele Gemeinden und Ämter kommen bei der Obrigkeit, oft recht spät erst, darum ein. Für das alte Recht steht somit der Satz fest, dass Enkel des Erblassers von vorverstorbenen Kindern desselben mit seinen lebenden Kindern nicht zur Erbschaft gelangen konnten. Der Grundsatz: der Nächste beim Blut, der Nächste beim Gut, war mit größter Strenge durchgeführt. Gemildert konnte er höchstens dadurch werden, dass entweder der Erblasser mit seinen Kindern bis zu seinem Tode in Gemeinderschaft des gesamten Vermögens geblieben war, so dass schon bei seinen Lebzeiten Enkel an Stelle ihrer abgestorbenen Eltern als Anteilhaber in die Gemeinderschaft nachgerückt waren, wobei aber zu erinnern ist, dass hier eben keine Erbfolge eintrat. Oder der Sohn konnte abgeteilt sein, wenn er starb, so dass seine Kinder nun in sein Gut zu Erbe gingen. Wo keiner dieser Fälle vorlag, blieb die strenge Regel bestehen.

³⁶⁾ Vgl. Ofn. v. 1488 in Arg. IV, 238 f.; Erläuterung zum KAR von 1775 Art. 2 Ms. Nr. 291 der arg. Obergerichtsbibl. p. 21 ff. Dieser Erbfall wird « lediger Anfall » genannt (Pestalutz, Stat. II, 70 § 3; Wasserschleben, Erbfolge 199 hat die Bedeutung dieses Ausdrucks missverstanden), oder auch « rechter Erbfall », Arg. VI, 284, s. die Stelle in § 28 II c.

³⁷⁾ Ofn. Weitingen Arg. IV, 251.

³⁸⁾ Eine abweichende Bestimmung hat Stdt. Kaiserstuhl 1680 Art. 4: So Eheliche Geschwüferte die in vnzertheilter haußhaltung, und Gut bey einanderen wohnen, noch mehr Eheliche geschwüferte häten, welche aber von Ihnen getheilt, außgeführt, und Ihreß gebührendten Erbtheilß außgerichtet wären, und danne dero geschwüfterigen einß, so in vnzertheiltem gut sitzen, absturbe, so sollen die vnzertheilte und die außgeführte in dem hauptgut einß souil alß daß ander Erben.

Waß aber die Vnzerteilten mit einanderen gewunnen, errungen, und überkommen, solcher fürschlag soll allein den vnzertheilten zugehören, ohne Eintrag der außgeführten, vnd von Ihnen abgetheilten.

Das Repräsentationsrecht der Enkel an Stelle ihres vorabgestorbenen Elternteils brach sich nur höchst mühsam Bahn, trotzdem schon frühe sich ein Bedürfnis darnach geltend gemacht zu haben scheint. Das beweisen die Gemächde des Großvaters zu Gunsten der Enkel. Ein Beispiel: Her Jakob von Rinach, Ritter, und Frau Adelheid, seine Gemahlin, erklären zu Münster im Argau vor dem Münster vor der roten Türe unter dem Vorzeichen¹⁾ in Gegenwart des Propstes Ulrich von Landenberg und sechs geistlicher und weltlicher Zeugen ihr « iüngftun ordenunge vnd willen » und « ordnen vnd setzen Hern Bercholden ein Ritter, Jacoben vnd Arnolden vnser füne, Annun vnd Adelheit vnser Tochtren, vnser erben, an allem vnrem guote liegendem vnd varendem, datz wir ietzo hein oder noch gewinnen, Vnd setzen vnd wellen datz were daz, daz Her Berchold vnser fun der vorge-nande vor vns beiden verdurbe oder vor einwäderin, daz finū kind, dü er jetze hat ald noch gewinnet elichen vnd bi rechter E den teil erben, den er ze rechte erben solte, ob er vnf vber lepte ». ²⁾

Eine Reichsversammlung unter Otto I. zu Stela im Jahre 942 entschied die Frage, ob filii filiorum deberent computari inter filios hereditatemque legitime cum filiis fortiri, si forte patres eorum obissent avis superstitibus, durch Gottesurteil (inter gladiatores) dahin, ut aequaliter cum patruis dividant pacto sempiterno.³⁾ Diesen Rechtssatz reproduziert Ssp I 5 § 1 und darnach Schwsp W 7 L 4. Es hätten also Sohnssöhne Repräsentationsrecht gehabt, Schwesterkinder nicht: diz mugen diu tohter kinde niht getuon, da enß danne niht [funes] kinde.^{3a)} Gerade in den schwäbischen Gebieten aber war das Eintrittsrecht im XVI. Jahrhundert noch nicht überall durchgedrungen. Die Reichsabschiede von Freiburg 1498 § 37, Augsburg 1500 § 19 und Worms 1521 § 18 suchten

¹⁾ Es ist dies die Stelle, wo das Rottürengericht abgehalten wurde. Vgl. Estermann, Pfarrei Neudorf 265 ff. (Heimatskunde für den Kanton Luzern III.)

²⁾ Vgl. meine Geschichte der Ritter von Rinach S. 50. Urk. v. 6. März 1299.

³⁾ Widukind, Annal. Corbei. II, 10 bei Kraut, Grundriss zu Vorlesg. über D Pr R (5. Aufl.) § 5 Nr. 1.

^{3a)} Vgl. Seelig, a. O. 20 ff, namentlich wegen der Zulassung der Sohns-töchter zur Repräsentation im Schwsp; ich kann aber seinen Ausführungen nicht beipflichten besonders mit Rücksicht darauf, dass die ganze Stelle dem Ssp entnommen ist und in Schwaben selbst nicht praktischen Rechtsens war.

es für die ganze Deszendenz einzuführen⁴⁾, ohne überall damit durchzudringen.

Das erste argauische Recht, welches das Einstandsrecht der Enkel an Stelle des vorabgeschiedenen Elternteils einführte, war dasjenige von Arburg; der Rat von Bern gestattete es auf Ansuchen am 15. Mai 1533⁵⁾. Hierauf nahm es das « neue Landrecht » der Grafschaft Lenzburg auf durch Ratsschluss vom 20. April 1537⁶⁾; es folgten die Gemeinden Ober- und Niedererlinsbach unterm 30. März 1539⁷⁾, die BG S 1539⁸⁾, das Land- und Erbrecht von Biberstein 1552⁹⁾, das Amt Hermetswil 1557¹⁰⁾, dann die Öffnungen von Muri (Art. 4), Boswil (Art. 4) und Bünzen (Art. 20) im Jahre 1568; AGS 45 im Jahre 1572, das 1577 erneuerte Kelleramtsrecht¹¹⁾, das Landrecht von Mölinbach (Art. 20) 1594, das Stadtrecht von Lenzburg (S. IV, VII, XIII) im Jahre 1612, dasjenige von Baden 1620 (Art. 7), das Amtsrecht von Merenschwand 1622, das Stadtrecht von Mellingen (S. VII.) 1624, das Erbrecht der Grafschaft Baden (Art. 3) 1637 und das Stadtrecht von Kaiserstuhl (Art. 2) 1680. Im vorigen Jahrhundert kannte man vielerorts das Eintrittsrecht noch nicht: 1730—1732 auf den Jahrrechnungen zu Baden bedurfte es für die Grafschaft noch einer Erläuterung¹²⁾ ¹³⁾; die obern freien Ämter erhielten es erst durch Abschied vom Heumonats 1765¹⁴⁾, und Wolen, Sarmensdorf und Wolenswil suchten

⁴⁾ Stobbe, Handbuch V, 95.

⁵⁾ St.-A. Bern: Spruchbuch des obern Gewölbs FF 36.

⁶⁾ eodem GG 617; im LR Lenzbg. 1697 die dritte Satzung, fol. 33; Erläuterung dazu von 1541 eodem fol. 47, Sprechbch. d. ob. Gew. LL 6.

⁷⁾ Sprechbch. d. ob. Gew. JJ 409.

⁸⁾ S. 79, fol. 93^b Ms. m.

⁹⁾ Sprechbch. d. ob. Gew. QQ 612.

¹⁰⁾ durch Abschied der siebenörtigen Tagsatzung vom 10. Herbstmonat 1557 auf Ansuchen der Untertanen; vgl. Ofn. Hermetswil 1691 S. IX.

¹¹⁾ Arauer Ms. Nr. 291 p. 5 f; Erläuterung vom 3./18. Hornung 1775 eodem p. 21 ff.

¹²⁾ Pestulutz, Stat. II, 312.

¹³⁾ Im Twing Rüti bestand es bereits, denn vom Samstagrat zu Zug wird am 7. Christmonat 1748 auf Ersuchen der Ausgeschossenen des Twings erkannt, weil bis jetzt die Kinder ihrer Eltern Tod entgelten mussten, soll in Zukunft das Stadt- und Amtbuch von Zug in dieser Hinsicht gelten und das Eintrittsrecht in's Erbe der Elterngeschwister eingeführt sein. Das Eintrittsrecht der Enkel in's großelterliche Erbe ist aber stets früher oder mindestens gleichzeitig eingeführt worden.

¹⁴⁾ Eidg. Abschiede VII, 2, 795^{80 f}.

1766 darum nach, es möchte in ihrem Erbrecht die Bestimmung, welche Enkel neben ihren Oheimen und Tanten vom großväterlichen Erbe ausschliesse, aufgehoben werden¹⁵⁾. Während dritthalb Jahrhunderten bildete der Argau in dieser Hinsicht demnach eine wenig erfreuliche Musterkarte. Gegen Auswärtige wurde meist Gegenrecht vorbehalten¹⁶⁾.

Die Urenkel waren nur von wenigen Rechten den Enkeln gleichgestellt¹⁷⁾; das Amtsrecht des niedern freien Amtes schloss sie noch 1766 aus, so dass erst in der gegenwärtigen Kodifikation der Grundsatz der Repräsentation zur allgemeinen Durchführung kam¹⁸⁾.

Das Eintrittsrecht bewirkte Teilung nach Stämmen.

Es fragt sich, ob der Vorzug des Mannestammes im alten Recht sich nicht auch dahin äusserte, dass die Töchter des Erblassers bezüglich des liegenden Gutes andern männlichen Verwandten nachgestellt wurden. In alamannischen Urkunden finden wir Töchter hinter Brüdern und Bruderssöhnen, Schwestern hinter Brüdern und Bruderssöhnen, doch wird auch die Schwester den Bruderssöhnen vorgezogen¹⁹⁾. Diese Verschiedenartigkeit der Prekarienkunden lässt keinen sichern Schluss zu; bedenkt man des weitern, dass in diesen Briefen sehr oft persönliche Wünsche des Schenkers ihren Ausdruck fanden, dass sie also eine Art letztwilliger fideikommissarischer Verfügungen sein können, so schwindet ihre Beweiskraft noch mehr²⁰⁾. — Gegen ein Vorzugsrecht der männlichen Enkel oder auch nur der Söhne von Söhnen gegenüber den Töchtern spricht dann geradezu der Umstand, dass in Ermangelung von Söhnen die ganze Erbschaft den Töchtern zufällt²¹⁾, also ein Vorzug des

¹⁵⁾ eodem VII, 2, 892 184 f.

¹⁶⁾ so 1564 in der Grafschaft Lenzburg und noch 1766 im niedern freien Amt.

¹⁷⁾ A G S im Gegensatz zu B G S 1539; LR Mölinb.; Stdt. Kaiferstuhl Art. 2: Zum andern, sollen Kindts Kinder (under welchem Namen alle weitere Nachkomen in absteigendter linien zu verstehen seynd) mit sambt Ihreß Vatterß, oder Mutter geschwüsterigten Ihren Grossvatter, oder Grossmutter erben; In solcher gestalt, daß die Kindts Kind nit mehr erben, alsß Ihr Vatter, oder Mutter, so Sye den fahl erlebt, geerbt hetten.

¹⁸⁾ A B G § 880.

¹⁹⁾ Neugart, Cod. dipl. I Nr. 250, 254, 303, 305, 321, 329, 397, 427, 452, 455, 539, die meisten Stellen bei Bluntschli, RG I, 115²⁴⁷, 117²⁵⁴.

²⁰⁾ Vgl. Z f sch R IV, 115.

²¹⁾ L. Al. Hloth. LVII.

weitem Mannsstammes entschieden abgelehnt wird; ferner die Tatsache, dass in unsern Gebieten das ganze Mittelalter hindurch am Ausschluss der Enkel gegenüber den Kindern des Erblassers äußerst zähe festgehalten wurde; es ist um deswillen keineswegs wahrscheinlich, dass Kindeskinde, denen die Erbberechtigung fast als Gnade zugestanden wurde, die Vorrechte ihrer Eltern hätten geltend machen können²²⁾. Dasselbe wird auch im heutigen Rechte anzunehmen sein²³⁾.

II. Es konnte der Fall eintreten, dass alle Kinder bereits verstorben und nur Enkel vorhanden waren. Ursprünglich schlossen wol in diesem Falle die Geschwister des Erblassers die Enkel aus²⁴⁾; in unsern Aufzeichnungen dagegen erscheint hier überall das Erbrecht der Enkel durchgeführt und zwar erbten sie nicht nach Stämmen, sondern nach Köpfen: so mancher Mund, so manches Pfund²⁵⁾. Im heutigen argauischen Rechte ist dies anders geworden, die Enkel erben repraesentando²⁶⁾; das bernische Civilgesetzbuch Satzung 531 dagegen hat noch das alte Recht beibehalten²⁷⁾.

²²⁾ Nach BGS 1615 II, VI, 7 und BGS 1762 I, XL, 15 u. 16 repräsentiren zwar die Töchter des jüngsten Sohnes ihren Vater bezüglich seines Vorrechts auf das Sässhaus, ebenso die Sohnestöchter ihren Vater für das Heergewäte und die Tochttersöhne ihre Mutter für die Gerade, vgl. Schnell, Handbch. d. Civilrechts 375 ff, aber Anspruch auf hohes Alter und Allgemeinheit können diese Bestimmungen nicht machen. Sie stehen im Zusammenhang mit der allgemeinen Einführung der Repräsentation in Folge des Einflusses des R. Rs. auf BGS 1615. Vgl. Anm. 25. Das Erbrecht von Kadelburg 1678 Art. 7 bestimmt ausdrücklich, dass die Töchter von Söhnen auf keinen Vorteil Anspruch machen können, Arg. IV, 148.

²³⁾ Vgl. den Kommentar zum ABG unter § 879; anderer Ansicht Huber, SPrR II, 56.

²⁴⁾ Vgl. Heusler, Inst. II, 584; über den Schwsp Seelig, a. O. 23 ff.

²⁵⁾ Vgl. z. B. TwAG Vilm. Art. 5, Arg. IX, 70; BGS 1615 II, VI, 72; BGS 1762 I, XL, 13; KAR Art. 3 u. 5; ER Bad. 1637 Art. 32; Schnell, a. O. 372 ff; Segesser, RG II, 532; Blumer, RG I, 514 f, II, 2, 208. Eine Ausnahme macht Stdt. Kaiferfl. Art. 23 (Pestalutz, Stat. II, 10), welches Teilung nach Stämmen — den Häuptern der Eltern nach — anordnet, wobei dann den « Knaben von Manßstämmen » ein Recht auf ihres Vaters Vorteil gegeben wird. Bekanntlich war die Frage, ob Enkel allein in stirpes oder in capita erben sollen, im gemeinen Recht kontrovers, bis der Reichstag von Speier 1529 (§ 31 des Abschiedes) auf die Auktorität von Azo und Zasius hin dem altdutschen Prinzip der Teilung nach Häuptern zum Durchbruch verhalf, freilich entgegen dem Sinn und Geist des R. Rs. Vgl. Windscheid, Pandekten III, 129 § 572¹⁵ und dort Angeführte.

²⁶⁾ ABG § 880.

²⁷⁾ Huber, SPrR II, 55 f.

F Geschwisterkinde

III. Auf gleiche Weise gestaltet sich das Verhältnis in der weitem Deszendenz: Enkel neben Urenkeln erben nach Stämmen, Urenkel allein nach Häuptern²⁸⁾.

§ 14. d) Eltern und Geschwister.

I. Sind keine Kinder vorhanden, so erbt der Vater,

L. Alam. Hloth. XCV = Lantfr. LXXXVIII. Si quis mulier, qui hereditatem paternicam habet, post nuptum et prignans peperit puerum, et ipsa de partu (in ipsa hora Lantfr.) mortua fuerit, et infans vivus remanserit tantum spacium, ut vel unius horae possit aperire oculos et videre culmen domus et quatuor parietes, et postea defunctus fuerit: hereditas materna ad patrem eius perteneatur (perteneat Lantfr.). Tamen si testes habuisset pater eius, qui vidissent illum infantem oculos aperire et potuisset culmen domus videre et quatuor parietes: tunc pater eius habet licenciam cum lege defendere (ipsas res defendendi Lantfr.); cui est proprietas, ipse conquirat¹⁾ 2). nicht aber die gesamte Aszendenz. Die Mutter ist vom Erbe ausgeschlossen. Direkte gleichzeitige Belege dafür haben wir zwar nicht, allein die spätern Rechte halten um so mehr an diesem Ausschluss fest, je bestimmter sie den Charakter alten Herkommens an sich tragen. Denn bei mangelnder Deszendenz soll das Erbe dahin zurückfallen, woher es gekommen; regelmäßig aber gelangt das Vermögen vom Vater her an die Söhne, ein Rückfall an die Mutter ist schon aus diesem Grunde sehr unwahrscheinlich. Dass das Vermögen wesentlich im Mannsstamm zu suchen ist, geht daraus hervor, dass der an sich schon seltene Ausnahmefall der L. Alam. LVII, wo die Töchter zum Erbe in Liegenschaften gelangten, durch das Erfordernis der Ebenbürtigkeit des Ehegemahls als Bedingung der Erbfähigkeit der Tochter noch weiter eingeschränkt wird³⁾. Den gleichen Standpunkt nimmt Schwsp W 35 L 38 ein:

²⁸⁾ BGS 1615 II, VI, 7⁶, BGS 1762 I, XL, 14.

¹⁾ Die Erklärung dieser Stelle bei Huber, eheliches Güterrecht der berner Handveste 27 f scheint mir gekünstelt und unannehmbar; auch Heusler, Inst. II, 585 vertritt die gemeine Meinung, wie sie im Text sich findet. Der Schwsp W 271 L 324 wiederholt diese Bestimmung, vgl. Seelig, a. O. 31 ff.

²⁾ Anders nach burgundischem Recht L. Burg. LI § 2, LXXVIII § 1.

³⁾ Vgl. Z f sch R IV, 1, 120 ff.

Stirbet einem vater sin kint, unde hât er im guot ûz gegeben, daz si varend guot oder ander guot, unde hât er weder kint noch wîp: der vater erbet des lûnes guot. ez erbet der bruoder niht, noch enmac diu swester niht geerben. daz ist dâvon, daz ez von dem vater ist dar komen. Über das errungene Gut kann er frei verfügen, unde gît im got niht geschäfte, so fällt es an die nächsten Erben, und der nächste ist der Vater, dann der Bruder.

Lebt der Vater nicht mehr, sind die nächsten Erben die vollbürtigen Brüder. Es besteht hier dasselbe Verhältnis wie zwischen Söhnen und Töchtern des Erblassers; wie diese nach und nach einander gleichberechtigt werden, so erlangen auch Schwestern neben den Brüdern im Erbe ihrer Geschwister gleichen Anteil.

Ganz abweichend von diesem alten alamannischen Recht stellen die züringischen und habsburgisch-österreichischen Stadtrechte die Mutter dem Vater gleich:

Handveste von Freiburg i/B., Art. 45 (46): Si burgenfem aut uxorem eius mori contingerit relictis pueris, postmodum uno puerorum mortuo alter in hereditatem succedit, nisi prius divisa fuerint bona; tunc pater aut mater hereditatem possidebit.⁴⁾

Damit stimmt überein die Handveste von Bremgarten⁵⁾ ⁶⁾ und das Stadtrecht von Arau.^{6a)}

Es findet also in ungeteiltem Gut Akkrescenz statt, hat Teilung stattgehabt, erbt Vater oder Mutter.

Anders die Handveste von Bern Art. 47 mit der Reihenfolge: Vater, Geschwister, Mutter; ebenso Freiburg i./Ue. Art. 23 und seine Tochterrechte.

II. Die neuern Rechte gehen in ihren Bestimmungen aus einander:

⁴⁾ Vgl. den Stadttitel aus dem Anfang des XIII. Jahrhunderts Art. 29 u. Art. 26: omnis quoque mulier erit heres viri sui et vir similiter erit heres illius. Gaupp, Stdt. II, 32. Dazu Heusler in kr. VJ n. F. XIV, 183 ff.

⁵⁾ JKW Beitr. I, 245.

⁶⁾ Vgl. Z f sch R IV, 1, 135.

^{6a)} s. zu Anm. 14.

1) Die einen halten den Satz fest, dass der Vater erbt oder, wenn er vorverstorben ist, die Geschwister,⁷⁾ nicht aber die Mutter.

ER Baden 1637 Art. 4: Wann Eheliche Kinder bey ihres Vatters Leb-Zeiten ohne Eheliche Leibs-Erben aus diser Welt abgescheyden, soll der Vatter dieselben erben. Nach deß Vatters Absterben aber, erben die Kinder einanderen, so von einem Vatter erzeugt worden.

Sie hat blos ein Erbrecht mangels des Vaters und der Geschwister⁸⁾, erbt demnach das zuletzt ohne Leibeserben versterbende Kind und «vberkompt zûmahl auch die Güter, welche die Vorabgestorbenen Kinder verlassen: vnd wirt also die Mütter hiedurch glychsam als jhr allerfamen Erb»⁹⁾ ¹⁰⁾. Oder sie erbt in Konkurrenz mit ihren Kindern einen Kopfteil¹¹⁾ wie im Amt Arburg, was sich daraus erklärt, dass nach dem Erbrecht dieses Amtes¹²⁾ die Mutter nach des Mannes Tod sich mit den Kindern in das gemeinsame Vermögen teilt. Dadurch rückt sie gleichsam in die Stellung eines Kindes ein, kann um deswillen beim Absterben eines Miterben ohne Leibeserben mit vollem Recht Anspruch machen auf den einem Kinde aus der Erbschaft zufallenden Teil.

2) Andere Statute nennen als erbberechtigt den Vater, dann die Mutter und erst im Fall ihrer beider Vorabsterben die Geschwister.¹³⁾

⁷⁾ AR n fr A Art. 9, 10 (vgl. 13, wo der Vater als verstorben vorausgesetzt werden muss, wenn mit 9 u. 10 kein Widerspruch bestehen soll); KAR 1 u. 2; ATO Muri 3, Bofwil 3; AR Bettw. p. 10–12; Stdt. Mell. 1624 V; Ofn. Hermetswil 1691 VIII; LR Lenzbg. II 4, fol. 21; TwAG Vilm. 3.

⁸⁾ BGS 1539 S. 71, fol. 88^a Ms. m; BGS 1615 II, VIII, 2; BGS 1762 I, XLII, 2; AGS 37, vgl. 41 f; BrS fol. 62^a.

⁹⁾ Der Kommentar zu BGS 1615 bemerkt dazu: die ratio diser differentz muß politisch seyn, als die conservirung der güteren in den familien. Es ist dies heute noch geltendes Recht in Bern, vgl. Civilgesetzbuch Satzung 621 ff; Huber, SPrR II, 65, 84 f.

¹⁰⁾ Vgl. Schwsp W 35 (Ssp I 33), wonach die Mutter ihr nachgebornes Kind beerbt.

¹¹⁾ AER Arb. 1605; St.-A. Bern: Sprechb. d. ob. Gew. JJJ 405; zu beachten ist der Ausdruck: die mütter erbt nitt meer dann der anderen khinden eins.

¹²⁾ AER Arb. Art. 1.

¹³⁾ Stdt. Bremg. 9; Stdt. Kaiff. Art. 12; Stdtbch. Bad. Art. 15; ZGS 84; AER Schenkbg. Art. 11.

Stadtrecht von Arau Art. 41 (Arg. XI, 327): Ob ein burger abstirbt oder sin wip und kind verlaßt und darnach der kinden eins abstirbt, das ander gat an des erb, es wer dann, das das güt vormals geteilt were, so besitzet vatter und mütter das erb.

ER Bad. 1620 Art. 6: Dieweil nun Von alter hero gebraucht worden, daß ein Vater, wie auch die Mutter, Ihre Kinder geerbt habendt, so folle es weiters bey demselbigen Verbleiben.

Es ist dies das Recht der züringischen und habsburgisch-österreichischen Städte¹⁴⁾ und der heutigen Kodifikation.¹⁵⁾

3) Endlich ist in einzelnen Rechten der Vorzug der Geschwister vor den Eltern durchgedrungen.¹⁶⁾

Hofrotel von Holderbank 1424: Es ist ouch recht, daß ein vatter (und) ein muoter ir kind erben, es wäre dann, daß es geschwistergit ließ, da soll eins das ander erben.

Unter den Geschwistern ist von besonderer Bedeutung der Unterschied zwischen Vollgeburt und Halbgeburt¹⁷⁾. Regelmäßig steht die Halbgeburt der Vollgeburt nach, aber die Art und Weise der Zurücksetzung ist sehr verschieden.

a) Die Vollgeburt schließt die Halbgeburt aus¹⁸⁾,

Schwsp W 405. Brüeder und swefter nement ungezwaieter brüeder und swefter erb vor den brüederen und vor den swefteren die gezwaiet sint von vater und von muoter. Ungezwaietiu brüeder

¹⁴⁾ Vgl. zu Anm. 4—6* dieses §. Dass das arauer Recht auch unter den neuern Statuten noch erscheint, hat seine Berechtigung darin, dass es bis 1572 in Geltung stand. Arg. IV, 219, vgl. XI, 323.

¹⁵⁾ ABG §§ 881—883.

¹⁶⁾ ER Lenzbg. 1612 IV (vgl. XXII).

¹⁷⁾ Die Quellen sprechen auch von ungezweieten und gezweieten Kindern oder von Geschwistern beider Banden und eines Bands. Eine genaue Definition will Seelig, a. O. 41 geben, indem er verlangt, dass in den Adern der Vollgeburt Blut von genau der gleichen Zusammensetzung wie in denen des Erblassers fließen müsse! Da wäre demnach chemische Untersuchung nötig. Im übrigen bringt Seelig, a. O. 33 f sehr berechnigte Ausführungen gegen Siegel, Erbrecht 19, der neben der Scheidung von Vatermagen und Muttermagen diejenige in Vollgeburt und Halbgeburt für unpassend hält im Widerspruch mit den Quellen.

¹⁸⁾ Ebenso Ssp II 20 § 1.

kint sint auch gelich nâhen den gezwaieten brüedern an dem erb ze nemen.¹⁹⁾

denn vollbürtige Geschwister sind « einandern glych nach ge-
sift ». Es herrscht die Auffassung, dass die Halbgeburt um ein
Glieđ zurückstehe. Das hat zur Folge, dass vollbürtige Geschwister-
kinder mit halbbürtigen Geschwistern zusammen erben²⁰⁾; folge-
richtig ist aber dabei nur das geltende berner Recht, indem es
Erbfolge nach Häuptern anordnet²¹⁾, die B G S S und ihre Nach-
ahmungen lassen die Kinder vollbürtiger Geschwister neben halb-
bürtigen Geschwistern repraesentando erben. Sind keine Ge-
schwister mehr vorhanden, weder von einem noch von beiden
Banden, so schließen vollbürtige Geschwisterkinder die halbbürtigen
aus²²⁾ und erben im übrigen nach Köpfen²³⁾.

b) Eine besondere Bestimmung hat das Stadtrecht von Kaiser-
stuhl:

Art. 3³. Wäre sach, daß mehrer, dan einerley geschwü-
sterige von einem Vatter, oder Muter vorhanden, sollen die.fo

¹⁹⁾ TAG Vilm. 4 (vgl. 5); ER Bad. 1620 VII; ER Bad. 1637 Art. 4;
BGS 1539 S. 84, fol. 96^{a-b} Ms. m., 1615 II, IX, 1, 1762 I, XLIII, 1; AGS
50; ZGS 86; BrS fol. 62^b u. 63^a; ER Lenzbg. XII; LR Lenzbg. II 5, fol.
22; AER Arb. im Spruchbuch d. ob. Gew. JJJ 405.

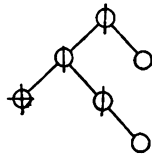
²⁰⁾ AGS 51; BGS 1615 II, IX, 3, 1762 I, XLIII, 8; ZGS 86.

²¹⁾ Berner Civilgesetzbuch Satzung 626—628; Huber, SPrR II, 85 f.

²²⁾ BGS 1615 II, IX, 2. Der Kommentar dazu wirft folgende Fragen auf:
Quaestio I^a. Quid juris feye in Successione hereditatis wan der
verstorbene ein Oncle und ein Nepveu von beiden banden hinder-
laßt. R. Obwohlen beide in gleichem Grad (nach R. R.) ver-
wandt, so haben dennoch die Nepveu vor sich das jus reprae-
sentationis, dardurch sie nach dem verstand des gatzes selbsten
den anderen, als des verstorbenen oncles der Succession näher
kommen; und hiemit jene difere von der Erbschaft außschließen.

Quaestio II^a. Wan Neupveu (sic!) von einem band, und Oncle von beiden
banden, wer das näher recht habe zu des Verstorbenen gut. R. Weil der Gatz-
geber der Oncles nichts gedenket, sonder allein einen unterschied setzen zwüschē
denen Neupveu von eim oder beiden banden denen er sämtlichen das jus re-
praesentationis zuspricht; als ist zu Concludiren, daß, wan Neupveu vorhanden,
sie feyen gleich von einem oder beiden banden, je nach besserem Rechten mit
außschluß der oncles in die Erbschaft Tretten Thüind.

²³⁾ LR Lenzbg. fol. 22; Stdtr. Kaiserstuhl Art. 3². Der Kommentar zu
BGS 1615 II, IX, 3 bemerkt dazu: Quaestio II. Wan nur gschwüsterete kinder
verhanden, ob sie denzmahlen in Stirpem oder Capita Succediren? R. In Capita,
ad imitationem der Kindskinderen quia tum non jure repraesentationis, Sed jure
proprio Succediren: Da hierbey zu remarquiren, daß in linea Collateralj das
jus repraesentationis nit weiters platz hat, als biß zu anderen kindern; Hin-
gegen in linea directa in infinitum.



von einem Vatter, deß Vatters, und die, so von einer Mutter der Mutter gut mit einanderen Erben, und also die Stieffkinder von Ihreß Stieff-Vatterß, oder Stieffmutter gut nichtß zu erben haben, oder befüegt seyn, und eben diß soll statt haben in aufsteigendter, wie auch in der Collateral linien biß auf Bruder, und Schwöster Kinder inclusiue.

Es liegt hier offenbar der Fall vor, dass nur Geschwister eines Bands vorhanden sind; es findet nun eine Art Fallrecht (*ius revolutionis sive recadentiae*) statt: *paterna paternis, materna maternis*. Früher war im gemeinen Recht die Meinung sehr verbreitet und stützte sich auf l. 13 § 2 C de leg. VI, 58, dass, wenn Halbgeschwister von Vater- und Mutterseite erben, jene das väterliche, diese das mütterliche Vermögen zum Voraus haben sollen; sie ist aber jetzt aufgegeben.²⁴⁾

c) Nach heutigem Recht²⁵⁾ erben die Geschwister eines Bands halb so viel als diejenigen beider Bande, sie erben mit einer Hand²⁶⁾, die Vollgeburt mit beiden.

d) Sind keine vollbürtigen Geschwister, wol aber halbbürtige vorhanden, so erbt

α) nach der Mehrzahl der Rechte, die dieses Falles erwähnen, die Mutter²⁷⁾, dann die Halbgeburt,

β) einzig nach LR Lenzbg. und A G S 50 die halbbürtigen Geschwister²⁸⁾ unter Ausschluss der Mutter.

e) Einige Rechte verlangen nicht Vollgeburt, sondern erachten es als genügend, wenn die Kinder denselben Vater haben²⁹⁾. Eigentümlich ist

LR Lenzbg. II 5, fol. 22. Wann ein Vatter zweyerley Kinder verlaßt, und eins von denselben stirbe, so von Vatter und Mutter geschwüfterte während, als dann sollend dieselbige Kin-

²⁴⁾ Windscheid, Pandekten III, 130 (§ 572²²⁾).

²⁵⁾ A B G § 882.

²⁶⁾ Vgl. Huber, SPrR II, 98 f.

²⁷⁾ B G S 1539 S. 84, fol. 96^b, 1615 II, IX, 1, 1762 I, XLIII, 3; Br S fol. 62^b 63^a; Z G S 86; E R Lenzbg. XII.

²⁸⁾ Der Text dieser Satzung 50 stimmt fast wörtlich mit B G S 1615 II, IX, 1, nur steht statt der Stelle: « auch kein eheliche Mütter hinder ihm verlaßt » der müßige Satz: « auch kein ehliche kinder hinder Ihme verlaßt ».

²⁹⁾ A R n fr A 13 u. 14; K A R 2.

der einanderen Erben, biß auf das letzte und nach dem letzten auf die anderen Kinder fallen, so allein von der Mutter geschwüfterte sind, deßgleichen sollen die auch einanderen Erben, so von der Mutter geschwüfterte sind.

III. Wenn es schon dritthalb Jahrhunderte bedurfte, ehe das Eintrittsrecht der Enkel an Stelle ihres vorabgestorbenen Elterntheils zum großelterlichen Erbe in Fleisch und Blut übergegangen war und im Rechtsbewusstsein des Volkes als dringende Notwendigkeit empfunden wurde, mussten dem Repräsentationsrecht der Geschwisterkinder zum Erbe ihrer Oheime und Tanten noch bedeutend größere Schwierigkeiten entgegenstehen. Für das deutsche Reich ward es durch den Reichsabschied von 1521 § 19 eingeführt.³⁰⁾ Im Argau ging voran mit der Einführung A G S 51 im Jahre 1572; es folgte B G S 1615 II, IX, 3³¹⁾; E R Bad. (Stadt) 1620; Br S 1620 (fol. 64³²⁾); Z G S 1623 (S 87); Stdtr. Meltingen VII im Jahre 1624; Stdtr. Kaiserstuhl 1680 (Art. 3¹⁾); 1730 an der Jahrrechnung zu Baden ward es auf die Vorstellungen der Untervögte hin in der Grafschaft Baden eingeführt³²⁾, 1734 in Bremgarten:

Weilen diser punkten³³⁾ wider seinen eigentlichen Verstandt von vilen Jahren nachen dahin außgelegt und verstanden worden, daß die Nächsten beym bluodt auch die nächsten bim Guot, deßwegen die Kinder der verstorbenen Geschwüfterten bey ledigen Fählen ihrer Eltern sel. Dodt entgelten müssen, also daß die lebende geschwüfterte Einander Allein geErbt, und dero bruders sel. oder Schwöster sel. Kinder nit mit erben laßen etc., als ist den 15. Nov. 1734 von beiden Räthen einhellig die erklärung dahin ergangen, daß weilen

³⁰⁾ Kraut, Grundriss § 146 Nr. 113.

³¹⁾ Kommentar dazu: Q. I. Was rechtens, wan nur geschwüfterte von einem band und geschwüfterte kinder von einem band; ob in ansehen der letzteren das jus repraesentationis auch wurde platz haben? R. Nach der mehreren meynung affirmando, nach der general Regul des gſatzes, und ad imitationem der geschwüfterten, und geschwüfterten Kinderen von beiden banden, da das jus repraesentationis auch admittirt wird.

³²⁾ Pestalutz, Stat. II, 312 f.

³³⁾ Stdtr. Bremg. 1612 Art. 10: Item so ein ehrb der Fründtschafft vallt, soll das dem nechsten ehrben zuofallen, siße dan Vatter oder Mutter, und soll hiemit Vatermag kein Vortheil haben.

dieser Artikel mit klar aufwerfe und sage von der nächsten anverwandtschaft fonder nächsten Erben, nach allgemeinen Rechten aber die Kinder in diesen Fällen die Stelle ihrer Eltern vertreten und also mit ihrer Eltern sel. Geschwütern dero ledig verstorben Bruders oder Schwöster gleich nächste Erben feindt an dero Eltern stat, weil dan auch die undeutliche Articul der Municipalien durch gemeine Recht zu erläutern und zu entscheiden, also auch dieser Articul künftighin nach gemeinen Rechten zu verstehen seye.

Im Jahr 1748 ward es vom Samstagrat zu Zug am 7. Christmonat für den Twing Rütli³⁴⁾ eingeführt, in den obern freien Ämtern durch Abschied vom Heumonats 1765,³⁵⁾ ebenso in Hermetswil³⁶⁾, 1766 in den niedern freien Ämtern³⁷⁾ und 1775 im Kelleramt, «um völlige Gleichheit im Recht zu erhalten mit der Grafschaft Baden und den obern und untern freien Ämtern»³⁸⁾. Hinsichtlich der Fremden wurde Gegenrecht vorbehalten³⁹⁾. Das Einstandsrecht ist auf die Geschwisterkinder beschränkt⁴⁰⁾, erst die neue Kodifikation § 883 anerkennt es unbedingt.⁴¹⁾

2. Erbgang in der Magschaft.

§ 15. a) Sippe und Magschaft.

I. Die Verwandtschaft wird mit den Ausdrücken Sippe und Magschaft bezeichnet, andere Wendungen sind Freundschaft und kunne¹⁾. Den Begriff der Sippe beschränken ältere und neuere Schriftsteller auf die sog. Seitenverwandtschaft²⁾, m. E. mit Un-

³⁴⁾ Twingrotel, arauer Ms. Nr. 296 p. 9.

³⁵⁾ Eidg. Absch. VII, 2, 795 80. 81.

³⁶⁾ Zedel in der Ofn. Hermetswil 1691.

³⁷⁾ AR n fr A Zusatz zu Art. 15.

³⁸⁾ KA R., arauer Ms. Nr. 291 p. 21 ff.

³⁹⁾ Ofn. Hermetswil u. AR n fr A; Eidg. Abfch. a. O.

⁴⁰⁾ für BGS 1762 vgl. Schnell, Handbuch des Civilrechts 379.

⁴¹⁾ Vgl. Huber, SPrR II, 70, 98. Das berner Civilgesetzbuch hat dagegen den alten Standpunkt bewahrt, Huber, a. O. 85, bes. Anm. 2.

¹⁾ Vgl. in § 10 Anm. 17 die Stelle des Stdt. Mell., ebenso Stdtbch. Bad. Art. 2, wo kunne statt kunde zu lesen ist.

²⁾ Sydow, Erbrecht des Ssp 123, 125 f; Siegel, deutsches Erbrecht 17 f; Wassersleben, Prinzip der Sukzessionsordnung 15 Anm. **, 31, germanische

recht. Es sind hier grundlegend vor allem Ssp I 3 § 3, dann Dsp 6 und Schwsp W 6 L 3.

A. Der Sippebegriff im Ssp.

Ssp I 3 § 3. Nu merke wie ok, war de sibbe beginne unde war se lende. In deme hovede is bescheiden man unde wif to stande, die elike unde echtlike to samene komen sin. In des halves lede die kindere, die ane tveinge vater unde muder geboren sin. Is dar tveinge an, die ne mogen an eime lede nicht bestan unde scricket an ein ander let. Nemet ok tvene brüdere tvo füstere, unde de dridde bruder en vrede wif, ire kindere sint doch gelike na, ire iewelk des anderen erve to nemene, of se evenburdich sint. Ungetveider brüder kindere de stat an deme lede, dar scülderen unde arm to samene gat; also dut die fuster kindere. Dit is de irfte sibbe tale, die man to magen reket: bruder kindere unde fuster kindere. In dem ellenbogen stat die andere. In dem lede der hant de dridde. In dem irften lede des middelsten vingeres de vierde. In dem anderen lede de vefte. In dem dridden lede des vingeres de feste. In dem seveden stat ein nagel unde nicht ein let, dar umme lent dar de sibbe, unde hetet nagel mage. — Die tvischen deme nagele unde deme hovede sik to der sibbe gestuppen mogen an geliker stat, de nemet dat erve gelike. De sik naer to der sibbe gestuppen mach, de nimt dat erve to voren. — De sibbe lent in dem seveden erve to nemene, al hebbe de paves georlovet wif to nemene in der vesten; wende de paves ne mach nen recht fetten, dar he unse lantrecht oder lenrecht mede ergere.

Verwandschaftsberechnung und Prinzip der Erbenfolge, eine Replik, 11 ff, Prinzip der Erbenfolge 4; Heusler, Inst. II, 526 f, 587, 593. Anderer Meinung Lewis in kr. VJ IX, 23 ff; Homeyer, Stellung des Ssp zur Parentelenordnung 11; Schanz, Erbfolgeprinzip des Ssp 44 f (vgl. aber 31 f). Es ist zuzugeben, dass der Ausdruck ausnahmsweise etwa in diesem Sinne gebraucht wird: Uh- wieser Amtserbrecht 1603 Art. 13: So sich nun begebe, das die abgestorben person khein erben jnn der abtzygenden linien, besonnder allein sipp: oder blutsfründt, die jr jnn der zweroch oder absyten verwandt weren, verliese — — — Pestalutz, Stat. I, 147; doch ist dieses Statut deswegen in keiner Weise von Bedeutung, weil es zu den spätern gehört und namentlich unverkennbar den Einfluss des R. R. zeigt; Wasserschleben, Erbenfolge 200¹; Huber, schweiz. Erbrechte 57.

Man bezeichnete den Unterschied zwischen Ssp und Schwsp bezüglich der Sippezählung dahin, dass ersterer die Sippe von den Geschwisterkindern, letzterer schon von den Geschwistern an zähle; ohne Grund, beide stimmen in diesem Punkt überein. Für den Ssp sind besonders zwei Stellen bemerkenswert:

a) *dit is de irfte fibbe tale, die man to magen rekenet: bruder kindere unde fufter kindere.* Geschwisterkinder sind also nicht die erste Sippezahl überhaupt, sondern die erste, die man zu Magen rechnet; demnach gehören auch die Geschwister schon zur Sippe, nicht aber zu den Magen. Der Ssp rechnet dem zu Folge mit einer Sippezahl und einer Magenwahl.

b) Zum selben Ergebnis gelangt man aus der Stelle: *de fibbe lent in dem seveden erva to nemene, al hebbe de paves georlovet wif to nemene in der veften.*

a) *de paves hebbe georlovet wif to nemene in der veften* (sc. *fibbe*, wie viele Handschriften wirklich haben). Eike nimmt hier Bezug auf das kirchliche Recht und zwar auf c. 8 X *de confang. et aff. IV, 14*, eine Dekretale Innozenz III. vom vierten Konzil vom Lateran (11.—30. Wintermonat 1215): *prohibitio copulae coniugalís quartum confanguinitatis et affinitatis gradum non excedat.* Die Kirche rechnete nach der kanonischen Komputation, zählte also die Grade von den Geschwistern an³⁾. Da nun der Ssp nach 1224 entstanden ist⁴⁾ und sich auf das päpstliche Recht beruft, kann er nur das geltende Recht im Auge gehabt haben und nicht die ausdrücklich verworfene Zählung des *decretum Gratiani*⁵⁾ und anderer kirchlicher Quellen⁶⁾. Wenn also in der fünften Sippe die Ehe erlaubt war, und diese fünfte Sippe mit dem

³⁾ Wassersleben, SO 9; Sydow, a. O. 118 f und die Lehrbücher des Kirchenrechts.

⁴⁾ Ficker, über die Entstehungszeit des Ssp 93 ff; Homeyer in seiner Vorrede zur Sspausgabe S. 10 f. Schröder, DRG 622 setzt die Abfassungszeit zwischen 1215—1235.

⁵⁾ cf. c. 1 C. XXXV qu. 5, verworfen in c. 2 C. XXXV qu. 5 und von Innozenz III. ausdrücklich in einer Dekretale von 1212 c. 7 X *de confang. et aff. IV, 14*.

⁶⁾ Vgl. Heusler, Inst. II, 592 f, und jetzt namentlich Stutz, das Verwandtschaftsbild des Ssp 25 ff; es kam mir diese Schrift erst zu Gesicht, als der ganze einschlägige Abschnitt meiner Untersuchung bereits geschrieben war.

fünften Grad kanonischer Zählung identisch ist, so muss der Sep die Sippe von den Geschwistern an gezählt haben.

β) de fibbe lent in dem feveden erva to nemene. Hält man diese Stelle zusammen mit der andern: in dem feveden (sc. lede, wie im vorausgehenden: in dem dridden lede des vingeres) stat ein nagel unde nicht ein let, dar umbe lent dar de fibbe, so ergibt sich klar, dass hier nicht die siebente Sippe gemeint sein kann, sondern die siebente Stelle, die Geschwisterkinder als erste gezählt⁷⁾. Wenn die Geschwister mitgezählt werden müssten, hätte Eike gesetzt: in der feveden. (sc. fibbe). Denn die von den Geschwistern an gezählte siebente Sippe war das Ende der Erbberechtigung⁸⁾, nur die fvavee nimt wol herwede unde erva boven der feveden fibbe⁹⁾. Im siebenten Gliede, von den Geschwisterkindern an gezählt, besteht keine Erbberechtigung mehr, wol aber noch im sechsten; dieses sechste Glied ist also identisch mit der siebenten Sippe; letztere muss also von den Geschwistern an gerechnet werden.

c) Es ist allgemein anerkannt, dass in Ssp I 3 § 3 eine Parentel dargestellt ist¹⁰⁾. Verbindet man damit den Eingang des § 3: nu merke wie ok, war de fibbe beginne unde war se lende, so zeigt sich, dass Sippe auch eine spezielle Bedeutung haben, nämlich eine Parentel bezeichnen kann, aber nicht muss. Und wenn wir von erster, zweiter u. s. w. Sippe sprechen, so verstehen wir darunter sogar nur ein einzelnes Glied der Parentel.

B. Dsp 6 dagegen scheint ein Beweismittel für diejenigen abzugeben, welche den Sippebegriff auf die Seitenlinie beschränken wollen.

Dsp 6. von der sippe zal.

Nu merchet auch wa dev sippe beginne. vnd wa si ende neme. In dem haubte ist beschaiden mann vnd weip. dev elich

⁷⁾ Es erhellt dies aus dem Sprachgebrauch des Ssp gerade in I 3 § 3.

⁸⁾ s. § 16 IV.

⁹⁾ Damit fällt die Vermutung Stobbe's, Handbuch V, 69¹⁹ dahin, dass in Ssp I 19 § 1 der Spiegler sich « nicht korrekt ausgedrückt » habe.

¹⁰⁾ Sydow, a. O. 111, 124; Homeyer, Stellg. d. Ssp 9; Heusler, Inst. II, 600; Schanz, a. O. 31 f; vgl. Wasserschleben, SO 31; man streitet sich blos darüber, ob die erste oder zweite oder gar eine folgende Parentel dargestellt ist.

vnd reht zefamen chomen sint. In des halbes lide dev chint dev eleich vnd recht zefamen chomen sint. Ist aver da zwaiunge an. die enmügen an einen lide niht gestan. vnd schrikent an ein ander lit. Nement auch zwen pröder zwo swefter vnd der dritte pröder frömdes weib. irev chinde sint doch geleich nahen sippe. Ir ietwederm des andern erbe ze nemen. Ob si in eben pürtlich sint vngezwaiter pröder chint. dev stant an dem lide der schultern. da die arme zefame gent. also tûnt die geschwister chint. ditz ist dev erste sippe zal. die magtschaft get von pröder chinden. vnd von swefter ohinden. dev in dem ellbogen stant. daz ist deu ander. In dem lide der hende dev dritte. In dem lide des mittern vingers dev vierde. an dem andern lide. nach dem mittern lide. dev fünfte. In dem dritten lide. an dem selben vinger dev sechste. an dem sibenden stet. ein nagel. vnd daz haizzent nagelmage. die zwischen dem havbet. vnd dem nagel sich naechner zû der sippe gestozen mügen. Die mainent daz erbe geleich. so der man ie naechner sippe ist. so er ie schûr erbet ez erbet iglich man seinen magen vntz an die sibenden sippe auch hat der babest weib ze nemen. in der fünften sippe daz ist auch recht. Der Babst der enmag dhain recht gesetzen da mit er vñser lantrecht vnd vñser lehen recht muge geergern.

Diese Stelle stimmt mit dem Ssp nicht überein in der Sippezahl¹¹⁾, sie nennt die Geschwisterkinder überhaupt als erste Sippezahl ohne den Zusatz: die man zu Magen rechnet. Gleichwol ist der Sippebegriff derselbe wie im Ssp, und die Abweichung ist auf Rechnung der Flüchtigkeit^{11a)} des Deutschenspieglers zu setzen, für welche die aufgeführte Stelle viele Beispiele bietet. Denn wenn Dsp sagt: es erbet igleich man seinen magen vntz an die sibenden sippe, so hat er sein Vorbild, den Ssp, nicht verstanden, indem er lent in dem seveden erve to nemene mit erbet vntz an die sibenden sippe wiedergibt; er ergänzte offenbar zu seveden « sibbe », ohne zu beachten, dass das Geschlecht dies verbietet.

¹¹⁾ Wasserschleben, Erbenfolge 12 hat dies übersehen.

^{11a)} Wir werden ihr auch im folgenden noch begegnen; treffende Beispiele bietet ebenfalls Schröder, DRG 626⁸⁸.

Das geht klar hervor aus der andern Stelle: auch hat der babest weib ze nemen [erloubet] in der fünften sippe, wo der Spiegler das in der vesten des Ssp einfach abschrieb. Wäre sein Sippebegriff der richtige, so würde sich ein Widerspruch mit dem kirchlichen Recht ergeben, weil die fünfte Sippe des Dsp die sechste des Ssp ist. Dieser Widerspruch war natürlich nicht gewollt, er zeigt vielmehr gerade, dass der Dsp die Sippe auch von den Geschwistern an rechnet, und dass der Zusatz: die man zu Magen rechnet, nicht absichtlich, sondern aus Flüchtigkeit weggeblieben ist.

C. Im Schwsp kommt in Betracht:

Schwsp W 6 L 3. Nu merket ouch wâ diu sippe beginne, unde wâ si ende neme. In dem houbte ist bescheiden man unde wîp, diu reht unde redelichen zer ê komen sint. unde diu kint diu âne zweiuunge von vater unde von muoter geboren sint, diu sint bezeichent an daz naechste gelit bi dem houbet. Daz ist dâ die arme an die schultern stôzent; daz lit heizet diu ahfel. Ist aber zweiuunge an den kinden, so enmugen si an einem gelide niht gestên, unde schrenkent an ein ander gelit. Nement ouch zwêne brüeder zwô swester, unde nimt der dritte bruoder ein ander wîp, iriu kint sint doch gelich an der sippe, unde nement ouch daz erbe gelich, ob si einander ebenbürtic sint. unde gewisteride kint diu hefent die anderen sippe die man ze mâgen rechent. diu sint ouch bezeichent an daz ander lit; daz heizet ellenboge, unde gewisteride kinde kint, daz sint gewisteride eninkel, die hefent die dritten sippe, unde stênt ouch an dem dritten lide. Daz ist daz lid, dâ diu hant an den arem stôzet. Sô hefent diu vierten kint die vierten sippe. Diu stênt ouch an dem vierden lide. daz ist daz lid dâ der mittlere vinger an die hant stôzet. Diu fünften kint hefent die fünften sippe. diu stênt ouch an dem fünften lide. daz ist daz ander lid des mittleren vingers. Diu sehten kint diu hefent die sehten sippe. Diu stênt an dem dritten lide des mittlern vingers. Diu sibenden kint diu stênt an dem nagel, unde heizent nagelmâge. unde swelichiu kint sich zwischen dem nagele unde dem houbete gelichen mugen an der sippezal, die nement ouch daz erbe geliche. sô der mensche ie nâher sippe ist, so er ie baz

erbet. Ez erbet ein iegelich man finen mâc unz an die sibenden sippe. Doch hât der pâbeft erloubet wîp ze nemende in der fünften sippe. So enmac der pâbeft doch dehein reht gefezzen dâ mit er unfer lantreht oder lêhenreht gekrenken mûge.

Dem Schwabenspiegler, der aus dem Dsp schöpfte, aber auch mit den zweihen buochen decretên unde decretâlen wol bekannt war¹²⁾, fiel auf, dass zwischen seiner Vorlage und den päpstlichen Erlassen ein (scheinbarer) Widerspruch bestand. Um die kirchliche Zählung festhalten zu können, gab er den Geschwistern nun sogar die erste Sippezahl, die man zu Magen rechnet, und polemisierte lebhaft gegen die Ansicht, dass die Sippe erst mit den Geschwisterkindern beginne. Seine rechten Meister sind die oben schon angeführten kirchlichen Autoritäten c. 2 § 9. 10. C. XXXV qu. 5 und besonders c. 7. 8 X de consang. et aff. IV, 14.¹³⁾

D. Da in diesen drei Rechtsquellen der Sippebegriff derselbe ist, so ist damit von vorne herein wenigstens ein indicium violentum dafür gegeben, dass die argauischen Rechtsquellen nicht eine Ausnahme machen werden. Es sind mir nun keine Stellen bekannt, aus denen man a priori den Begriff mit solcher Sicherheit herleiten könnte, wie dies aus Ssp und Schwsp möglich ist; andererseits aber kommen auch keine vor, welche der gefundenen Bedeutung widersprechen. Bemerkenswert ist Stdtbch. Baden 15, wo Sippe einmal allgemein für Blutsverwandtschaft und dann speziell für ein einzelnes Glied der Parentel gebraucht ist. Die BG S 1615 spricht von Sippschaft in der auf- und absteigenden Linie und in der Seitenlinie.

Wir kommen somit zu dem Resultat, dass der Sippebegriff nicht auf die sog. Seitenlinie zu beschränken ist, sondern die ganze

¹²⁾ Schwsp W 4 i. f.

¹³⁾ Es ist dies besonders deutlich bei L oder W Anm. 11: vnde heizent div chint gewisfrige. Vnde hebet die erften sippe zal die man zemagen rechent. daz wider stritrent vngelerete livte. vnde mvoz ez doch war sin vor den rehten maistern. Vnde fwer och sippe zal anders raiten wil. wan als hie stet der ist ver irret. Vnde also hebet gewisfride die erste sippe. Der Miroir de Souabe 4 hat den Zusatz: die man zu Magen rechnet, nicht übersetzt: Et aufi se maintient li premiers degreiz de ligniage. Vgl. Schwsp W 345 Zeile 40 f: Man fol ze den gewisfterden an heben die sipp ze rechnen, etc.

Blutsverwandschaft bezeichnet¹⁴⁾. Die Zugehörigkeit zu derselben wird vermittelt durch Geburt aus einer nach kirchlichem und weltlichem Recht gültigen Ehe¹⁵⁾, und so kann man mit Segesser¹⁶⁾ sagen: Sippe ist vom Standpunkt jedes einzelnen Gliedes derselben der Inbegriff aller derjenigen Personen, welche durch eheliche Zeugung und Geburt mit ihm in demselben Stammvater und derselben Stammutter zusammentreffen.

II. Magschaft ist im Ssp die technische Bezeichnung für die sog. Seitenverwandschaft, d. h. die weitere Verwandschaft von den Geschwisterkindern an. Denn Geschwisterkinder sind die erste Sippezahl, die man zu Magen rechnet. Auch Dsp 6 sagt: die magschaft get von pröder chinden. vnd von swefter chinden. In diesen beiden Rechtsquellen ist demnach die Magen Zahl von der Sippezahl verschieden, sie zählt immer ein Glied weniger. Im Schwsp dagegen sind Sippezahl und Magen Zahl identisch: gefwiftrige heben die erften sippe zal die man zemagen rechen. Der Schwsp versteht den sächsischen Standpunkt nicht mehr, der Gegensatz zwischen Haus und Magschaft, der im Sep so klar hervortritt, ist bei ihm verschwunden, er kennt blos noch die Sippe oder die ihr gleichgestellte Magschaft¹⁷⁾ als einzigen Erbenkreis. Aber wie der Schwsp das Eintrittsrecht der Sohnssöhne längst aufgenommen hatte, ehe es im Argau zum Durchbruch kam, so zeigen die Weistümer unseres Landes auch später noch den alten Gegensatz, wie er dem Ssp und Dsp eignet. So ordnen T A G Vilm. erst die Erbfolge

¹⁴⁾ Vgl. Brunner, DRG I, 81 ff: das Geschlecht heißt Sippe, ein Wort, dessen Nebenbedeutung Friede und Freundschaft ist, 217 ff; Grimm, RA 467. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang ein Spruch Walthers von der Vogelweide:

Man hôchgemâc, an friunden kranc,
daz ist ein fwacher habedanc:
baz gehilfet friuntſchaft âne sippe.
lât einen ſîn geborn von küneges rippe,
er enhabe friunt, waz hilfet daz?
mâcſchaft ist ein ſelbwahen êre,
ſô muoz man friunt verdienen ſêre.
mâc hilfet wol, friunt verre baz.

¹⁵⁾ elike unde echtlike to ſamene komen, Ssp; elich vnd reht zefamen chomen, Dsp; reht unde redelichen zer ê komen, Schwsp; per droit de fait et de parole se aiofter, Miroir.

¹⁶⁾ RG II, 527.

¹⁷⁾ Vgl. Heusler, Inst. II, 607; Seelig, a. O. 38.

im Hause, um dann fortzufahren: nun so vahet an die magschaft¹⁸⁾. Von besonderer Wichtigkeit ist die Unterscheidung in Vatermagen und Muttermagen¹⁹⁾. Die Nagelmagen des Schwsp sind in W 6 L 3 wie im Ssp das erste Glied, das nicht mehr zur Verwandtschaft gehört, in W 240 L 293 dagegen alle Verwandten bis zu diesem Gliede.

Ganz unrichtig definirt Mutach, Landvogt in Trachselwald²⁰⁾, die Magschaft, wenn er sagt:

Denne wird die Verwandtschaft unterscheiden in Sipp-schaft oder Bluts-Freundschaft | und Magschaft oder Ver-schwägerung.

Ich habe Magschaft immer in der Bedeutung, die das Wort im Ssp, Dsp und den genannten argauischen Weistümern hat, gebraucht.

III. Freundschaft, Blutsfreundschaft hat keine besondere technische Bedeutung, sondern bezeichnet die Verwandtschaft ganz allgemein, sowol die nächste:

Rechte des Amtes Eigen, vor 1313 (Arg. IX, 3) Art. 1:
alle lüte, fy fygent fröwen oder man, fo si vß diser zyte schei-
dent, föllent ire nechsten fründe erben.

als die entferntere:

A R Meibg. Art. 79: Man soll Witwen und Weifen be-
vogten, der Vogt soll alle Iar der Fründschaft Rechnung ge-
ben. Art. 72: ein Fründschaft soll denen Sünen einen zim-
lichen Vorteil machen²¹⁾.

§ 16 b) Gliederung und Berechnung der Verwandtschaft.

Wenn der Römer, um sich von seiner Verwandtschaft ein Bild zu machen, den Baum mit seinen Verästelungen zu Hülfe

¹⁸⁾ Vgl. § 11 und auch A R n fr A Art. 16; die argauischen Quellen sprechen gelegentlich auch von Magdttschaft, L R Lenzbg. fol. 22, und Vatter Mang, Ofn. Hermetswil 1691 VIII!

¹⁹⁾ über Begriff und Bedeutung für das Erbrecht s. § 18.

²⁰⁾ Substantzieller Vnderricht von Gerichts- und Rechts-Sachen, Bern, 1709, p. 9.

²¹⁾ Vgl. auch A R n fr A 14; A G S 30; Stdr. Bremg. 1612 X; L R Lenzbg. fol. 22; B G S 1615; Stdr. Kaiferstuhl Art. 3 i. f.

nahm, oder, wie Stobbe¹⁾ will, das Bild der Treppe mit ihren Stufen, so dachte sich der Germane das Bild seiner Verwandtschaft im menschlichen Körper dargestellt in dessen Gliedern und Gelenken — darum auch der Ausdruck Lidmagen²⁾ —, wie die im vorigen § aufgeführten Stellen aus Ssp, Dsp und Schwsp dartun. Jedes der einzelnen Glieder kann natürlich wieder der Ausgangspunkt derselben Gliederung sein: so entstehen bestimmte Verwandtschaftskreise, die man als Parentelen bezeichnet.

Die Nähe der Verwandtschaft bestimmt sich im R. R. nach Graden, das heißt nach der Zahl der Zeugungen, welche zwischen den in Frage stehenden Personen liegen³⁾: quot generationes tot gradus. Das germanische Recht dagegen rechnet nicht mit Zeugungen, sondern mit ganzen Generationen. Dabei entspricht es m. E. der germanischen Denkweise durchaus nicht, von Hauptlinie und Seitenverwandtschaft zu sprechen. Die erwähnten Stellen des Ssp, Dsp und Schwsp beschreiben vielmehr bloß die Deszendenz eines Elternpaares, resp. Stammvaters, und betrachten auch die « Seitenverwandten » nur von diesem Gesichtspunkt aus. Der Begriff der Haupt- und Seitenverwandtschaft gehört dem R. R. an, das deutsche Recht hat einen andern Gegensatz, denjenigen von Haus und Magschaft.

Ssp I 3 § 3, Dsp 6 und Schwsp W 6 L 3 bezwecken, Anfang und Ende der Blutsverwandtschaft, sowie ihre Gliederung darzulegen⁴⁾; der Schlusssatz enthält dann die Anwendung auf die Erbfolge. Damit ist auch der Plan der folgenden Darstellung gegeben. Denn erbrechtliche Bestimmungen sind gewöhnlich nur für das Haus ausführlich vorhanden; wenn die Magschaft zum Erbe kommt, wird meist erklärt, es erbe der nächste Blutsverwandte, das will sagen: die Erbfolgeordnung bestimmt sich nach der Verwandtschaftsgliederung.

I. Es ist allgemein anerkannt, dass die erwähnten Stellen des Ssp, Dsp und Schwsp die Gliederung einer Parentel darstellen; sehr bestritten ist aber die Frage, welche Parentel, namentlich ob

¹⁾ Handbuch V, 64 II.

²⁾ AGS 48; ER Lenzbg. X; BGS 1615.

³⁾ I. 10 §§ 9, 10 D de grad. 38, 10.

⁴⁾ Heusler, Inst. II, 600.

die erste oder zweite, vorgeführt wird. Sydow⁵⁾, Wasserschleben⁶⁾, Schanz⁷⁾ entscheiden sich für die zweite Parentel, im Resultat auch Homeyer⁸⁾; Heusler⁹⁾ dagegen setzt den Erblasser an die Fingerspitze und kommt so zur höchsten Parentel. Sydows Hauptargument besteht darin, dass in der Stelle des Ssp « vom Unterschiede der vollen und halben Geburt die Rede sei, was bei Deszendenten ganz bedeutungslos wäre, da sie im Verhältnis zu ihren Erzeugern stets vollbürtig sind und mit Stiefeltern in gar keinem Verwandtschaftsverhältnis stehen ». Denselben Grund bringt auch Schanz. Ich entscheide mich dagegen für die erste Parentel. A priori betrachtet, scheint es am naturgemähesten zu sein, diejenige Parentel darzustellen, in welcher der Erblasser sich befindet. Dann sagt der Ssp: in deme hovede ist besceiden man unde wif — und nicht vader unde muder — to stände, die elike unde echtlike to samene komen sin. Von diesem Ehepaar aus nimmt die Sippe Ursprung und Anfang, dann folgen dessen Kinder, die erste Sippezahl. Da Eike sich nun einmal mit ihnen beschäftigt, so erörtert er nebenbei zugleich den Unterschied zwischen Vollgeburt und Halbgeburt, ein Begriff, der freilich in der ersten Parentel bedeutungslos ist, aber, da der Spiegler eben nur eine Parentel als Typus aller anderen aufstellt, eben doch zur Sprache kommen muss. Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, dass der Ausdruck kindere gebraucht ist. Auch Sydows weiteres Argument hält nicht stand: er glaubt nämlich darin, dass der Schwsp die Kinder an die Schultern setzt und den Hals ganz weglässt und dass er « sie mitzählt », einen Beweis zu erhalten, « dass im Ssp an dieser Stelle nicht vom Verwandtschaftsverhältnis der Deszendenten, sondern von dem der Seitenverwandten die Rede sei, und dass letzteres beispielsweise an der zweiten Parentel deutlich gemacht werde. » Schon Schanz¹⁰⁾ hat darauf aufmerksam gemacht, dass es sich mit der ersten Parentel ganz wol verträgt, wenn den Kindern das erste

⁵⁾ Erbrecht des Ssp 123 f.

⁶⁾ Sukzessionsordnung 31.

⁷⁾ Erbfolgeprinzip des Ssp 31 f.

⁸⁾ Parentelenordnung 8 f.

⁹⁾ Inst. II, 600.

¹⁰⁾ a. O. 32¹⁰⁸.

Glied eingeräumt wird. Übrigens ist dieser Einwand schon durch unsere Zählung der Sippe gegenstandslos ^{10*)} geworden.

Sydow ¹¹⁾ macht sich selbst gegen die zweite Parentel einen Einwand, der auch gegen die erste ins Feld geführt werden kann: « die Beendigung der Verwandtschaft mit der siebenten Parentel würde, wenn sie sich nur auf die zweite Parentel bezöge, in Beziehung auf das Erbrecht gar keinen Sinn haben, da niemand Deszendenten seiner Geschwister bis zur achten Generation überlebt ». Auf die erste Parentel angewendet heißt das: da die Sippe mit der siebenten Parentel ihr Ende findet ¹²⁾, können denn auch Deszendenten nicht über das siebente Glied hinaus erben? Diese Frage löst sich sofort, wenn man in Erwägung zieht, dass die Rechtsbücher für die Praxis bestimmt waren und sich nicht mit gelehrten Schulfragen abgeben; Deszendenten siebenten Grades aber kann niemand erleben, zwischen dem Stammvater und dem Sprössling des siebenten Grades liegt ein Zeitraum von etwa zwei Jahrhunderten ¹³⁾.

II. Nun zur Gliederung der Parentel.

Im Haupte ist beschieden Mann und Weib zu stehen, in des Halses Gliede sind die Kinder, an dem Gliede, wo Schultern und Arme zusammengehen, die Enkel, am Ellbogen die Urenkel, am Handgelenk die Ururenkel, am ersten Glied des Mittelfingers deren Kinder, am zweiten deren Enkel und am dritten deren Urenkel. Wichtig bei dieser Beschreibung ist, dass der Ssp die Glieder immer in der Einzahl nennt: in des halfes lede; an deme lede, dar scülder den unde arm to famene gat, in dem lede der hant u. s. w. Daraus ergibt sich, dass Eike nicht, wie Sydow in seiner

^{10*)} Ein noch zwingenderes Argument bringt Stutz, a. O. 38 f., hergeleitet aus dem Ausdruck: sik to der sibbe gestuppen an geliker stat der naer to der sibbe gestuppen. Denn da dies nur bedeuten kann: sich an gleicher Stelle oder näher in der Parentel zu dem Stammvater rechnen (vgl. Heusler II, 601), muss der Stammvater den Ausgangspunkt der Zählung bilden, wie auch Schwsp sagt L 3 W 6 Anm. 29: an dem fünften lide. von dem hovpte her dan gezelt. Von diesem Stammvater aus nemet man dat erva gelike, er ist also zugleich der Erblasser. Vgl. § 17 II A.

¹¹⁾ a. O. 125.

¹²⁾ s. unten.

¹³⁾ Vgl. Seelig, Erbrecht des Schwsp 27; Stutz, a. O. 32 f.

Tafel und Siegel¹⁴⁾ will, die Verwandtschaft an beiden Armen zählte, sondern nur an einem, dass das Verwandtschaftsbild des Ssp also einarmig ist.

Anders im Schwsp. Wir haben in § 15 I B, C gezeigt, dass der Schwabenspiegler im Dsp einen Widerspruch mit der kirchlichen Quelle entdeckte. Die Zahlen an und für sich, die der Dsp für Eheverbot und Ende der Sippe gab, waren richtig; da aber dem Wortlaut nach die Sippe erst mit den Geschwisterkindern begann, — und so fasste der Schwsp die Sache auf — kam ein Glied zu viel heraus. Dem half der Schwabenspiegler kurzer Hand ab, indem er zwischen dem ersten und fünften Glied des Dsp einfach das entbehrlichste, den Hals, wegließ, die Kinder also an die Schultern setzte. Dadurch erzielte er bei seinem Sippebegriff Übereinstimmung mit dem Dsp in der Zahl der Eheverbotsgrenze. Dass er durch dieses Verfahren in seiner Verwandtschaftsgliederung überhaupt ein Glied zu wenig bekam, ließ ihn unberührt. Was aber besonders hervorzuheben ist, das ist der Umstand, dass dadurch das Verwandtschaftsbild des Schwsp zweiarmig wurde^{14a)}: die Kinder stehen da die arme an die schultern stözent^{14b)}; es wird gezählt vom Haupt an ietweder arm vnz vf den nagel^{14c)}.

Dem Hals im Bilde des Ssp wird vielfach eine privilegierte Stellung eingeräumt, weil er außerhalb der Gliedzählung stehe¹⁵⁾. Da der für diese Ausnahmestellung angegebene Grund — der Beginn der Sippe mit den Schultern oder Geschwisterkindern — nicht richtig ist, muss die Ausnahmestellung selbst fallen. Ich sehe nicht ein, warum der Hals nicht als ein Glied zu betrachten ist im Werte ganz wie irgend ein anderes. Dafür spricht ja schon der Wortlaut des Ssp: in des halfes lede. Ein weiteres Argument gibt uns der Schwsp an die Hand, indem er im Bilde dasjenige Glied, welches ihm das entbehrlichste schien, wegließ: da

¹⁴⁾ Rechtsgeschichte 358.

^{14a)} Das zweiarmige Bild führt ad absurdum Stutz, a. O. 44².

^{14b)} Stutz, a. O. 82 schließt daraus, dass das Verwandtschaftsbild in Süddeutschland nicht gebräuchlich gewesen sei; man mag das Bild aufgeben, die Gliederung muss dennoch bleiben.

^{14c)} Schwsp W 6 Anm. 39.

¹⁵⁾ v. Amira in den Göttinger gelehrten Anzeigen 1884 S. 41; Schanz, a. O. 48. Vgl. auch § 17 B, a.

nun der Hals dieses am leichtesten zu entbehrende Glied ist, so spricht dies doch sehr gegen eine privilegierte Stellung. Der Umstand, dass in einer wol altnationalen Komputation¹⁶⁾ die Geschwister nicht mitgezählt werden, kann nicht gegen meine Auffassung in's Feld geführt werden. Denn diese auch in's decretum Gratiani¹⁷⁾ übergegangene Zählweise ist zur Zeit, da Eike von Repgow sein Rechtsbuch schrieb, von der Kirche als mit der Komputation der sancti Patres und dem antiquus mos sanctae et universalis ecclesiae unvereinbar erklärt¹⁸⁾ und ganz verworfen worden¹⁹⁾. Eike aber hatte das geltende Recht vor Augen und schrieb dem gemäß.^{19^a)}

Von jedem Glied einer Parentel kann wieder dieselbe Gliederung ausgehen. So baut sich also die Sippe aus einzelnen über einander stehenden Parentelen auf.²⁰⁾ «Die Kinder, die in ihrem Vater die Kniebiegung finden, in welcher ihre generatio abschließt, treffen mit ihren Vettern in der Kniebiegung des Großvaters zusammen, bilden in dieser mit den Vettern die zweite Generation, und so geht es weiter zur dritten Generation in der Kniebiegung des Urgroßvaters u. s. w.»²¹⁾

III. Auf dieser Gliederung der Sippe beruht auch die germanische Verwandtschaftsberechnung. Treten zwei Erbensprecher auf, so sind zwei Fälle denkbar: entweder sie gehören zur selben Parentel oder nicht. Entscheidend ist also zuerst die Ermittlung der Parentel, d. h. des Stammvaters. Denn die nähere Parentel schließt die entferntere aus. Gehören die Prätendenten derselben Parentel an, so kommt nun der Satz zur Anwendung: die zwischen

¹⁶⁾ Sie findet sich im Dekret des Burkhart von Worms, Konzil von Seligstadt 1023 etc.; vgl. v. Amira, Erbenfolge 46 ff; Wasserschleben, S O 9 f; Heusler, Inst. II, 592.

¹⁷⁾ c. 1 C. XXXV qu. 5.

¹⁸⁾ c. 2 § 9. 10 C. XXXV qu. 5, von Alexander II. 1056.

¹⁹⁾ c. 7 X de conf. et aff. IV, 14.

^{19^a)} Vgl. jetzt namentlich Stutz, a. O. 25 ff.

²⁰⁾ Vgl. namentlich Brunner, das anglonormannische Erbfolgesystem, wo der zwingende Nachweis erbracht wird, dass die Parentelenordnung dem englischen und normannischen Recht und den Coutumes der Bretagne zu Grunde liegt, ferner dessen Abhandlung: Sippe und Wergeld nach niederdeutschen Rechten in Z f R G XVI, 1 ff, wo der Nachweis auch für das friesische und niederländische Recht erbracht wird; dazu bei Kohler, gesammelte Abhandlungen 349 ff. Belege aus dem altfranzösischen Recht.

²¹⁾ Heusler, Inst. II, 588.

deme nagele unde deme hovele fik to der fibbe gestuppen mogen an geliker stat, de nemet dat erve gelike. De fik naer to der fibbe gestuppen mach, de nimt erve to voren. Das Abstuppen geschah in der Weise, dass man den Stammvater in das Haupt setzte und nach den Gelenken herunterzählte. Das Bild fand also bloß Anwendung innerhalb der Parentel und zwar von den Geschwistern an: zwischen deme nagele unde deme hovele, somit nicht auf Aszendenten und das Haupt selbst²²⁾, denn « ein Kind begründet seine Verwandtschaft mit dem Großvater nicht damit, dass beide vom Urgroßvater abstammen ». . Praktisch machte sich die Sache so, dass zuerst eine Linealfolge und dann eine Gradualfolge eintrat.

Wenn man das Verwandtschaftsverhältnis nicht durch das Bild, sondern durch Zahlen ausdrücken will, ist der Abstand des Erblassers und des Erben vom gemeinschaftlichen Stammvater zu berechnen; ist die Gliederzahl nach beiden Seiten hin gleich — z. B. je 2 —, so gibt man einfach diesen Abstand an, ist die Gliederzahl dagegen verschieden, so werden beide Entfernungen angeführt^{21*)}.

IV. Verwandtschaftsgrenze. Die Sippe reicht nicht in's Unbegrenzte, sondern schließt mit einer bestimmten Zahl von Generationen ab²³⁾. In dem seveden stat ein nagel unde nicht ein let, dar umme lent dar de fibbe, unde hetet nagelmage, sagt der Ssp. Sieben Sippezahlen gehören also zur Sippe, im achten Glied, mit den Nagelmagen, hört die Verwandtschaft auf und mit der Verwandtschaft das Erbrecht: die zwischen deme nagele unde deme hovele fik to der fibbe gestuppen mogen an geliker stat, de nemet dat erve gelike. Nach dem Schwsp erbet ein iegelich man finen mâc unz an die sibenden sippe, d. h. es erbt noch die sechste Sippezahl des Ssp²⁴⁾. Wie wenig diese Bestimmung praktisches Recht enthalten haben kann, zeigt Ssp I 19 § 1, wo von den Nordschwaben gesagt wird:

^{21*)} Vgl. z. B. Kopp, Bünde III, 1, 325; Anzeiger f. schweiz. Geschichte 1885 S. 403.

²²⁾ Heusler, Inst. II, 589.

²³⁾ Über die Bestimmungen der Volksrechte vgl. Heusler, Inst. II, 591 ff; v. Amira, Erbenfolge 47 ff; Sydow, a. O. 126 ff; Schanz, a. O. 25 f; Wasserschleben, SO 9 ff und jetzt Stutz, a. O. 23 ff.

²⁴⁾ Über den Grund dieser Abweichung vgl. § 15 I B. C, § 17 zu Note 25.

die swavee nimt wol herwede unde erve boven der seveden sibbe, also verne so he immer gereken kan, dat em de man von fverthalven to geboren si, oder also vern also he getügen mach, dat en sin vorvare jens vorvaren, oder jens vorvare fines vorvaren herwede irvorderet hebbe vor gerichte, oder genomen hebbe.

Der Schwsp W 399 reproduziert diese Stelle ebenfalls. Man nimmt deshalb an, dass das altalamannische Volksrecht die Erbfähigkeit soweit anerkannt habe, als die Verwandtschaft nachgewiesen werden konnte²⁵⁾.

K A R Art. 7 i. f.: — — fullend ze gelichem erb stand iemer mer ushin als verr man dz gerechnen kan.

Offnung von Kilchberg (S. Gallen; Grimm, W T I, 204): es sol ye der nechst erb den andern erben, fover man die fründschafft rechnen kan. Vgl. aber

Offnung von Sulgen, Rüti und Mühlibach (Turgau; Grimm, W T IV, 408) Art. 56: es sol iecklicher fant Polayen man und wib von rechts wegen ainen iecklichen sinen frundt den anndern erben biß an das neündte geschlecht vnd dan danenthin iemer mehr ewiglich, als ver das von geburt vnd geschlecht ist.

Das Erbrecht von Kadelburg von 1678 bestimmt in Art. 16: da weder von auf- noch abstigenten oder nevent lini biß in zehenden grad erben vorhanden, — — —, ist der oberkeit folche verlassenschaft verfallen.

Hier möchte ich Einfluss des R. Rs. annehmen, denn die Beschränkung ist offenbar zurückzuführen auf § 5 (4) J. de successione cognatorum 3, 5.

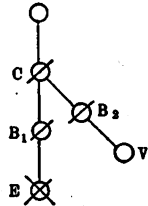
Die übrigen, namentlich die spezifisch argauischen Rechtsquellen kennen kein Ende der Verwandtschaft und damit auch keine Grenze der Erbfähigkeit.

V. Zum Schluss noch die Frage, ob mehrfache Verwandtschaft im deutschen Recht von Einfluss ist.

²⁵⁾ Bluntschli in Z f geschichtl. Rechtswissenschaft IX, 122; Heusler, Inst. II, 594; vgl. Seelig, a. O. 39 f.

Ssp I 3 § 3: Nemet ok tvene brüdere tvo füntere, unde de dridde bruder en vremede wif, ire kindere sint doch gelike na, ire iewelk des anderen erve to nemene, of se evenburdich sint. Ebenso Schwsp W 6 L 3.

Daraus ergibt sich, dass mehrfache Verwandtschaft ohne Bedeutung ist. Nehmen wir z. B. an, E sei Erblasser, die beiden Brüder B₁ und B₂ haben zwei Schwestern geheuratet, ein auf der Figur nicht gezeichneter dritter Bruder B₃ dagegen ein anderer wip. Bei V stehen die Vettern des Erblassers und zwar, wie wir annehmen, sowol solche, die von B₂ als von B₃ abstammen. Diese unterscheiden sich nun dadurch von einander, dass die von B₂ abstammenden Vettern des E mit ihm auch den mütterlichen Großvater bei C gemeinschaftlich haben, nicht nur den väterlichen, wie die Söhne des B₃. Dies kann aber nicht in Betracht kommen, weil das Haupt der Parentel in C ist und jeder sich nur einmal abstuppen kann.



§ 17. c) Die Erbfolgeordnung.

I. Wenn das Erbe im Hause keine Abnehmer findet und in die Magschaft gelangt, so führen unsere Quellen die Erbberechtigten meist nicht mehr namentlich auf, sondern erklären einfach: es soll das nechst Lid¹⁾, der nächste Lidmag²⁾ oder die nechsten fründe erben³⁾, oder das Erbe falle nach der Sip, das ist der Nächst Vom Bluth der nächst beym Gueth⁴⁾. Das heißt mit andern Worten: die Erbberechtigung richtet sich in diesem Falle nach der Sippegliederung.

Diese Sippegliederung ist nach unserer bisherigen Darlegung die Parentelenordnung. Es fehlt zwar nicht an Widerspruch dagegen, und es sind die verschiedensten Erbfolgesysteme aufgestellt worden. Die Parentelenordnung vertrat zuerst Majer⁵⁾;

¹⁾ Rechtsame der sog. Grafschaft Farwangen in Z f feh R XVIII, 2, 6.

²⁾ A GS 48; ER Lenzbg. X.

³⁾ Rechte des Amtes Eigen, vor 1813, Arg. IX, 3.

⁴⁾ ER Bad. 1620 VII.

⁵⁾ Germaniens Urverfassung 1798 § 68; gemeinrechtliche Erbfolgeordnung in sogenannte Stammlehen, a. u. d. T. teutsche Erbfolge 1. Fortsetzung, 1805.

v. Sydow⁶⁾ entwickelte sie weiter, indem er den Ssp zum Ausgangspunkt nahm, dasjenige Rechtsbuch, welches von jeher als Hauptquelle dafür betrachtet wurde⁷⁾. Darauf erfolgte die erste Opposition durch Siegel⁸⁾, nachdem Blumer⁹⁾ die Parentelenordnung für die Urschweiz verteidigt hatte. Siegel wollte die bloße Gradesnähe entscheiden lassen. Mit einer neuen Theorie rückte Wasserschleben¹⁰⁾ in's Feld und behauptete, einzig die Zahl der Zeugungen sei maßgebend. Der Parentelenordnung nahm sich Homeyer¹¹⁾ an; Rive¹²⁾ wies im altnordischen Recht zwar die Gliederung der Sippe nach Parentelen nach, glaubte aber nicht, dass die Erbfolge darnach stattgefunden habe. Es entspann sich nun eine hitzige Fehde, indem Wasserschleben¹³⁾ wieder für seine Ansicht eintrat, Stobbe¹⁴⁾ für die magdeburger Schöffensprüche die Parentelenordnung läugnete, Brunner¹⁵⁾ dagegen für das englische und normannische Recht in zwingendem Nachweis dieselbe aufrecht erhielt. Noch einmal trat Wasserschleben¹⁶⁾ mit seiner Dreiliniennordnung auf den Plan, und v. Amira¹⁷⁾ bestritt dem Ssp die Parentelenordnung, für welche darauf Gierke¹⁸⁾ mit Entschiedenheit einstand. Brunner¹⁹⁾ wies sie hernach im friesischen und niederländischen Recht nach, worauf Schanz²⁰⁾ sie von neuem an-

⁶⁾ Erbrecht des Ssp.

⁷⁾ Eine Übersicht über die verschiedenen Theorien gibt Schanz a. O. 5—21; Stobbe V, 79 ff.

⁸⁾ Erbrecht 1853; die germanische Verwandtschaftsberechnung mit besonderer Beziehung auf die Erbenfolge 1853.

⁹⁾ Staats- und Rechtsgeschichte der schweiz. Demokratien I 1850, II 1859.

¹⁰⁾ Sukzessionsordnung 1860.

¹¹⁾ Die Stellung des Ssp zur Parentelenordnung 1860; dazu Maurer in der kr. V J III.

¹²⁾ Zur Frage nach dem Prinzip der Sukzessionsordnung im germanischen Recht in Bekkers u. Muthers Jahrbüchern VI 1863; dazu Maurer in kr. V J XI u. XII.

¹³⁾ Germanische Verwandtschaftsberechnung und das Prinzip der Erbenfolge nach deutschem insbesondere sächsischem Recht, eine Replik 1864.

¹⁴⁾ Beiträge zur Geschichte des deutschen Rechts 1865 S. 36—58.

¹⁵⁾ Das anglonormannische Erbfolgesystem 1869.

¹⁶⁾ Prinzip der Erbenfolge nach den ältern deutschen und verwandten Rechten 1870.

¹⁷⁾ Erbenfolge und Verwandtschaftsgliederung nach den altniederdeutschen Rechten 1874.

¹⁸⁾ Erbrecht und Vicinenrecht im Edikt Chilperichs in Z f R G XII 1876.

¹⁹⁾ Sippe und Wergeld nach niederdeutschen Rechten in Z f R G XVI 1882.

²⁰⁾ a. O 1883.

griff und bekämpfte, und Schröder^{20a)} und namentlich Stutz^{20b)} energisch dafür in die Schranken traten.

II. Ein näheres Eingehen auf die einzelnen Theorien würde hier einerseits zu weit führen, andererseits sind sie in Folge der Untersuchungen von Brunner und Kohler und neuerdings von Heusler und Stutz nicht mehr wol aufrecht zu halten. Wir haben deshalb im Folgenden einmal die Anwendung der Sippegliederung auf die Erbenfolge darzulegen und dann zu prüfen, ob unsere Quellen sich mit der Parentelenordnung vertragen oder nicht, wobei einstweilen die verschiedene Berechtigung der Vaternagen und Muttermagen außer Betracht bleiben soll.

A. Wenn ein Erbe zu Fall kommt, so fragt sich, wie das Sippebild anzuwenden ist. Vor allem ist daran festzuhalten, dass es nur einmal anwendbar, weil nur ein Haupt vorhanden und mehrere Häupter undenkbar sind²¹⁾. Das Bild stellt die erste Parentel dar, in welcher der Erblasser sich befindet, womit zugleich ausgesprochen ist, dass er am Haupte steht. Denn wenn wir ihn z. B. an das letzte Glied des mittleren Fingers stellen würden, hätten wir die letzte Parentel vor uns. Dass er im Haupte stehend gedacht ist, ergibt sich auch daraus, dass vom Haupte an gerechnet wird²²⁾:

Schwsp L 3 W 6 Anm. 29: an dem fünften lide von dem hovpte her dan gezelt.

eodem Anm. 39: an gelicher stat der lide von dem hovpte an ietwederm Arme zeln vnz vf den nagel.

Verbinden wir mit diesem Resultat den Satz, dass die nähere Parentel die entferntere ausschließt²³⁾, so wird der Erbberechtigte auf folgende Weise ausgemittelt²⁴⁾: wenn in der Parentel des Erblassers A Abnehmer für das Erbe vorhanden sind, schließen sie alle andern Gesippten aus und gelangen nach dem Grundsatz zum

^{20a)} Schröder, DRG 325 (1889).

^{20b)} a. O. 1890.

²¹⁾ Heusler, Inst. II, 601.

²²⁾ Vgl. § 16 II u. I Anm. 10^a; Schwsp W 6 Anm. 17.

²³⁾ Er ergibt sich aus Ssp I 3 § 3 i. f.: de sik naer to der sibbe gestuppen mach, de nimt dat erve to voren. Vgl. Uhwieser Amtarecht Art. 9 bei Pestalutz, Stat. I, 145.

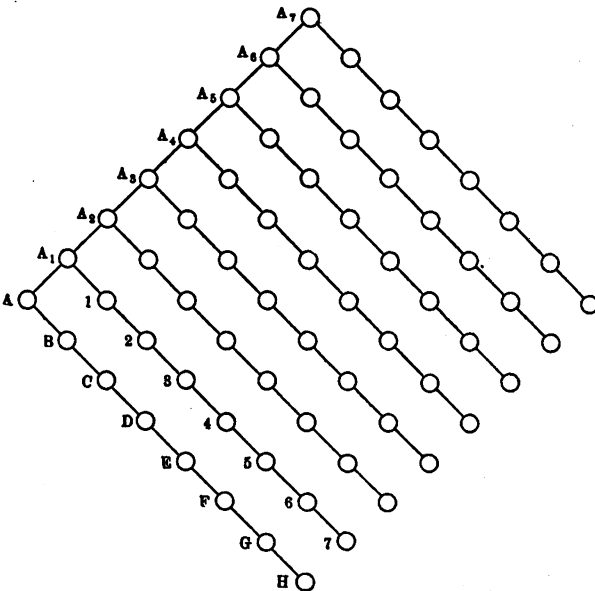
Erbe, dass der Nähere am Haupte dem Entferntern vorgeht, Gleichberechtigte aber zu gleichen Teilen erben. Finden sich in der ersten Parentel keine Abnehmer, wird der nächste Berechtigte dadurch gefunden, dass man das Gliederbild auf A₁ als Haupt legt und, wenn auch hier weder Haupt noch Glieder mehr vorhanden sind, auf A₂ u. s. w. Wenn mehrere Ansprecher sich melden und zum Erbe kommen sollen, ist dem gemäß zuerst Gleichheit der Parentel und innerhalb derselben Gleichheit der Sippezahl erforderlichlich.

B. Was nun die einzelnen Rechtsquellen betrifft, so ist zunächst in's Auge zu fassen

a) der Schwsp. Wir haben bereits gesehen, wie er sich zum Ssp und dessen Verwandtschaftsbild verhält, wie er durch die Flüchtigkeit des Dsp dazu kam, ein Glied wegzulassen und die Geschwister an die Achseln zu setzen. Da glaubt nun Seelig²⁵⁾ eine wichtige Entdeckung gemacht zu haben. Er findet nämlich, dass im Ssp nur diejenigen zusammen und zu gleichen Teilen zum Erbe berufen werden, die am gleichen Gelenke stehen. Die Geschwister aber stehen am Halse, also an keinem Gelenk. Daher erhält

24) Zur Erklärung der Figur: A ist der Erblasser, B, C, D etc. die von ihm ausgehende Parentel; A₁, A₂ etc. sind die Aszendenten des Erblassers mit ihren Parentelen, die Zahlen 1, 2, 3 u. s. w. bedeuten die Sippezahlen.

25) Erbrecht des Schwsp 37. Vgl. auch § 16 II, oben S. 68.



durch diese Idee die Stelle die twischen deme nagele u. s. w. die schwerwiegendste Bedeutung. Denn auch die Eltern und der Busen stehen nicht an Gelenken, sie gehen überhaupt nicht nach ihrer sinnbildlichen Stellung am menschlichen Körper, sondern nach einer besondern Erbfolgeordnung zum Erbe, sie erben endlich nicht gelike, sondern die Männer haben den Vorrang. Und in Folge dieser Entdeckung hebt sich vor seinen Blicken scharf der neue Erbenkreis der ganerven von der Schar der nächsten Blutsverwandten ab, und er hat die Methode, mit deren Hülfe im einzelnen Falle der berufene Erbe ermittelt wird! Mit alledem hat der Schwsp nichts anfangen können, denn so weit Schwabenrecht gilt, erben in allen verwandtschaftlichen Schattirungen die Weiber gerade so gut wie die Männer (sic!). Darum musste der Spiegler auch die Geschwister an die Achsel setzen, weil er sonst durch die Konsequenzen das Bild vollständig hätte verlassen müssen. Er gibt in Folge dessen auch nicht das Maß, mit dem der Wert des Erbrechts der einzelnen Magen zu messen ist! — Was vorerst den Ssp betrifft, wo steht in der Stelle: die twischen deme nagele unde deme hovede sik to der sibbe gestuppen mogen an geliker stat, de nemet dat erve gelike, wo steht hier etwas von Gelenken oder Gliedern? Der Spiegler sagt einfach: an geliker stat. Wo ist der Beweis, dass eine solche am Halse nicht sei? Was ist dazu zu sagen, dass Eike selbst dem Halse ein Glied gibt? In des halfes lede die kindere heißt es mit klaren Worten²⁶⁾. Mit dieser schwerwiegenden Bedeutung der Stelle ist es also nicht weit her, ich glaube vielmehr im Bisherigen den Nachweis erbracht zu haben, dass auch die Kinder gemäß ihrer bildlichen Stellung am menschlichen Körper erben, und dass die Gründe, weshalb der Schwsp den Hals wegließ, ganz anderer Natur sind. Damit fällt dann auch die Schlussbehauptung Seeligs dahin. Im übrigen ist auch der Satz nicht so schlechtweg richtig, dass in allen verwandtschaftlichen Schattirungen Weiber so gut wie die Männer erben; wenn wir auch Schwsp W 272 L 325 nicht in's Feld führen wollen, so ist doch an W 128 L 148 und W 225 L 275 zu erinnern, wo Unter-

²⁶⁾ Vgl. § 16 II.

schiede aufgestellt sind, die sich praktisch sehr fühlbar gemacht haben werden.

Die Erbfolgeordnung des Schwsp ist derjenigen des Ssp nachgebildet mit der Abweichung, dass ersterer das Bild der Sippe sich zweiarmig denkt. Dies ist aber für die Frage, ob er die Parentelenordnung kenne, nicht von Belang, diese steht und fällt vielmehr mit derjenigen der Quelle, des Ssp. Selbst Wasserschleben hat nicht versucht, den Schwsp für seine Dreiliniennordnung besonders auszubeuten, was doch wegen der Zweiarmigkeit des Bildes möglich gewesen wäre²⁷⁾. Indes zählt der Schwsp in jeder Parentel ein Glied weniger²⁸⁾, denn ich möchte nicht mit Stobbe²⁹⁾ annehmen, das « unz an die sibenden sippe » sei dahin zu verstehen, dass die im siebenten Gliede stehenden Personen die letzten Erbberechtigten seien, weil die Worte « zwischen dem nagele unde dem houbete » mir dies zu verbieten scheinen.

b) Von unsern übrigen Rechtsquellen soll besonders B G S 1615 ein sprechendes Beispiel für Wasserschlebens Dreiliniennordnung liefern³⁰⁾. B G S 1539 enthält noch keine ausführlichen Bestimmungen, sondern erklärt einfach³¹⁾:

der abgestorbnen person nechster Lidmag erbt alles Jr
verlassen gütt | ohne anderer gefipter oder verwanter vnnd
mengklichs yntrag vnnd widerredt | sind der Lidmagenn meer
| All glich gfypt | vnnd gfründt | so fol einer als vil erbenn
| Als der ander.

B G S 1615 dagegen setzt in Teil II, Titul VII, Satzung 3 fest:

Wann dem verstorbnen zwen | oder mehr in glychen
Graden | als im anderen | dritten | vierten | oder wyteren
Graden verwant | die einen aber in vff: oder abtzygender

²⁷⁾ Vgl. seine Erbenfolge 14 ff; über die Unvereinbarkeit der Erbfolge des Schwsp mit der Dreiliniennordnung s. Seelig, a. O. 45 ff, über die Unvereinbarkeit mit den Theorien von Siegel, v. Amira u. Schanz ibidem 49 ff; S. 60 ff wird dann der Nachweis erbracht, dass dem Schwsp die Parentelenordnung eignete.

²⁸⁾ Vgl. Seelig, a. O. 40, Lewis in kr. VJ XIV, 3 f.

²⁹⁾ Handbuch V, 68.

³⁰⁾ Wasserschleben, Erbenfolge 185 f.

³¹⁾ S. 82, fol. 95, Ms. m.

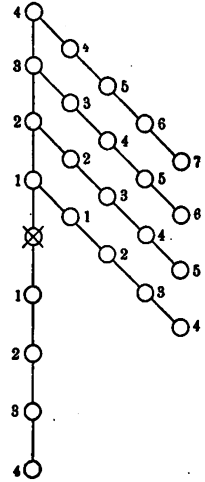
| die anderen in der Syten Linien Gesipt sind: So sollend die | so in vff: vnnd abtzygender Linien Gefründt | den Verwanten der Sytten Linien | in deß Abgelybeten Erbschafft vorgahn | vnd die Gesipten der by Syts Linien | vom Erb vßschliessen: Als wann jemandes zwen Verwanten hinderließe | dero der ein des Verstorbenen Äni | der ander der Abgelybten Person Großvatters Brüder wäre: So während zwar beid | der Äni | vnd deß Großvatters Brüder dem Abgestorbenen im dritten Glid verwant: Wyl aber der Äni in vfftygender | deß Großvatters Brüder aber in der Syten-Linien Gesipt: So soll der Äni luth diser Satzung den Abgestorbenen einzig Erben | vnd deß Großvatters Brüder am Erb kein theil haben: Vnd also soll es durch vß gehalten werden | vßgenommen in denen Graden | welche in vnser Satzung anderen Graden | die dem Verstorbenen eben so nach sind | im Erbrechten vßtruckenlich vorzogen werdend | als da meldung beschicht | das eins Geschwüfterte das ander erben sölle. Da sind zwar die Geschwüfterte dem Verstorbenen Geschwüfterte im ersten Grad verwant | vnnd das in der Syten Linien | dessen vngeacht | wann dieselben von Vatter | vnd Mütter har Geschwüfterte sind | so schließend sy von deß Abgestorbenen Geschwüfterten Erb vß deß Verstorbenen Mütter | so jhme dem Verstorbenen auch im ersten Grad verwant | vngeacht das dise in der vfftygenden Linien ist. Wo nun vnser Satzung einichen Grad einem andren Grad | der eben so nach | oder auch näher wäre | vßtruckenlich vorzücht | da soll es by demselben verblyben: Wo nicht | soll diser Satzung gestracks gelebt werden.

Nach Wasserschleben ist hier ein relativer Vorzug der geraden Linien vor der Seitenlinie anerkannt, nämlich unter Verwanten gleichen Grades. Ich kann aus dieser Stelle nichts anderes lesen, als dass das Erbe mangels Deszendenz zuerst dem ersten Grad der Aszendenz anfällt, d. h. dem Vater des Erblassers, und, falls dieser nicht mehr lebt, seiner «Seitenlinie», das heißt doch: es fällt an die nächste Parentel und zwar, wenn deren Haupt bereits verstorben ist, an die Glieder. Findet es hier keine Abnehmer, kommt der zweite «Grad», d. h. die folgende Parentel, zum Erbe

schließen, so sie in gleichem grad find, deßen der Gfatz geber ein Exempel gibt, darinn aber er sich in der Supputation irret, maßen nach dem Civilischen rechten des Groß Vatters bruder im 4. grad, der Änj aber nur im 3. grad ist; In deßen aber, weil das Gfatz express, wurde über solch Cafum allzeit nach demselben judicirt werden.

Es ist nun anerkannt³³⁾, und geht aus dieser Satzung 3 und der bald anzuführenden Satzung 2 des XII. Titels und vielen andern Stellen hervor, dass B G S 1615 nach der kanonischen Komputation rechnet. Hiervon hat jedoch der « arbor confangvinitatis » eine Abweichung. Er zählt nämlich so, dass er vom Erblasser zum Parentelenhaupt aufsteigt, dann aber nicht von hier in die « Seitenlinie » umbiegt mit der Zählung, sondern letztere geht je vom vorangehenden Parentelenhaupt auf die nachfolgende « Seitenlinie » über, da eben dieses Parentelenhaupt und das erste Glied der nachfolgenden Seitenlinie Geschwister sind. Die Zählweise veranschaulicht unsere Figur.

Daraus ergibt sich, dass das Parentelenhaupt und seine in der « Seitenlinie » stehenden Kinder die gleiche Gradzahl erhalten; wäre dies nicht der Fall, so läge Civilkomputation vor. Diese Tatsache schwebte dem Gesetzgeber bei der Redaktion der Satzung 3 vor Augen; konsequenter Weise hätte er die beiden mit der gleichen Gradzahl zusammen erben lassen sollen. Das war aber mit der darzustellenden Erbfolgeordnung, dem Parentelensystem, nicht vereinbar, deshalb wurde ein Vorzug der aufsteigenden Linie eingeführt und so auf Umwegen das Prinzip gewahrt. Ich vermute, Wasserschleben habe den arbor confangvinitatis nicht gekannt oder nicht beachtet — auch die von ihm abgedruckten Stellen sind fehlerhaft —, darum misverstand er die Satzung 3 ebenso wie auch



Titul XII, Satzung 2: Wie die Grad | oder Glider | in der Sytten-Linien gezehlt werden föllind.

³³⁾ so auch von Wasserschleben, a. O. 185.

Wann in der Sytten-Linien die jenigen Perfonen | vmb deren Sipfchafft die Frag ift | gegen dem gmeinen Stammen in glychem Grad fand | als manches Glied wyt dann diefelbigen vom gmeinen Stammen find | fo manches Glied wyt find auch fy von ein anderen | als | Gefchwüfterte-Kind | find zwey Glied wyt von dem gmeinen Stammen | namlich dem Großvatter | deßwegen find auch fy | die Gefchwüfterten Kind | zwey Glied wyt von einanderen: Wann aber die Perfonen | derohalb die Frag ift | gegen dem gmeinen Stammen in vnglychem Grad fand | fo fol es hierinn gehalten werden | als wir bißhar gewohnt gfin.

Wasserschleben will hierin, namentlich im letzten Satze, ein neues Argument für seine Dreiliniennordnung in BGS 1615 gefunden haben. Mit Unrecht; das « ungleiche Glied », bezüglich dessen auf die bisherige Übung verwiesen wird, ist nichts anderes als der Fall, wo die eine Person z. B. im zweiten, die andere im dritten Glied steht. Das sagt ganz deutlich Landvogt Mutach³⁴⁾:

In der Seithen-Linien wird ein Unterscheid gemacht zwischen der Gleichen und der Ungleichen Linien: Die Gleiche Linien wird diejenige genannt | da zwey Perfonen umb derer Verwandtschaft die Frag ift | gegen dem gemeinen Stammen in gleichem Grad stehend — — In dieser gleichen Linien nun wird diese Regel beobachtet | daß so manches Glied weit dieselben vom gemeinen Stammen find | in eben gleichem Grad oder Glied stehen sie auch gegen einanderen. — —

Die ungleiche Seithen-Linien dann wird genaßt | da zwey Perfonen | umb derer Verwandtschaft die Frag ift | nicht in gleichem | sonder die Einte in einem weitem Grad als die andere gegen dem gemeinen Stammen stehend — — In dieser ungleichen Seiten Linien wird gezehlet um wie manches Grad der Weitere unter ihnen vom Gemeinen Stamm steht | um so manches Grad als er vom gemeinen Stamm feyn wird | im selbstigen Grad steht er mit der Perfohn | darum die Frag ift: Zum Exempel fragt sich, in was Grad der Peter gegen dem Hans stehe? Antwort | im zweyten

³⁴⁾ Substantzlicher Vnderricht 8 f (s. § 15 II).

Mers, Intestaterbrecht.

Grad ungleicher Linien: Also der Emanuel gegen der Elßbeth
im Dritten Grad ungleicher Linien.

Paulus

Stamm-Vatter.

Hanß	Cathrin
Der Sohn	Die Tochter.
Elßbeth deß	Peter der
Hanfen Tochter	Cathri Sohn.
	Emanuel deß
	Peters Sohn.

Mit B G S 1615 II, VII, 3 stimmt wörtlich genau die Gerichtssatzung von Brugg³⁵⁾; auch sie verweist³⁶⁾ auf einen Stammbaum, der jedoch im arauer Ms. fehlt, d. h. auf die zwei dafür bestimmten leeren Blätter nie eingetragen wurde. Z G S 88 enthält folgende Bestimmung:

Wie die Grad der Sibschafft föllen gezelt werden.

In difem Fahl ist nüt gwüffers und Billichers denn daß man sich durchus richte nach dem Baum der Blutsverwandtschaft, so U. G. H. und Ob. us göttlichen und keyßerlichen Rechten hergenomen und Jr Gn. Satzung ynverlybet, welchen Abriß sammt syner Erlütherung ouch diser Satzung soll und mag zugefüget oder an gedeutem Ort gesucht werden.

B G S 1762 wiederholt in I, XLI, 4 die Bestimmungen von B G S 1615 II, VII, 3 mit Weglassung des Beispiels, hat aber eine andere Komputation. Denn Titel XLVII Satzung 2 und 3 bestimmen:

In der geraden Linie macht eine jede Person, die darinn zum Vorschein kommt, allemal ein Grad aus: Mit Auslassung jedennoch desjenigen Haupts, von dem man zu zehlen anfangt.

In der Seiten-Linie werden allemal zwey Personen, die in gleicher Entfernung von ihrem gemeinfamlichen Stamm-Vatter gegen einander stehen, nur für ein Glied gezehlet. Kommt dann noch eine dritte Person darzu, die um einen Schritt weiters wäre, so ist folches ein halbes Glied.

³⁵⁾ fol. 61^a.

³⁶⁾ fol. 66^a.

Schnell⁸⁷⁾ fügt zur Erläuterung bei: « so stehen Kinder im ersten, Geschwisterkinder im zweyten, iffus de germains im dritten Glied etc.; sind aber die Seitenlinien ungleich, so dass in der einen eine Zeugung mehr vorhanden ist, als in der andern, so macht diese Zeugung ein halbes Glied aus; so stehen Oheim und Neffe im erstundeinhalbten Glied ». Renaud⁸⁸⁾ wollte diese Komputation bereits 1615 in Bern finden, wie wir gesehen haben mit Unrecht. Dagegen findet sie sich namentlich auch in Zürich. Man kann sie entweder als der römischen Berechnungsart nachgebildet erklären mit dem sonderbaren Unterschied, dass jede Zeugung nur für einen halben Grad gezählt wird⁸⁹⁾; dies tut namentlich J. J. Breiting in seiner « Verstandtlichen Anleitung, wie man in Statt vnnd Lanndtschafft Zürich außrechnen solle die Freundschaft, Zürich 1626 »: nachdem er auf den Unterschied zwischen « vnser Gattung außrechnens » und dem kaiserlichen Rechte aufmerksam gemacht, fährt er fort:

Daher sieht widerumb, welche nach dem Keyserlichen Rächten im sechsten Grad verwandt sind, die sind bei vns erst im dritten. Vnd welche dort im achten Grad sind, die sind bey vns nur im vierten. Vrsach ist, daß die Keyserlichen Rächt so vil Grad zellen, als vil Personen sind: Wir aber zellen allwegen für einen Grad der personen zwo, welche gleich weit sind von ihrem Stammen. Wann ouch die Grad nach dem Keyserlichen Rächten außgesprochen werden in einer vngraden zahl, als daß man spricht, er sey der dritt, der fünfft, der sibend u. s. w. So ist's eben das, was wir sagen im anderthalben, im dritthalben, im vierthalben u. s. w.

Oder die halben Grade können auch so entstehen, dass man nach germanischer Komputation bei ungleicher Entfernung vom Stammvater die beiden Abstände zusammenzählt und durch zwei teilt.

c) Eine weitere Rechtsquelle, welche Wassersleben⁴⁰⁾ für seine Erbfolgeordnung beansprucht, ist eine Verordnung der Stadt

⁸⁷⁾ Handbuch des Civilrechts (a. u. d. T.: Kommentar über das positive Civilrecht des Kantons Bern I) 134.

⁸⁸⁾ Beitrag zur Staats- und Rechtsgeschichte des Kantons Zug S. 66.

⁸⁹⁾ Gründe dafür sucht Bluntschli beizubringen in RG II, 330.

⁴⁰⁾ a. O. 187 ff.

Zürich vom 12. Rebmonat (Hornung) 1419⁴¹⁾, welche in den Offnungen von Dürnten und Äsch, den Amtsrechten von Grüningen, Regenstorf und Wädenswil, dem Stadtrecht von Rapperswil und fast wörtlich im Kelleramtsrecht von 1525, erneuert 1577, wiederkehrt, in letzterem allerdings mit der Änderung, dass Brüderkinder und Schwesterkinder gleichgestellt sind, was jedoch hier so wenig in Betracht kommt, als das 1577 bereits eingeführte Eintrittsrecht der Enkel.

Die einschlägigen Stellen lauten:

Art. 4: Auch sol ein Großvater fines funes Kind erben, ob die an vatter und an elich liberben ald an eliche geschwistergit, die von dem vatter geschwistergit weren, abfterbent.

Art. 6: wenn die sippischaft über obgamelte Artikel dafür hin kumpt, wer dan des toten menschen vatter allernechst sipp ist, der sol den selben toten menschen erben, usgenommen ein Großmutter, die sol nit erben.

Eigentliche Gründe gegen die Parentelenordnung in diesen Bestimmungen bringt Wasserschleben nicht vor; er begnügt sich mit vagen Phrasen, die eher Zugeständnisse als Negationen enthalten: «gleichwol bin ich überzeugt, dass die Sache sich anders verhält», «dass die Parentelenordnung zu Grunde zu legen sei, ist mir sehr zweifelhaft» u. s. w. Auch ein direktes Zugeständnis muss er machen: «wenn nach der deutschen Komputation, bei welcher die Glieder stets vom gemeinschaftlichen Stammvater bis zum Erben hin gezählt werden, gerechnet worden ist, so würde freilich wol nur bei Annahme der Parentelenordnung das Erbfolgesystem mit den Grundsätzen und Konsequenzen der Verwandtschaftsberechnung in Einklang gebracht werden können, falls die Auffassung des Schwsp auch in Zürich damals herrschend gewesen ist»⁴²⁾. Ich glaube aber in § 5 nachgewiesen zu haben, dass der Schwsp wirklich im Argau wie in der Ostschweiz und gerade in Zürich Eingang gefunden hatte.

⁴¹⁾ Monatschronik der zürch. Rechtspflege III, 184 f; Bluntschli RG I, 461 f; Z f sch R IV, 1, 145.

⁴²⁾ a. O. 193.

Die angeführten Bestimmungen sind m. E. so auszulegen: wenn ein Kind ohne Deszendenz stirbt, und auch sein Vater und dessen eheliche Nachkommenschaft — die erste Parentel — verstorben ist, so fällt das Erbe dem Großvater an; lebt auch dieser nicht mehr, so entscheidet die Nähe der Blutsverwandtschaft, und diese berechnet sich, wie oben gezeigt, nach der Verwandtschaftsgliederung d. h. der Parentelenordnung. Die Wendung: » wer des toten menschen vatter allernächst sipp ist, der sol den selben toten menschen erben » kehrt in den Weistümern sehr oft wieder; so z. B. ähnlich in der Stelle des Landbuches von Glarus von 1448⁴³⁾, welche die Parentelenordnung so deutlich zum Ausdruck bringt. Sie bezeichnet, wie Stobbe⁴⁴⁾ richtig bemerkt, einen Vorzug der väterlichen Verwandtschaft, der Vatermagen, vor den Verwandten der Mutter, und keineswegs, dass die väterliche Parentel zum Erbe kommt, was ja in den meisten Fällen, für welche die Wendung gebraucht wird, ganz unrichtig angebracht wäre. Dagegen kann ich Wasserschleben nur so weit beistimmen, als er darin die Vorschrift sieht, die Verwandtschaft vom Vater des Erblassers an zu berechnen, insofern er nämlich den Vater auch mitgezählt wissen will, nicht aber darin, dass hier unter « vater » die gesamte männliche Aszendenz der Vaterseite zu verstehen sei. Der Ausdruck ist zu bestimmt, um eine extensive Interpretation zuzulassen, zumal es nicht an Bezeichnungen für die männliche Aszendenz der Vaterseite fehlt. Der Ausdruck « Vater » ist gebraucht, weil er und seine Parentel zuerst zum Erbe gelangen, der Vater steht an der Spitze der nun folgenden erbfähigen Verwandten⁴⁵⁾. Die Wendung: « wenn die Sippschaft da für hin kumpt » erinnert an den Ausdruck: « alle erb söllent fürwert oder fürwert des vatters stammen nach fallen »⁴⁶⁾, was nichts anderes heißen kann, als dass das Erbe möglichst wenig steigen will, darum fällt es vom Vater « seinem Stamm nach » d. h. in dessen Parentel, um erst dann wieder zu steigen, wenn es hier keine Abnehmer findet.

⁴³⁾ bei Blumer, RG I, 187 f.

⁴⁴⁾ Hdbch. V, 83¹³⁾.

⁴⁵⁾ Vgl. Bluntschli, das zürch. Stadterbrecht in Z f geschichtl. RW IX, 110 f.

⁴⁶⁾ z. B. Stadtbuch von Wesen 1564 Art. 82.

Das Kelleramtsrecht legt sein Hauptgewicht auf die verschiedene Berechtigung der Vätermagen und Muttermagen. Die Erbfolgeordnung wird von ihm wie von den meisten Rechten als bekannt vorausgesetzt. Denn letztere war überall dieselbe, und ihr Prinzip so einfach, dass es keiner besondern Aufzeichnung bedurfte; die Berechtigung der Vätermagen und Muttermagen dagegen war sehr verschieden geregelt und erforderte eine genaue Festsetzung.

d) Auch die andern argauischen Statute sprechen sich über die Erbfolgeordnung nicht weiter aus⁴⁷⁾; ihre Rechtssätze, die hinsichtlich der Verwandtschaftsberechnung übereinstimmten, fanden Aufnahme in die Kodifikation des Erbrechts, erlassen am 28. Wintermonat 1855, in Kraft seit 1. Hornung 1856. Darnach werden sechs Klassen von Erben unterschieden⁴⁸⁾: in die erste Klasse gehört die Deszendenz mit Repräsentationsrecht: erste Parentel; in die zweite Klasse die Eltern des Erblassers; wenn nur ein Elternteil lebt, fällt diesem die ganze Erbschaft zu. In der dritten Klasse erben die Geschwister des Erblassers, halbbürtige halb so viel als die Vollgeburt, für die Nachkommen vorverstorbenen Geschwister gilt Einstandsrecht. Zweite und dritte Klasse bilden somit die zweite Parentel. Es folgen in der vierten Klasse die Großeltern des Erblassers, sie erben nach Häuption; die fünfte Klasse umfasst die Geschwister der Eltern des Erblassers ohne Unterschied von Vollgeburt und Halbgeburt, für Nachkommen vorverstorbenen Geschwister gilt Eintrittsrecht. Die vierte und fünfte Klasse umschließen die dritte Parentel. Die sechste Klasse begreift alle übrigen Blutsverwandten des Erblassers in sich ohne Unterschied der Voll- und Halbbürtigkeit, wobei der nähere Grad den entferntern ausschließt, und die Beerbung nach Häuption geschieht. Hier ist also die Parentelenordnung durchbrochen, denn es werden zum Erbe berufen: die Urgroßeltern; die voll- und halbbürtigen Geschwister der Großeltern väterlicher und mütterlicher Seite (Großoheim und Großmuhme) und die Ururgroßeltern (oder

⁴⁷⁾ Vgl. Stadtr. Kaiffst. Art. 2²; auf eine Anzahl Bestimmungen werden wir im nächsten § zu sprechen kommen anlässlich des Unterschiedes in der Berechtigung der Vätermagen und Muttermagen.

⁴⁸⁾ Vgl. ABG §§ 878—886; Huber, SPrR II, 98 f; Unger, österreichisches Privatrecht VI (a. u. d. T. österr. Erbrecht) §§ 32 ff.

auch Urahneltern genannt); die GroßheimsKinder, der Urgroßoheim und die Urururgroßeltern; die Großheimsenkel und die UrgroßheimsKinder mit den Ururgroßoheimen und -muhmen und den Urururgroßeltern u. s. w.

Der Umstand, dass die Parentelenordnung in all den Fällen folgerichtig durchgeführt ist, die in der Regel allein vorkommen werden, verbunden mit der Tatsache, dass das Erbrecht eine der stabilsten Materien in der Gesetzgebung ist, dass es nirgends so schwer hält, neue Grundsätze einzuführen wie hier und in dem eng verwandten ehelichen Güterrecht⁴⁹⁾, würde schon a priori den Rückschluss gestatten, dass nur das alte schon vorhandene Recht kodifiziert worden sei. Es wird dies dadurch zur Gewissheit erhoben, dass sofort nach der Konstituierung des Kantons Argau⁵⁰⁾ eine Gesetzgebungskommission niedergesetzt ward, welcher die Statutarrechte oft noch mit Bemerkungen über das geltende Gewohnheitsrecht übergeben wurden⁵¹⁾. Freilich kam zunächst nicht die ganze Kodifikation zu Stande, sondern bloß das Personenrecht, aber auch dies enthielt erbrechtliche Sätze⁵²⁾, und es ist kein Grund vorhanden zu zweifeln, dass die bereits gemachten Vorarbeiten bei der Wiederaufnahme der Beratungen über ein einheitliches Gesetzbuch nicht verwertet wurden. Zudem galten ja bis zu diesem Zeitpunkt die meisten Statutarrechte fort, ihre Grundsätze fanden Vertreter in der gesetzgebenden Behörde⁵³⁾ und wurden vom Verfasser des Entwurfes berücksichtigt. Hat aber die gegenwärtige Kodifikation nur die alten Grundsätze in sich aufgenommen, so ist sie ein ge-

⁴⁹⁾ Vgl. das Gesetz über beschränkte Wirksamkeit der Bestimmungen des Personenrechts betreffend das Vermögen der Ehefrauen vom 28. Brachmonat 1848.

⁵⁰⁾ s. die argauische Gesetzessammlung von 1846 I, 146 ff.

⁵¹⁾ Vgl. § 3 Anm. 6.

⁵²⁾ Es regelte namentlich das Erbrecht der Unehelichen, § 249 des Personenrechts vom 8. Brachmonat 1826, in Kraft auf 1. Jänner 1828 = ABG § 887; vgl. Dätwiler, Erbrecht des Kantons Argau S. 11 zu § 888.

⁵³⁾ Dass das österreichische Gesetzbuch für die argauische Kodifikation als Vorbild diente, ist mir sehr wol bekannt. Deswegen wurde aber doch einheitliches Recht kodifiziert, insbesondere wo es so ausgebildet war, wie das Erbrecht. Dazu kommt, dass eheliches Güterrecht, Erbrecht und Hypothekarrecht überall diejenigen Gebiete der Gesetzgebung sind, wo fremde Elemente nicht leicht durchzudringen vermögen. Bern, Luzern, Solothurn und Argau schufen ihre Civilgesetzbücher nach dem Vorbild des österreichischen Gesetzbuches; sie alle weichen unter sich und von ihrem Vorbild ab, Argau am bedeutendsten. Vgl. v. Salis in Z f fch R n. F. IX, 440.

wichtiger Beweisgrund dafür, dass früher die Parentelenordnung und nur diese das Prinzip der Verwandtschaftsberechnung und Erbfolgeordnung gewesen ist. Daraus ergibt sich das weitere Resultat, dass überhaupt die Änderungen in der Erbberechtigung nur die Folgen der verschiedenen Bedeutung des Geschlechtsunterschiedes zu verschiedenen Zeiten gewesen sind.

Der Geschlechtsunterschied aber macht sich in der Magschaft besonders geltend im Vorzug der Vaternagen vor den Muttermagen.

§ 18. d) Vaternagen und Muttermagen.

I. Der Begriff der Vaternagen und Muttermagen ist noch keineswegs festgestellt. Bluntschli¹⁾ bezeichnete als Vaternagen alle Verwandten durch den Vater, väterlichen Großvater u. s. w. des Erblassers, also die gesamte männliche oder weibliche, durch Männer oder Weiber vermittelte Deszendenz des Vaters, väterlichen Großvaters u. s. w.; Muttermagen waren alle übrigen durch die Mutter, mütterlichen Großeltern und väterliche Großmutter u. s. w. des Erblassers vermittelten Blutsverwandten. Blumer²⁾, der einzelne Punkte präzisirte, nahm im übrigen Bluntschlis Deutung an; er sagt: « um den nächsten Erbberechtigten zu finden, hat man von dem Erblasser durch lauter männliche Zeugungen zu einem gemeinschaftlichen Stammvater (Vater, Großvater väterlicherseits, u. s. w.) hinaufzusteigen, dessen sämtliche, gleichviel ob durch männliche oder weibliche Zeugungen vermittelten Nachkommen Vaternagen heißen. Unter Muttermagen dagegen sind Verwandte der Mutter, der väterlichen und mütterlichen Großmutter u. s. w. zu verstehen ». Bluntschli verweist auf neuere Untersuchungen, wodurch der Begriff hinreichend festgestellt sei; er scheint dabei namentlich die Dissertation von Deiters, de civili cognatione et familiari nexu, Bonnae 1825, im Auge zu haben. Deiters behauptet namentlich, dass dem

¹⁾ Monatschronik für zürcherische Rechtspflege III, 181 ff und IV, 1 ff; Z f gesch. RW IX, 99 ff; RGI I, 118; ebenso Schauberg in den Beiträgen zur Kunde und Fortbildung der zürch. Rechtspflege I, 72 ff; ferner in seiner Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen I, 321³ (Sonderabdruck des Gerichtsbuches von Zürich 1553 S. 120²).

²⁾ Staats- und Rechtsgeschichte der Schweiz. Demokratien I, 187 f.

alten deutschen Recht der Begriff der Agnaten im Sinne von durch Männer Verwandte (*per virilem sexum cognati*) ganz unbekannt gewesen sei³⁾, nur im Lehenrechte finde er sich; die Ausdrücke Schwert- und Spillmagen, Vater- und Muttermagen sollen gleich den Wendungen *paterna et materna generatio*, *ex paterno* und *ex materno genere* bloß die beiden Stämme oder Linien bezeichnen, in die sich die Verwandten eines Menschen teilen⁴⁾. Diese seine Ansicht glaubt er *luce clarius* erwiesen zu haben. Gegen diese Auffassungen wandte sich Sprüngli⁵⁾ und suchte darzutun, dass in den Statuten mit relativem Vorzug der Vatermagen vor den Muttermagen unter Vatermagen diejenigen Verwandten zu verstehen seien, welche mit dem Erblasser in auf- und absteigender Linie bloß durch Männer verbunden sind, selbst aber nicht männlichen Geschlechts zu sein brauchen. Muttermagen wären dann diejenigen Nachkommen des Vaters, väterlichen Großvaters u. s. w., welche durch Weiber (durch die Mutter, Großmutter u. s. w.) von diesen ihren Stammeshäuptern abstammten. Die durch die Mutter, mütterlichen Großeltern und väterliche Großmutter u. s. w. vermittelten Verwandten wären überhaupt von jedem Erbrecht ausgeschlossen. Nach Bluntschli's Ansicht würde der Sohn einer Schwester, die mit dem Erblasser denselben Stammvater hat, zu den Vatermagen, nach Sprüngli zu den Muttermagen gehören. Segesser⁶⁾ schloss sich weder ganz an Bluntschli, noch ganz an Sprüngli an; er bezeichnet als Vatermagen alle diejenigen, welche mit dem Erblasser durch dessen Vater, Großvater und weitere Aszendenten immer von Vaterseite und durch Männer verwandt sind; Muttermagen dagegen sind diejenigen, welche durch die Schwester, Mutter, den mütterlichen Großvater oder die väterliche Großmutter mit dem Erblasser verwandt sind; dieser letztere Begriff ist also umfassender als bei Sprüngli. Das spätere luzernische Recht habe dann den Begriff der Vatermagen ausgedehnt auf die ganze Parentel des Vaters, väterlichen Großvaters u. s. w., auf « den männlichen Stamm, von welchem der Erblasser sein Geburtsherkommen und Geschlecht an

³⁾ l. c. 87, cf. 52 f.

⁴⁾ l. c. 98.

⁵⁾ in Schaubergs Beiträgen XI, 409 ff.

⁶⁾ RG II, 530 ff.

sich gebracht hat », die Muttermagen dagegen beschränkt auf die Deszendenz des männlichen Stammes, von welchem « des Erblässers Mutter ihr Geschlecht und Geburtsherkommen an sich gebracht hat⁷⁾ ». Bluntschli⁸⁾ machte darauf eine Konzession an Sprüngli, indem er zugab, dass die Ausdrücke in verschiedener Bedeutung sich fänden. Stobbe⁹⁾ hält Bluntschlis Definition für die ältere Zeit, diejenige von Segesser für das XV. und XVI. Jahrhundert und die Folgezeit als die richtige; Huber¹⁰⁾ schließt sich durchaus Bluntschli an.

Eines, glaube ich, lässt sich hieraus für uns entnehmen: die Tatsache, dass entweder diese Begriffe nicht überall ein- und dieselbe Bedeutung hatten oder aber sie im Laufe der Zeit änderten. Heusler¹¹⁾ hat darauf hingewiesen, dass vereinzelte Spuren auf ursprüngliche Identität von Vatermagen und Schwertmagen zurückführen. Schwertmagen sind die *al ut von fverd halven*¹²⁾, die nur durch Männer verwandten Männer, denn das Schwert ist das Symbol der Hausgewalt, der Munt, und gehört den Männern. Den Schwertmagen steht die Führung der Hausgewalt zu, sie repräsentieren das Agnationsprinzip. Nach L. Alam. Hloth. LVII schließen die Söhne ihre Schwestern vom Erbe in den Liegenschaften aus; wenn also Söhne vorhanden sind, erbt das Gut immer vom Vater auf den Sohn, vom Mann auf den Mann, demnach auf Schwertmagen. Wenn nun der Fall eintrat, dass keine Deszendenz vorhanden war, so ist es ganz naturgemäß, dass das Gut denselben Weg wieder zurückgeht, den es gekommen: von Schwertmag zu Schwertmag. So sagt denn auch

Schwsp W 15 L 14: der vater erbet des funes guot. ez erbet der bruoder niht, noch enmac diu fwefter niht geerben. daz ift dâ von, daz ez von dem vater ift dar komen¹³⁾.

⁷⁾ Erläuterung vom 18. Mai 1714.

⁸⁾ Deutsches Privatrecht II, 146.

⁹⁾ Handbuch V, 70²².

¹⁰⁾ Eheliches Güterrecht der berner Handveste 29.

¹¹⁾ Inst. II, 273 f, 604 ff.

¹²⁾ Ssp III 15 § 4.

¹³⁾ Vgl. besonders auch Urk. v. 854 oben § 12 I c, wo *avus, pater, ipse* d. h. der Vergaber als auf einander folgende Eigentümer des Gutes genannt werden.

Diese Schwertmagen scheinen in einigen Statuten mit den Vaternagen identifiziert zu sein, so im Statut von Hüneberg¹⁴⁾, welches Bruder- und Schwesterkinder als erstes Glied des Gegensatzes von Vaternagen und Muttermagen gleichstellt, für die weitem Grade dagegen den Vorzug des Mannsstammes einführt; obwol vom Vater des Erblassers stammend, sind die Schwesterkinder doch als Muttermagen gedacht. Ebenso im knonauer Amtsrecht 1535¹⁵⁾, welches unter der Aufschrift: « wie die Magschaften erben sollen » bestimmt, dass Bruder- und Schwesterkinder mit einander erben sollen. Damit ist offenbar mit Rücksicht auf die Mehrzahl in der Titelrubrik die Gleichstellung von Vaternagen und Muttermagen für diesen Fall ausgesprochen, die Schwesterkinder somit als Muttermagen gedacht.

Sehr bezeichnend ist das Statut des Formazzatales¹⁶⁾:

Item statuimus et ordinavimus, quod in omnibus successio-
nibus excludant agnati cognatos in gradibus.

Nicht weniger treffend das Stadtbuch von Wallenstadt von 1629¹⁷⁾:

dannethin stand schwöfterkind hinder sich vnd fahrend
Brüederkind, die vom rechten stammen vattermarch sind,
für — — —

und die Erläuterung zum zürcher Stadterbrecht von 1629¹⁸⁾:

Erlüterung, welcher gftalt bruoders kind vor schwöfter
kinden vnd hiemit vatter mäg der Muotter maag Inn erb-
schafften vorzezüchen.

Auch das Stadtrecht von Luzern von 1428¹⁹⁾ gehört hierher:

das ein gewifstergit kind, es fyen fwesterkind oder bruder-
kind, glich erben follen, aber dafür hin fol vaternag fürgan.

¹⁴⁾ bei Stadlin, Topographie des Kts. Zug I, 20 ff; Blumer, R G I, 516³²⁵, 519³²⁸; vgl. namentlich Sprüngli, a. O. 442 f.

¹⁵⁾ Pestalutz, Stat. I, 253 Art. 7.

¹⁶⁾ Archiv für schweiz. Geschichte III, 269, Art. 21.

¹⁷⁾ Monatschronik IV, 18; Sprüngli, a. O. 454 f.

¹⁸⁾ Monatschronik IV, 13; Z f gesch. R W IX, 140 ff; Schauberg, Z f noch ungedr. R Q I, 320 f; Sprüngli, a. O. 434.

¹⁹⁾ Segesser, R G II, 530 f.

Von den argauischen Rechtsquellen sprechen keine unbedingt für, wol aber einzelne direkt gegen diese Identifizierung der Vatermagen mit den Schwertmagen. Wenn Ssp I 23 § 1: fvar de sone binnen iren jaren fin, ir eldeste evenburdige fvert mach is der kindere vormunde²⁰⁾ auch in Süddeutschland gegolten hätte, so würden Bestimmungen wie die des Stadtrechtes von Winterturm-Mellingen 1297 III, 24:

fwa aine vnser burger stirbt, lat er kint, die vogtber find,
ist daz der kinde nehfter vattermag, der iro vogit folte
fin, — — —²¹⁾

und des Erbrechts der Grafschaft Baden von 1637 Art. 6:

es sollen die nächsten Vattermag, wie solches biß dahin
gebraucht worden, einanderen erben, und danne auch in be-
gebenden Fällen, die hinterlassene unerzogene Kinder zu er-
ziehen pflichtig seyn.

allerdings unbedingt für Identität zwischen Vatermagen und Schwertmagen zeugen; aber der Schwsp, der die Schwertmagen auch kennt, nennt²²⁾ nicht sie, sondern die Vatermagen als Vögte, ja in deren Ermangelung beruft er sogar die Muttermagen. So erbt auch der Schöffentuhl, wenn der Sohn noch unter seinen Tagen ist, auf die Vatermagen und nötigenfalls auf die Muttermagen.

Schwsp W 235 L 286^b: fwer ze einem schephen erwelt
wirt, daz erbet fin fun. unde ist er ze finen tagen niht
komen, fô sol er fines vater mâc an fine stat sezen. unde
hât er des niht, fô neme er finer muoter mâc.

Das zeigt deutlich, dass der geborne Vormund nicht nach dem Prinzip des Ssp sich bestimmte, sondern aus einem bedeutend weitem Kreise; wenn der Schwsp das sächsische Recht hätte aufnehmen wollen, würde er zweifellos den Ausdruck Schwertmag gebraucht haben, wie in W 400, wo er Ssp I 45 § 1 reproduziert. Besonders deutlich ist in dieser Beziehung

²⁰⁾ Vgl. Kraut, Vormundschaft I, 166 ff.

²¹⁾ ebenso das Stadtrecht von Mellingen aus dem XV. Jahrhundert, Arg. XIV, 202 und dasjenige von 1624 Art. V. Vgl. Handveste von Freiburg i/B. Art. 48 (49): « qui a patre proximus fuerit » mit der ältesten Übersetzung derselben (Schreiber, UB v. Freibg. I, 80): « der nâhste uattirmag ».

²²⁾ Schwsp W 52 L 59.

A R Meibg. Art. 80²³⁾: Wo vatterlofe Kind find, die soll ein Fründschaft von Vatter und Mütter beuogten und die Fründschaft von der Mütter soll ouch darbî sin.

Heusler²⁴⁾ glaubt, in der vielumstrittenen Stelle

Schwsp W 225 L 275: von vater mäge erben.

Swer eines guotes erbe wil sin, der sol fwertes halben dar zuo gehören: daz ist der vater mât. Swâ ein vater mât unde ein muoter mât kriegent umb ein erbe, dâ sol der vater mât erben vor dem muoter mât. Ist aber daz guot von muoter mâgen dar komen, sô erbent ez der muoter mäge. swer aber einer sippe nâher ist, ez si von vater oder von muoter mâgen, der sol ze rehte erben.

sei Gleichheit von Schwertmagen und Vaternagen aufgestellt. Dagegen behauptet Seelig²⁵⁾, dass hier die beiden Kategorien nicht identifiziert, sondern die Schwertmagen bloß als zu den Vaternagen gehörend bezeichnet werden. Denn der erste Satz beziehe sich nur auf die « ausschließliche Erbfolge der Schwertmagen ins Ansedel ». Ich kann dieser Ansicht nicht beistimmen. Der Wortlaut von Schwsp W 128 L 148 erfordert diese Auslegung keineswegs, scheint mir im Gegenteil gerade dagegen zu sprechen; sodann ist der Umstand wol zu beachten, dass es denn doch schwerlich angeht, den Zusammenhang zwischen L. Alam. Hloth. LVII und Schwsp W 128 einfach zu läugnen, da, wie wir oben § 12 II gezeigt, die Tendenz, das Erbrecht der Söhne zu Gunsten der Töchter zu beschränken, gerade im Schwsp zu einer Mittelstufe zwischen völligem Ausschluss und Gleichberechtigung gediehen ist²⁶⁾. Auch auf den Wilstein des argauischen Rechts, der genau mit dem ansedel übereinstimmt, haben die Söhne nur ein Vorrecht, sind keine Söhne da, gelangen die Töchter zum Erbe und nicht der nächste Schwert- oder Vaternag. Das Schwertmagenprinzip liegt hier also durchaus nicht vor. Ich halte dafür, es könne dem ersten Satz der angeführten Stelle nicht die Bedeutung zukommen, die man ihm vielfach hat beilegen wollen. Schon der Umstand, dass

²³⁾ Arg. IX, 95.

²⁴⁾ Inst. II, 606; vgl. Sprüngli, a. O. 422 f.

²⁵⁾ a. O. 41 f.

²⁶⁾ So auch Heusler, Inst. II, 578 f.

er nicht recht in Zusammenhang steht mit den drei folgenden Sätzen, muss einigen Verdacht erregen. Forscht man nach seiner Quelle, so zeigt sich diese in

Dsp 222: swer so erbe vordert der fol von swederthalben dar zû geporen sin.

Der Dsp selbst schöpfte aus Ssp III 15 § 4, einer Stelle, die vom Heergewäte handelt. Dass er daraus «erbe» machte, ist bei seiner Flüchtigkeit nicht verwunderlich; besonders zu beachten ist aber das Fehlen des Zusatzes: «das ift der vater mât», der somit des Schwabenspieglers eigene Erfindung ist. Ebenso fehlen im Dsp die drei folgenden Sätze des Schwsp. Diese enthalten zweifellos geltendes Recht; der erste Satz dagegen, aus unzuverlässiger Quelle geschöpft und durch einen Zusatz keineswegs erläutert, kann auch nicht gestützt werden durch den Hinweis auf Ssp I 19 § 1. Denn diese Stelle bezieht sich auf die Nordschwaben²⁷⁾ und steht in unvereinbarem Widerspruch mit dem altalamannischen Recht, welches die Töchter nicht unbedingt vom Erbe ausschließt, was ein Schwertmag tun würde²⁸⁾. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob der geistliche Schwabenspiegler genau gewusst hat, was Schwertmagen sind, insofern er namentlich auch an andern Stellen, wo der Ssp von Schwertmagen spricht, ganz andere Ausdrücke gebraucht, die sich keineswegs mit denen des Ssp decken. So nimmt nach Ssp I 23 § 1 der eldeste evenburdige fvert mach dat herwede al ene, unde is de kindere vormunde dar an; der Dsp 28 nennt ihn bloß noch ir eltifter ebenpurtich, Schwertmag blieb ihm in der Feder; der Schwabenspiegler W und L 26 aber machte daraus der eltere oder elteste bruoder! Aus diesen und andern Beispielen — man vergleiche nur Ssp I 3 § 3, Dsp 6 und Schwsp W 6 L 3 — geht zur Genüge hervor, dass der Schwabenspiegler die vom Deutschenspiegler begangenen Verstöße nicht verbesserte, sondern sie entweder einfach abschrieb oder dann dem schiefen Sinn, der aus der Flüchtigkeit des Deutschenspieglers entstanden war, durch willkürliche Änderungen abzuhelpen suchte. Um deswillen scheint es mir sehr gewagt, aus Schwsp W 225 L 275 Satz 1 entscheidende Schlüsse ziehen zu wollen.

²⁷⁾ Sydow, ER des Ssp 27 ff.

²⁸⁾ Vgl. namentlich v. Wyß in Z f fch R IV, 1, 128 f.

Der dritte Satz der angeführten Stelle spricht das Fallrecht aus: *paterna paternis, materna maternis*. Damit stimmt überein

Schwsp W 128 Zeile 33—35 L 148: Daz sprechent die meister: « unde ist daz guot von vater mægen dar komen, fô erbent ez ie die naechsten die dâ zuo hoeren. unde ist ez von muoter mægen dar komen, fô ist es daz selbe reht. »

Das Fallrecht (*ius recadentiae*, *ius revolutionis*)²⁹⁾ besteht darin, dass das Gut eines ohne Deszendenz Verstorbenen an diejenige Seite zurückfällt, von welcher es gekommen: Erbgut geht wieder den Weg, den es gekommen³⁰⁾ ³¹⁾). Es kam dieser Grundsatz des Rückfalls des Gutes auf, als auch von der Mutter her bedeutenderes Vermögen an die Kinder gelangte, weil es unbillig gewesen wäre, wenn die Vätermagen eventuell auch dieses Gut geerbt hätten.

Sehr bestritten ist die Auslegung des zweiten und vierten Satzes. Indem man die beiden mit einander verband, glaubte man die Regel herauslesen zu müssen, dass bei Gleichheit der Sippezahl der Vätermag den Muttermag ausschließe, im übrigen aber das nähere Glied erbe, sei es nun Vätermag oder Muttermag. Ist es schon an sich höchst unwahrscheinlich, dass der Vorzug der Vätermagen sich nur bei gleichen Gliedern geltend mache, so entsteht geradezu ein Widersinn, wenn man das Fallrecht mit dieser Auslegung in Verbindung bringt: die mütterlichen Verwandten hätten nicht nur das mütterliche Gut vorweg genommen, sondern auch — wenn man die Muttermagen im Sinne Bluntschlis und Segessers fasst — im väterlichen Gut leicht die Vätermagen ausschließen können³²⁾, ein Verhältnis, welches mit dem ersten Satz der Stelle in direktem Widerspruch steht. Siegel³³⁾ will um deswillen den zweiten und vierten Satz bloß auf das errungene Gut beziehen, den ersten und dritten Satz dagegen auf das Erbgut. Das ist aber

²⁹⁾ Vgl. Heusler, Inst. II, 527 f, 607; Stobbe, Handbuch V, 6, 105 f.

³⁰⁾ Graf & Dietherr, Rechtssprichwörter 194 Nr. 83—85.

³¹⁾ Vgl. das kleine Kaiserrecht II, 95: also waz gudes von dem vater is komen, das soelent ouch nemen des vaters frunde, und daz von der mutter is komen, daz soelent nemen der mutter frunde. hant fy ouch gud mit irer arbeite mit einander gewonnen, dat soelent fy glich teylen.

³²⁾ Vgl. v. Wyß in Z f fch R IV, 1, 129.

³³⁾ Deutsches Erbrecht 65.

mit dem Wortlaut der Wendung nicht vereinbar: swâ ein vater mâc unde ein muoter mâc kriegent umbe ein erbe. Sprüngli³⁴⁾ glaubt, unter Vaternagen und Mutternagen seien nur die väterlichen Verwandten zu verstehen, die in diese beiden Abteilungen geschieden wurden, je nachdem sie durch Männer verwandt waren oder nicht. Dagegen wären im dritten Satze unter der muoter mâge die Verwandten der Mutter des Erblassers zu verstehen. Er ist demnach geneigt, einen Unterschied anzunehmen zwischen muoter mâc und der muoter mâc und damit selbstverständlich auch zwischen vater mâc und des vaters mâc, eine Spitzfindigkeit, die sich nicht halten lässt³⁵⁾. Eine dritte Auslegung gibt von Wyß: darnach bestimmt der zweite Satz einfach, dass Vaternagen die Mutternagen überhaupt ausschließen. Im fernern aber sei angedeutet, was denn auch in den einzelnen Statuten in umfassendster Anwendung sich findet, dass in Ermanglung sich meldender erbfähiger väterlicher Verwandter mütterliche Verwandte subsidiär als Erben zugelassen waren. Der dritte Satz enthalte eine «ausnahmsweise eintretende Begünstigung der Mutternagen». Mir scheint, eine solche Beschränkung lasse sich nicht rechtfertigen. Es ist wol zu beachten, dass der dritte Satz eingeleitet wird mit «ift aber das guot von muoter mâgen dar komen», dass er somit in Gegensatz gestellt wird zum zweiten, woraus sich der folgerichtige Schluss ergibt, das «erbe» des zweiten Satzes «habe die Eigenschaft des Gutes als Vaternagutes (bona paterna) zur Voraussetzung»³⁶⁾. Der vierte Satz nun spricht nichts anderes aus, als dass sowol unter den Vaternagen als unter den Mutternagen je der Nähere an der Sippe den Entferntern ausschließt³⁷⁾; an ein gegenseitiges Verhältnis der beiden Erbengruppen ist dabei nicht zu denken, weil die Stelle nichts davon sagt.

³⁴⁾ Beiträge XI, 423³.

³⁵⁾ Vgl. die oben angezogene Stelle des Stadtrechts Wintertur-Mellingen (zu Anm. 21) mit Schwsp W 52, die beiden Stellen bestimmen genau dasselbe, die erstere aber spricht von vattermag, letztere von vaters mâge; nicht weniger schlagend ist eine Vergleichung von Schwsp W 240 mit Öffnung von Kiburg bei Grimm, WT I, 21, angeführt bei v. Wyß, a. O. 130¹.

³⁶⁾ Wasserschleben, Erbenfolge 18; insofern stimme ich ihm bei, nicht aber bezüglich seiner weitem Auslegung der Stelle: trotz der Gleichheit der Sippezahl u. s. w., eine Auffassung, die ich widerlegt zu haben glaube.

³⁷⁾ v. Wyß, a. O. 131; Wasserschleben, a. O. 18 f.

Fassen wir die Erörterungen über die drei Sätze zusammen, so ergibt sich das Resultat:

- 1) im Vatergute gilt unbedingter Ausschluss der Muttermagen durch die Vatermagen;
- 2) im Gute, das von der Mutter kommt, erben die Muttermagen;
- 3) Vatermagen sowol als Muttermagen erben so, dass je der Nähere an der Sippe den Entferntern ausschließt.

Wenn man dieses Ergebnis mit dem ersten Satze: « wer erben will, muss mit dem Erblasser durch den Mannsstamm verwandt sein » zusammenhält, so zeigt sich ein Widerspruch. Sprüngli³⁸⁾ sucht ihn namentlich durch die Annahme zu lösen, der erste Satz enthalte das älteste, der zweite und die folgenden dagegen neueres, erst allmählig zur Geltung gekommenes Recht. Ich gebe diese Möglichkeit zu, halte aber für wahrscheinlicher, dass der erste Satz überhaupt nie geltendes Schwabenrecht war, weil zu viele Missverständnisse und Versehen mituntergelaufen sind auf dem langen Wege aus dem Ssp durch den Dsp in den Schwsp. Jedenfalls enthält er nicht den richtigen Vatermagenbegriff des Schwsp. Für die Feststellung desselben ist nicht ohne Bedeutung die französische Übersetzung, der Miroir de Souabe (Matile X L I X^{*}):

L I (dou prumier livre dou droit des fiez).

Qui doit heritier per droit de prume.

Qui vuet heritier les biens don || home qui na hoair de son cors || il doit retraire dever lespece cest a || dire qu'il soit dou ligniage dou pere || Et quant li parant dou pere ploidoient por || aucons biens contres les parant de la || mere li parant dou pere lanportent || per droit. Se tant nestoit que li biens || fussient perti de part la mere. li parant || de part la mere le doivent avoir. Et || tote voie³⁹⁾ cil qui sunt plus prochain soit || de pere ou de mere cil lamporent per || droit.

³⁸⁾ a. O. 426 f.

³⁹⁾ tote voie, in unserm Dialekt « allwäg »; vgl. die urkundliche Wendung: und in allweg, die häufig vorkommt.

Vatermagen wird übersetzt mit *ligniage dou pere*; *ligniage* heißt Sippe, Sippezahl, Parentel⁴⁰⁾, bezeichnet also männliche und weibliche Glieder. *Ligniage dou pere* bedeutet demnach sowol die Parentel des Vaters, Männer wie Weiber, als die Sippe des Vaters, d. h. die vom Vater und seinen männlichen Aszendenten ausgehenden Parentelen, seien deren Glieder nun Männer oder Weiber. Diese Auffassung wird unterstützt einerseits durch die Wendungen *li parant dou pere*, *li parant de part la mere*, welche zeigen, dass nicht nur die Verwandten des Vaters in Betracht kommen und sich in Vatermagen und Muttermagen teilen, sondern dass vielmehr die Mutterseite zu den Muttermagen gehört, ja mit den je von einer Mutter abstammenden Verwandten (nämlich der väterlichen Großmutter, väterlichen Urgroßmutter u. s. w.) zusammen die Muttermagen ausmacht, andererseits durch den Sprachgebrauch in Schwsp W 128 i. f. L 148 c⁴¹⁾.

Von der Ratsverordnung von Zürich von 1382⁴²⁾ muss sogar Sprüngli zugeben: « es unterliegt keinem Zweifel, dass der Ausdruck « seiner Mutter Magen » in dieser Stelle nur auf Verwandte der Mutter des Erblassers bezogen werden kann. » Vatermagen und Muttermagen bedeutet also hier Vater- und Mutterseite, der Begriff der Vatermagen ist demnach noch ausgedehnter als im Schwsp.

Das Ergebnis unserer Untersuchungen lässt sich dahin zusammenfassen: der Vatermagenbegriff des Schwsp nähert sich keineswegs den Schwertmagen, sondern Vatermagen sind alle Verwandten durch den Vater, väterlichen Großvater, väterlichen Urgroßvater u. s. w. des Erblassers, seien sie nun Männer oder Weiber, also die gesamte männliche und weibliche Deszendenz des Vaters, väterlichen Großvaters u. s. w.

Dieser Begriff eignet auch den argauischen Rechtsquellen.

⁴⁰⁾ So wird Schwsp W 6: von der sippezal. nu merket ouch wâ diu sippe beginne etc. übersetzt mit Miroir c. 4: deis ligniages. Or antandetz ou comance li numbros de ligniage etc.

⁴¹⁾ Seelig, a. O. 41 gibt die richtige Definition, aber ohne irgendwie auf eine Begründung einzutreten, wie er überhaupt die vielen Kontroversen, zu denen Schwsp W 225 L 275 Anlass gegeben hat, ganz unbeachtet lässt.

⁴²⁾ Abgedruckt bei Bluntschli, Stadt-, Land- und Hofrechte des Kantons Zürich 75; Sprüngli, a. O. 453 f.

Unter diesen kommt in Betracht das Kelleramtsrecht vom 27. Wintermonat (Montag nach Katharina) 1525, erneuert am 4. Weinmonat (Donnerstag nach S. Michael) 1577, mit wenigen Abweichungen wörtlich gleichlautend der zürcher Verordnung vom 12. Rebmonat 1419⁴³⁾. Es ist aber für das argauische Recht deswegen nicht präjudizirlich, weil es zürcher Recht enthält. Die einschlägigen Bestimmungen lauten:

Art. 2. Ein geschwistergit sol dz ander, das fyen knaben oder tochteren, die vatterhalb eliche geschwistergit sint, ouch enander erben, die nicht elich liberben hand, und sol ein muoter ir kind nicht erben.

3. Denne follent und mögent Bruders Kinder und Schwösters Kinder in gleicher Linie erben.

6. Wenn die sipperschaft über obgamelte Artikel dafür hin kumpt, wer dan des toten menschen vatter allernechst sipp ist, der sol den selben toten menschen erben, usgenommen ein ana, die sol nit erben.

7. Item aber darnach dz ein vattermag ze der fünften und ein mutermag ze der vierten linyen fullen ze gelichem erbgan, und weliche über die fünften linyen in gleicher linyen stand es fyen vatter oder muttermagen, die fullend ouch ze gelichem erb stand iemer mer ushin als verr man dz gerechnen kan.

Sprüngli⁴⁴⁾ behauptet, Mutter und väterliche Großmutter seien unbedingt von der Erbschaft ausgeschlossen, weil ihnen nirgends ausdrücklich ein Erbrecht eingeräumt werde. Wenn sie selbst aber nicht erben, können sie auch kein Erbrecht auf andere mütterliche oder großmütterliche Parentelenglieder vermitteln. Mir scheint aber der Ausschluss kein unbedingter zu sein, sondern nur so weit zu gehen, als eben nicht begünstigtere Abnehmer vorhanden sind. Art. 2 besagt nicht: eine Mutter soll überhaupt in keinem Fall erben, sondern blos: sie soll nicht erben in Konkurrenz mit ihren Kindern oder Stiefkindern. Ebenso ist Art. 6 so auszulegen, dass die Großmutter nicht erbt, so lange jemand von des toten Menschen

⁴³⁾ Vgl. § 17 II B. c.

⁴⁴⁾ a. O. 436 f.

Vater aller nächsten Sippen da ist. Denn Sprüngli verfährt m. E. nicht richtig, wenn er die mehr als zwei Jahrhunderte später erfolgte Erläuterung (von 1629) auch auf das Statut von 1419 angewendet wissen will, weil zweihundert Jahre vollkommen genügen, um den Inhalt eines Begriffes zu ändern. Übrigens stünde auch der gänzliche Ausschluss der Mutter und väterlichen Großmutter durchaus nicht in Widerspruch mit der Erbberechtigung der Muttermagen im Sinne von Verwandten der Mutter, väterlichen Großmutter u. s. w.; denn diese kommen nur subsidiär und demnach sehr selten zum Erbe. Dass der Mutter ausdrücklich gedacht ist, hat seinen Grund in der vorherigen Nennung des Vaters; die väterliche Großmutter ist aufgeführt und ausgeschlossen, damit man nicht den Ausdruck «des toten menschen vatter allernechst sipp» auf sie anwende, was sie ja eigentlich wörtlich genommen wäre⁴⁵⁾. Wol zu beachten ist endlich, dass das KAR Bruderkinder und Schwesterkinder mit einander zum Erbe beruft. Kinder von Schwestern der väterlichen Seite werden also ausdrücklich als Vatermagen aufgefasst. Auch begreift der Ausdruck «sipp» männliche und weibliche Verwandtschaft in sich, und es ist nicht wol zu bestreiten, dass unter des Vaters nächsten Sippen die Vatermagen zu verstehen sind.

Die Twings- und Amtsgerechtsame von Vilmergen und den niedern freien Ämtern von 1495 bestimmen in

Art. 5: Geschwiftrigot-kind gônd ouch mit einandern zu glichem Erb, die von vättern und müttern rächte geschwiftrigot-kind sint, wenn si einandern glichnäch gefipt sint.

Der Schlusssatz: wenn si einandern glichnäch gefipt sint, weist auf den folgenden Art. 6 hin, wo der Vorzug der Vatermagen vor den Muttermagen erörtert ist. Auch hier werden also Kinder von Schwestern der Vaterseite als Vatermagen angesehen⁴⁶⁾.

Dasselbe gilt vom

⁴⁵⁾ Vgl. v. Wyß in Z f f ch R IV, 1, 155 f.

⁴⁶⁾ Vgl. über den Vatermagenbegriff derjenigen Statutenkategorie, welcher das vorliegende Statut angehört, namentlich auch v. Wyß, a. O. V, 1, 6 ff, wo er aus einer Anzahl zürcher Urteilen nachweist, dass der hier im Text gegebene Begriff der richtige ist.

A R n fr A Art. 14: Daß die von Mutter und dem Vater har nit geschwüftergit find, ein anderen nit erbenndt. Begibt es sich ein geschwüftergit on ehelich lyberbenn todes verſcheidt, von der Mutter Geſchwüftergite hinder Ime verlaßt, dieſelben ſiner Verlaſſenſchaft nicht vëchig, beſonder von dem Vater rächt Geſchwüftergite find oder die nächſten Bluotsfründt vom Vater des Abgeſtorbnen verlaßnen Gutz rechte Erben find.

15. Wie Geſchwüftergite Kind ihrer abgeſtorbenen Elteren geſchwüfterte, die ohne Leibserben abgahn, erben mögen. Trag es ſich zu, ein Mann ald Weibſperſon ohne eheliche Leibserben deſgleichen ohne läbendt Brüderen und Schwöſteren todtes verſcheidt, von Vatermag recht geſchwüfterte Kinder vorhanden ſind, dieſelben der Verlaſſenſchaft, dann ſi der abgeſtorbnen Perſonen gleich nach gfründt und verwandt, durch und durch gleiche Erben ſeind, dergeltalt einem jedem ſo uil als dem Anderen dauon geuolgen vnd werden ſoll.

16. Erleüterung der Magſchaft in Erbfällen. In allen und jeden Leibs und Guts zutragenden Erbfällen Vatermag vor mengklichem erbt und zeücht; fügt es ſich aber, Vatermag abgeſtorben iſt, alsdann erbt und zeücht Muttermag.

Die nächſten Bluotsfreunde umfaſſen Männer und Weiber, das zeigt auch Art. 15. Wenn Schweſterkinder nicht Erben wären, würden die Schweſtern nicht mitgenannt ſein. Der Ausdruck Vatermag umfaßt auch ſie und ſteht im Gegenſatz zu den in Art. 14 genannten « von der Mutter Geſchwüftergiten ».

Die andern Statute geben keine Anhaltspunkte zur Begriffsbeſtimmung außer dem Stadtbuch von Baden und dem Landrecht der Graſſchaft Lenzburg. Beide berufen Vatermagen und Muttermagen gleich und mit einander zum Erbe; in Folge deſſen nahmen die Ausdrücke hier die Bedeutung von Vaterſeite und Mutterſeite an:

Stdtbch. Bad. 1384 Art. 15: Wir hand ouch zuo recht geſetzt, was erbuellen werdent in vnnſer ſtatt vnd gericht; es ſy an jungen oder an alten, an frowwen oder an mannen, das da vatter mavgen vnd muoter mavgen, die gelich ſind an der ſipp, gelich erben ſond an allen gütern und hab, eins als das ander; weders aber näher iſt an der ſipp, das ſol ovch

fürtreffen an dem erb, es wer denn, das daf erb ze val kem an kinden, da vatter oder muoter, Ene oder an denocht leb-tend, die fond erben vor mencklichem; da aber dero einkeins ist, da sol es vallen nauch der sipp, wie sich denn das nauch recht höschet, als vor bescheiden ist.

L.R. Lenzbg. Satzung IV 2 vom Jahr 1541⁴⁷⁾: Von der Magtschafft. Damit nit alles güt vff die eyne linigen oder magtschafft alleinig falle vnd der anderen entzogen wärde, als insonders obgehört, damit die mütter nit zü erst ir zü-bracht güt mit irem dem dritten teyll ires abgestorbenen mans güt dannen züche vnd denne erst derselbigen frouwen vatter oder mütter ouch den vbrigen teyll nach ir tochter khinden tod wellen danen züchen vnd nemmen, der aber nit von inen, sonder von der khinden vatter harckhommen wäre, als sich dann diser zyt zütragt, das kheyn großvatter noch groß-mütter vom vatter har läpt, sonder alleyn von müter magtschafft, vnd sind aber derselbigen khinden vatter sälligen brüdern vnd Schwöftern noch vorhanden vnd in Läben, dahar das vbrig güt khumpt, das die khind verlassen, damit nun dasfelbig güt vatter magtschafft, die bißhar die khind haben müssen erzüchen, inen nit gar enzogen, ist deßhalber also beredt. etc.

II. Nach der Stellung der Vatermagen in der Erbfolgeordnung teilen sich die Statute in zwei Klassen: solche mit Vorzug der Vatermagen und solche mit Gleichstellung mit den Muttermagen.

A. Statute mit Vorzug der Vatermagen. Der Vorzug ist ent-weder

1) ein absoluter, indem die Vatermagen allein erbberechtigt sind, während die Muttermagen höchstens subsidiäres Erbrecht haben. Hierher gehört

AR n fr A Art. 14—16, oben aufgeführt, womit über-einstimmt AR Bettwil p. 12 f.

ER Baden (Grafschaft) 1637 Art. 6, oben aufgeführt⁴⁸⁾.

⁴⁷⁾ Arauer Ms. Nr. 286 fol. 49 f; Sprchbch. d. ob. Gew. LL 6 ff im St.-A. Bern.

⁴⁸⁾ im Text nach Anm. 21, S. 92.

Stdtr. Mellingen 1624 Art. 5: Stirbt ein Kind ohne Leibeserben, erbt es der Vater, lebt er nicht mehr, erben es seine Geschwister, und gleich wie die nächsten Vattermag die hinterlassene Kind, welche kein Guth haben, zuerziehen schuldig, bis Sy Mueß und Brod gewünnen mögen, Also sollen auch Sy die nächsten Vattermag in allen begebenden Fällen, die nächsten und rechten Erben heißen und sein.

2) oder der Vorzug ist ein relativer, d. h. es gehen nicht alle Vattermagen unbedingt den Muttermagen vor, sondern der Vorzug erstreckt sich

a) nur bis zu einem bestimmten Glied, so dass nachher Konkurrenz zwischen Vattermagen und Muttermagen eintritt. Hierher gehört einzig das

K A R Art. 7, oben aufgeführt (vor Anm. 44), und auch ihm hat Sprüngli⁴⁹⁾ eine andere Auslegung gegeben. Er behauptet nämlich, Vattermagen gehen bis zum fünften Glied je um ein Glied den Muttermagen in seinem Sinne vor. Ich vermag aber nicht einzusehen, warum man, um diesen allgemeinen Satz darzustellen, gerade die Konkurrenz des vierten und fünften Gliedes gewählt hat. Oder wo ist bestimmt, dass alles, was auf das vierte und fünfte Glied Anwendung findet, auch bei den vorhergehenden Gliedern analog Platz greift? Einen solchen Satz stillschweigend vorauszusetzen, geht doch nicht an. Auch der Eingang des Art. 7 sowie der Grund dieses Vorzuges, worauf sofort näher einzutreten ist, sprechen unbedingt gegen diese Auslegung⁵⁰⁾. Ja Sprüngli gibt selbst das beste Argument gegen seine Auffassung, wenn er⁵¹⁾ einen Entwurf der Verordnung von 1419 anführt, dessen einschlägige Stelle lautet: wann vattermag da fyge zu der vierden linyen vnd nitt witter das dann da muttermag nützit erben sölle in deheinen weg. Richtiger Ansicht nach gehen vielmehr Vattermagen unbedingt vor bis und mit dem vierten Glied; vom fünften Glied an tritt Konkurrenz mit den Muttermagen ein. Maßgebend für diese Grenze war die Beschränkung des Eheverbots

⁴⁹⁾ a. O. 487.

⁵⁰⁾ Vgl. v. Wyß, a. O. 154 f.

⁵¹⁾ a. O. 473.

auf den vierten Grad durch das vierte Konzil vom Lateran von 1215⁵²⁾; darum wird oft erklärt, die Vaternagen gehen vor, «fo verr man die früntſchaft gerechnen mag unz dz es ein ee ſcheiden mag»⁵³⁾, oder «alfo nache, daz es ein Ee geirren mag»⁵⁴⁾. Das vierte Glied iſt auch die Grenze der Pflicht zur Blutrache: ſo ſagt das Landbuch der March von Schwyz von 1544

§ 36⁵⁵⁾: Item welcher mit Eim In Frid kunt vnnd Frid git mit der Hand, da ſond all Fründ, ſo Einen zu Rechen hand, mit Einem In Frid ſtan vmb die ſelb Sach, vnd iſt das vff das fierd gelid: aber vmb ander ſachen gilt der frid nüt; aber welcher mit der Hand frid git, hat frid vmb all ſachen.

Damit ſtimmt überein der Dorfbrief von Vilmergen, der 1540 folgenden Zuſatz erhielt⁵⁶⁾:

— — des Partyens halb, da iſt unſer (der Tagleiſtung) will vnd meinung: wellicher ſich hinfür partyet, vor und ee er ſinen vatter, ſinen bruder oder bruders ſun oder ſunſt näch-fründ, die ein ander von rechts wegen zů rächen hetten, fähe blüten, derſelbig foll 27 g verfallen ſin.

Für die Graſchaft Lenzburg verfügt ein Spruch des Rates von Bern vom 14. Wintermonat (die Jouis poſt martini) 1499⁵⁷⁾:

Da von altter har | In Lobung gewefen ſye | dann ſo zwen | In friden genomen | ſo werde ſollicher frid | vff der ſelben frund gemeinlichen erſtreckt und ſolle in Ewigkeit Beſtand haben; das habe aber zu vmbkomlikeit vnd beſwerd geführt; darum wird erkannt: ob | vnnd wan hin für | Jemand gegem dem anndern | zů frid | oder troſtung | wurde komen

⁵²⁾ c. 8 X de confang. et aff. IV, 14; vgl. Blumer, RG I, 189; v. Wyß, a. O. 149 ff; Heusler, Inst. II, 595.

⁵³⁾ Kiburger Graſchaftsrecht 1675 Art. 56, Pestalutz, Stat. II, 218; Ofn. v. Bubikon bei Grimm, WT I, 68; Ofn. v. Tannegg und Fiſchingen bei Grimm, WT I, 275; Landbuch der March Art. 5 bei Kothing, die Rechtsquellen der Bezirke von Schwyz 25.

⁵⁴⁾ Liber mancipiorum abbatae Thuricensis von 1340, v. Wyß, Abtei Zürich 382 Nr. 418; Z f ſch R IV, 1, 98.

⁵⁵⁾ in der Rezension von 1580 § 27; vgl. Kothing, die Blutrache nach ſchwyzzeriſchen Rechtsquellen im Geſchfrd. XII, 141 ff, XIII, 87 ff.

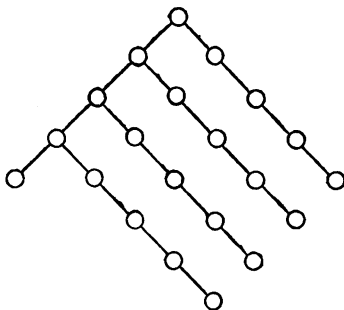
⁵⁶⁾ Arg. IX, 80.

⁵⁷⁾ St.-A. Bern: Spruchbuch des obern Gewölbs O 784 f.

| das alldann | follichem frid | vnd troftung | beyderteil
fruntschaft | So die selben haben zů Erben | vnd zů Rechen
fol berüren | vnd binden | vnd ouch verrer | vff annder |
nit erstreckt werden.

Zweifellos muss unter den Freunden, die einander zu erben und zu rächen haben, auch das vierte Glied als Grenze angenommen werden; das geht hervor aus der einschränkenden Tendenz des Spruches und dem Umstand, dass auch anderwärts hierunter immer das vierte Glied verstanden ist ⁵⁸⁾.

Damit sind zugleich die Anhaltspunkte gegeben, wie das vierte Glied zu berechnen ist ⁵⁹⁾: so weit nämlich die Eheverbotsgrenze reicht ⁶⁰⁾, oder so weit die Pflicht zur Blutrache sich erstreckt, so weit gehen die Vaternagen den Muttermagen vor. Die bevorzugte Verwandtschaft ist demnach in folgendem Schema dargestellt:



b) Der Vorzug der Vaternagen äußert sich darin, dass sie den Muttermagen je um ein Glied vorgehen. Dem zu Folge erben z. B. Vaternagen des vierten Gliedes vor Muttermagen desselben Gliedes, in Konkurrenz mit Muttermagen dritten Gliedes und werden ganz ausgeschlossen durch Muttermagen zweiten Gliedes. So nach

Tw A G Vilm. 1495 Art. 6: Nun so vahet an die magtschaft.
Vnd find in difem ampt vattermag vnd muttermag glichnäch,
so foll muttermag abtōn vnd foll dem vattermag das erb lōn.

⁵⁸⁾ Vgl. z. B. noch die zürcher Ausstandsverordnung von 1729 bei v. Wyß, a. O. 151 und überhaupt Osenbrüggen, alamannisches Strafrecht 30 ff.

⁵⁹⁾ Vgl. Bluntschli in Monatschronik III, 199, IV, 23, R G I, 464 ff, D Pr R II, 147; Sprüngli, a. O. 473 f; v. Wyß, a. O. 151 f; Blumer, R G I, 519; Segesser, R G II, 532 ff; Heusler, Inst. II, 595.

⁶⁰⁾ Vgl. Schwsp W 345 Zeile 39 ff.

Vnd ist muttermag eines Lyds nâcher denn vattermag, so sonnd si mit einandern erben; sind aber vâttermag zweier Lyd verrer, so hând si nût daran.

und nach dem Hofrotel von Holderbank von 1424⁶¹⁾):

Es ist ouch recht, wære daz kein erb viele in dem genannten hof, daz da vatermag sol vorgân, es wære dann, daz muotermag eins gelids nâcher wâr, so fond sy beide zuo glichem erb gan; wære aber, daz muotermag zweier gelid nâcher wâr, so soll muotermag vorgan vnd erben vor vatermag.

B. Statute mit Gleichstellung von Vaternagen und Muttermagen.

Man hat in der Gleichstellung etwa eine Wirkung des R. Rs. sehen wollen; mit Unrecht, denn schon die zäringischen und österreichischen Stadtrechte kennen diesen Grundsatz, ohne dass er jedoch dem alamannischen Erbfolgesystem eignete⁶²⁾. Dass die Bestimmung dieser Stadtrechte in einzelne Statute Aufnahme fand, ist dem Bestreben zuzuschreiben, die mütterliche Seite günstiger zu stellen. Denn der Vorzug der Vaternagen dächte die Leute vielerorts «ungöttlich» zu sein⁶³⁾, und als namentlich auch von der Mutterseite bedeutenderes Gut herkam, konnte prinzipielle Gleichstellung wünschenswert erscheinen. Dabei mochten nun eben jene Stadtrechte vorbildlich sein.

Das erste Statut, das die Gleichstellung ausspricht, sind die Rechtsame und Gerechtigkeiten der sog. Grafschaft Farwangen, die den Herren von Halwil zustand, geschrieben zwischen 1358 und 1386⁶⁴⁾:

Es ist des Hofs Rehtung, daß der nechst Vetter mag (sic!) Vogt sein den Erben unschädlich und käme es ze schulden, so soll das nechst Lid erben, es sey Muter Mag oder Vatter Mag, sind sie alle gleich, so sollend sie auch gleich erben.

⁶¹⁾ Arg. IV, 311 f.

⁶²⁾ Vgl. §§ 4 u. 14 I zu Anm. 4—6a, wo die einschlägigen Stellen angeführt sind.

⁶³⁾ Vgl. bei Grimm, WT I, 175 das Statut der Gotteshausleute von Interlaken.

⁶⁴⁾ Vgl. Arg. VI, 160, 162, 199; Z f sch R XVIII, 2, 6.

Ungefähr gleichzeitig nahm die Gleichstellung auf das Stadtbuch von Baden 1384 Art. 15⁶⁵). Von den spätern Rechten kennen sie: BGS 1539 S. 82, fol. 95^b Ms.m.; BGS 1615 II, VII, 1; BGS 1762 I, XLI, 1 und 2; AGS 48; ZGS 84; Stdr. Bremg. 1612 X und

LR Lenzbg. Satzung II von 1519⁶⁶): Von der magschaft — — ist beredt, das vatter vnd mütter mag, wann si an der Linien glich nach sind, eines nit furer dann das ander erben sonder in sölichem glich nach geachtet söllen wården. Ebenso das Erbrecht von Zurzach von 1736⁶⁷):

Art. 6: es folle allezeit (es siße vater- oder muotermag) der nächste beim bluete der nächste bei dem guete seyn.

Teilung nach Hälften unter die beidseitige Verwandtschaft verfügen ER Lenzbg. 1612 XVI und ER Klingnau 1629⁶⁸).

Die prinzipielle Gleichstellung schließt aber ein Vorzugsrecht der Männer bezüglich der Liegenschaften gegen billigen Ersatz nicht aus.

§ 19. e) Spätere Entwicklung.

Während der Ssp noch strenge scheidet zwischen Haus und Magschaft, ist im Schwsp der Unterschied bereits verwischt, und wenn spätere Rechtsquellen gelegentlich sich seiner noch erinnern, ist das eine Ausnahme. Die meisten Statute unterwerfen die Familie dem Erbfolgeprinzip der Magschaft. Wir haben gesehen, wie im Hause erbrechtliche und gemeinderschaftliche Elemente zusammenwirkten, wie die abgeteilten Kinder von den in Gemeinderschaft gebliebenen ausgeschlossen wurden. Ein Noterbrecht der abgeschichteten Kinder — in der Gemeinderschaft findet nicht Erbgang statt, sondern Akkreszenz — existierte also nicht. Als aber die Gemeinderschaft zu verschwinden begann, und letztwillige Verfügungen in größerem Umfange gestattet wurden, da musste sich zum Schutz der Kinder das Noterbrecht ausbilden. «Welcher man aber

⁶⁵) s. oben vor Anm. 47 S. 101 f; vgl. ER Bad. 1620 Art. 7.

⁶⁶) Arauer Ms. fol. 22; St.-A. Bern: Spruchbuch des ob. Gewölbs Y 656 ff.

⁶⁷) bei v. Wyß, a. O. V, 1, 24.

⁶⁸) nach v. Wyß, a. O. V, 1, 24.

Ehliche kindt oder kindts kindt verlaßt, der hat nit gwalt, all sin gütt zeuergaaben», sagt BGS 1539¹⁾, und das AR Meibg. Art. 70 nennt nicht blos Kinder und Enkel, sondern überhaupt die nächsten Erben. Nachdem einmal die Parentelenordnung auch für das Haus durchgeführt war, erhielt die weitere Deszendenz ihr Erbrecht sofort nach den Kindern; dies rief oft einem Gegenrecht der Aszendenz, dem Noterbrecht der Großeltern. Damit war aber schon ein Einbruch in die Parentelenordnung gegeben, der im Argau jedoch nicht so bedeutend sich zeigt, wie an andern Orten. Denn die meisten Statute haben die Parentelenordnung bewahrt, nur von denjenigen, welche Vaternagen und Muttermagen gleichstellen, gewährt das Stadtbuch von Baden Art. 15²⁾ den Großeltern unbedingten Vorzug vor den Geschwistern, und das LR Lenzbg. Satzung IV vom Jahr 1541³⁾ ordnet an:

Ob sich also begab ein Erbfal, es leyge vff wellicher linigen es welle, das vff der einen Linigen noch großvätter oder großmütter vorhanden vnd aber vff der andern fynden kheyin meer in läben, es wären aber noch in läben derselbigen khinden vattern oder muttern, brüder vnd schwöfteren, dieselbigen söllen dann ouch vff der abgestorbnen Linigen großvätter oder großmüttern zü eim teyll an statt irs abgangaen vatters oder mütter (als ire brüders oder Schwöfteren khinde) mit dem großvatter oder großmütter, so vff der anderen Linigen noch läpte, zühingan vnd erben.

Solche Bestimmungen blieben vereinzelt, fanden deshalb auch in der Kodifikation keine Berücksichtigung; vielmehr ist in derselben die Parentelenordnung rein erhalten, die Großeltern werden also von den Geschwistern des Erblassers ausgeschlossen.

In andern Rechten diente auch etwa die Halbgeburt dazu, die Parentelenordnung zu trüben. Die meisten argauischen Statute erwähnen diesen Fall gar nicht, das Stadtrecht von Kaiserstuhl aber bestimmt in

¹⁾ fol. 102^{a+b} Ms. m.; BGS 1615 II, IV, 1 u. 2 gibt Kindern, Enkeln und Urenkeln Noterbrecht, BGS 1762 I, XXXII, 2 der gesamten Deszendenz und bestimmt die verfügbare Quote auf einen Drittel.

²⁾ s. § 18 I vor Anm. 47, oben S. 101 f.

³⁾ Arauer Ms. fol. 50; Sprechbch. d. ob. Gew. BL 6 ff; die Stelle ist die Fortsetzung der in § 18 I zu Anm. 47 (oben S. 102) aufgeführten.

Art. 3. Wan sich aber begeben solte, daß Jemand absturbe, welcher weder Kinder, noch Elteren, auch weder bruder, noch Schwöster, noch dero Kinder, so Ihme von beeden banden zugewandt, verliesse, in solchem fahl soll kein achtung mehr gegeben werden auf die bluts freundschaft von beeden banden, sonder, wan freünd von einem band verhanden, welche dem abgestorbnen in necherem grad verwandt, alß die freünd von beeden banden, so erben dieselben allein, und schliessen die freünd von beeden banden auß: Wan aber die von beeden banden, und einem band dißfahlß in einem grad seynd, so sollen Sye die Erbschaft gleich abtheilen; Wurde also zum exempel deß Stieffbruderß Sohn, deß Rechten bruderß Enckhle vorgehen, und einig erben, und deß Stieffbruderß Enckhle mit deß Rechten bruderß Enckhle zur Erbschaft Ihreß respectiué verstorbnen Grossuatterß Stieff- und rechten bruderß zugelassen.

§ 20. 3. Erbloses Gut.

I. Erbloses Gut fällt an den Richter und nach Hofrecht an den Grundherrn.

Schwsp W 29. Swâ ein mensche stirbet, ez si wîp oder man, die âne erben sterbent, swaz si hinderen guotes lânt, ez si varende oder anderz guot, hânt si einen herren des si eigen sint, dem sol man ez antwürten, ob erz vordert. oder ist ez eines gotshûses, sô ist es daz selbe reht. unde vordert ez nieman, unde ist ez uf dem lande, sô sol sich der lantrihter sin underwinden. unde ist ez in einer stat, sô underwinde sich sin der stete herre oder sin rihter. er sol ez jâr unde tac behalten in siner gewalt, ob iemant kome der sich dâ zuo halde innerhalb jâr unde tac: dem sol man ez wider lân âne schaden. kumt nâch dem jâre ieman der berede daz in êhaft nôt gelezet habe, dem sol manz antwürten. Êhaft nôt ist vancnûsse, unde ob man in des rîches dieneft ist oder in sines herren dienst oder in gotes dienst, unde den siechtuom irret. unde swelich er der ein bereit mit sinen zwein vingern oder selbe dritte, sô sol man im reht umb sin guot tuon.

Richtung des Freiamts zu Affoltern Art. 7: Wër ouch dz ieman in der graffchaft absturb ân erben, dzselben guot dz er lafet, sol ein fryer amptman jnziechen vnd sol dz inne halten jar vnd tag; ist denne dz dazwüschend nieman kunt, der dzselben rechter erb ist, so sol man denne einem rechten lantgraffen antwurten ¹⁾).

Nach A G S 77 fällt erbloses Gut an die Stadt zu Handen des « Allmufens »; nach dem Stdtr. Mellingen 1624 XI wird $\frac{1}{3}$ zum Seelenheil des Verstorbenen gegeben, $\frac{2}{3}$ fallen an die VIII Orte.

II. Erbloses Gut ist auch der Nachlass Unehelicher ²⁾).

III. Weltgeistliche, die ohne Blutsverwandte versterben, erbt die Kirche ³⁾).

König Rudolfs Landfrieden Regensburg, 6. Heumonats 1281

Art. 51: Pfaffen reht. Dehein rihter, noch dehein scherige, noch deheine ander man sol sich der pfaffen gut nach ir tode niht vnderwinden mit gewalt an seinen bischolfe und an seinen techent. Swer es anders nimpt, der ist fridbrech ⁴⁾).

¹⁾ Arg. III, 127, Grimm, W T IV, 392; K W Beitr. I, 98 ff. Übereinstimmend: Urb. Bad. 70; BGS 1615 II, X, 1, der Kommentar bringt bezüglich Versäumung der Jahresfrist zwei Ansichten: nach der einen muss der Erbe, auch wenn er bescheinigt, dass er wegen Entlegenheit des Ortes oder sonst an der frühern Geltendmachung des Erbrechts verhindert gewesen sei, abgewiesen werden, weil die heiteren ausdrücklichen Worte des Gesetzes keine Interpretation noch Distinktion leiden, und der Richter schwören muss, nach dem buchstäblichen Inhalt der Gesetze zu urteilen: der Erbe kann aber um Restitution nachsuchen. Nach der andern Ansicht kann ein Ausschluss nach Versäumung der Jahresfrist nicht der Wille des Gesetzgebers sein. Vgl. überhaupt Schröder, D R G 513 f.

²⁾ s. § 25 I.

³⁾ c. 1 X de successione ab intestato III, 27; vgl. Urkk. Zürich, 4. Christmonat 1291 für Wettingen und Rynheyn, 21. Brachmonat 1294 in Geschfrd. I, 37 ff.

⁴⁾ Mon. Germ. hist. IV, 427 ff. Es bezieht sich aber diese Bestimmung nicht lediglich auf erbloses Gut Geistlicher, sondern auch auf das Spolienrecht. Die Kirche erklärte nämlich, das Gut, welches ein Kleriker aus seinem Amte gewonnen habe, solle nach seinem Tode der Kirche wieder heimfallen, c. 3 X de peculio cleric. III, 25. Es wird deshalb präsumiert, dass alles Bewegliche, was nach der Ordination angeschafft wurde, aus dem Kirchengut gewonnen sei, ja wenn der Kleriker zur Zeit der Ordination nichts besaß und postea praedia emerit, galten auch diese als aus dem Kirchenvermögen erworben, c. 1 X h. t. Misbräuchlich wurden diese Bestimmungen auf den ganzen beweglichen Nachlass ausgedehnt, dann machten auch etwa die Vögte der Kirchen Anspruch darauf, so mussten die Kastvögte der Stift Beromünster am 25. Mai 1223 ausdrücklich darauf verzichten: se et suos successores obligando, praepositum, canonicos, familias, officiales et clericos ecclesiarum, quarum ius patronatus dignof-

§ 21. B. Nachfolge in Heergewäte und Gerade.

«Aus der väterlichen Verlassenschaft nehmen die Söhne des Vaters Waffen, Kleider, Kleinodien, und die Töchter der Mutter Kleider und Kleinodien voraus», so fasst in einem Satze § 990 des ABG die letzten Ausläufer zweier entgegengesetzter uralter Prinzipien zusammen.

I. Die Nachfolge in's Heergewäte war reine Schwertmagen-sukzession. Heergewäte ist das Heergewand, *vestis bellica*, id est *lorica*¹⁾. Ssp I 22 § 4 zählt es vollständig auf: des mannes fverd unde dat beste ors oder perd gefadelet, unde dat beste harnasch; dar to enen herpole, dat is ein bedde unde ein küffen unde ein lilaken, en dischlaken, tvei beckene unde ene dvelen. Hinterlässt der Verstorbene mehrere gleich nahe Schwertmagen, nimmt der älteste das Schwert voraus, im übrigen teilen sie das Heergewäte zu gleichen Teilen²⁾. Ist kein Schwertmag vorhanden, fällt es als erbloses Gut an den Richter³⁾, die andern Verwandten können nicht erben. Entsprechend seiner ursprünglichen Bedeutung kommt das Heergewäte nur bei Ritterbürtigen vor⁴⁾, doch findet sich bereits in Ssp I 22 § 4 ein Ansatz zu einer Ausdehnung auf Leute, die nicht Waffen führten. Durch Vermittlung von Dsp 26—28, 31 und 32 gingen diese Sätze auch in den Schwsp über. Allein bloß Schwsp W 372 L 155 I spricht von «herwagte», die Stelle, nur in der Ausgabe von Lahr und dem ersten Druck vorkommend, kann als später Zusatz hier nicht in Betracht fallen. Im übrigen ersetzte der Schwabenspiegler das «herwede» des Ssp durch «tôt-leibe»⁵⁾, aber nicht konsequent. Schwsp W 225 L 275 z. B.

citur ad ecclesiam memoratam, nec in rebus exactione aliqua, nec in personis a tempore compositionis aliquatenus se gravaturos, specialiter hoc expresso quod res clericorum sive canonicorum nec in vita nec in morte occupare vel distrahere nullatenus attemptabunt. Vgl. auch Schröder, DRG 404¹⁰⁷.

¹⁾ Lex Angl. et Wer. XXXI. Vgl. Heusler, Inst. II, 617 f; Stobbe, Handbuch V, 140 ff; Grimm, RA 566—586.

²⁾ Ssp I 22 § 5.

³⁾ Ssp I 28.

⁴⁾ Ssp I 27 § 2.

⁵⁾ Vgl. Schwsp W 26, 28, 399. Über den Begriff: Grimm, RA 568 mit 365; Zoepfl, DRG III, 236; Siegel, Erbrecht 172; Seelig, a. O. 17 ff; Stobbe, a. O. V, 131⁵.

liest statt «herwede» ganz willkürlich «guot», und die Stelle, welche das Heergewäte aufzählt, Schwsp 25, hat «hinevart». Tôtleibe scheint kein terminus technicus gewesen zu sein; schon die Definition:

tôtleibe heizet daz, swaz einer laezet von varndem guote und von anderen dingen diu hie vor genennet sint⁶⁾, wobei das «hie vor» sich nur auf Schwsp 26 von tôtleibe beziehen kann, zeigt dies, denn in Schwsp 26 sind die Dinge aufgezählt, welche der Ssp zur Gerade rechnet.

Die gemeiniu hinevart besteht nach Schwsp 25 aus

einem bolster unde einem bette unde einem küffen unde zwei klachen unde einem tischlachen unde einem badelachen unde zwô hantwêlen unde zwei bec.

Die wichtigsten und eigentlich charakteristischen Stücke des Heergewätes fehlen in dieser Aufzählung, denn

fô fol diu vrowe fîn (ihres verstorbenen Mannes) ros gefatelt oder fîn phaert daz beste daz er hete unde den besten harnasch den er hette ze fînem lîbe unde fîn bestez swert geben fînem herren, ob er ein dieneftman was.

Gleich nachher aber bestimmt Schwsp 26:

Swâ zwêne man geboren sint ze einer tôtleibe, dâ fol der elter daz swert vor hin dan nemen; daz ander teilen geliche.

Aus diesen scheinbar sich widersprechenden Bestimmungen ergibt sich m. E. das Resultat⁷⁾, dass dem Schwsp das Heergewäte, wie es im Ssp erscheint, nicht bekannt ist, dass er vielmehr blos ein Vorrecht der Söhne auf die Waffen des Vaters kennt. Im Dienstrecht jedoch bezieht der Herr Ross und Waffenstücke des Dienstmanns als mortuarium.

In den argauischen Rechtsquellen hat sich die Sache ähnlich gestaltet.

1. Schon Schwsp 25 sagte: doch sezent die liute manic dinc dar zuo, daz dar zuo niht gehœret. So wird denn auch von unsern Quellen zum Heergewäte⁸⁾ gezählt: vor allem die Waffen⁹⁾,

⁶⁾ Schwsp W 28 L 29.

⁷⁾ Vgl. Seelig, a. O. 19 f, Schröder, DRG 388²⁴, 424.

⁸⁾ Der Name Heergewäte findet sich nirgends in meinen Quellen, ebenso wenig die Bezeichnung Gerade; mangels quellenmäßiger Ausdrücke habe ich die termini technici des sächsischen Rechts gebraucht.

⁹⁾ AR n fr A 12; AR Meibg. 73.

meist genauer bezeichnet als Harnisch¹⁰⁾ und Gewehr¹¹⁾, dann die Kleider¹²⁾, seltener die Kleinodien oder Leibeszierden¹³⁾ und das PflugsGeschirr¹⁴⁾, sowie die Bücher¹⁵⁾.

2. Das AER Arb¹⁶⁾ hat die Schwertmagensukzession für das Heergewäte bewahrt.

Wann aber ein man mitt todt abgienge vnnd keine Sün hinder Im verliesse. So erbenndt die nechsten fründ. So von Mansstamm da findt Syn Harnift vnnd gwher.

Die übrigen Rechte bestimmen blos, dass die Söhne das Heergewäte als Voraus erben; in deren Ermanglung werden auch die Töchter zugelassen:

AR Meibg. 74: Wo aber Töchteren sind und nit Sün, da mögent die Töchteren erben Harnisch und Waffen und was da ist. Und erbennt si Güeter, so soll der Harnisch bi den Güeteren bliben. Und ob sie die Güeter verkoufent, so soll der Harnisch bi den Güeteren bliben und damit verkouft werden. Und händ si nit Güeter, so sönd si den Harnisch im Ampt verkoufen¹⁷⁾.

Unter den mehreren Söhnen gibt ZGS 91 dem jüngsten ein Vorrecht¹⁸⁾. Nach BGS 1615 II, VI, 7 und BGS 1762 I, XL, 16 repräsentiren Töchter ihren Vater bei der Sukzession in's Heergewäte¹⁹⁾.

¹⁰⁾ AER Arb¹⁶⁾; AR n fr A 12; AR Meibg. 73; BGS 1615 II, VI, 1; BGS 1762 I, XL, 3; BrS fol. 67^b 68^a; ZGS 90; LR Lenzbg. II 18, fol. 28; Stdtr. Kaiferftl. Art. 1.

¹¹⁾ AER Arb¹⁶⁾; AR n fr A 12; BGS 1615 und die folgenden Rechte wie in Anm. 10.

¹²⁾ Dieselben Rechte wie in Anm. 10.

¹³⁾ ER Lenzbg. V; BGS 1615 II, VI, 1; BrS fol. 67^b 68^a; ZGS 90; BGS 1762 I, XL, 3; nach Stdtr. Kaiferftl. 5 dagegen fallen sie in die gemeine Teilung.

¹⁴⁾ AER Arb¹⁶⁾; LR Lenzbg.

¹⁵⁾ Stdtr. Kaiferftl. 1. Der Kommentar zu BGS 1615 II, VI, 1 sagt: ob die bücher des Vatters auch mit denen kleinodien den söhnen zukommen? R. Mit der einten meynung Nein, weil das gsatz nit weiters zu extendiren, als der buchstaben mitgibt: Die andere aber gibt ja, weil die bücher per interpretationem wol under des Vatters kleinodien zurechnen, darfür auch die gemeine praxis ist.

¹⁶⁾ St.-A. Bern: Sprohbch. d. ob. Gew. JJJ 406.

¹⁷⁾ Ähnlich Stdtr. Kaiferftl. 5. Vgl. Rochholz in Arg. IX, 94¹. Über die Pertinenzqualität des Heergewätes zum Bauernhof vgl. auch Heusler, Inst. I, 360 f.

¹⁸⁾ s. die Stelle in § 12 Anm. 19, oben S. 40.

¹⁹⁾ Der Kommentar bringt noch folgende Erörterungen:

II. Die Nachfolge in die Gerade²⁰⁾ ist ein Überrest des kognatischen Mutterrechts, es erben nur die weiblichen Verwandten der Weiberseite, die Spillmagen²¹⁾. Die Gerade bestand aus den ornamenta et vestimenta matronalia²²⁾, begriff aber im sächsischen Recht auch alle diejenigen Gegenstände in sich, welche vornehmlich für den weiblichen Gebrauch bestimmt waren und einem Mädchen als Aussteuer in die Ehe mitgegeben zu werden pflegten. Die Entwicklung vollzog sich analog derjenigen beim Heergewäte: die Gerade erhielt sich im Mittelalter nur im sächsischen Recht, in Süddeutschland ist blos noch ein letzter Ausläufer vorhanden in der Spezialsukzession der Töchter in die Kleider²³⁾ und Kleinodien²⁴⁾ der Mutter. Es hat sich also einmal der Umfang der Gerade bedeutend verengert, dann ist auch das reine kognatische Erbfolgeprinzip verschwunden, indem mangels der Töchter die Söhne auch diese Gegenstände erben, ja die Großsöhne ihre Mutter für die Gerade der Großmutter repräsentiren²⁵⁾.

1. Wenn eine Mutter Manns- und Weibszierden ererbt hat, so erben die Töchter doch nur ihre Weibszierden als Voraus; die ererbten Mannszierden gehen in den gemeinsamen Nachlass; ebenso ist es, wenn ein Vater Weibszierden erbt.

2. Wenn Vater oder Mutter ihre Zierden verkaufen, kommt der Erlös nicht den Söhnen oder Töchtern als Voraus zu, namentlich nicht, wenn die Veräußerung aus Not geschehen.

3. Wenn eine Mutter mit Schmälerung des Kapitals Zierden erhandelt, soll das für diesen Betrag Erhandelte nicht den Töchtern als Voraus zukommen, sondern in gemeine Teilung fallen, weil sonst die andern Kinder beeinträchtigt würden.

²⁰⁾ Heusler, Inst. II, 274, 618 ff; Stobbe, Handbuch V, 135 ff; Grimm, a. O.

²¹⁾ Ssp III 15 § 4.

²²⁾ Lex Burgund. LI, 3.

²³⁾ AER Arb.; AR n fr A 12; AR Meibg. 73; BGS 1615 II, VI, 1; BrS fol. 67^b 68^a; ZGS 90; ER Lenzbg. V; LR Lenzbg. II 16, fol. 28; Stdt. Kaiffl. 5; BGS 1762 I, XL, 4.

²⁴⁾ Dieselben Rechte wie in Anm. 23 mit Ausnahme von AR n fr A, AR Meibg., Stdt. Kaiffl., LR Lenzbg.

²⁵⁾ BGS 1615 II, VI, 7, vgl. den Kommentar in Anm. 19; BGS 1762 I, XL, 15.

§ 22. C. Nachfolge in Lehen*).

Antiquissimo tempore sic erat in dominorum potestate connexum, ut quando vellent, possent auferre rem in feudum a se datam; postea vero eo ventum est, ut per annum tantum firmitatem haberent; deinde statutum est, ut usque ad vitam fidelis produceretur, sed cum hoc iure successione ad filios non pertineret. Sic progressum est ut ad filios deveniret, in quem scilicet dominus hoc vellet beneficium confirmare: quod hodie ita stabilitum est, ut ad omnes aequaliter veniat¹⁾. Mit diesen Worten gibt das langobardische Lehenbuch eine Übersicht über die historische Entwicklung der Lehnserbfolge. Für Italien ward die Erblichkeit der Lehen ausgesprochen von Kaiser Kunrad II. im Jahr 1037²⁾; in Deutschland wurde sie nie gesetzlich festgestellt, war aber im XI. Jahrhundert zum Gewohnheitsrecht geworden³⁾, jedoch in viel beschränkterem Maß als die Erbfolge ins Allod. Darum ist das Lehengut für sich Gegenstand einer Spezialsukzession.

Das Lehen wird definirt als feudum oder beneficium ex benevolentia ita datum alicui, ut proprietas quidem rei immobilis beneficiatae penes dantem remaneat: ususfructus vero illius rei ita ad accipientem transeat, ut ad eum heredesque suos masculos in perpetuum pertineat, ad hoc, ut ille et sui heredes fideliter domino serviant.⁴⁾ Gegenstand desselben ist, was non nisi in rebus soli, aut solo cohaerentibus, aut in iis, quae inter immobilia connumerantur (veluti cum de camera aut de cavenna feudum datur) potest consistere⁵⁾; also vornehmlich Grundstücke, dann alle Rechte, an denen eine Gewere — Lehen ane gewer ist nit lehen⁶⁾ —

*) Litteratur: Homeyer, Ssp II, 2, 444—469; E. Secretan, *essai sur la féodalité* in den *Mémoires et Documents publiés par la Société d'histoire de la Suisse romande* XVI, 351—364; Stobbe, *Handbuch* V, 320—331; Heusler, *Inst.* II, 612 ff; Schröder, *DRG* 396 ff; Schulze, *das Erb- und Familienrecht der deutschen Dynasten des Mittelalters* (1871) S. 33 ff.

¹⁾ IF 1, 1.

²⁾ Mon. Germ. hist. LL II, 39; bei Secretan 353 mit falschem Jahr.

³⁾ Vgl. Waitz, *Verfassungsgeschichte* VI, 57 ff.

⁴⁾ II F 23 § 2.

⁵⁾ II F 1 § 1.

⁶⁾ Schwsp Lehn. 96.

möglich ist: Hoheitsrechte, Gerichtsbarkeit, Patronatsrecht, Zinsrecht, sofern der Zins eine «stat» hat, d. h. einen räumlichen Bezirk, auf dem die Rechtsame ruht⁷⁾.

Was die Lehenpersonen anlangt, so kann jeder Ritter Lehenherr sein, die Fähigkeit dazu ist gegeben mit dem Heerschild. Der Empfang eines Lehens verpflichtet zu ritterlichem Waffendienst, der Vasall muss also in seiner Person diejenigen Eigenschaften vereinigen, welche ihn zur Leistung dieses Dienstes befähigen. Absolut lehensunfähig sind deshalb diejenigen, die des dinglichen Verhältnisses, des Rechtes am Grundstück, unfähig sind, namentlich Juden und Fremde, während die relative Unfähigkeit dann gegeben ist, wenn das persönliche Verhältnis dieselbe bedingt, also namentlich im Falle des Fehlens des Heerschildes:

es svln phaffen vnde geburen, vnde alle die nýt semper sint,
vnd nýt von ritterlicher art geborn sint, alle lehenrechtes darben⁸⁾.

Streng genommen darben auch die Weiber des Heerschildes und waren um deswillen nicht lehensfähig, allein die daraus entstehende Härte wurde abgewendet durch die Lehenvormundschaft⁹⁾. Die Frau erhielt einen lehensfähigen Lehenstrager, der mit ihr gemeinsam investirt ward. Die Investitur gab ihm keine Rechte, sondern legte ihm die Pflicht auf, den Vasallendienst zu leisten.¹⁰⁾ So setzt beispielsweise Walther von Heidegg vor gebanntem Gericht zu Muri seiner Gemahlin Elisabeth von Landenberg durch die Hand ihres Vogtes, eines Freien von Rüßegg, einen glimpflichen Pfandschilling auf verschiedene österreichische Lehen, doch

⁷⁾ Vgl. Heusler, Inst. I, 342 f; eine bloße Anweisung des Herrn auf Bezug einer Jahresrente aus seiner Kasse (Kammer) kann deshalb nicht Objekt des Lehens sein, Schwsp Lehn. 99: Kamerlehen ist nit reht lehen. daz hat ende so der herre vnd der man wil. Kamerlehen ist daz so ein herr sprichet ze sinem man. ich lihe dir ús minr kamer ein marke oder mer. da hat der man dehein gewer an. Mit diesem Begriff des Kammerlehens ist aber nicht zu verwechseln das von der Kammer z. B. eines Gotteshauses ausgegebene Lehen, das auch Kammerlehen heißt, vgl. den liber camere Beronensis in Geschfrd. XXIV, 108 ff. Das habsburgisch-österreichische Urbar (ed. Pfeiffer in den Mitteilungen des litterarischen Vereins in Stuttgart XIX) nennt unter andern folgende Arten von Lehen: banlehen, burglehen, forstuomlehen, holzlehen, kamerlehen, manlehen, pfuondelehen und rebhehen; über Pfruondlehen gibt trefflichen Aufschluss der liber feudorum Beronensis in Geschfrd XXXIV, 313 ff.

⁸⁾ Schwsp Lehn. 1.

⁹⁾ Vgl. Heusler, Inst. II, 515 ff; Kraut, Vormundschaft III, 1--110.

¹⁰⁾ Schwsp Lehn. 4 c.

also, wie das Gericht erkannte, falls er, was Gott lange wende, mit Tod abginge, dass die Herrschaft einen man vf dis lehen funde vnd inen an der manschaft kein gebresten geschehe¹¹⁾. Der Ausschluss des weiblichen Geschlechts war nicht die Folge einer gesetzlichen Unfähigkeit, sondern le simple effet de la concession, là ou la concession admet la fille, elle succède au fief sans obstacle, ainsi que les descendants.¹²⁾

Der Lehensherr konnte Sukzession der Töchter gestatten, sowohl im Einzelfall

Alberti Regis sententia anno 1299: quod nulla filia vel mulier possit in bonis feodalibus succedere, nisi de plenaria voluntate domini feodi et consensu¹³⁾.

Nos Albertus Dei gracia Dux Auftrie et Stirie, Dominus Carniole, Marchie et Portusuaonis, profitentes vniuersis presencium Inspectoribus declaramus: Quod nos discreto viro Hugoni Sculteto de Mellingen hanc gratiam duximus faciendam, videlicet quod si ipsum Hugonem sine heredibus masculini sexus contingat ab hoc seculo decedere, sibi sue filie quas habuerit idem Hugo in bonis succedant, que a nobis tenet titulo feodali, presencium testimonio litterarum. Datum Wiene Nonis Marcij Anno Domini Millesimo Ducentesimo Nonagesimo Quinto. 1295, 7. März¹⁴⁾.

als durch Rechtssatz:

Stadtrecht von Arau v. 4. März 1283, erteilt von König Rudolf¹⁵⁾: wir han in gefetzet und ze rechte gegeben, dz diu

¹¹⁾ Urk. Muri, 3. Heumonat (fritag nach s. Peters vnd s. Pauls tag) 1378, St.-A. Argau: Muri; KW Beitr. I, 145 ff. Dass auf Lehengütern den Frauen die Heimsteuer widerlegt und die Morgengabe angewiesen wird, kommt außerordentlich häufig vor. Eine murenser Urkunde vom selben Datum bei KW Beitr. I, 149 meldet davon, andere Beispiele finden sich in meiner Geschichte der Ritter von Rinach.

¹²⁾ Secretan, l. c. 354; dazu II F 11 pr.: ad filias seu neptes vel proneptes, vel ex filia nepotes seu proneptes successio feudi non pertinet. Proles enim foeminini sexus, vel ex foemineo sexu descendens, ad huius modi successionem aspirare non potest, nisi eius conditionis sit feudum, vel eo pacto acquisitum. Vgl. ferner I F 8 § 2, II F 17, 30 und 50.

¹³⁾ Mon. Germ. hist. LL II, 471.

¹⁴⁾ Kopp, Urkk. II, 152 Nr. 91; Arg. XIV, 102 Nr. 29. Vgl. auch Zürcher Urkboh. II, 13 Nr. 511.

¹⁵⁾ Arg. XI, 12; Geschfrd. I, 62 f; Kopp, Bünde II, 1, 578 f; Gengler, Stadtr. 3.

lehen, diu si hant von der herfschaft von Kiburch, fun ir tochteren erben, ob siu nicht süne enhaben.

Stadtrecht von Wintertur-Mellingen 1297 II § 5¹⁶⁾: Dū dritte genade ist, die wir inen gefezzet vnd gegeben hain, das dū lehen dū fu hant von der herfscheffe von Kiburg fun ir tochteran erben als ir süne ob da enkain fun ist.

Stadtbuch von Baden 1384 Art. 7¹⁷⁾: wir habend ouch die gnawd, daß die lehen, die wir von vnser herrschaft von östrich habend, die föllend vnser dochtern erben als vnser sün, ob da nit sünen ist.

In diesen Fällen spricht man von *feudum femininum subsidium*. In Deutschland waren wol überall, abgesehen von den Modifikationen der Stellung zu den Agnaten¹⁸⁾, die Weiber zur Erbfolge zugelassen, namentlich auch im hohen Adel. Bekannt ist das Distichon:

Bella gerant alii, tu felix Austria nube;
namque Mars aliis, dat tibi regna Venus.

das auf die Heuraten Kaiser Maximilians mit den Erbtöchtern Maria von Burgund und Johanna von Kastilien verfasst wurde.

Söhne und Töchter sukszedirten von Rechts wegen in die « welschen Lehen »: *feuda feminina promiscua*. So wird im Jahre 1456 in einem Rechtsstreit vor dem Rat zu Bern geltend gemacht, die Verleihung der angesprochenen Lehen, nämlich der Herrschaft Mannenberg und des Riehensteins, stehe nicht dem Grafen von Greyers, sondern dem Rate zu Bern zu, weil dieser als Herr zu Obersimmental oder durch Auskauf der Herren von Turn Oberlehensherr geworden sei; um deswillen seien die Lehen welsche Lehen, die Knaben und Töchter erben, wenn daher der Mannsstamm aussterbe, könne kein Heimfall eintreten, falls eine Tochter vorhanden sei. Der Rat aber anerkannte die Grafen von Greyers als Lehensherren und die Lehen als « deutsche », entschied also dahin, dass durch Aussterben des Mannsstammes Heimfall des Lehens eingetreten sei¹⁹⁾.

¹⁶⁾ Bluntschli, R G I, 481; Gaupp, Stdtr. I, 142.

¹⁷⁾ Arg. I, 39.

¹⁸⁾ Vgl. Stobbe, Handbuch V, 342 f.

¹⁹⁾ St.-A. Bern: Spruchbuch des ob. Gew. C 417—425. Vgl. Secretan, l. c. 362 f.

Zur Erbfolgefähigkeit ist im übrigen wie im Landrecht eheliche und ebenbürtige²⁰⁾ Geburt erforderlich; Legitimation genügt nicht²¹⁾).

Aber auch noch nach einer andern Seite bestand ursprünglich eine Beschränkung der Lehnserbfolge. It ne erft nieman nen len wen die vader uppe den fone²²⁾; die weitere Deszendenz ist also ausgeschlossen. Erst nach und nach wurde die Sukzession auch in entferntere Kreise anerkannt, aber noch 1238 fielen die Lehen des Landgrafen vom Elsass, der keinen Sohn hatte, dem Herrn heim, quia frater eius in ipsiis feodis nichil iuris habebat²³⁾).

Die Erbfolge gestaltete sich so, dass der erste Empfänger des Lehens dasselbe nur an seine Deszendenten vererben konnte²⁴⁾, die Aszendenten waren durchaus ausgeschlossen. Außer der Deszendenz werden nach langobardischem Recht auch Kollateralen zugelassen unter der Voraussetzung, dass sie vom ersten Lehensempfänger abstammen, denn das Lehen muss ein feudum paternum sein²⁵⁾, das heißt: es darf nicht über die Nachkommenschaft des Erstbelehnten herausgehen. Im deutschen Recht erbt nur die lehensfähige Nachkommenschaft des letzten Besitzers^{25a)}. Selbst für den Bruder wäre das Lehen somit feudum novum, er kann also nicht erben. In der Regel werden nur Männer berufen, die durch Männer mit dem letzten Lehenbesitzer verwandt sind, es herrscht demnach durchaus das Agnationsprinzip. Was die Erbfolgeordnung anlangt, so werden zuerst die Deszendenten berufen unter Anwendung des Eintrittsrechtes²⁶⁾, dann die Seitenlinie und zwar zunächst die Brüder und die Söhne vorverstorbener

²⁰⁾ II F 29. Vgl. auch C. F. Dieck, die Gewissensehe, Legitimation durch nachfolgende Ehe und Misheurat nach ihren Wirkungen auf die Folgefähigkeit der Kinder in Lehen und Fideikommissen, 1838.

²¹⁾ II F 26 § 11. Vgl. Dieck, Beiträge zur Lehre von der Legitimation durch nachfolgende Ehe, Halle 1832, p. 1 ff; Stobbe, Handbuch V, 399 ff.

²²⁾ Ssp Lehn. 21 § 3.

²³⁾ Böhmer, Fontes rer. Germ. III, 111. Vgl. zu Anm. 25a).

²⁴⁾ II F 50: *successionis feudi talis est natura, quod ascendentes non succedunt, verbi gratia pater filio*. So wird z. B. der Reichszoll zu Fließen von Kaiser Heinrich dem Grafen Wernher von Homburg so verliehen, dass igitur Tu et heredes Tui legitime descendentes de Te ihn besitzen sollen; Urk. v. 21. Jänner 1313, Geschfrd. I, 14 f.

²⁵⁾ I F 1 §§ 2–5, II F 11, 12, 14, 26, 37, 50.

^{25a)} Vgl. Schröder, DRG 397 f.

²⁶⁾ I F 19 § 1: *si quis miles mortuus fuerit sine filio masculo et nepotem reliquerit, in beneficium avi in patris vicem succedit*.

Brüder²⁷⁾ und in deren Ermanglung diejenigen Agnaten, welche mit dem Erblasser den nächsten gemeinschaftlichen Stammvater haben, also die Agnaten der nächsten Parentel²⁸⁾, innerhalb der Parentel entscheidet die Gradesnähe²⁹⁾.

Demnach gilt auch für die Lehenserbfolge die Parentelenordnung³⁰⁾.

Man bezeichnet die Lehenserbfolge als *successio ex pacto et providentia maiorum*, indem nach langobardischem Recht nicht der letzte Besitzer, sondern erste Erwerber (*primus acquirens*) beerbt wird³¹⁾. Von diesem Gesichtspunkt aus ergibt sich auch die Notwendigkeit einer von der Erbfolge ins Allod verschiedenen Sukzession: die Nachfolge in das Eigengut ist Sukzession in die Erbschaft des Letztverstorbenen, die Lehenserbschaft dagegen ist Sukzession in die Erbschaft des Vorverstorbenen. In Folge dessen kann jemand zu der einen Erbschaft berechtigt sein, aber nicht zu der andern. Unter den Personen, die zu beiden Sukzessionen berechtigt sind, können die Agnaten wählen, ob sie beide oder nur eine der Erbschaften annehmen und auf die andere verzichten wollen, während die Deszendenten beide Erbmassen mit einander verbinden müssen. Wenn der Agnat die allodiale Erbschaft ausschlägt, so braucht er nicht für die Schulden des Erblassers aufzukommen, denn diese sind als solche Allodialschulden; Lehen-schulden können nur in beschränktem Umfang vorkommen, ihre Begründung erfordert dazu meist den Konsens des Lehen-sfolgeberechtigten. Wenn der Deszendent dagegen das Lehen er-

²⁷⁾ II F 11 § 1: *his vero deficientibus vocantur primo fratres cum fratrum praemortuorum filii*.

²⁸⁾ II F 50: *ad solos et ad omnes, qui ex illa linea sunt ex qua iste fuit. Et hoc est, quod dicitur ad proximiores pertinere. Isti vero proximiores esse dicuntur respectu aliarum linearum, sed omnibus ex hac linea deficientibus, omnes aliae lineae aequaliter vocantur, wobei aequaliter zu übersetzen ist mit: « in gleicher oder ähnlicher Weise » und nicht mit « zugleich », wie Wasserschleben, SO 46 ff behauptet; gegen ihn Lewis in kr. V J IX, 64 ff.*

²⁹⁾ II F 37 pr.: *ad agnatum proximorem feudum pertinebit, si patrum fuerit, eodem prorsus observando, quantum ad ordinem gradus, qui continetur in legibus. Die leges der Feudisten sind das R. R.*

³⁰⁾ Vgl. Secretan, l. c. 355 f; Stobbe, a. O. V, 328 f.

³¹⁾ Über die Kontroverse hinsichtlich dieses Punktes, die Unterscheidung von *feuda ex pacto et providentia maiorum* (Stammlehen) und *feuda hereditaria* (Erblehen) vgl. Eichhorn, RG IV § 566, Privatrecht § 358; Stobbe, a. O. V, 337.

werben will, muss er auch das Allod und damit die Schulden übernehmen, soweit sie überhaupt vererblich sind. Ein sehr instruktiver Fall in dieser Beziehung ist folgender:

Rudolf von Büttikon hatte seiner Gemahlin Anfalisa von Arburg die Morgengabe, 600 Gulden, auf den Zehnten zu Köllikon, ein Lehen von Österreich, geschlagen mit Verwilligung der Herrschaft und unter Vorbehalt des Lösungsrechtes für sich und seine Erben. Nach seinem Tode ging die Witwe eine zweite Ehe ein mit dem Freien Hemman von Rüegg. Die Enkelinen Rudolfs verzichteten auf die überschuldete Erbschaft, machten dagegen nach langen Jahren gegenüber dem Sohne des von Rüegg die Wiederlösung geltend, nachdem sie vom Rate zu Bern als dem Oberlehensherrschaft die Belehnung zu erhalten gewünscht hatten. Durch schiedsrichterlichen Spruch jedoch ward diese Belehnung als nichtig erklärt. Darauf behaupteten die Ansprecher, sie brauchen gar nicht Erben des Erblassers zu sein, es genüge, wenn sie seine Lehensgenossen seien, um das Lösungsrecht auszuüben. Die Richter aber, die ob dem heikeln Fall zu dickren mälen saßen, erkannten: da die Ansprecher sich nie als Erben des Gutes des Erblassers (d. h. des Allods) dargestellt und erboten haben, steht ihnen auch auf das Lehen kein Anspruch zu, sie haben deshalb den von Rüegg mit der Lösung unangefochten zu lassen³²⁾.

Wenn ein Lehensmann mehrere erbberechtigte Deszendenten nach sich ließ, war der Lehensherr nicht verpflichtet, das Lehen allen zu leihen:

er lihet ez nýt wan einem, Schwsp Lehn. 54^b,

welhem er ez lihe, daz stat an den kinden vnd nýt an dem herren. also ob si daz lehen hant gevordert inner iarz vrift, so ist dý wal der kinde. vnd kvmet ez vber daz iar, vnd vber kvment dý kint den herren mit minne, daz er in dannoch daz lehen lihet, so hat er die wal daz er daz gýt lihet fwelhem er wil. Schwsp Lehn. 56³³⁾.

³²⁾ St.-A. Bern: Sprechbch. d. ob. Gew. E 149—166; Spruch vom 19. Heumonats (Samstag vor Jacobi) 1466; er enthält zugleich auch ein Beispiel für eine Lehenseignung.

³³⁾ Vgl. V A de beneficiis I §§ 75—77, Ssp Lehn. 29 § 2.

Der Belehnte musste aber die nicht belehnten, sowie die nicht lehensfähigen Allodialerben nach Landrecht entschädigen. Mit der Zeit bildete sich ein Vorrecht des ältesten Sohnes aus, das auch wol durch Rechtssatz anerkannt wurde³⁴⁾: die Primogenitur³⁵⁾. Der Lehensherr konnte aber auch mehrere Söhne des letzten Besitzers zu gesamter Hand belehnen; starb dann einer derselben mit Hinterlassung von Söhnen, so rückten diese in die Stelle ihres Vaters ein, bei erblosem Hinschied trat Akkreszenz unter den Gesamthändern ein.

Schwsp Lehn. 61 a. Ein herre mag vil brvðern ein lehen lihen, daz si mit gesamnter hant enphahent, vnd gelich gewer dar an hant. vnd went si sich scheiden mit dem gûte, vnd teilent ez vnder sich daz tÿnt si wol ane dez herren vrlop. Swenne aber si sich also mit dem gûte beteilent, so hat ir enheine an dez andren gûtes nÿt. ob ir einer stirbet ane lehens erben, dez teil ist dem herren lidig. die wile si daz vngeteilet hant, stirbet ir einer dez kint trette an dez vater stat, vnde behaltet daz gût gemeine daz sin vatter hatte mit den vettern allen.

Der Erwerb des Lehens durch den Erben erfolgte wie der Erwerb des Allods nach dem Grundsatz: der Tote erbt den Lebendigen^{36 37)}. Der Erbe muss aber binnen Jahr und Tag den Herrn um Belehnung angehen, das Lehen « muten » oder « sinnen », Versäumnis der Frist zieht Aberkennung des Gutes nach sich³⁸⁾; Beispiele:

Lorenz von Heidegg, Herr zu Kienberg, hatte nach dem Tode seines Vaters Hemman unterlassen, um Belehnung nach-

³⁴⁾ Schwsp Lehn. 57.

³⁵⁾ cf. Aurea bulla VII, 2—3: postquam (principum secularium electorum) quilibet esse defierit, ius, vox et potestas electionis ad filium suum primogenitum legitimum laicum devolvatur. Vgl. überhaupt H. Schulze, das Recht der Erstgeburt in den deutschen Fürstenhäusern 317 ff, 345 ff, 400 ff.

³⁶⁾ Das Nähere s. § 27.

³⁷⁾ So auch Stobbe, a. O. V, 335, während Secretan, l. c. 364 behauptet: la règle « le mort saisit le vif », n'a point d'application par rapport aux fiefs; car l'héritier du fief n'entre en possession qu'après avoir prêté l'hommage. Wer soll denn zwischen dem Tode des Lehensmannes und der Huldigung der Erben die Gewere des Gutes haben? Ssp Lehn. 6 § 1 ist doch deutlich genug.

³⁸⁾ Vgl. Heusler, Inst. II, 165 f.

zusuchen inner nützlicher Frist; das Lehensgericht erklärte deshalb das Lehen der Veste Kienberg als dem Herrn verfallen, und dieser, Erzherzog Sigmund von Österreich, verlieh es an seinen Rat und Truchsess Georg. Da legte Soloturn für seinen Bürger sich in's Mittel und erlangte vom Erzherzog, dass er den von Heidegg zu Freiburg im Breisgau belieh, nachdem Truchsess Georg zurückgetreten. Urk. v. 7. Mai (Pfinztag vor dem hl. Pfinztag) 1478³⁹⁾.

König Heinrich VII. erlässt auf Begehren der Fürststäbtissin von Zürich folgenden von den Fürsten und Großen des Reiches gebilligten Rechtsspruch: *quod, quicumque feudum suum a domino feudi sive feudatario ad annum et diem recipere vel requirere neglexerit, ex tunc feudum ad dominum feudi revertatur et de ipso habeat licentiam et liberam facultatem ordinandi sive disponendi pro sue arbitrio voluntatis*^{39a)}.

Ein berner Urteil vom 1. Christmonat (Freitag nach Andree) 1469⁴⁰⁾ bestimmt:

daß alle die, so von m. G. H. Belehnet werend, als dick sich Handt enderte, solch Lehen Indert Jars frist empfachen, die eigenthumlich von stuck zû stuck nemmen, vnd widerbrieff darin sy solich Lehen stellen vnd darumb geben söllend, vndt welche auch von m. g. H. oder fonderen personen, so der Lehenherren Oberherren sind, empfachen, dieselben Empfacher so von minen Herren, oder andern, als vor staht, empfangen hand, mögen auch den andern Personen leichen, Vnd mögend dann dieselben Personen, so von denen, die m. H. gelichen hettend, fürer nieman mehr leichen, Also dz ein Jegliches Lehen nit mee noch fürer, dann bis an die dritte handt gelichen werde. Wer dawider handelt, kommt um sein Lehen.

³⁹⁾ Bruckner, Versuch einer Beschreibung historischer und natürlicher Merkwürdigkeiten der Landschaft Basel 2036; Soloturner Wochenblatt 1821, 100 f; 1823, 185.

^{39a)} Urk. Hagenau, 6. Weinmonat 1234; Zürcher UB I, 365 Nr. 494. Ein ferneres Beispiel wird erzählt in Geschfrd. II, 150; vgl. dazu Geschfrd. XLIII, 220; Öchsli, Anfänge 139 f.

⁴⁰⁾ Ähnlich ein zweites Urteil vom selben Tage; beide im St.-A. Bern: Groß Mannlehen Urbar 1. Blatt.

Das bernische Recht gewährt den Töchtern nur ganz subsidiär ein Erbrecht in Lehen: BGS 1615 II, VI, 1 und II, XIII, 2 berufen die Söhne und den Mannsstamm, immerhin gegen Entschädigung; was geschehen soll, wenn der Mannsstamm ausgestorben ist, wird nicht normirt; BGS 1762 I, XL, 2 und I, XLVI, 5 enthalten die nämlichen Sätze wie BGS 1615; dagegen bestimmt I, XLVI, 6, dass in Ermanglung des Mannsstammes Mutter, Töchter oder Schwestern erben sollen, wer der nächste Erbe sein wird, « aber weilen der weibliche Stamm derselben sonst nicht fähig seyn soll, bezahlen sie dafür den Ehr-Schatz zweyfach ».

Seit dem Anfang des XVII. Jahrhunderts hatte der Rat besonders gegen die Zerstückelung der Lehen anzukämpfen; aus der Reihe darüber erlassener Mandate hebe ich aus dem Mandat an alle deutschen Amtleute vom 29. Wintermonat/9. Christmonat 1614 folgendes hervor⁴¹⁾:

Die allgemeinen Lechenrecht der gütteren, vnd deßwegen von altem har vffgerichtete vrbar gebendt Jeder menniglich ein grundtlichen bericht, das Je vnd allwegen die Herren, denen die gütter eigenthumlich mitt grund vnd boden zugehört hand, föllliche Ire gütter nach Irem belieben vnd gefallen annderen biderbenlütthen zebuwen hingeben vnd gelychen vmb ein gebürlichen Järlichen ewigen Bodenzinß, mitt fölllicher erlütterung, das sy daruff die Eigenschafft haben, vnd deßwegen grundtherren verblyben föllindt; Damit aber die landt- vnd lechenlütth föllliche gütter wol In ehren vnd buw erhalten, vnd hiemit wol by huß vnd heimbd blyben, vnd darneben die Herrschafftrecht ab den gütteren, dem Herren der Eigenschafft endtrichten mögindt, Habendt föllliche grundtherren die Kummlichen gütter an holtz vnd veld, acher vnd Matten, dergestalt nach beschaffner gelegenheit vnder einem lächen zusammen gethan, das sy vermeint der lechenman werde föllliche gütter samptlich wol erbuwen sich selbs ehrlich ernehren, vnd die Herrschafftrechte vßrichten mögen, vnd vff das endt hin Ist von Inen, als den alten verftendigen gantz wyßlich vnd

⁴¹⁾ St.-A. Bern: Mandatenbuch IV, 270 f; ein ähnliches Mandat erging bereits wieder unterm 13./23. Hornung 1620, eodem IV, 620 ff.

allem landt zû güttem gsetzt, vnd In den lächenrechten vnd vrbaren Ingfchryben ouch ein heittere Satzung gemacht worden das söllliche lechengütter von dem lechenman ohne gunft vnd wüßen fynes grund vnd zinßherren keines wegs söllendt geschwecht, von einanderen zertrennt vnd zerstücklet werden, In anfechen wann söllliches geschicht ein Stuck hie das annder dort, bald einem die Matten, dem annderen der wald, dem dritten vnd vierten der ein vnd annder Acher von dem Lächengüt vermercket, vertuschet vnd verkoufft wirt, der lechenman den zug nitt mehr erhalten, vil weniger das güt erbuwen, Syn wyb vnd Khind ernehren, vnd den schuldigen zinß vnd lächenrecht endtrichten kan, da dann vß einer gütten hußhaltung vil arme vnd zertrennte hußhaltungen vnd deßwegen gantze landtsarmüt entsprungen — — — Als habendt wir hieruff — — erkannt, vnd gepietten allen denjenigen so vnser lechengütter besitzendt by Confiscation vnd verlurft derselben das fy fürohin sölllicher schwachung vnd zerstücklung der lächengütern sich gentzlich müßigen, — — — dieselben vnzertrennt by einanderen behalten, vnd In güttem buw erhalten söllndt, dann wir fürohin nitt gesinnet einiche derglichen zerstücklung zugestatten, Sonnders werdendt alles das merckten, tuschen, verkouffen vnd verpflichtung, dardurch die lechengütter zerstücklet werdendt endtkrefftigen, vnd mitt den gütteren nach lehensrecht handeln. — —

§ 23. D. Nachfolge in Hofgüter.

I. Ursprünglich trat beim Tode eines Hofgenossen Heimfall seines Vermögens an den Grundherrn ein:

Schwsp W 30: ververt ez (sc. daz mensche daz an ein gotes hûs ze zinse hœret) âne geschefte, ez (sc. fin guot) ist gar des gotshûses, wan daz man dâ von fol gelten.

Abweichungen von diesem Grundsatz erscheinen durchaus als Gnade des Grundherrn; besondere Festsetzung des Erbrechts fand nament-

lich im Falle der *precaria oblata* statt, wenn der landrechtliche Eigentümer sein Gut an einen Herrn aufgab und wieder von ihm empfing.

II. Die spätern Rechte unterscheiden die beiden Fälle, dass der Hofhörige mit oder ohne Leibeserben stirbt.

A. Sind keine Leibeserben vorhanden, fällt der ganze Nachlass an den Grundherrn.

Hofrotel von Köllikon 1400¹⁾: Es fol ein probst all gotshus lüt von sant Gallen, die in den hof ze Köllikon hörent vnd ân elich liberben sterbent, genzlich erben.

B. Sind eheliche Leibeserben vorhanden, erhalten sie grundsätzlich ein Erbrecht. Wichtig ist dabei die Scheidung des Nachlasses in die drei Komplexe Erbe, Heergewäte und Gerade.

a) vom Gute selbst ist eine Handänderungsgebühr zu entrichten (in *mutatione manus*) und zwar bald, so sich die Hand verwandelt des Leihenden halb, bald so sie sich wandelt des Empfangenden halb²⁾ oder wenn die obere oder die untere Hand sich ändert³⁾. Für den ersten Fall, die obere Hand, stehen mir keine Beweisstellen zu Gebote; er kommt hier übrigens auch nicht in Betracht. — Die Leistung trägt den Charakter einer Reallast, belastet also nicht die Person des Zinsmannes, sondern das Gut; der gewöhnliche Name dafür ist *Eherschatz*, mlat. *laudemium*⁴⁾.

¹⁾ Arg. IV, 301; Köllikon war ein Dinghof des Klosters S. Gallen.

²⁾ Heusler, Inst. II, 183.

³⁾ Arg. IX, 14⁴. Die Eherschatzentrichtung entspricht der Lebensmütung.

⁴⁾ Litteratur: 1) Ducange, *Glossarium mediae et infimae Latinitatis* s. vv. a) *laudes*, *lauda*, *laudia*, *laudium*, *laudum*, *laodium*; b) *laudemia*, *laudemium*, *laudimia*, *laudaminium*, *laudeminia*, *laudimium*; c) *intragium*, *intrarium*; d) *relevium*, *releyum*, *relevare feudum*. Die erste Kategorie von Benennungen ist gebildet vom lat. Stamm *laud*, die zweite nach dem Gesetz der romanischen Sprachen vom Akkusativ (vgl. *senior* = *fleur*, *seniorem* = *seigneur*); altfrz. Bezeichnung ist *louz*, später *relief*, gebildet aus den Wörtern der vierten Kategorie; 2) Stobbe, *Handbuch* II, 535, 539 § 136 III und dort Zitierte; 3) Grimm, *Wörterbuch* III, 954: — — — die richtige Bedeutung entsprang vielleicht aus *herfchatz* und gemahnt an *hergewaete*, *herfchilling* u. s. w. Diese Ableitung ist unrichtig; ahd. *êra*, mhd. *êre* (vgl. *Lexer*, mhd. Wb. s. v.), sowohl Ehrerbietung, Verehrung, als Ansehen, Gewalt des Gebieters bedeutend, ist der erste Teil des Wortes: es ist die Anerkennung der Herrschaft des Grundherrn damit ausgedrückt; dem Grundherrn muss eine « Verehrung » (*honorarium*) bezahlt werden, wie wir heute noch in unserm argauer Dialekt vielfach von « Verehrig » sprechen, wenn der Ausdruck Geschenk vermieden werden soll. Belege: vnd fwenne es sich wandelt, so geben wir ime vnd sinen erben vier

Ofn. Wettingen Arg. IV, 251: Allü vnferi güeter gend erfchatz nachdem vnd man an vnferem gotzhus finden mag, aber ân gnad ist von zehen pfund ein pfund ze erfchatz; dz ist von alter harkomen.

Der Ehrschatz war den Bauern eine sehr lästige Abgabe; in ihren Beschwerdepunkten kehrt die Abschaffung desselben regelmäßig wieder.

Beschwerden der lenzburger Grafschaftsleute: Zum vierden habend sy ein merckliche beschwården gegen den herren von münster vnnnd ettlichen von der Erfchatzen wegen, begärend Inen die verhelffen abzethünd⁵⁾).

Für das Erbe gilt ein Vorzugsrecht der Söhne unter gänzlichem Ausschluss der Töchter:

A R Merenschwand 1622: an Gotteshausgütern sollen nach des Vaters Absterben die Töchter, wie an Harnisch und Ge-

cappen ze eran, Urk. v. 25. Weinmonat 1325, Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins ed. Mone XII, 451; vnd ze eran zwen cappen, so es sich wandelt, Urk. v. 23. Brachmonat 1326, eodem XII, 453. Belege für den Ausdruck honorarium, den Ducange in dieser Bedeutung noch nicht kennt: nomine honorarii quod vulgo sonat ein ersatz, Geschfrd. XXXII, 194; de qua area in singulis manus mutacionibus datur j libra den. ufualis monete nomine onerari siue arre, Geschfrd. XXXIV, 326; honorario seu arra ejusdem decime dioto cellario dumtaxat pertinente, ibidem 334. Statt honorarium wird vielfach onerarium geschrieben; man scheint das Wort in Verkennung seiner ursprünglichen Bedeutung vom Standpunkt der Belastung durch die Abgabe aus mit onus, onerare zusammengebracht zu haben, da nicht blos die Aspiration fehlt, was häufig vorkommt, sondern auch der Vokal verändert ist. Arrha, für Ehrschatz auch sonst noch vorkommend (Geschfrd. XXIII, 268—270, wo überall arra zu lesen ist statt argento; XXIV, 104), merkwürdiger Weise aber meines Wissens nur in den Urbarien der Stift Beromünster, stammt eigentlich aus dem Phönikischen und Hebräischen (אַרְחָה Gen. XXXVIII, 17, 18, 20 cf. אֶרְחָה Prov. 17, 18), ging dann als Kunstaussdruck des Handels in's Griechische (ἀρῥάβων) und in's Lateinische über (arrhabo, arrha), hat aber sonst eine ganz andere Bedeutung (vgl. Gesenius, hebr. WB.; Schulin, röm. Rechtsgeschichte 372 ff.); 4) Th. v. Liebenau im Anzeiger für schweiz. Geschichte 1878, S. 20; 5) Geschfrd. an vielen Stellen, z. B. I, 252 f; XXI, 114, 116; XXII, 221 f; XXV, 328; XXVI, 82 f; XXVII, 221 f; XXVIII, 289; XXXIII, 77 f; namentlich XXXV, 285 ff (Abhandlung von Brandstetter); 6) Zeitschrift f. Gesch. d. Oberrheins IV, 476, V, 129 ff, 257 ff, 388; namentlich auch 7) Estermann, Geschichte der Pfarrei Neudorf (Heimatskunde für den Kanton Luzern III) S. 244 ff; 8) Arg. I, 39; II, 111, 210; III, 144, 150, 347; IV, 130, 235; IX, 14, 40; 9) Blumer, RG I, 164, 247, 305; 10) Segesser, RG I, 43 ff; 11) Arnold, Geschichte des Eigentums in den deutschen Städten 73 ff, 290 f; 12) Eidg. Abschiede an zahlreichen Stellen, s. Register.

⁵⁾ St.-A. Bern: Unnütze Papiere VII, Nr. 99; ich setze die datumlose Urkunde in die Jahre 1525—1530.

wehr, keinen Teil haben, sondern die Söhne allein zu Erbe gehen. Sind aber keine Söhne vorhanden, dann erben die Töchter.

Wenn Frauen zur Erbfolge kommen, müssen sie, wie es scheint, verheuratet sein:

Form. Alam. No. 25. (Mitteilungen der antiquarischen Gesellschaft in Zürich VII): quod si eadem orphana ejus ad nubilem pervenerit aetatem et legitimo viro nupserit, licentiam habeat redimendi.

Der Mann hätte hier eine analoge Stellung und Aufgabe wie der Lehenstrager.

b) vom Viehstand ist das beste Haupt zu entrichten; Heergewäte und Gerade fällt entweder ganz dem Herrn heim, oder doch je das beste Stück davon; dabei wird vielfach darauf gesehen, ob die Kinder « beraten oder unberaten » sind.

Ofn. von Tettingen (Grimm WTI, 303): Man sol och wissen wa ein gotzhusman abtirbet, vnd vmberaten knaben lat, da nimt daz gotzhus nicht wan daz beste höpt, ist, daz er sin genössin ze der e hät, were aber, daz er enkein vmbraten knaben lieffi, so nimt daz gotzhus wät vnd waffen, waz zu sinem lib gehöret vnd daz beste höpt.

Och sol man wissen, wan ein gotzhus wib abtirbet âne vmberaten tochteran, so sol das gotzhus nemen daz beft gewant, als si ze der kilchen gat, vnd ist och dem gotzhus das beste bette geuallen, vnd sol es aber der man haben vntz an sinen tod, er endere sich denne.

Ofn. Wettingen Arg. IV, 251: Wir sollent von einer frawen den val nemen; ira beftes gewant, als fy ze kilchen vnd ze markt gat, vnd ein bett, als fy ze nacht lit vngevarlich; hat fy aber ein töchterli, dz nit ufzgestürt ist, dieselb tochter soll denselben val erben, von vnrem gotzhus vngefümt; hat fy aber ein tochter oder me, die beraten sind oder ufzgestürt, die hant mit demselben val nit ze schaffen, vnd sollent wir die frawen vallen als vorgeschriben stat von denselben ufzgestürten töchteren vngefümt⁶⁾.

⁶⁾ Ebenso Ofn. Wetting. Arg. IV, 258 f.

Die Abgabe wird Fall oder Geläße genannt (mortuarium)⁷⁾.
Der Fall kommt vor:

a) entweder schlechtweg als Folge der Hörigkeit:

Ofn. Hermetswil Arg. IV, 241: des gotshufes eigen mann vnd wib, die weder erb noch lechen von dem gotshus hand, so die absterbent, so soll man von inen ze fall geben das best gewand, als fy zer kilchen vnd ze merkt gangen sint.

ß) oder er ist zu einer Art Ehrschatz, ja zu einer grundzins-ähnlichen Abgabe vom Gute geworden:

Ofn. von Dottikon, Art. 6⁸⁾: Wer des gotzhûs gûter inne hat sibem schûch lang oder breit, so in disen dinghof gehörent, oder darüber, die sint dem gotzhûs fällig.

Art. 7. von dem erbe git man dz beste hôpt, dz den herd bûwet, ze val, vnd von dem lehen dz beste ân eines, vnd die välle, die in der kilchhöre gevalent, die sol man wëren von dem grab in den hof ze tottikon, vnd aber ûßwendig der kilchhöri jnnwendig sibem nähten. vnd wa dz nit beschiht, da sol vnd mag dz gotzhûs söliche gûter in sine gewalt ziehen.

Ofn. Hermetswil Arg. IV, 241⁹⁾: die gûter, die des gotzhufes eigen sind vnd des mannes erb oder lechen, die sechs pfenning geltend oder me, die sind dem gotzhus fällig, vnd git (er) von dem erb das best haupt, von dem lechen das best ân eins; hett er aber erb vnd lechen, so git er das best vnd hett gefallet.

Leben die Geschwister in Gemeinderschaft mit einander, wird der Fall beim Abgang des ältesten entrichtet:

Ofn. Lunkhofen Art. 11¹⁰⁾: vnd wërent ouch sechs kind in eim hûsz minder oder mê, so sol iedez eltift manfznamen

7) Litteratur: Ducange s. vv. mortuarium, mortuagium; Grimm, WB s. v. Fall; Geschfrd. I, 257; VI, 67; XXII, 81, 221; XXVII, 125, 134, 147, 242 ff; XXVIII, 289; XXX, 29; XXXIII, 61 f, 78 f; XXXV, 31, 36 f; Arg. II, 111, 208, 210; IV, 319; IX, 30; Estermann, a. O. 242 ff; eidg. Abschiede an vielen Stellen, z. B. III, 1, 280 b, 410 g, 411 l, 427 b, 431 o, 434, 445 d, 463 k; III, 2, 104 r, 575 q; VII, 2, 839, 893. Eine Urk. v. 17. März 1238 spricht von capitale quod uulgo dicitur val, Geschfrd. II, 161 f; eine andere v. 1238 von morticinum, Zürcher UB II, 19.

8) Arg. IX, 40.

9) cf. Arg. II, 111, 132.

10) Ebenso Ofn. Wettingen Arg. IV, 253.

enphachen vnd den andren vortragen vnſchädlich, vnd ſol denn ſelber kinden keines vallen denne dz eltſt, daz ouch enphan- gen hat.

Die mehreren Erben erſtatten ihn gemeinſchaftlich:

Stdtr. Kaiſerſtuhl Art. 5: ob auch von deß verſtorbnen Vatterß, oder Muter wegen einen leibfahl zu richten wäre, den ſollen die Erben inßgemein abſtatten.

Oft iſt den Erben die beſondere Vergünstigung gewährt, daß ſie den Fall löſen können und zwar um den dritten Pfenning näher:

Offnung des Dinghofes Elfingen ca. 1322, Art. 6¹¹⁾: wa ouch ieman in dem hofe ſtirbet, da ſol der banwart zügân vnd ſol dz beſte höpt nemen, ân eines, vnd ſol das vor der liche üßfüren vff den hof, vnd ſol denn darzû nemen der keller zwêne hüber vnd einen ſchüpeßer, die ſönt denn dz höpt ſchätzen, weſſ es wert fyge. vnd wenne es geſchätzen iſt, denn ſo ſol man es den erben des dritten teiles näher ze löſen geben, denn es geſchätzt iſt. vnd damitte ſo hânt ouch denn die erben dz gût, ſo der abgegangen geläßen hett, verſchatzet vnd vervallet. doch ſöllent ſy es von einem hofmeiſter enphachen vnd ſich läßen in dz zinsbüche ſchriben.

Auch der Fall war ſehr läſtig und mußte namentlich drückend werden, wenn raſch nach einander mehrere Todesfälle erfolgten. Darum klagten auch die Graſchaftsleute von Lenzburg zu Anfang des XVI. Jahrhunderts:

ſy vermeinend mit dem val beſchwert ſin ſo doch der merteil Lantſchaften In vnſerer gnädigen herren gebieten den nütt gebend¹²⁾).

III. Im XV. Jahrhundert gelangen mangels Leibeserben die nächſten Blutsverwandten zum Erbe, oft bloß in das liegende Gut, während der Grundherr das übrige für ſich bezieht. Anderſeits kann das Recht des Herrn ſo abgeſchwächt ſein, daß in Ermang-

¹¹⁾ Arg. IX, 11; ebenſo Ofn. Wett. Arg. IV, 251 und Ofn. Lunkhofen Art. 10, Arg. II, 132 f.

¹²⁾ St.-A. Bern: Unnütze Papiere VII Nr. 99. Vgl. Anm. 5.

lung von Blutsverwandten die nächsten Nachbarn das Gut erhalten¹³⁾. Aus argauischen Quellen kann ich letzteres jedoch nicht belegen. Nach dem Hofrecht von Lunkhofen fallen « verlegene Güter » an den Herrn zurück.¹⁴⁾

IV. Gemeinderschaftsverhältnisse wirkten modifizierend ein, indem bei unbeerbtem Hinschied eines Gemeinders Akkreszenz eintrat. Das Recht des Grundherrn beschränkte sich dann auf den Todfall, wenn das Haupt der Haushaltung starb. Verwandtschaft und gemeinsame Haushaltung zusammen schließen also das Recht des Herrn aus, während er abgeteilten Kindern vorgeht.¹⁵⁾

V. Das Erbrecht ist beschränkt auf die Hofgenossen; Erfordernis der Erbenqualität ist daher die Geburt aus einer Genossenehe.

Ofn. von Münster: Wär aber daz einer absturbe, der sinen vngenossen genomen hetti, vnd im es ein probst nit erlobet hetti, den sol ein probst vnd ein vogt gelich erben, was er lat.¹⁶⁾

Urk. v. 22. April 1277¹⁷⁾. Zwischen Albrecht und Hartman, Grafen von Habsburg und Kiburg, und Abt und Konvent von Wettingen hatte sich Streit erhoben super fuceffione bonorum bone memorie Vlrici quondam dicti Herberger ferui Monasterij prenotati, cuius bona occasione liberorum dicti Vlrici vendicabamus eo quod nostra (der Grafen) mancipia existerent, prefatis Abbate et Conuentu in contrarium asserentibus et dicentibus quod secundum generalem terre consuetudinem bona ferui, qui cum ancilla contraxit aliena, debere pertinere ad dominum ferui contrahentis, nec posse transire ad liberos eiusdem. Urteil: ut prefati Abbas et Conuentus dimidiam partem vniuerforum bonorum mobilium et immobilium sepedicti

¹³⁾ Öffnung von Brütten: é das min herr von Einsfiden erbt, so sol é sin nechster nachgepur erben. vnd wer das im zwe also fessen, das die stöffig werind, so sol man messen mit einer schnur vnd weder im den der allernecht ist, der sol in erben vor minem herren von Einsfiden. Ähnlich Ofn. v. Kloten, Wiesendangen, Wald, bei Bluntschli, R G I, 310, 300; vgl. Heusler, Inst. II, 616³.

¹⁴⁾ Arg. II, 134, Art. 14, 144.

¹⁵⁾ Vgl. Ofnn. Wett. in Arg. IV, 237 f, 238 f.

¹⁶⁾ Meine Geschichte der Ritter von Rinach 158.

¹⁷⁾ Kopp, Bünde II, 1, 731 f.

VI. habere debeant, pueris vero eiusdem dimidia parte residua remanente.

Weniger streng ist die Öffnung von Tettingen:

hat der gotzhusman sin vngenöffin, so nimt datz gotzhus in dem varnden gut die zwen teil vnd belibt der fröwen vnd den kinden der dritte teil.

Den Folgen der Ungenossenehen zu wehren, schlossen die Grundherren oft Verträge ab, wodurch sie ihren Hörigen die Heuraten unter einander gestatteten¹⁸⁾.

VI. Im übrigen ist die Erbfolge nach Hofrecht derjenigen nach Landrecht analog¹⁹⁾; das Interesse des Herrn wirkte nur noch in höherem Maße auf die Ausbildung des Minorates hin²⁰⁾.

II. Die außereheliche Verwandtschaft.*)

§ 24. A. Aktive Erbfähigkeit der außerehelichen Kinder.

I. Unehelich sind diejenigen Kinder, die « vor ir rehten zît » nach Eingehung der Ehe oder « nâch ir rehten zît » nach Lösung derselben¹⁾ oder überhaupt « außerhalb Ehelicher Vermählung gebohren »²⁾ werden. Die « rechte Zeit » bestimmt Schwsp W 37:

¹⁸⁾ Beispiele finden sich in meiner Geschichte der Ritter von Rinach 59, 91, 93 f; Zürcher Urkundenbuch I, 297.

¹⁹⁾ Vgl. Arg. II, 143 f, oben § 2.

²⁰⁾ Vgl. Stobbe, Handbuch V, 386 f, 389 f.

*) Jost Weber, das Recht der unehelichen Geburt in der Schweiz, Zürich 1860, S. 108—130.

¹⁾ Schwsp W 37. Der Kommentar zu BGS 1615 II, IV, 8 zählt nicht zu den Unehelichen: 1. diejenigen, welche von personen gebohren, bey denen ein gesatzmeßige Versprechung vorgegangen, wan schon der Kirchgang nit erfolgt; 2. deren Elteren sich hernach verheyrahtet, wan schon hievor kein Versprechung geschehen; 3. die hernach von dem Competirlichen richter legitimirt worden. — Von Wiedertäufern eingesegete Ehen waren ungültig, die daraus entsprossenen Kinder also unehelich. Vgl. § 10 Anm. 20.

²⁾ Stadtrecht von Kaiserstuhl Art. 7.

sint diu degenkint, sô sol man ir zal reiten ze dem minsten ein unde vierzic wochen (diu eine woche ist in ze gnâden dar zuo gegeben); den meidelinen âne eine vierzic wochen.

Aus einer Putativehe entsprossene Kinder stehen den ehelichen gleich:

Schwsp W 236 L 287: swer wip zer ê nimet, unde bi der ze unrêhte sizet mit unwizende: swaz er kint bi ir gewinnet, daz sint doch êkint; unde daz si treit als si gescheiden werdent, daz sint ouch êkint; unde erbent vater unde muoter guot mit rehte.

II. Nach dem alten strengen Rechte besaßen Uneheliche weder aktive noch passive Erbfähigkeit. Der Satz des R. Rs., wonach sie der Mutter und ihren Verwandten gegenüber den ehelichen Kindern gleichstehen³⁾, war dem deutschen Rechte völlig unbekannt. Si erbent ires vater guotes niht; si erbent ouch irre muoter guotes niht, Schwsp W 37, noch dekaines ir vordern guotes, Schwsp W 346.

III. Der Grund hievon ist darin zu suchen, dass der Makel der Geburt, der auf ihnen lastete, sie die Standesrechte nicht ausüben ließ⁴⁾; insofern stehen sie den unehrlichen Leuten gleich, denn der Rechtlose hat überhaupt keine Ehre⁵⁾.

IV. Der Grundsatz der aktiven Erbunfähigkeit erhielt sich auch in den spätern Rechten⁶⁾. Doch war gestattet, den unehelichen Kindern durch letztwillige Verfügung etwas zukommen zu lassen.

³⁾ 12, 4, 8 D. unde cognati 38, 8; § 7 J. de SC. Tert. 3, 3; § 3 J. de SC. Orf. 3, 4.

⁴⁾ cf. Ssp I 38 § 1, III 45; Schwsp W 38 L 41; vgl. auch Stobbe, Handbch. V, 145².

⁵⁾ LR Lenzbg. II 1, fol. 17 (arauer Ms.) spricht von ehrlichen Kindern; vgl. dazu: zur Uehe sitzen abwechselnd mit zur Unehre sitzen = im Konkubinat leben; wâ die frouw ir êr übertrifft (Ehebruch begeht), die fol gar vnd genzlich von ir gemâche sin, Hofrotel von Holderbank Arg. IV, 310 f; die Erlichen Tochter Elichen versorgen, Missiv des Rates von Bern vom 12. Brachmonat 1479, St.-A. Bern: Teutsch Missivenbuch D 258^b; ein Haus ohne Gerechtigkeit — Ehehafte — heist ein ohnehrlliche Haushofstatt, Ofn. v. Hermetswil 1691; uneheliche Hofstatt in Hitzkirch 1608. Vgl. S Idiot. I Sp. 7—10, 391; Segesser, RG II, 435, 630; Osenbrüggen, Studien zur dtsh. und schweiz. RG 123. Ich möchte auch hierherziehen den Namen Ehrlosen (= ehelos, frei von Ehehaften) eines Bergzuges und Waldes in meinem Heimattale, vgl. jedoch Brandstetter in Geschfrd. XLII, 201.

⁶⁾ BG 8 1539 S. 80, fol. 94^a Ms. m.; 1615 II, VI, 8; 1762 I, XLV, 1: Alle Uneheliche, oder die ausser der Ehe erzeugt worden, können, weder

Abweichende Bestimmungen hat einzig das Stadtrecht von Kaiserstuhl:

Art. 7. diweyl zu zeiten außerhalb Ehelicher Vermählung auch Kind gebohren werden, soll von denselben solche Ordnung gesetzt seyn. Wan Kind, eß seyn Knaben, oder Töchtern von perfohren, so beyderseithß ledigen Standtß, und zur zeit der vermischung nit im Ehelichen Stand gewesen, aber ein anderen zur Ehe haben können, gebohren werden, sollen dise ledig erzeugte Kinder, so keine andere Eheliche Kind in vor- oder nachgehender Ehe erzeugt; und verhanden, von Ihreß Vatters Gut den dritten Theil erben, und nemmen, der Mutter verlassenschaft aber, soll diesem ledigen Kind, nach gestaltsambe deß gutß, und der sache, und nach Erkantnuß Vogt, Schultheiß, und Rathß ganz gehören: Wan eß aber zu erstgedachter erkantnuß gerathen solte, so solle solchem ledigem Kind dabey zum wenigsten der dritte Theil seiner Mutter verlassenschaft zugesprochen werden. So aber von dem Vatter, oder Mutter in Könfftiger Ehe Eheliche Kinder erzeugt werden, oder von vorgehender Ehe Kinder, oder Kindtß Kinder verhanden seyn möchten, und der Vatter, oder die Mutter diesem ledigen Kind (welcheß Sye biß zu Ihren Jahren daß muß, und brodt gwinnen mag, erziehen, und so möglich, handtwerkh lehren lassen sollen) nichtß vermacht, oder verschafft hätten, alß dan soll bey Vogt, Schultheiß und Rath gutachten, und Erkantnuß stehen diesem ledigen Kind nach gestaltsambe haab, und gutß zu ordnen, und zegeben.

V. Dagegen beerbt nach späterem Recht ein unehelicher Vater seine ehelichen Kinder⁷⁾, die uneheliche Mutter dagegen ist ausgeschlossen⁸⁾.

Testamentlich, noch auch ohne Gemächt, etwas erben, von wem es immer seyn möchte: Sach wäre dann, dass sie solche Erbens-Fähigkeit von Unserem Rath, aus sonderbaren Gnaden, ausdrücklich erworben und erhalten hätten. Ferner AGS 46; ZGS 94; Br S fol. 70^b und 71a. ER Lenzbg. S. VIII; Ofn. Hermetswil S. VIII. Die Chorherren in Beromünster durften aber nach einer Verordnung des Nuntius Octavio Paravicini vom Hornung 1588 nicht zu Gunsten ihrer unehelichen Kinder testiren. Weber, a O. 127⁵¹.

⁷⁾ ATO Muri Art. 3; ATO Boswil Art. 3; AR n fr A Art. 9; AR Bettwil p. 10; Ofn. Bünzen Art. 18.

⁸⁾ AR n fr A Art. 10.

VI. Ehehche Kinder Unehelicher erben auch nicht an ihres unehelichen Elternteils Statt⁹⁾; dieser kann auch kein Erbe vermitteln.

§ 25. B. Passive Erbfähigkeit der außer- ehelichen Kinder.

I. Bezüglich der Beerbung eines Unehelichen galt der Grundsatz, dass sein Nachlass als erbloses Gut an den Fiskus falle¹⁾: Bastardrecht, droit de bâtardise.

II. Das spätere Recht aber gewährte ehelichen Kindern eines Unehelichen das Erbrecht in ihrer Eltern Gut « von der Ehe wëgen »²⁾, sie erbten also die Eltern, als ob dieselben ehelich geboren wären; immerhin konnte ihnen kein Erbe anfallen, das durch den unehelichen Elternteil vermittelt worden wäre³⁾.

III. Für den Fall der Beerbung unehelicher Geschwister mangeln positive Bestimmungen⁴⁾.

⁹⁾ AGS 46; BGS 1539 S. 80, fol. 94^a Ms. m., 1762 I, XLV, 2; wol aber erben sie an Stelle des ehelichen Elternteils. Schwsp W 38 L 41, s. die Stelle in § 26, 4. Dazu Seelig, a. O. 30 f.

¹⁾ Urb. Bad. Art. 70, 74; sog. Halwiler Vertrag v. 10. Hornung 1504, Spruchbuch d. ob. Gew. Q 557; Ofn. Hermetswil vor 1415, Arg. IV, 241; Ofn. Muri 1413, Arg. IV, 294; BGS 1539 S. 80, fol. 94^a Ms. m., 1615 II, VI, 8; AGS 46; ZGS 94; ein Beispiel aus dem XVI. Jahrhundert: Tagsatzungsabschied von Bremgarten, 12. Herbstmonat 1541: Ulrich Hagenwyler, Leutpriester zu Baden, war von unehelicher Geburt, — wie ordinirt? — deshalb hätten die VIII Orte als Obrigkeit den Nachlass desselben dereinst an sich ziehen können. Da aber Ulrich Hagenwyler sich bei diesen gefährlichen Zeiten sehr verständig und zu großem Nutzen und Wohlfahrt der Seelen derer von Baden benommen, auch sonst sich ehrlich, ehrbar, priesterlich und wol gehalten, wird er, damit er auch ferner in geneigtem und gutem Willen verharre, von der genannten Erbgerechtigkeit befreit, so dass er mit gegenwärtigem und künftigem Vermögen, liegendem und fahrendem, schaffen, walten und handeln kann nach seinem Belieben, es sei durch Gott oder Freundschaft und Liebe zu Gunsten seiner Kinder (so!), Freunde und anderer Leute. Eidg. Abschiede IV, 1 d, 70^v. Vgl. dazu Absch. II, 67^a, Stdtbch. Bad. 109 (Arg. I, 57 f.).

²⁾ Ofn. Bünzen Art. 19; Urb. Bad. Art. 74 i. f.; TAG Vilm. Art. 8; AR n fr A Art. 9; AR Bettw. p. 10.

³⁾ Schwsp W 38 L 41, s. die Stelle in § 26, 4; AGS 46; BGS 1539 S. 80, fol. 94^a Ms. m.; dazu Seelig, a. O. 30 f.

⁴⁾ Vgl. Bluntschli, RG I, 469, der die Erbfähigkeit bejaht. Ich halte dafür, dass da, wo uneheliche Kinder keine aktive Erbfähigkeit haben, sich uneheliche Geschwister derselben Eltern nicht beerben können, selbst dann nicht, wenn

§ 26. C. Legitimation.

Der Makel der unehelichen Geburt kann getilgt werden.

1. Schwsp W 42 bespricht die Legitimation durch den Papst oder Kaiser; sie hat aber nicht die Wirkung, daz si ir mäge geben mügen, als ob si ir muoter êkind sin gewesen. gewinnet aber si êkint, diu erbent ir mäge wol, ob si ze êkinden sint gemacht, als hie vor bereit ist.

2. Schwsp W 332 normirt die *legitimitas per subsequens matrimonium*, fügt aber bei: daz widerrette man etwâ ûf werltlichem gerihte: wân die ungelêrten liute wizen dar umbe niht. Schon dies zeigt, dass dieser Legitimationsgrund nicht deutschen Rechtes, sondern aus c. 10,11 C. de nat. lib. V, 27; Nov. 74 pr.; 89 c. 8 entnommen ist¹⁾).

3. Die BGS 1762 I, XLV, 1 behielt dem Rat von Bern die Verleihung der Erbfähigkeit an Uneheliche, die «Freiung», vor; sie war auch nötig zu testamentarischen Verfügungen derselben (eodem Satzg. 4). Die Spruchbücher im Staatsarchiv zu Bern weisen zahlreiche Legitimationen auf. Nur ein Beispiel: Schultheiß und Rat zu Bern freien den natürlichen Sohn des Hans Glaren, Schmieds, von Kulm, sagen ihn ledig und machen ihn gewaltig, seines Vaters Gut, so viel er hinterlassen und ihm zu erben gönnen wird, ferner andere Gülden, die er jetzt hat oder noch bekommen wird, innezuhaben, zu nutzen, zu nießen und andern zu vergaben und zu verordnen, dann vnns ouch von wegen fôlicher fryung vnd ledigfagung vßrichtung vnd abtrag beschechen ist In maffen vnns wol benúgt²⁾).

sie Zwillinge sind, wie Stobbe, a. O. V, 150¹⁸ bemerkt. Vgl. aber für das bündner Recht Z f fch R XXV, 267, wonach hinsichtlich des mütterlichen Vermögens die unehelichen Kinder derselben Mutter sich beerben.

¹⁾ Vgl. § 24 Anm. 1. Das Erbrecht von Kadelburg Art. 10 (Arg. IV, 148) kennt die *legitimitas per subsequens matrimonium* auch; wo ihre Quelle zu suchen, zeigt der Satz: vnehliche kinder seind keine erben desz vatters, aber wol ihrer mueter, doch kann der Vater einem solchen Kind etwas schenken oder vermachen. Wir haben es also mit R. R. zu tun. Vgl. Heusler, Inst. II, 434; Schröder, DRG 694.

²⁾ Urk. v. 7. Christmonat (vigilia Conceptionis marie) 1499, Spruchbuch des obern Gewölbs O 818.

4. Einen eigentümlichen Gedanken führt Schwsp W 38 aus³⁾:
Uneheliche verlieren durch Eingehung einer Ehe die Rechtlosigkeit,
ohne die Erbfähigkeit zu erlangen:

die unêlich geboren sint, die mugen ir reht wider ge-
winnen, ob si êlichiu hygeraete tuon. si erbent aber kein guot
von ir vordern. aber iriu kint erbent wol von iren vordern
[Lesart: vriunden] ir erbguot.

5. In Bern kannte man eine Legitimation durch den «Com-
petirlichen richter»⁴⁾.

³⁾ Vgl. § 24 VI.

⁴⁾ s. § 24 Anm. 1.

3. Hauptstück.

Vollzug der Erbfolge.

§ 27. A. Erbanfall.

I. Das R. R. stellte für die sui heredes ein Prinzip auf¹⁾, das im deutschen Recht für die Erben überhaupt galt und meist mit dem Sprüchwort ausgedrückt wird: der Tote erbt den Lebendigen²⁾. Die französische Übersetzung: *le mort saisit le vif* ist sinnlicher als die deutsche Wendung: der Tote ergreift seinen Erben und setzt ihn an seine Stelle, d. h. sofort mit dem Tode des Erblassers erwirbt der Erbe die Gewere am hinterlassenen Gut. Erbschaftsantritt im Sinn der Erklärung, die deferirte Erbschaft annehmen zu wollen, ist um deswillen dem deutschen Recht fremd, ebenso die Konstruktion der *hereditas iacens*. Wenn der Erbe den Erblasser auch nur um einen Augenblick überlebt und vor der faktischen Besitzergreifung stirbt, vererbt er doch die von ihm ererbte Gewere des Gutes weiter auf seine Erben³⁾. Es ist deshalb auch das Rechtsinstitut der Transmission dem deutschen Recht unbekannt. Diese Kontinuität beim Erbgang wird mit dem technischen Ausdruck «Anfall» bezeichnet⁴⁾.

¹⁾ l. 11 D de liberis 28, 2: in suis heredibus evidentius apparet, continuationem domini eo rem perducere, ut nulla videatur hereditas fuisse, quasi olim hi domini essent, qui etiam vivo patre quodammodo domini existimantur — — itaque post mortem patris non hereditatem percipere videntur, sed magis liberam bonorum administrationem consequuntur — —.

²⁾ mortuus saisit vivum, Kraut, Grundriss § 159 Nr. 3 u. 4; cf. Renaud, die französische Rechtsregel *le mort saisit le vif* in Z f Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes XIX, 99 ff, 279 ff, 376 ff, XX, 55 ff (1847 f); Behrend, Anevang und Erbgewere, Berlin 1885; Heusler, Gewere 172 ff, Inst. II, 559 ff; Stobbe, Handbuch V, 20 ff; Schröder, DRG 669.

³⁾ Es ergibt sich dies aus der Analogie von Ssp I 33 und Verm. Ssp I 30, 1: Sterbet he, den anefal erbet her uf den nesten. Stirbet aber der selbe nesten, den anefal erbet er vort uff den nesten. Vgl. Heusler, Gewere 174.

⁴⁾ Vgl. z. B. Stadtrecht Wintertur-Mellingen III §§ 21–24.

II. Nur an denjenigen Erbschaftssachen erwirbt der Erbe unmittelbar die Gewere, die unangetastet im Nachlass vorhanden sind⁵⁾; befindet sich aber ein Dritter tatsächlich im Besitz von Nachlasssachen, so steht dem Erben die Klage « von erbes wegen » zu^{5a)} und zwar sowol gegen denjenigen, der Erbe zu sein behauptet (pro herede besitzt), als gegen denjenigen, der einfach die Erbenqualität des Klägers bestreitet (pro possessore besitzt). Der Kläger hat seine Erbenqualität zu beweisen, sie bildet wie bei der hereditatis petitio des R. Rs. das Klagfundament⁶⁾. Sind mehrere Erbprätendenten vorhanden, so kann unter Umständen ein eigentümliches possessorisches Vorverfahren Platz greifen, um die Parteirollen zu verteilen. Bemerkenswert ist z. B. folgender Fall:

Vor dem Rat zu Bern erscheint Frau Cäcilia von Rinach, Gemahlin des Schultheißen Rudolf Hofmeister sel.⁷⁾, mit ihrem Vogt eines Teils und andererseits Heinzmann von Scharnachtal mit seinem Sohn und zwei Vettern. Cäcilia lässt vorbringen, wie das ir Sun hanns Rüdolff hofmeister selige ein elichen gemahel Barbara von Raren, des genannten heintzmans von Scharnachtal tochter seligen kind, gehept, By Ir ettwe menig iar In elichem stat nach ordnung der heiligen Cristenheit huß hâblich gefessen. Als die nun beide von todes wegen abgangen sint, tügent Ir die von Scharnachtal In ir gelassen gût Intrag vnd vnderftandent dz zû Iren handen zû ziehen, Da si aber getrûwet zû femlichem Irem gût als ir nächsten vnd rechten erben, Befonder von des wegen, das hanns Rüdolffs seligen gemahel vor Im mit tode abgangen sie, recht zû haben, vnd ôch des nach der Statt recht von Bern des ersten In gewerd gesetzt werden sölle, vnd fast daz hin zum rechten. Darwider heinrich von Scharnachtal durch sinen fursprechen als recht ist antwûrt, wie daz er die genannt Barbara von Raren, finer tochter seligen kind, Hannsen Rüdolffen hofmeister seligen In ettwaz gedingen geben vnd vermehelt habe nach lut

⁵⁾ Heusler, Gewere 182; Laband in kr. VJ XV, 399 ff.

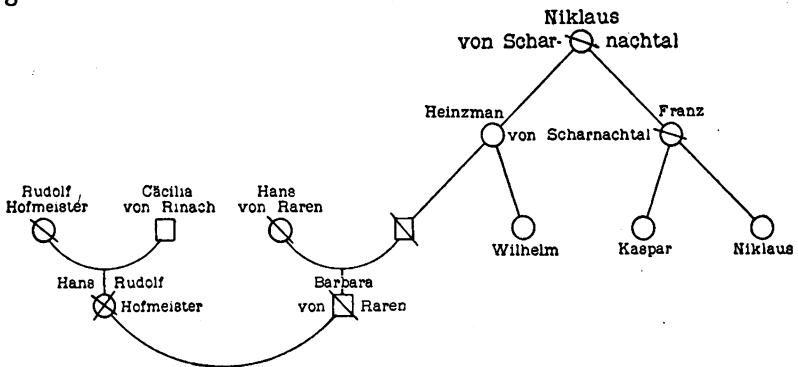
^{5a)} Der Ausdruck findet sich z. B. in Justingers Chronik ed. Studer 238 Kap. 415; Anzeiger f. schweiz. Gesch. 1887 S. 67.

⁶⁾ Vgl. Laband, vermögensrechtliche Klagen 359 ff.; Heusler, Inst. II, 539; Schnell, Handbuch des Civilrechts 411 ff. Schröder, DRG 713.

⁷⁾ Vgl. meine Geschichte der Ritter von Rinach 120 f.

der dingbriefen darüber begriffen; getrüwe óch wenn man die vnd hannsen von Raren, sins tochtermans seligen, ordnung vnd ander sin gewarlsamy verhöre, verftande man eigentlich, das er zú femlichen gút recht habe, vnd die von Rinach des nit Befonder er In gewerd gefetzt werden fólle; vnd habe die frow des gút an zinfem (!) vnd anderm vtzit Ingenomen, fi fólle Im dz wider harus geben. Vnd wenn er also In gewerd gefetzt werde, habe denn die von rinach oder Jeman anders an In vtzit zú fprechen, dem wólle er eins rechten fin; vnd faft das hin zum rechten. Also nach beider teil clage vnd antwurt wart von Räten vnd burgern einhelklich zú recht erkennt vnd gesprochen: Sidmalen vnd hanns Rüdolff selige der von Rinach elicher Sun gewesen ift, Das fi denn billich In gewerd gefetzt werden vnd óch befitzen fólle alles das gút, So der genannt hanns Rüdolff selige vff den tag als er tod vnd lebendig was [gehept hat,] Vnd habe[n] denn die von Scharnachtal oder Jemant anders an fy von des gút wegen vtzit zú fprechen, Das fi denne darum angends eins rechten fin fólle. Vnd also vff femlich vrteil clagt der genant heinrich von Scharnachtal mit fampt finen vettern Casparn vnd Niclaufen von Scharnachtal durch finen fursprechen zú der genanten frow Cecylien von Rinach u. s. w.⁸⁾

Zur Übersicht über die genealogischen Verhältnisse diene folgendes:



⁸⁾ Spruch des Rates von Bern vom 26. Jänner 1453, St.-A. Bern: Spruchbuch des obren Gewölbs D 351 ff.

Im eigentlichen Erbschaftsstreit erhält also die ursprüngliche Klägerin die Beklagtenrolle; sie tat ihre Erbenqualität ab intestato dar, während die ursprünglich Beklagten ex testamento Erben geworden zu sein behaupteten. Ich glaube jedoch nicht, dass die erstere Erwerbsart der Erbschaft allein im Zweifel den Vorzug gehabt und den Besitzstand und damit die Parteistellung entschieden hätte; es ist vielmehr wol zu beachten, dass Cäcilia die Nutzungen des streitigen Gutes bezogen hatte, bis die von Scharnachtal sie darin beeinträchtigten.

Die Erbschaftsklage verjährt nach sächsischem Recht für Mobilien nach Jahr und Tag, für Immobilien aber erst nach dreißig Jahren und darnach Jahr und Tag; dazu kommt, dass der Erbe sich so lange nicht verschweigt, als er sich in ächter Not befindet⁹⁾. Der Schwsp W 31 dagegen behauptet:

daz riche unde die swäbe mugen sich nimmer verfürmen an ir erbe, daz si erziugen mugen,

und weiß sofort ein Geschichtchen zu erzählen, wie die Schwaben dieses Vorrecht erlangt haben sollen. Übrigens stimmt damit überein, was Ssp I 29 von den Nordschwaben berichtet, und unserm Rechte ist in der Tat die dreißigjährige Verjährungsfrist unbekannt¹⁰⁾. Das bernische Recht hat schon frühe für Anbringung der Entwerungsklage eine zehnjährige Frist festgestellt¹¹⁾, ebenso die Öffnung von Bünzen Art. 61^{11a)}; das Hofrecht von Lunkhofen

⁹⁾ cf. Ssp I 28 u. 29.

¹⁰⁾ Vgl. Manuel, Verjährung im bern. Stadtrecht 12. Die 30 Jahre werden erwähnt im Schwsp W 372, einer Stelle, die deswegen nicht beweiskräftig ist, weil sie fast wörtlich dem Ssp abgeschrieben ist.

¹¹⁾ St.-A. Bern: Satzungenbuch R 99; Spruchbuch des obern Gewölbs A 206: Spruch zwischen Arau und dem von Falkenstein der Unehelichen und Fremden wegen, 1420: was lüten der von falkenstein zehen Jar In gewalt vnd gewerde gehebt hat — die selben lüt füllen im beliben. Sprechbch. d. ob. Gew. E 149 ff: Spruch von 1466 zwischen den Erben des Rudolf von Büttikon, wonach jede Ansprache ausgeschlossen ist, wenn man vngeuordert vnd vnbe-kumbert bleibt solang bis das über die Statt vnd landes gewerde komen ist. BGS 1539 S. 60, fol. 79^a Ms. m.; BGS 1615 II, III, 1 u. 2; BGS 1762 I, XXIX, 1 ff. Vgl. aber Stadtrecht von Kolmar: nullus burgenſium debet impeti ab aliquo occasione rei vel boni cuiusvis, quam vel quod per annum et diem poſſidet, ſi impetens intra metas patrie interim exiſtebat. Kopp, Bünde I, 661. Das freiburger Recht hat diese Bestimmung nicht. Vgl. auch § 20.

^{11a)} Arg. IV, 344, vgl. Art. 27, wonach ein Fremder, der aus dem Twing ein Erbe bezieht, dem Gericht genügsame Trostung geben muss, binnen Jahresfrist für die Erbensprachen im Twing Recht zu nehmen. Vgl. Geschfrd. VI, 71.

Art. 10 verlangt für die Erbschaftsklage nün jar vnd zechen lovp-rifen Frist, der Hofrotel von Holderbank dagegen blos, dass man das Erbgut hat drü jar in gewalt vnd in gewêr, vnangeprochen von den lüten.

III. Hinterlässt ein Mann keine Erben, die auf dem Hofe bereits sich befanden, so kann nach seinem Tode der Erbe sofort zu der Witwe auf das Gut fahren kraft der Gewere, die er daran erworben hat. Aber «es soll dem Toten die schuldige Ehre erwiesen, für seine Bestattung, sein Andenken gesorgt werden, zugleich der Trauer der Hinterbliebenen ihr Recht widerfahren. Daher eine Zeit der Stille und Ruhe im Sterbeause, die möglichste Fernhaltung des weltlichen Getriebes, der Belästigung der Familie durch Nachlassgeschäfte. Als der deutschen Auffassung besonders eigen lässt sich dann wol die Scheu vor völliger und plötzlicher Umkehr des Hauswesens bezeichnen. Das Recht des neuen Gebieters wird mit der Rücksicht gegen die Hausgenossen ausgeglichen»¹²⁾. Während der dreißig Tage nach dem Tode des Erblassers, einer Zeit, da noch kirchliche Gedenktage und Totenfeiern stattfinden, soll der Haushalt des Erblassers fortgesetzt werden. Die Witwe hat Anspruch auf Wohnung und Hofspeise und kann vom Erben nicht vom Hofe gewiesen werden; die Diensthofen dürfen nicht vorher entlassen werden, es sei denn gegen Ausbezahlung des vollen Lohnes auch für diese dreißig Tage. Nach dem Dreißigsten erst findet Teilung statt, und die Witwe zieht mit ihrer Gerade ab; der Schwabenspiegler zählt genau auf, was sie an Hofspeise und Hinfahrt zurücklassen muss¹³⁾ 14).

IV. Dem Erben fällt die Erbschaft ipso iure an ganz ohne sein Zutun und seinen Willen. Die Folgen dieses Satzes wären bedenklicher Natur gewesen, wenn nicht eine Paralysisirung darin ge-

¹²⁾ Homeyer, der Dreißigste in den Abhandlungen der berliner Akademie 1864 S. 200. Vgl. auch v. Orelli, das eheliche Güterrecht nach den Rechtsquellen der östlichen Schweiz in Z f sch R III, 1, 101.

¹³⁾ Schwsp W u. L 25, entnommen aus Ssp I 22; herwede des Ssp ist im Schwsp wiedergegeben mit Hinfahrt.

¹⁴⁾ Über die Bedeutung des Dreißigsten im Hofrecht als des Termins, bis zu welchem die Herrschaft für all ihre Ansprüche befriedigt sein muss, vgl. Siegel, der Dreißigste in kr. V J VII, 279 ff und namentlich Hausler, Inst. II, 568. Vgl. auch oben S. 129 Ofn. Dottikon Art. 7, wo der Siebente eine ähnliche Bedeutung hat.

geben worden wäre, dass das Vermögen des Erblassers für seine Schulden ausschließlich aufkommen musste, der Erbe somit höchstens die Mühe der Liquidation hatte. Es ist mir für das Mittelalter kein argauisches Statut bekannt, welches des Verzichts auf die Erbschaft erwähnte, womit jedoch nicht gegeben ist, dass in der zweiten Hälfte dieser Periode ein Verzicht überhaupt nicht möglich gewesen wäre¹⁵⁾. Als aber erst in die Stadtrechte, dann auch in die Statute des Landes der Satz von der unbeschränkten Haftung der Erben für Erbschaftsschulden Eingang fand, wurde den Erben ein Erbverzicht eingeräumt. BGSS 1539 und 1615 sprechen noch nicht ausdrücklich davon, BG S 1762 II, XVI, 1—11 ordnet das *beneficium inventarii* und behandelt dabei das Ausschlagen der Erbschaft als etwas Selbstverständliches, und der Kommentar zu BG S 1615 II, XI, 1 bemerkt:

Under die nohtwendigen Erben werden in hiefigen Landen gerechnet weib und kinder, derenthalben die ordnung vom 15. febr. 1664 will, daß des verstorbenen hausvatters weib und kinder, wan si als nohtwendige Erben nit Erben seyn wollen, sie die Erbschaft alsbald nach deßen begrebnuß vor weisenricht mit übergebung der schlüsslen, und wo es von den gleübigeren oder geltsverordneten begehrt wirdt, mit praestirung des Eyds (oder Eydglübd von den Weibspersonen) daß von der Erbschaft wüßentlich nichts verschlagen oder vereüßeret worden, expreß repudiren und ausschlagen müßind, welches andere namfen den Schlüssel auf den Todtenbaum legen; Zumahlen bey folcher underlaßender repudiation weib und kinder umb die schulden auch ultra vires haereditatis darstehen müßten; gleich als hetten sie die Erbschaft in der that selbstn auf sich genommen.

¹⁵⁾ Ein Erbverzicht kommt z. B. in der Urk. v. 19. Heumonat 1466 vor, St.-A. Bern: Sprechbch. d. ob. Gew. E 149—166, vgl. § 22 zu Anm. 32.

§ 28. B. Erbteilung.

I. Schon wiederholt ist ein Vorrecht der Männer vor den Frauen zur Sprache gekommen, verschieden nach Zeit und Ort, mit der Tendenz, der Gleichberechtigung nach und nach das Feld zu räumen. Wenn es also im Hinblick auf den Geschlechtsunterschied nicht angeht, von gleicher Berechtigung aller zum Nachlass zu sprechen, so ist dies doch in vollstem Maße gerechtfertigt für die Männer sowol, als für die Frauen unter sich. Innerhalb dieser beiden Gruppen erben die mehreren Berechtigten gleichen Grades zu gleichen Teilen¹⁾:

L. Alam. Hloth. XCI. Si quis fratres post mortem patris eorum aliquanti fuerint, dividant porcionem patris eorum: dum haec non fuerit factum, nullus rem suam dissipare faciat usque dum aequaviliter parcient.

Die Teilung geschieht in der Weise, dass entweder der ältere die Teile macht und der jüngere wählt, Kürrecht²⁾:

Schwsp W und L 26: Swâ zwêne oder mër ein guot teilent, dâ fol der eltere teilen, der jüngere welen.

AR Meibg. 75: Wo Brüeder mit einander Hûs, Heim und Güeter ze teilen haben, da söllent's jetlichem ein Teil machen, die sönd glich sin. Denn so mag der Jüngst die Wal nemen in dem ersten Teil. Ist da witer's, so mögend sei's teilen wie sie wellen. Es welte denn einer den andern darvon üßkouffen, das ouch beschechen mag.

76. Wo Töchteren ein Erb teilen und nit Sün da sind, da sönd si die Teil glich mit ein anderen teilen³⁾.

oder so, dass das Los entscheidet:

¹⁾ So Schwsp W u. L 26; Tw AG Vilm. 2, 5; BGS 1539 S. 77 fol. 92^a Ms., m.; BGS 1615 II, VI, 1, XIII, 5; BGS 1762 I, XL, 1—4, XLVI, 10; AGS 43; ZGS 89; BrS fol. 69^b; Stdttr. Kaiserstuhl Art. 1; LR Lenzbg. II 1. 2, fol. 17 und Arg. IV, 207; ER Lenzbg. V; Ofn. Wettingen Arg. IV, 237.

²⁾ Über die Nachteile desselben beim Vorhandensein mehrerer Brüder, indem der älteste mit dem jüngsten zum Nachteil der übrigen kolludiren kann, vgl. Heusler, Inst. II, 569.

³⁾ Arg. IX, 94.

Stdt. Kaiferstuhl Art. 5¹: wan geschwüsterige Ihrer Elteren ligendte Güeter — — in gleiche Theil abgetheilt, sollen alß dan solche Theil in daß looß kommen, und den Erben damit zugefelt werden.

Über das Vorrecht des jüngsten Sohnes oder etwa auch der ältern Tochter auf das väterliche Sässhauss habe ich in § 12 das Nötige ausgeführt; weitere Vorrechte kommen nicht vor, außer dass Schwsp W 26 dem ältesten Sohn das Schwert und ZGS 91 dem jüngsten des Vaters beste Überwehr, « es fye Harnischt oder Musqueten », zuspricht.

Entsteht Streit beim Teilen, so setzt AER Arb. fest:

Vnnd wann sich ein erbfaal zütreydt, deßen sich die brüder schwöfter vnnd schwäger der theilung halb nitt fälbs mitt einander verglychen möchten, So mag die beschwerte parthy einen Herr oberflögt ersüchen, das er mitt den gschwornen fych vff denn gspann vnnd ougenschy verffüge, vnnd by Iren Eiden alle fpänige haab vnnd gütter schetzindt; was dan der fälben schatzung vermögen wirtt, darby sol es gentzlich verblyben, Es werde dann von der hohen oberkeitt anders erkennt.

II. Wenn die Erben Deszendenten des Erblassers sind, so werden sie sehr oft bei seinen Lebzeiten schon eine Zuwendung aus seinem Vermögen erhalten haben. Je nach den Umständen ist dieselbe aufzufassen:

a) als bloßes Geschenk oder in Folge einer Verpflichtung gemachter Aufwand. So sind Kleider, ein Ross, ein Harnisch nicht zu konferiren⁴⁾, ebenso wenig die Erziehungskosten oder die Auslagen der Eltern für das Kind zum Zweck der Erlernung eines Handwerks:

Stdt. Kaiferstuhl 1680 Art. 6^{3 4}: Wan auch ein Vatter Todtß vergangen, etliche aber seine Kinder in währendtem seinem leben muß, und brodt zu gewünnen auferzogen, oder zum Ehelichen stand gebracht, der Kinder aber wären noch einß, oder mehr Jung, und ohnerzogen, die sollen von gemeinem Ihreß Vatterß, und Muter verlaßenschaft nach gestalt-sambe verlaßnen gutß bedacht werden, damit Sye auß gemeinem

⁴⁾ Ssp I 10.

Merz, Intestaterbrecht.

und auß Ihrem allein ererbten gut muß, und brodt zu gewinnen, oder zu Mannbahren Jahren erzogen werden mögen. — —

Wan auch dann ein Vatter seiner Kinderen Einß, oder mehr zu schul thut, oder ein handtwerkh lehren laßt, und also daß Kindt sich seineß Vatterß, und Muter willen beleißt, nichts vergeüß, oder vnnützlicheß verthut, daß soll dem Kindt an seinem Erbtheil nit abgezogen werden, dann eß dem Vatter gehorsamb geleistet hat; Eß were dan sach, daß deß Vatters Verlassenschaft so gar gering wäre, daß die überge Kind, daß für die andere außgebne gelt übel manglen müessen. — —⁵⁾⁶⁾.

b) als Vorempfang auf Rechnung des künftigen Erbanteils.

c) als relative Erbabfindung: der Empfänger der Zuwendung hat so lange kein Erbrecht mehr, als unabgefundene Erben vorhanden sind, er ist vom Erbrecht ausgeschlossen bis auf einen ledigen Anfall⁷⁾. So heißt es im Ehebrief der Dorothea von Halwil und des Wilhelm von Diesbach^{7a)}:

Doch sol die selb Dorothe damitt (mit der heimstür) für ansprach vetterlichs vnd mütterlichs erbs vßgericht sin, bis an recht ervvall, ob sich die begeben.

d) als absolute Erbabfindung. Diese Wirkung eignet vornehmlich dem Hofrecht, indem der einmal abgeschichtete Hofmann auch bei einem ledigen Anfall nicht sukzediren kann, sondern vom Herrn ausgeschlossen wird⁸⁾.

Von Bedeutung ist hier namentlich der zweite Fall, wonach das Vorempfangene zu konferiren ist. Einwerfen ist aber nicht in dem Sinne zu verstehen, dass die Zuwendung wieder tatsächlich

⁵⁾ Vgl. dazu Stdttr. Kaiserstuhl 1682 Art. 137 in Z f foh R XVIII, 2, 133 ff.

⁶⁾ « Der Ausdruck in BGS 1762 I, XLVI, 10: was den Kindern Ehesteuers-weise, oder anderer Gestalten herausgegeben worden, zeigt, dass die Einwerfungspflicht sich nicht auf freiwillige Geschenke bezog, so weit sich diese inner den gesetzlichen Grenzen hielten, sondern nur auf Unterstützungen und Vorschüsse der Eltern, die sie nicht in der Absicht gemacht haben, das betreffende Kind vor den andern zu begünstigen ». Schnell, Handbuch des Civilrechts 376.

⁷⁾ Über diesen Begriff vgl. § 12 Anm. 36; Heusler, Inst. I, 242 f; Blumer, RG I, 509; Bluntschli, RG I, 463, II, 299; Huber, schweiz. Erbrecht 79 f; Stobbe, Handbuch V, 98 f.

^{7a)} Arg. VI, 284.

⁸⁾ Vgl. § 23 IV zu Anm. 15.

zum übrigen Nachlass gelegt werden müsste; vielmehr ist jedem andern Kinde ebenso viel aus dem Nachlass herauszugeben, als das Einwurfungspflichtige erhalten hat, worauf der Rest zu gleichen Teilen geteilt wird:

Stdtr. Kaiserstuhl Art. 6¹: Wan ein Vatter seine Kinder zu den Ehren in Ehelichen Stand verfechen wolt, so mag Er zur Ehesteühr, oder Ehegut einem wol mehr geben, alß dem anderen, Je nach gestalt der zeit, und leüffen, doch so eß zu Erbfählen kombt, so dann dieselb perfohn mit anderen erben will, so soll Sye daß empfangene gut einwerffen, nit daß Sye folcheß wider hinaußgeben, sonder umb souil einstehen soll, alß vil Ihren im hauptgut mehr worden ist, biß den anderen auch souil wird, nach welchem Sye mit Ihren geschwüfterten zu gleichem Erb gehet.

Über den Umfang der Kollationspflicht bemerkt der Kommentar zu BGS 1615 II, XIII, 5:

Die kinder müssen inß gemein eynschießen dasjenige gut oder Capital, so sie empfangen, als da sind Ehesteür, Morgengaab, Troßel, Zierden, was für Hochzeit kleider, ringen, hochzeit cösten entrichtet worden, weil folche als Capitalia zurechnen, so den kinderen auß hergeben worden; außert, was für die hochzeit Mahlzeit bezahlt worden, weil folches ein pure liberalitet vom Vatter zuhalten, so den kinderen nit zu gut komt.

Was aber die cösten für die auferzethung, Reißcösten, bücher etc. belanget, werden folche nit eyngeschossen, weil einem Vatter obliget seine kinder zuaufferzeuhen; Es were dan sach, daß entweders folche so groß, daß den übrigen dardurch ihre legitima geschwecht wurden, oder so sie folche unnütz wurden anwenden; oder der Vatter in Specie verordnete, daß folche solte angerechnet werden.

Der Hauptfall des Vorempfangs, woran die Quellen meist die Kollation überhaupt erörtern, ist derjenige der Ehesteuer bei der Verheurattung. Und zwar verhält es sich hier so, dass nicht unbedingt konferirt werden muss; wenn vielmehr das Kind vorzieht, sich mit der Ehesteuer zufrieden zu geben, ist diese nicht einzuwerfen.

Schwsp W 128 L 148: Unde stirbet ein man, unde lât fûn unde tohter hinder im, unde eigen guot dâ er niht mit geschafet hât; unde lât er kint diu er ûz gestiuret hât, unde kint diu noch niht ûz gestiuret sint; unde wellent ez die tuon die da ûz gestiuret sint, si mugen wol ir guot, swie daz genant ist, wider ze jenen kinden in glichen teil werfen, unde teilent als ob si nie ûz geteilet waeren mit den andern. diu wal steit an in⁹⁾.

Stdt. Kaiserstuhl Art. 6¹⁾: oben angeführt.

BGS 1539 S. 77, fol. 92^a Ms. m.: Wenn Zwey Eemöntschenn, kind by vnnd mit einanderenn ehlich yberkommend vnnd gewûnnend, vnnd sy darnach vor Irenn kindenn absterbend, Dieselbenn kind Namlich Sûn vnd Döchterenn, erbend alles das gûtt, Das vatter vnnd mütter lassend, glichlich, vnd bszend das frylich an alle widerredt, Also ob ettliche derselbenn kinden, noch by des vatters oder Mütter lâbenn ein theil vätterlichenn oder Mütterlichen gûtts gebenn, vnnd zû handen gftelt wordenn wêre, Das dieselbenn kindt, nach vatters vnnd Mütter tod, In der teyllung, Dasselbig vor erlangt gûtt, widerumb Innwerffenn, oder der anderenn kinden, denen noch nûzit worden ist, Jegklichs ouch souil voruß nemen soll, vnnd denn sy alle das yberig glich vnder sich theillen söllend¹⁰⁾.

In einem Gedingbrief vom 16. Heumonat 1417 zwischen Margarita von Heidegg und Franz von Scharnachtal ist demnach bestimmt:

Die Eltern geben ihrer Tochter 700 bar guldin gûter an golde vnd an gewichte — — Darzû haben wir die vorgenannten elûte von heidegg der obgenanten Margarethen vnser tochter gelopt ertheile nach vnfêrm tode an allem vnfêrm gûte Es

⁹⁾ Das Verhâltis dieser Stelle zu Schwsp W 127 L 147^b ist kontrovers, vgl. Zoepfl, deutsche Rechtsgeschichte III, 75 ff; Seelig, a. O. 12 ff. Mir scheint des letztern Standpunkt der richtige zu sein, wonach, wenn der Vater nur Fahrnis hinterlâsst, die ausgesteuerten Kinder davon ausgeschlossen sind durch die nicht ausgesteuerten, « er habe inz danne gemeinet ». Denn Schwsp W 127 spricht nur vom fahrenden Gute. Besteht dagegen die Verlassenschaft aus Eigengut und Fahrnis, so gilt Schwsp W 128.

¹⁰⁾ Ebenso BGS 1615 II, XIII, 5; BGS 1762 I, XLVI, 10; AGS 43; ZGS 89; BrS fol. 69^b; ER Lenzbg. V; SM fr A p. 99.

sie eigen lechen pfantgüt vnd wie güt geheissen ist Also wenne das ze schulden komet daz si denne die vorgenanten ir estüre wider In werfen sol vnd mit Iren gewiftergiden an allem vnserm güte ze glichem teile vnd erbe gan nach der Stat recht von Berne, oder si mag sich mit dirre estüre so ir nuzemal worden ist lassen benügen weders si wil¹¹⁾).

Diese Sätze sind meist noch praktischen Rechts; denn nach unserer Kodifikation kann

a) der Erblasser bestimmen, soweit er verfügungsberechtigt ist, in welchem Umfang Einwerfung stattzufinden habe. Dies ist namentlich nötig, wenn die Erziehungskosten angerechnet werden sollen, was jedoch nur soweit zulässig ist, als dadurch der Pflichtteil nicht geschmälert wird, A B G § 986. Müssen dagegen die Großeltern ihre Enkel erziehen, so sind die Kosten den Eltern oder ihren Erbvertretern anzurechnen, § 987.

b) Einzuwerfen ist, was der Erbe vom Erblasser als Aussteuer oder in anderer Weise auf Rechnung des Erbteils erhalten hat, § 985. Zinsen werden regelmäßig nicht berechnet¹²⁾. Enkel müssen sich nicht nur anrechnen lassen, was sie selbst, sondern auch was ihre Eltern von den Großeltern erhalten haben, § 988.

c) Die Pflicht zur Einwerfung kann abgelehnt werden durch Ausschlagung der Erbschaft. Doch kann der ausschlagende Erbe so weit zur Rückerstattung angehalten werden, als zur Ergänzung des Pflichtteils der übrigen Erben notwendig ist, § 989.

¹¹⁾ St.-A. Bern: Originalpergament im Fach Thun.

¹²⁾ Dätwiler, argauisches Erbrecht zu § 985; Dr. A. Hirzel, Kommentar zum A B G zu § 985 Nr. 3.

Inhalt.

Einleitung.

	Seite
§ 1. I. Die Aufgabe	1
§ 2. II. Die Rechtskreise	2
III. Die Rechtsquellen.	
1. Einheimische Rechtsquellen.	
§ 3. a) Die Rechte der Landschaft	4
§ 4. b) Die Stadtrechte	6
2. Fremde Rechtsquellen.	
§ 5. a) Lex Alamannorum und schwäbisches Landrecht...	10
§ 6. b) Lex Burgundionum	12
§ 7. c) Berner Gerichtssatzungen	15
§ 8. d) Römisches Recht	18

1. Hauptstück.

Voraussetzungen der Erbfolge.

§ 9. A. Die Objekte des Erbanges	22
§ 10. B. Die Subjekte des Erbanges	26

2. Hauptstück.

Die Erbberechtigung.

I. Die legitimen Blutsverwandten.

A. Nachfolge in das Erbe.

1. Erbgang innerhalb des Hauses.

§ 11. a) Zur Einleitung... ..	33
§ 12. b) Die Kinder	34
§ 13. c) Die weitere Deszendenz	44
§ 14. d) Eltern und Geschwister	49

	Seite
2. Erbgang in der Magschaft.	
§ 15. a) Sippe und Magschaft	56
§ 16. b) Gliederung und Berechnung der Verwandtschaft...	64
§ 17. c) Erbfolgeordnung	72
§ 18. d) Vaternagen und Muttermagen	88
§ 19. e) Spätere Entwicklung	107
§ 20. 3. Erbloses Gut	109
§ 21. B. Nachfolge in Heergewäte und Gerade	111
§ 22. C. Nachfolge in Lehen	115
§ 23. D. Nachfolge in Hofgüter	125

II. Die außereheliche Verwandtschaft.

§ 24. A. Aktive Erbfähigkeit der außerehelichen Kinder	132
§ 25. B. Passive Erbfähigkeit der außerehelichen Kinder	135
§ 26. C. Legitimation	136

3. Hauptstück.

Vollzug der Erbfolge.

§ 27. A. Erbanfall	138
§ 28. B. Erbteilung	144



